

Migration & Integration

Rund 1,6 Millionen Menschen in Österreich haben Migrationshintergrund – etwa 1,2 Millionen sind im Ausland geboren. Und die Meinung der ÖsterreicherInnen zur Integration von MigrantenInnen hat sich wesentlich verbessert.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die Differenzierung von Fragen zu Asyl und Integration hat zu einer differenzierteren Wahrnehmung in der Bevölkerung geführt.

Im Durchschnitt des Jahres 2012 lebten rund 1,579 Millionen Personen (18,9%) mit Migrationshintergrund in Österreich. Davon waren etwa 1,167 Millionen selbst im Ausland geboren. Weitere 412.000 Personen waren hingegen in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort und werden daher auch als „zweite Generation“ bezeichnet. Dies geht aus dem

Statistischen Jahrbuch für Migration und Integration der Statistik Austria hervor.

Zwei Drittel der Zugewanderten stammen aus Nicht-EU-Staaten

Von den 1,579 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund kam über ein Drittel (34,6 % bzw. 547.000) aus einem anderen EU-Staat, ein weiteres Drittel (32,4 % oder 512.000)

stammte aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens (ohne Slowenien, das seit 2004 EU-Mitglied ist). Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund machten 17,4 % (275.000 Personen) aus, während etwa 16 % auf Menschen aus den übrigen europäischen Staaten sowie anderen Erdteilen (insgesamt 246.000 Personen) entfielen.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
 exakt in einem Monat, am 29. September, wird das Ergebnis der Nationalratswahl zeigen, welche der wahlwerbenden Parteien über die nächste Legislaturperiode hindurch die Geschicke unseres Landes lenken werden. Um Ihnen Ihre Wahlentscheidung ein wenig zu erleichtern, haben wir den landesweit kandidierenden Parteien jeweils eine Seite kostenlos zur Verfügung gestellt, um deren Programme darzustellen (ab Seite 46). In der Ausgabe 123, die ab dem Abend des 3. Oktober verfügbar sein wird, werden wir Ihnen dann eine ausführliche Darstellung des Wahlergebnisses präsentieren können.

*Liebe Grüße aus Wien
 Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 122

Einbürgerungen steigen im ersten Halbjahr 2013 um 2,7%	9	Segelzentrum Neusiedl wird Bundes-Ausbildungszentrum	65
Integrationszentren in Graz, Linz und Salzburg	11	Zooming Culture präsentiert App ++++++	66
Integrationspolitik in Niederösterreich	13	Südtirol: Fünf Jahre Amtszeit in zehn Punkten	67
Wiener UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund	16	»Open Access« - Freier Zugang zu Forschungsveröffentlichungen	69
Kampf gegen Jugend- arbeitslosigkeit	17	Tourismus-Sommerhalbezeit 2013	70
»Marke Österreich« - Konzept im Ministerrat beschlossen	19	Inflation sinkt im Juli auf 2,0%	71
Hohe Bundesauszeichnung für einen Erinnerungsarbeiter	21	Konjunktur weiterhin verhalten	72
48. Gottscheer Kulturwoche Von Martha Tiefenbacher.	22	Heimische Betriebe sind Ausbildungsweltmeister	74
Alpbacher Perspektiven 2013	28	Neue Impulse für Kahlenberg durch Seilbahnprojekt	76
LH Kaiser bei Euregio-Präsident Luca Zaia	29	Kamerad auf 4 Pfoten	78
Wiener Sängerknaben und KS Michael Schade in Kanada	30	Kaiseradler-Jungvögel fliegen aus »Rein ins Rathaus!«	81
Zwei Österreicherinnen in Marseille	33	Wiener Gemischter Satz wird zur DAC	83
OMV-Großinvestition in der Nordsee	34	Ein Leben für Salzburg und seine Festspiele	84
Internationale Meßfahrt durch 10 Donauländer	37	Medizinische Fakultät an der JKU in Linz	86
Wichtige Informationen zur Nationalratswahl am 29. September 2013	39	Donau-Universität Krems erhält Promotionsrecht	88
Wahlinformationen der Parteien	46	Unendlich ist ungefähr zwei	90
19. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen	53	Hot Spots in 3D	91
Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2013	54	Wichtiger Schutzmechanismus vor Arthrose entdeckt	92
Besitz des Top-1-Prozents	52	Hält uns der Mond tatsächlich vom Schlafen ab?	93
216 Mio. Euro für Hochwasserschutz in NÖ	54	Serie heimische Universitäten und Fachhochschulen. Folge 6: Die Donau-Universität Krems	94
250 Mio. Euro für Hochwasserschutz in OÖ	56	875 Jahre Zisterzienserstift Zwettl Von Christa Mössmer (Text) und Michael Mössmer (Fotos).	98
+++++		Michael Neder, Ohne Kompromisse	109
»Burgenland Journal«		MAK DESIGN SALON #02 im MAK	110
Bildungsland Nummer 1 weiter auf Erfolgskurs	59	K. Kocherscheidt im Essl Museum	112
Pendler-Offensive	60	Weltweit in Jazzszene etabliert	114
Häusliche Gewalt ist Sicherheitsrisiko Nummer Eins	62	Serie "Österreicher in Hollywood" von Rudolf Ulrich - diesmal der Produzent Arnold Pressburger	115
Burgenland trauert um LHStv. a.D. Grohotolsky	63	Weinherbst Niederösterreich	118
Jahr der Volkskultur 2013	64		



48. Gottscheer Kulturwoche **S 21**



Neue Impulse für Kahlenberg **S 76**



Die Donau-Universität Krems **S 94**



875 Jahre Zisterzienserstift Zwettl **S 98**



Weinherbst Niederösterreich **S 118**

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 2: Martha Tiefenbacher; WKW / Fotograf Florian Wieser; Donau-Universität Krems / Suzy Stöckl; © Stift Zwettl / Österreich Journal - Michael Mössmer; Niederösterreich-Werbung/Manfred Horvath

Österreich, Europa und die Welt

Foto: <http://www.bilderbox.biz>



SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache brachen im Schuljahr 2011/2012 nach der achten Schulstufe zu 13 Prozent in der Hauptschule sowie zu 2 Prozent in der AHS ihre Ausbildung in Österreich ab.

➤ SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache brachen im Schuljahr 2011/2012 nach der achten Schulstufe zu 13 % in der Hauptschule sowie zu 2 % in der AHS ihre Ausbildung in Österreich ab. Unter ihren deutschsprachigen KollegInnen waren es nur 4 % in der Hauptschule und unter 1 % in der AHS-Unterstufe.

Im Vergleich zum Schuljahr 2007/2008 ist der Anteil der Drop-outs bei SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache in allen Schulformen jedoch deutlich stärker zurückgegangen als unter deutschsprachigen SchülerInnen: Er sank in der Hauptschule um zwei Prozentpunkte, in der AHS-Unterstufe um einen Prozentpunkt.

Niedrigere Akademikerarbeitslosigkeit unter Zugewanderten

Im Jahr 2012 war die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition bei ausländischen Staatsangehörigen mit 9,7 % deutlich höher als bei ÖsterreicherInnen (6,8 %). Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit waren PflichtschulabsolventInnen, wobei die Quote bei ausländischen Staatsangehörigen um knapp 4 Prozentpunkte höher war als bei inländischen Staatsangehörigen. Hingegen waren ausländische Staatsangehörige mit einem Lehr- oder höheren Bildungsabschluß seltener arbeitslos als Österreicherinnen und Österreicher.

Weniger Wohneigentum für Zugewanderte

Zugewanderte lebten 2012 deutlich seltener in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen. Verfügten 55 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund über Wohneigentum,

war es bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur ein Viertel. Allerdings bestanden zwischen den verschiedenen Gruppen von Zugewanderten deutliche Unterschiede: Die Eigentumsquote lag bei Personen aus den EU-Staaten (vor 2004) bei immerhin 37 %; deutlich geringer war sie bei Personen türkischer (15 %) oder ex-jugoslawischer (21 %) Herkunft. In der zweiten Migrationsgeneration bestand jedoch eine Tendenz zur Angleichung: Hier lebten bereits 35 % in ihren eigenen vier Wänden.

Positive Bilanz

Auch wenn Österreich erst am Anfang eines langes Prozesses stehe, sei trotzdem bereits viel weitergegangen. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Expertenrates, Prof. Heinz Fassman, und Stephan Marik-Lebeck von der Statistik Austria zog Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP) positive Bilanz über die bisherige Arbeit. Wie zahlreiche Umfragen in der Bevölkerung bestätigten, habe sich sowohl die Meinung der ÖsterreicherInnen zur Integration von MigrantenInnen wesentlich verbessert, wie auch die Identifikation von MigrantenInnen mit Österreich gestiegen sei.

Für den ausgewiesenen Integrationsexperten Fassmann ist jedoch noch viel mehr gelungen: Integrationspolitik wurde stetig weiterentwickelt und als Politikfeld fest etabliert. Die Differenzierung von Fragen zu Asyl und Integration hat auch zu einer differenzierteren Wahrnehmung in der Bevölkerung geführt, wo der populistische Diskurs verlasen werden konnte. Der früher vorherrschende Integrationspessimismus weicht zunehmend einem chancenorientierten Optimis-

mus. Dieser Schwung ist nun für die nächsten Aufgaben mitzunehmen.

„Es gilt, so kann man die Diskussionen im Expertenrat im vergangenen Jahr zusammenfassen, sehr viel stärker als bisher, über eine an den Interessen Österreichs ausgerichtete Einwanderungspolitik und über die bisher installierten Instrumente einer gelungenen Integration nachzudenken“, so Fassmann im vorliegenden Integrationsbericht 2013. „Darüber hinaus ist es notwendig, eine Willkommenskultur zu etablieren und diese glaubhaft zu vermitteln, denn in einem stärker werdenden Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte werden diese sich nur dann für Österreich entscheiden, wenn neben den Jobaussichten und Lebensbedingungen auch die ‚Körpersprache‘ des Landes dafür spricht. Generell muß Migrations- und Integrationspolitik als eine gesellschaftspolitisch verankerte Aufgabe zur Erhöhung der Attraktivität des Landes und damit zur Zukunftsgestaltung begriffen und diese aufgrund der Bedeutung aus dem parteipolitischen Gezänk herausgehalten werden“, so der Experte. „Die folgenden Empfehlungen für die neue Regierung skizzieren einige der vom Expertenrat als dringlich eingestuften Aufgaben der Integrations- und Migrationspolitik in Österreich. Sie konzentrieren sich auf das politisch Machbare und setzen an konkreten und allgemeinen Problemstellungen an. Sie sind nicht unmittelbar zu realisieren, sondern benötigen ein gewisses Maß an Bearbeitungszeit. Die nachfolgenden zehn Punkte sind daher keine Maßnahmen im engeren Sinn, sondern Themenbereiche, die die Regierung der kommenden Legislaturperiode in ihre Arbeit aufnehmen sollte.“

Österreich, Europa und die Welt

1. Integration von Anfang an

ist ein Konzept, das bedeutet, integrationsfördernde Lernprozesse möglichst frühzeitig zu starten und konzeptionell aufeinander abzustimmen. Integration von Anfang an beginnt mit Vorintegrationsmaßnahmen im Herkunftsland und endet mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft. Es sieht die Installation von Integrationsbeauftragten in wichtigen potenziellen Herkunftsländer ebenso vor wie Erstanlaufstellen in Österreich (Welcome Desks) sowie begleitende, freiwillig zu besuchende Sprach- und Integrationskurse. Die institutionellen Vorkehrungen sollen nicht nur den bürokratischen Vorgang der Einwanderung erleichtern, sondern auch das Gefühl der Wertschätzung vermitteln und Rechte, Pflichten und Erwartungshaltungen klarstellen. Zu diesen institutionellen Vorkehrungen zählt auch das Sichtbarmachen vorhandener Infrastruktur, um Beschwerdemöglichkeiten im Zusammenhang mit den wahrgenommenen alltäglichen Diskriminierungen zu erleichtern.

2. Qualifizierte Zuwanderung am Eigeninteresse ausrichten

Die Möglichkeiten der Zuwanderungssteuerung – außerhalb von Flucht, Asyl und anderen, dem nationalstaatlichen Einfluß entzogenen Migrationen – sollen und dürfen sich am Eigeninteresse des Staats ausrichten. Eine Migrationspolitik, die dafür sorgt, daß jene qualifizierte Zuwanderung ihren Weg nach Österreich findet, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt wird, schafft die besten Voraussetzungen für eine gelungene Integration. Das derzeit bestehende Instrument zur Steuerung der Neuzuwanderung aus Drittstaaten, die Rot-Weiß-Rot-Karte, ist daher nicht nur aus migrations-, sondern auch aus integrationspolitischen Gesichtspunkten zu sehen und zu würdigen. Auch aufgrund der vorteilhaften integrationspolitischen Implikationen empfiehlt der Expertenrat, die Rot-Weiß-Rot-Karte weiterzuentwickeln. Die derzeit feststellbaren kritischen Punkte sind: Nach-

¹⁾ Der OECD International Migration Outlook 2013 zeigt den ökonomischen Mehrwert, der entstehen würde, könnte die Erwerbstätigenquote der Zugewanderten an den nationalen Durchschnittswert angeglichen werden, nämlich rund 0,4% des BIP.

²⁾ 75.000 Jugendliche (16- bis 24jährige) in Österreich besuchen keine Schule, gehen keiner Arbeit nach und befinden sich nicht in beruflicher Fortbildung. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund trifft das auf jede/n Fünfte/n zu. Darüber hinaus beenden 14 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ihre Schulpflicht ohne Abschluß im Inland, bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund liegt dieser Wert bei rund 4 %.



Foto: BMI / Egon Weissheimer

v.l.: Prof. Heinz Fassmann, Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und Stephan Marik-Lebeck präsentieren den Integrationsbericht 2013

justierung der Einkommensgrenzen, Akzeptanz von unterschiedlichen Vertragsformen beim Nachweis des Einkommens sowie die Ausweitung der akzeptierten StudienabsolventInnen auf den Bachelor.

3. Erwerbsarbeit, Unternehmertum: Einstieg, Aufstieg, Qualifikationen nutzen

Neben der notwendigen Verbesserung der Positionierung Österreichs im Wettbewerb um ausländische Fachkräfte muß ein weiterer Schwerpunkt auf einer verbesserten Arbeitsmarktintegration des inländischen Erwerbspersonenpotentials liegen. Dies schließt auch und gerade Menschen mit Migrationshintergrund ein.¹⁾ Deren verbesserte Arbeitsmarktintegration ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, trägt aber auch wesentlich zum subjektiven Integrationsgefühl bei. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration müssen daher vor allem an einem verbesserten Übergang von der Schule oder der dualen Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt ansetzen. Ebenso wichtig ist die Anerkennung der formellen und informellen Qualifikationen, die Nachqualifizierung sowie die Erleichterung, Unternehmen gründen zu dürfen und selbstständig tätig zu sein. Österreich fordert Leistungen ein, muß diese aber auch strukturell ermöglichen.

4. Sprachförderung – rechtzeitig und konzeptionell abgestimmt

Kenntnisse der deutschen Verkehrssprache sind der Schlüssel zu erfolgreicher Integration. Kinder können Sprache schnell erwerben, mit steigendem Alter fällt dies zunehmend schwerer. Derzeit besteht in Österreich allerdings weder eine angemessene

Vorbereitung aller Kinder auf die Schule noch ein konzeptionell abgestimmter Plan, wie Mehrsprachigkeit realisiert und gleichzeitig die Deutschkenntnisse gehoben werden können. Ganz im Gegenteil: Lange haben sich die dafür zuständigen Einrichtungen durch ein politisches Geplänkel gegenseitig blockiert. Der Expertenrat regt an, die im Kindergarten zu startenden Sprachförderungsprogramme mit der Sprachförderung in der Grundschule stärker zu verzahnen, das obligatorische Kindergartenjahr auf ein zweites auszudehnen, den ErzieherInnen- und Lehrberuf mit den Bedingungen der sprachlichen Heterogenität vertraut zu machen und die quereinsteigenden Kinder und Jugendlichen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich kommen, möglichst rasch dazu zu befähigen, in das Regelschulsystem einzusteigen.

5. Von der Schul- zur (Aus-)Bildungspflicht

Mit Besorgnis muß zur Kenntnis genommen werden, daß viele Jugendliche ihre Schulpflicht beenden, ohne einen Abschluß vorweisen zu können. Ebenso bedenklich ist die Tatsache, daß viele Jugendliche im Alter zwischen 16 und 24 Jahren keine Berufsausbildung absolvieren, keiner Erwerbsarbeit nachgehen und sich auch keiner beruflichen Fortbildung unterziehen.²⁾ Damit sind mit hoher Wahrscheinlichkeit eine anschließende Arbeitslosigkeit, ein Leben von Sozialtransfers und ein subjektives Gefühl von Desintegration vorprogrammiert. Stärker als bisher muß auf den hohen Stellenwert von Bildung und Ausbildung in Österreich aufmerksam gemacht werden und zwar bei

Österreich, Europa und die Welt

allen Menschen, das heißt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Die positiven Möglichkeiten der dualen Ausbildung sind zu nützen. Aber auch das Konzept der Schulpflicht ist zu überdenken, denn es macht wenig Sinn, diese nur an die Anzahl der besuchten Schuljahre zu binden, unabhängig von der Leistungserbringung. Die Schulpflicht sollte durch eine Bildungspflicht ersetzt werden, die aber auch eine Ausbildungsmöglichkeit voraussetzt.

6. Weiterentwicklung eines modernen Staatsbürgerschaftsrechts

Gemessen an der Gesamtbevölkerung wächst der Anteil nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen von Jahr zu Jahr kontinuierlich an, vor allem aufgrund einer verstärkten Zuwanderung aus anderen EU-Staaten. Dadurch können immer mehr Menschen in Österreich von demokratischen Mitbestimmungsrechten keinen Gebrauch machen. Mit Blick auf die niedrigen Einbürgerungszahlen ist intensiv für den Erwerb der österreichischen Staatsangehörigkeit zu werben, auch um mögliche Motivations- und Informationsdefizite zu beseitigen. Der Expertenrat regt darüber hinaus an, über die Weiterentwicklung des Staatsbürgerschaftsrechts, vor dem Hintergrund räumlich mobiler Gesellschaften, konzeptionell nachzudenken. Erste begrüßenswerte Schritte zur Steigerung der Attraktivität der Staatsbürgerschaft wurden in dieser Legislaturperiode getätigt, weitere werden auch in Zukunft zu tätigen sein.

7. Gesundheit und Pflege als gesellschaftliche Herausforderung

Gesundheit und Pflege stellen wesentliche Herausforderungen an die Gesellschaft im allgemeinen, die beteiligten Institutionen und die öffentlichen Haushalte im Speziellen dar. Menschen mit Migrationshintergrund finden sich im österreichischen Gesundheitssystem zum Teil schlechter zurecht, nehmen seltener Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch, besuchen seltener die niedergelassenen ÄrztInnen, frequentieren dafür umso häufiger die kostenintensive Krankenhausinfrastruktur. Da kranke Menschen in ihrer Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen eingeschränkt sind, muß es das Ziel einer integrationspolitisch ausgerichteten Gesundheitspolitik sein, die Gesundheit und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund durch ein geeignetes Diversitätsmanagement zu fördern. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf eine „kultursensible

Altenbetreuung“ gelegt werden, da der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung zunehmen wird, während gleichzeitig das familiäre Netz der Betreuung und Pflege durch Individualisierungsprozesse, erhöhte Scheidungsraten und räumliche Mobilität immer öfter brüchig wird.

8. Für einen weiterführenden Integrationsdialog

Integration ist bekanntlich kein einseitiger Prozeß, sondern erfordert Öffnung von beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft. Die Einrichtung einer Dialogplattform, auf der Versäumnisse, Erfolge und Notwendigkeiten des Integrationsprozesses fernab von anekdotischen Einzelevidenzen und einer verzerrten Berichterstattung der Massenmedien aufgezeigt werden, erscheint ratsam. In den vergangenen Jahren wurde in diesem Bereich viel erreicht (man denke nur an das Dialogforum Islam), der Prozeß muß aber weitergehen. Der Expertenrat empfiehlt, unterschiedlich organisierte Dialogforen einzurichten, je nach Dringlichkeit, Thema und gesellschaftlichem Kontext. Dabei soll und muß es nicht immer nur um den interreligiösen Dialog gehen, sondern auch um spezifische Fragen des Zusammenlebens, der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik oder der Sozial- und Gesundheitspolitik. So eine Dialogplattform (Integrationsgipfel) signalisiert Kommunikationsbereitschaft nach allen Seiten und kann ein Instrument sein, um den dialogorientierten, rationalen Umgang mit integrationspolitisch relevanten Fragen zu befördern.

9. Integrationsmotor Sport, Freizeit, Ehrenamt

Integrationspolitisch relevant ist der individuelle Freizeitsport ebenso wie der organisierte Sport und das ehrenamtliche Engagement, denn sie fördern die Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sei es beim Mannschaftssport, bei Wettkämpfen von EinzelsportlerInnen oder bei der Erfüllung von sozialen Aufgaben. Menschen lernen einander kennen, kooperieren miteinander und versuchen in jedem Fall, gemeinsam oder getrennt bestimmte Ziele zu erreichen. Die Freiwillige Feuerwehr, das Rote Kreuz, der Elternverein in der Schule oder die Interessensgemeinschaften bestimmter Berufsgruppen stellen in dieser Hinsicht institutionelle Orte der Begegnung dar und vermitteln gleichzeitig einen zutiefst republikanischen Wert, der in erster Linie den Menschen die Verantwortung

für die Entwicklung einer Gemeinschaft zuschreibt. Der Sport-, der Freizeitbereich und das Ehrenamt sollen daher als Akteure gelebter Integration erkannt, gestärkt und aufgewertet werden.

10. Verfassungspatriotismus als Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die in der österreichischen Rechtsordnung abgebildeten Werte formen den Grundstein des Zusammenhalts der Gesellschaft und bilden den Rahmen und das Ziel gesellschaftlichen Handelns. Sie sollen keine Barriere darstellen, sondern den kleinsten gemeinsamen Nenner bilden und damit die Brücke zwischen den unterschiedlichen Gruppen einer pluralistischen Gesellschaft. Besondere Zielgruppe bei der Vermittlung der in der Rechtsordnung abgebildeten Werte sollen Kinder und Jugendliche sein. Der Expertenrat empfiehlt daher, Lehrpläne von Fächern wie politische Bildung und Staatsbürgerschaftskunde entsprechend zu modifizieren, deren Bedeutung zu erkennen und sie im Ausbildungsweg entsprechend zu verankern. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Leistungsbereitschaft, Solidarität, Menschenrechte oder die Akzeptanz von Pluralität sollen nicht nur als Lernstoff aufgefaßt, sondern als eine Voraussetzung für den Ordnungs- und Freiheitsraum des Staats erkannt und gelebt werden, auch um den Bezug zu Österreich zu stärken. Darüber hinaus erscheint der damit zusammenhängende Wertediskurs notwendig, der sicherstellt, daß die nicht verhandelbaren Grundprinzipien der Gesellschaft allgemein akzeptiert werden.

„Diese Themenbereiche stellen Vorschläge dar, die aus der Sicht des Expertenrats wesentlich sind“, so Fassmann. „Der Expertenrat regt ferner an, die in den vergangenen Jahren entwickelte Dynamik weiterzuverfolgen. Dies wäre eine Voraussetzung, damit auch die Akzeptanz von Integrationspolitik in der Bevölkerung weiter zunimmt. Die Erhebung zum Integrationsklima in Österreich, die auf immerhin über 2000 Befragungen basiert, belegt jedenfalls einen Trend zum Integrationsoptimismus. Meinten 2010 noch rund 69 % der Befragten, daß ‚die Integration von MigrantInnen eher schlecht oder sehr schlecht funktioniert‘, so reduzierte sich dieser Wert 2012 auf rund 57 % und 2013 auf rund 55 %. Umgekehrt stieg der Anteil jener, die ‚Integration als eher gut oder sehr gut funktionierend‘ bewerten, von 31 % (2010) auf 43 % (2012) und nun auf 45 % (2013).

Österreich, Europa und die Welt

Auffallend ist im Zeitvergleich vor allem die Abnahme der extrem negativen Beurteilung der Integration in Österreich. Daß Integration „sehr schlecht funktioniert“ meinen 2013 nur mehr rund 9 %, während es 2010 noch 18 % waren“, erklärte der Vorsitzende des Expertenrats.

„Über diese zunehmend positive Sichtweise auf eine gelungene Integration wird nicht ohne einen gewissen Stolz zu empfinden referiert. Der Expertenrat hat durch seine politische Beratungstätigkeit ein wenig dazu beigetragen. Der Expertenrat dankt daher den vielen KollegInnen, die sich an der Arbeit im Rahmen weiterer ExpertInnengruppen beteiligt haben, den engagierten und kompetenten MitarbeiterInnen der Integrationssektion des Bundesministeriums für Inneres für die Unterstützung und Betreuung sowie der Politik selbst, die unsere Empfehlungen aufgegriffen und nicht einfach abgelegt hat. Der Expertenrat wird weiterhin die Integrationspolitik in Österreich kritisch, konstruktiv und wohlwollend begleiten“, schloß Fassmann.

Kurz: Viel erreicht, noch viel zu tun!

Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz skizzierte drei Bereiche, die in der zukünftigen Arbeit schwerpunktmäßig angegangen werden:

Junge Menschen und Bildung

Integrationspolitik trifft vor allem bei jungen Menschen auf fruchtbaren Boden. Wer bereits 20 Jahre in Österreich ist und noch immer Probleme bei der Integration hat, dessen Fortschritt wird trotz aller Bemühungen überschaubar bleiben. Gerade bei jungen Menschen kann jedoch viel bewegt werden. Sprachliche Frühförderungen, Deutsch vor Schuleintritt oder das zweite verpflichtende Gratiskindergartenjahr für alle, die es benötigen, sind dabei nur einige Maßnahmen. Auch die Bildungspflicht mit der Definition von zu erreichenden Bildungszielen wäre ein wichtiger Punkt. Es kann nicht darum gehen, einfach seine Schulpflicht abzusetzen um dann in die Arbeitslosigkeit zu gehen, sondern es muß um Kompetenzen gehen, die jeder Schüler bei Schulaustritt vorweisen sollte.

Ein gemeinsames Wertefundament

Österreich braucht einen weltoffenen Patriotismus. Man soll sich mit Stolz zu Österreich bekennen können, ohne dabei in plumphen Nationalismus zu verfallen. Dazu braucht es ein gemeinsames Wertefundament, das

bereits im neuen Staatsbürgerschaftstest eingeführt wird. Auch die Wertefibel war ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Neue Sichtweise auf Migration

Das Thema Migration muß in eine umfassende Demographiestrategie eingebettet werden. Die Gesellschaft entwickelt sich nicht nur durch Migration, hier braucht es einen gesamtheitlichen Ansatz. Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist eine Maßnahme, um eine bessere Steuerung zu erreichen. Sie hat sich bereits bewährt, obwohl es bei den Kriterien noch Verbesserungspotential gibt.

Integrationsprozesse brauchen Zeit...

... hier geht es nicht um Jahre, sondern um Generationen. Jetzt wird der Grundstein dafür gelegt, daß mit einer besseren Integrationspolitik nicht nur MigrantInnen mehr Chancen erhalten, sondern alle Menschen profitieren. Denn Bildungsstand und Qualifikation wirken sich unmittelbar auf den Standort Österreich aus. Steigt die Wettbewerbsfähigkeit, so bedeutet das Arbeitsplätze und Wohlstand für alle Menschen“, so der Staatssekretär abschließend.

Lueger: Integrationsbericht unterstützt SPÖ-Forderungen

Angela Lueger, Integrationssprecherin der SPÖ, sieht den Integrationsbericht als Unterstützung für zahlreiche SPÖ-Forderungen in Sachen Integration. „In dem Integrationsbericht 2013 sind langjährige Forderungen der SPÖ enthalten. Ich freue mich, wenn die Forderungen nach einem Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und die Förderung der Mehrsprachigkeit auch innerhalb der ÖVP Einzug halten“, sagte Lueger. Sie zeigte sich erfreut, daß der Integrationsbericht Zuwanderung auch als Chance begreife, die damit verbundene Vielfalt zu nutzen. Migration dürfe nicht als Bedrohung gesehen werden. „Bildung und Chancengleichheit sind wesentliche Elemente für erfolgreiche Integrationspolitik“, betonte Lueger. Daher sei auch ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr in Zukunft nach Vollausbau besonders wichtig. „Auch diese SPÖ-Forderung erhält durch den Integrationsbericht eine wichtige Unterstützung.“ In diesem Zusammenhang sieht Lueger eine besondere Vorreiterrolle Wiens für das gesamte Bundesgebiet. „Wien setzt schon bisher mit Sprachförderung, Sprachfeststellung und gut ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen die richtigen Schritte“, betonte die SPÖ-Integrationssprecherin.

Strache: Integrationsbericht ist Dokument des Scheiterns

„Der heute präsentierte Integrationsbericht ist ein Dokument des Scheiterns“, sagte der freiheitliche Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache. Während die FPÖ seit bereits zwei Jahrzehnten die verfehlte Zuwanderungs- und Integrationspolitik von Rot, Grün und Schwarz kritisiere, stehe die Bundesregierung nun vor dem Scherbenhaufen ihrer gescheiterten Ausländerpolitik.

All die vorgestellten Maßnahmen zur besseren Integration von Zuwanderern seien nichts anderes als Reparaturversuche von Fehlern aus der Vergangenheit, so Strache. Die hohe Zahl an integrationsunwilligen Zuwanderern sei nicht überraschend, würde doch die rot-schwarze Bundesregierung nichts unternehmen, um diese zur Integration zu bewegen. Dies gehe natürlich zu Lasten der Österreicher, die die ganzen linkslinken Integrationsexperimente zu bezahlen hätten, kritisierte Strache. „Wenn auf Ämtern der Republik, in Spitälern und im öffentlichen Raum die deutsche Sprache nicht zwingend erforderlich ist, besteht auch kein Anlaß für Migranten, diese zu erlernen“, zeigte Strache die Fehlentwicklungen der Integrationspolitik an einem Beispiel auf.

Besonders dramatisch zeige sich das Scheitern der AusländerInnenpolitik im Schul- und Bildungsbereich. Wenn große Teile einer Schulklasse nicht lesen, schreiben und rechnen können, so liege das nicht an der mangelnden Intelligenz der Schüler, sondern an der mangelnden Intelligenz der rot-grünen Schulpolitiker, sagte Strache. Denn diese würden noch immer glauben, daß ein AusländerInnenanteil von bis zu 90% eine Bereicherung der österreichischen SchülerInnen sei. „Das Gegenteil ist der Fall, denn wenn Deutsch als Unterrichtssprache nicht verstanden wird, kann das Lehrziel nicht erreicht werden.“

Bucher für einen Masterplan Integration mit Ausländer-Check

„Es ist gut und richtig, daß sich, nach Jahrzehnten rot-schwarzer Verleugnung, Staatssekretär Kurz der Integrations- und Zuwanderungsproblematik annimmt und mit dem Integrationsbericht erneut die gravierenden Defizite in Österreichs Zuwanderungs- und Integrationspolitik auf dem Tisch liegen. Mit schönen Worten ist es aber nicht getan. Bei Integration, Bildung und Arbeitsmarkt liegen die Dinge im Argen und bisher sind seitens der Regierung Faymann/Spindelegger nur kosmetische Korrekturen erfolgt.“

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Wirtschaftskammer Österreich



Staatssekretär Sebastian Kurz (l.) und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl mit jungen Besuchern des Forum Alpbach

Das BZÖ verlangt einen ‚Masterplan Integration‘, wo ganzheitlich die vorhandenen Defizite angegangen werden und die Fehler der Vergangenheit vermieden werden können“, so BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher.

Bucher verlangt die Umsetzung des BZÖ-Ausländer-Checks mit einer an fixe Kriterien gebundenen Zuwanderung. Dabei muß aus den Bereichen Bedarf, Sprache, Bildung, Gesundheit, Arbeitsfähigkeit, Erwerbstätigkeitsdauer, Arbeitsplatz und Einkommen jeweils eine Mindestpunktzahl erreicht werden. Dieser Ausländer-Check müsse nach dem Prinzip des Bonus-Malus-Systems auch für die bereits in Österreich lebenden AusländerInnen gelten, bis sie österreichische StaatsbürgerInnen mit allen Rechten und Pflichten sind. Weder die derzeitige Linie von Rot und Schwarz noch die plumpe „Ausländer raus“-Politik der FPÖ seien geeignet, die Probleme zu lösen. „Das BZÖ hat mit dem Ausländer-Check ein klares und machbares Konzept. Wir wollen nur AusländerInnen, die gebraucht werden, integrationswillig sind, sich ordentlich verhalten und dem Land etwas bringen.“

Der BZÖ-Chef betont, daß gerade Bildung „der Schlüssel zu einer gelungenen Integration ist. Wir müssen das Potential der Zuwanderer und ihrer Kinder bestmöglich nutzen und dürfen keine verlorene Generation zulassen.

Koron: Bessere Integrationspolitik nur mit Chancengleichheit möglich

Der Bericht des Expertenrats des Staatssekretärs für Integration verdeutliche es erneut: „Österreich ist ein Einwanderungsland und ohne Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit ist keine Integrationspolitik zu

machen“, so die Integrationssprecherin der Grünen, Alev Korun. „Denn sie ist die zweite Seite der Medaille – ohne Öffnung der Institutionen bleibt die ‚verordnete‘ Integration letztendlich eine Sackgasse.“ Für diese Chancengleichheit braucht Österreich z.B. Kindergärten und Schulen, die auf mehrsprachige Kinder vorbereitet sind und vom Elternhaus mitgebrachte Benachteiligungen wie Bildungsferne ausgleichen können. Das heißt Kindergarten als Bildungsinstitution und zum Beispiel zwei Jahre Kindergartenpflicht für alle Kinder, und zwar als Frühförderung und unabhängig von Herkunft und Muttersprache.

Korun: „Das hätte die große Koalition übrigens längst beschließen können, statt diese in Pressekonferenzen an die nächste Regierung zu delegieren. Statt eines Nachsitzens von 15 bis 18 im selben Schulsystem braucht es eine bessere Vorbereitung von KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen auf mehrsprachige Klassen und mehr Mittel für das Bildungssystem.“ Vorschläge wie bundesweite Orientierungs- und Sprachkurse für „Newcomer“ oder bessere Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen sind langjährige grüne Forderungen „und es ist erfreulich, daß sie auch vom Expertenrat übernommen wurden.“ Wenig beachtet worden sei hingegen im Bericht, daß derzeit sehr strenge Gesetze es legal hier Lebenden schwer machen, Aufenthaltssicherheit zu erreichen, was aber die Voraussetzung für eine Verwurzelung und letztendlich für die Integration hier sei. „Ja, Bildung und Arbeitsmarktteilnahme sind wichtig, gleichzeitig muß es auch um die Abschaffung von gesetzlichen Hürden wie unerreichbare Staatsbürgerschaften für z.B. AlleinerzieherInnen gehen.

Lugar: Brauchen mehr Eingliederung der Zuwanderer

„Die Ergebnisse des Integrationsberichts zeigen, daß in diesem Bereich noch viel zu tun ist und Integration nicht ausreichend funktioniert. Wir brauchen mehr Eingliederung der Zuwanderer, damit sich diese mit dem Land identifizieren und sich in ihrer jetzigen Lebenssituation besser zurechtfinden. Familien mit Migrationshintergrund sind besonders gefordert. Die Eltern haben hier eine Vorbildfunktion für ihre Kinder, kommen dieser aber oft nicht ausreichend nach“, so Team Stronach Klubobmann Robert Lugar.

Lugar verweist auf die Analyse von Bildungsexperten Andreas Salcher, der sage, daß in keinem anderen EU-Land so viele Migrationsfamilien davon betroffen seien, daß die dritte Generation schlechter Deutsch spreche als die zweite. „Das ist ein Alarmsignal. Hier muß sich dringend etwas ändern. Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz ist gefordert, seine teilweise brauchbaren Vorschläge für mehr Integrationen nicht nur ständig medial anzukündigen, sondern auch einmal umzusetzen.“

Österreich attraktiver für ausländische Fachkräfte machen

In einem Kamingespräch beim Forum Alpbach am 20. August formulierten Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Christoph Leitl, Strategien, wie Österreich für ausländische Fachkräfte noch attraktiver werden könnte. In Österreich gibt es im internationalen Vergleich zwar einen überdurchschnittlich hohen Anteil an ausländischen Studierenden, von denen bleiben aber nur wenige nach ihrem Abschluß im Land –

Österreich, Europa und die Welt

zuletzt waren es nur rund 17 Prozent. In Deutschland sind es im Vergleich dazu 25, in Kanada sogar 33 Prozent.

„Österreich steht im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und muß sich noch besser positionieren, um als Standort attraktiv zu sein. Gerade ausländische Studierende, die schon seit einiger Zeit in Österreich leben und sich gut integriert haben, sind ein großer Gewinn für Österreich“, sagte Leitl. Der Staatssekretär ergänzte, ausländische Studierende brächten wertvolle Sprachkenntnisse und neue Sichtweisen mit. „Dieses Innovationspotential wollen wir auch für Österreich nutzen. Österreich muß konkurrenzfähiger werden.“

Für Leitl ist es daher wichtig, den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich bei ausländischen Talenten zu bewerben und qualifizierte Arbeitskräfte nachhaltig für die Wirtschaft zu gewinnen. „Studienabsolventen sollen nach ihrem Abschluß attraktive Perspektiven vorfinden, um ihre Fähigkeiten am österreichischen Arbeitsmarkt entfalten zu können. Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und trägt zur Sicherung der Standortattraktivität bei“, betonte Leitl.

Mit der Einführung der „Rot-Weiß-Rot“-Karte seien deutliche Erleichterungen für Studienabsolventen geschaffen worden, so Kurz. So können Absolventen eines Diplom- oder Masterstudiums nach Abschluß ihres Studiums weitere sechs Monate in Österreich bleiben, um einen geeigneten Arbeitsplatz zu suchen. Wenn sie ein Jobangebot mit einem Mindestentgelt von 1.998 Euro pro Monat brutto nachweisen können, das dem Qualifikationsniveau eines Akademikers entspricht, so können sie die „Rot-Weiß-Rot“-Karte beantragen. Der Staatssekretär will diese weiterentwickeln und für BachelorabsolventInnen öffnen. Zudem spricht sich Kurz für eine Erhöhung der Suchzeit für einen Arbeitsplatz – von sechs auf zwölf Monate – aus und auch beim Mindestgehalt sieht er Diskussionsbedarf. „Um Österreich noch attraktiver zu machen, muß die Willkommenskultur als Querschnittsmaterie in allen Bereichen etabliert sowie die Mobilität und das interkulturelle Verständnis gefördert werden“, sagte der Staatssekretär. ■

<http://www.integration.at>

<http://www.integrationsfonds.at>

<http://www.integration.at/integrationsbericht/>

<http://www.sprachportal.at>

<http://www.berufsanerkennung.at>

Quellen: Statistik Austria, Integrationsfonds, BMI, SPÖ, FPÖ, BZÖ, Grüne, Team Stronach, BMI, WKO

Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker einbinden

Jugendminister Mitterlehner: Allen Jugendlichen Chance geben, ihre Anliegen zu formulieren

Am 12. August fand der von den Vereinten Nationen im Jahr 1999 festgelegte „Internationale Tag der Jugend“ statt, der im Jahr 2013 das Thema Migration in den Mittelpunkt stellte. „Das ist ein besonders wichtiges Thema, weil junge Menschen mit Migrationshintergrund in manchen Bereichen noch kaum berücksichtigt und teils als Problem wahrgenommen werden. In unserer Jugendstrategie widmen wir uns daher einer Politik für alle Jugendlichen und wollen aus Betroffenen Beteiligte machen, indem wir zum Beispiel Bewerbung und Jobsuche erleichtern und die Mitbestimmung ausbauen“, sagte Wirtschafts- und Jugendminister Reinhold Mitterlehner. „Die Chance zur Mitbestimmung und Mitarbeit an gemeinsamen Lösungen muß auch jenen Jugendlichen eröffnet werden, die sich aus welchen Gründen auch immer, schwer tun, ihre Anliegen zu formulieren oder Gehör zu verschaffen“, so Mitterlehner. So gelte es etwa, bei der Zusammensetzung von Beteiligungsprojekten auch auf eine ausreichend starke Vertretung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu achten.

Eine weitere Herausforderung ist die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. „Österreich hat ein hoch entwickeltes System der beruflichen Erstausbildung, das wir mit unserem Coaching-Programm für Lehrlinge und Lehrbetriebe weiter verbessern. Damit wollen wir mehr positive Abschlüsse bei der Lehrabschlußprüfung ermöglichen und die Zahl der Ausbildungsabbrüche verringern. Die Coaches helfen bei Problemen und sind Ansprechpartner für Betrieb, Berufsschule und Lehrling“, betonte Mitterlehner. Darüber hinaus müßten die Angebote für die Bildungs- und Berufsorientierung ausgebaut werden. „Aufgrund des demographischen Wandels müssen wir die Treffsicherheit der Ausbildungsangebote erhöhen und die Potentiale der Jugend besser nutzen“, betont Mitterlehner.

Auch bei der Weiter- oder Neuentwicklung von Maßnahmen ist darauf zu achten, die Stärken der jungen Menschen in den Vordergrund zu rücken und nicht nur die Defizite zu bekämpfen. Ein etwaiger Mangel an



Foto: BMWFJ

Jugendminister Reinhold Mitterlehner

sprachlichen Fähigkeiten werde häufig durch andere Kenntnisse und Erfahrungen aufgewogen, wenn diese Stärken sichtbarer gemacht werden. Ein Projekt des Jugendministeriums, das genau darauf abzielt ist das Pilotprojekt „WIK:I“. Es soll jungen Menschen helfen, kurz und prägnant darzustellen, „Was ich kann“. Viele junge Menschen erwerben in ihrer Freizeit Kenntnisse und Fähigkeiten. Mag es das Managen der eigenen Musikgruppe, die Arbeit im Jugendzentrum oder das Schreiben von Blogs sein. Diese Erfahrungen und die dabei entwickelten Kompetenzen sind auch für Arbeitgeber von Interesse. Ausgebildete „WIK:I“-TrainerInnen erarbeiten daher mit den Jugendlichen, wie sie die außerhalb der Schule gesammelten Erfahrungen und Kompetenzen in Bewerbungssituationen einbringen können. Derzeit läuft ein Modellversuch unter Beteiligung der Lehrlingsbeauftragten von Infineon, Spar und Opel.

Das neue Projekt wird im Herbst 2013 zunächst in Niederösterreich als Pilot starten und soll ab 2014 österreichweit ausgerollt werden. „WIK:I“ geht auf die persönlichen Erfahrungen Jugendlicher ein. Es ist ein niederschwelliges Modell und so auch für Jugendliche mit unterschiedlichem sprachlichen oder kulturellen Hintergrund zugänglich“, betonte Mitterlehner. „Wir wollen damit auch das freiwillige Engagement fördern, weil gerade sozial und gesellschaftlich engagierte Jugendliche bei Bewerbungen Vorteile haben werden, wenn ‚soft skills‘ wie Teamkompetenz im Berufsleben besser anerkannt werden“, so Mitterlehner. ■

Einbürgerungen steigen im ersten Halbjahr 2013 um 2,7%

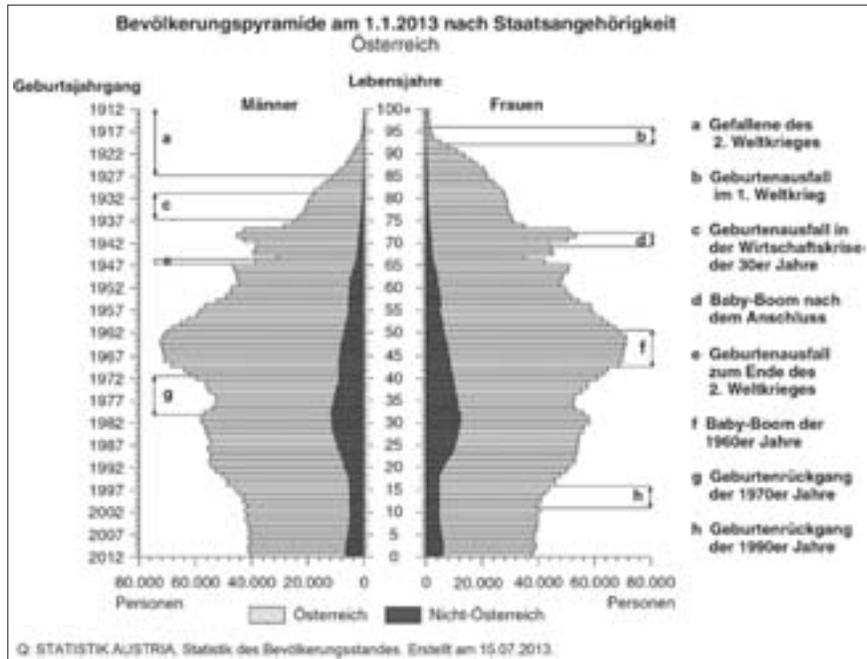
Im ersten Halbjahr 2013 wurde an insgesamt 3.714 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen, darunter an 21 Personen mit Wohnsitz im Ausland. Das waren laut Statistik Austria um 96 Einbürgerungen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+2,7%). Damit wird der seit dem Jahr 2011 beobachtbare Trend steigender Einbürgerungszahlen fortgesetzt (1. Halbjahr 2012: +5,7%). Während es im ersten Quartal 2013 noch um 11,6% weniger Einbürgerungen als im entsprechenden Vorjahresquartal gab, wurden in den Monaten April bis Juni 2013 insgesamt um 315 Personen (+18,1%) mehr eingebürgert als im Vergleichszeitraum 2012.

Kein einheitlicher Trend in den Bundesländern

In vier Bundesländern wurden im ersten Halbjahr 2013 mehr Personen eingebürgert als von Jänner bis Ende Juni 2012. Die Zuwächse waren jedoch unterschiedlich hoch und fielen im Burgenland mit 37 Einbürgerungen mehr (+102,8%), in Oberösterreich mit 132 mehr eingebürgerten Personen (+23,1%) am stärksten aus. Die Bundesländer Salzburg (+14,4%) und die Steiermark (+12,9%) verzeichneten ebenfalls überdurchschnittliche Zuwächse. Dagegen sind die Einbürgerungszahlen in Tirol (von 331 auf 296; -10,6%) stark zurückgegangen. Aber auch in Vorarlberg (-6,3%), in Wien (-5,3%), in Kärnten (-3,7%) und in Niederösterreich (-2,4%) gab es im ersten Halbjahr 2013 weniger Einbürgerungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Rechtsanspruch ist Hauptgrund für Einbürgerung

Nach dem Einbürgerungsgrund betrachtet erhielten im ersten Halbjahr 2013 insgesamt 622 Personen die Staatsbürgerschaft im Ermessen (16,7%), darunter 602 Personen nach mindestens zehnjährigem Wohnsitz (§10, Abs. 1, StBG). Alle übrigen 20 Einbürgerungen im Ermessen erfolgten auf Grund der Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft (§10, Abs. 4, StBG). Mehr als die Hälfte der Einbürgerungen (1.925 oder 51,8%) erfolgte jedoch auf Grund eines Rechtsanspruchs, darunter 1.012 Personen nach mindestens sechsjährigem Wohnsitz in Österreich und



aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen (z.B. Geburt in Österreich, EWR-Staatsangehörigkeit oder asylberechtigt, §11a, Abs. 4), 289 Personen auf Grund eines mindestens 15jährigen Wohnsitzes in Österreich und nachhaltiger Integration (§12, Ziffer 1), 178 Personen im Falle der „Unmöglichkeit der Erstreckung“ (§12, Ziffer 3) und 446 Personen auf Grund der Ehe mit einem Österreicher bzw. einer Österreicherin (§11a, Abs. 1 u. Abs. 2). Unter dem Titel „Erstreckung der Verleihung“ wurden 138 Ehegatten (§16) sowie 1.029 Kinder zu österreichischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen (§17) zusammen 31,4% der Einbürgerungen.

Bisherige Staatsangehörigkeit: Türkei an erster Stelle

Unter den insgesamt 105 Herkunftsländern war die Türkei mit 588 (15,8%) Eingebürgerten absoluter Spitzenreiter. Aus Bosnien-Herzegowina kamen 539 (14,5%) und aus Serbien 488 Personen. Unter den zehn wichtigsten Herkunftsländern befinden sich außerdem der Kosovo (203), die Russische Föderation (189), Kroatien (126), Ägypten (96), Iran (95), Rumänien (94) und Afghanistan (91).

Mehr als ein Drittel der Personen, an die die österreichische Staatsangehörigkeit ver-

liehen wurde (36,7%), sind bereits in Österreich geboren.

Langfristiger Trend

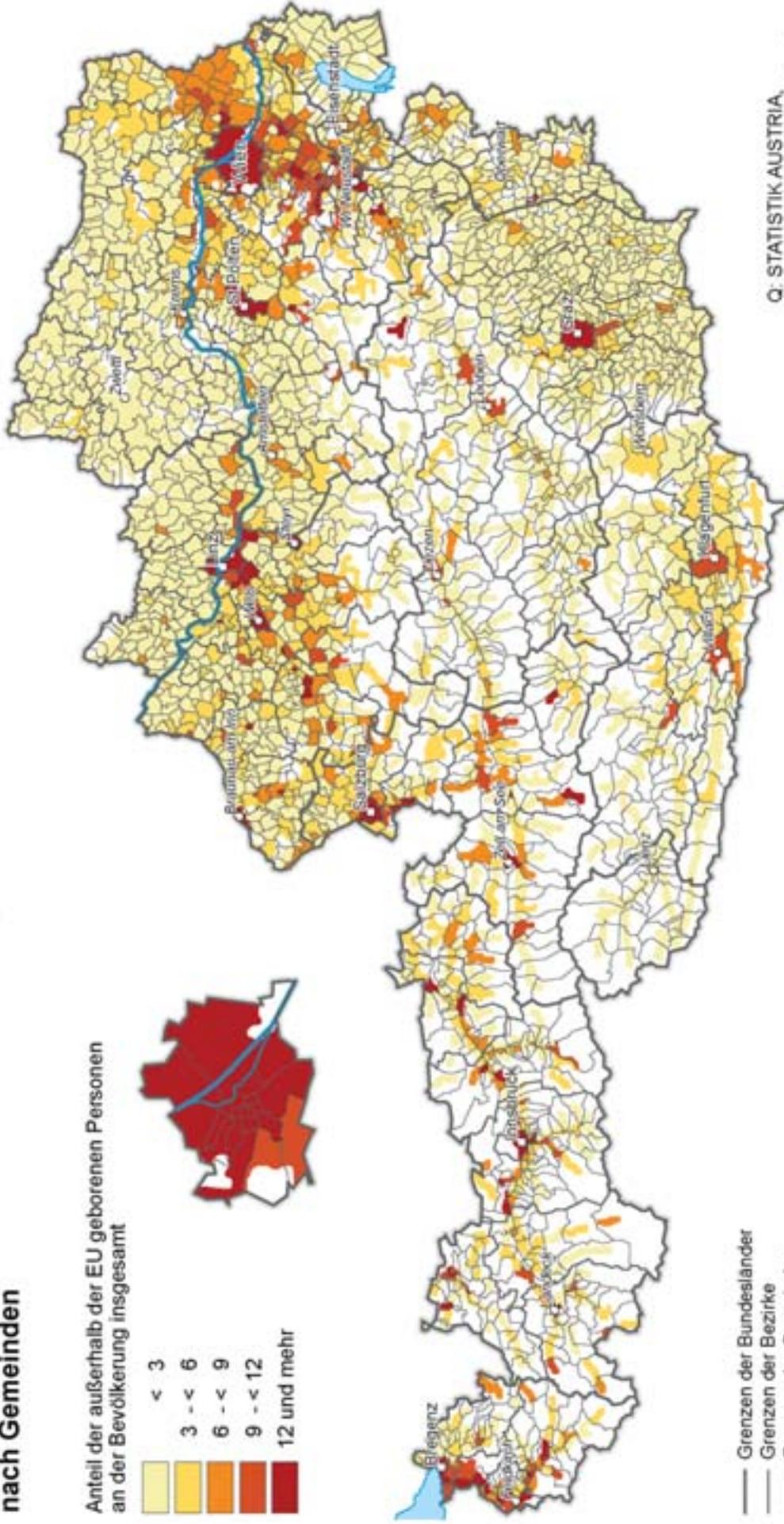
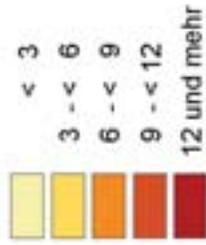
Im Jahr 1961 lebten in Österreich nur knapp über 100.000 ausländische Staatsangehörige. Dies entsprach einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 1,4%. In der zweiten Hälfte der 1960er- und am Beginn der 1970er-Jahre erhöhte sich die Anzahl und der Anteil der ausländischen Bevölkerung aufgrund der gezielten Anwerbung von Arbeitskräften aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei relativ stark. Im Jahr 1974 wurde mit rund 311.700 ausländischen Staatsangehörigen (4,1% der damaligen Gesamtbevölkerung) ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. Erst die starke Zuwanderungswelle Anfang der 1990er-Jahre sorgte für ein sprunghaftes Ansteigen des Ausländeranteils auf über 8%. Nach einem kurzen Stagnieren in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre kam es seit der Jahrtausendwende zu einer neuerlichen Zunahme der Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in Österreich, wobei zu Jahresbeginn 2008 erstmals die 10%-Schwelle des Ausländeranteils überschritten wurde.

Die Grafik auf der folgenden Seite zeigt außerhalb der EU geborene Personen nach Gemeinden der per 1. Jänner 2012.

<http://www.statistik.at>

Bevölkerung am 1.1.2012: außerhalb der EU geborene Personen nach Gemeinden

Anteil der außerhalb der EU geborenen Personen an der Bevölkerung insgesamt



- Grenzen der Bundesländer
- Grenzen der Bezirke
- Grenzen der Gemeinden
- Wald, Almen und Ödland



©: STATISTIK AUSTRIA,
 Statistik des Bevölkerungsstandes.
 Erstellt am: 15.07.2013.

Integrationszentren in Graz, Linz und Salzburg

Österreich-Zentren – sogenannte »Welcome Desks« – eröffnet

Am 13. August, einen Tag nach der Eröffnung des „Welcome Desk“ in Graz, präsentierten Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer, Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und der Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), Franz Wolf-Maier, die neue Strategie „Integration von Anfang an“ und eröffneten den sogenannten „Welcome Desk“ im Integrationszentrum Oberösterreich.

Mit der neuen Strategie „Integration von Anfang an“ werden ZuwanderInnen vom ersten Gespräch an der österreichischen Botschaft im Ausland bis zur Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft begleitet – so wird ein Integrationsbogen über mehrere Jahre gespannt. Am „Welcome Desk“ gibt es Informationen zu allen zentralen Fragen des Lebens in Österreich, wie: „Wo kann ich rasch Deutsch lernen und welche passenden Kursangebote sind in meiner Region verfügbar?“, „Wie melde ich mein Kind zur Schule an?“ oder „Welche Grundwerte sind für das Zusammenleben in Österreich wichtig?“. MigrantInnen werden zudem über ihre Rechte und Pflichten in Österreich informiert.

Landeshauptmann Josef Pühringer: „Oberösterreich nimmt das Thema Zuwanderung und Integration sehr ernst. Daher haben wir bereits 2003 ein eigenes Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich ausgearbeitet, das wir seither konsequent umsetzen. Das Leitbild: ‚Einbeziehen statt Einordnen – Zusammenleben in Oberösterreich‘ enthält strategische und operative Maßnahmen zur Umsetzung in den unterschiedlichsten Feldern wie Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Freizeit, Kultur, Sport etc. Ich begrüße daher die Initiative von Staatssekretär Sebastian Kurz einen ‚Welcome Desk‘ zu errichten, um die Neuzuwanderer nicht nur willkommen zu heißen, sondern sie auch am Wege der Integration entsprechend zu begleiten.“

Staatssekretär Sebastian Kurz: „Integration darf nicht länger dem Zufall überlassen bleiben. Es braucht einen strukturierten Integrationsprozeß auf Basis klar definierter Rechte und Pflichten. Unser Ziel ist es, von Beginn an gemeinsame Werte zu vermitteln und dafür zu sorgen, daß sich Zuwanderinnen und Zuwanderer mit ihrer neuen Hei-



Foto: Land OÖ/Stringlmayr

Oberösterreichs LH Josef Pühringer, StS Sebastian Kurz, Doris Staudinger (Leiterin des Integrationszentrums OÖ) und Wolf-Maier (Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds) mit einer Mitarbeiterin des Welcome Desk in Linz

mat Österreich identifizieren. Wer bereit ist, durch Leistung und persönliches Engagement etwas weiterzubringen, den heißen wir gerne willkommen.“

Franz Wolf-Maier, Geschäftsführer des ÖIF: „Es freut mich, das Integrationszentrum Oberösterreich an diesem attraktiven Standort zwischen Hauptbahnhof und dem

neuen Musiktheater zu eröffnen. Unser Service-Angebot, das Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer von Anfang an begleitet, bietet individuelle Unterstützung bei der Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Wir schaffen hier ein Angebot, das es Migrantinnen und Migranten ermöglicht, ihre Potentiale zu nutzen und weiter zu entwickeln“.



Foto: BMI LK

v.l.: Franz Wolf-Mayer ÖIF, Landesrätin Martina Berthold, Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Staatssekretär Sebastian Kurz in Salzburg

Österreich, Europa und die Welt

Eine Woche später, am 20. August, trafen Staatssekretär Kurz und Franz Wolf-Maier in Salzburg ein, um dort – gemeinsam mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer und die für Migration und Chancengleichheit ressortzuständige Landesrätin Martina Berthold – den „Welcome Desk“ in der Landeshauptstadt zu eröffnen.

„Integration ist ein wechselseitiger Prozeß, der Toleranz, Offenheit und aktives Einbringen, insbesondere beim Spracherwerb, erfordert“, betonte Haslauer. „In der Vielfalt liegt eine große Chance für die Weiterentwicklung des Landes“, sagte Haslauer. Daher sei dieses Thema der neuen Landesregierung ein großes Anliegen, die „Welcome Desks“ sollen NeuzuwanderInnen nicht nur willkommen heißen, sondern sie auch auf dem Weg in die Integration erfolgreich begleiten.

Die Landesrätin wies darauf hin, daß Österreich ein Einwanderungsland sei und von Ideen und Potentialen von außen profitiere – und daß vor allem in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Wohnen und beim Zugang zum Arbeitsmarkt Chancengleichheit die Voraussetzung dafür sei, damit Integration kein einseitiger Prozeß bleibe, sondern im Dialog gelinge. „Dabei geht es darum, Gemeinsamkeiten wahrzunehmen, Unterschiede wertzuschätzen und Zuwanderinnen und Zuwanderer dabei zu unterstützen, in Österreich heimisch zu werden“, sagte die Landesrätin.

Bereits am 8. Juli präsentierten Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und die stv. Geschäftsführerin des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), Beatrix Lewandowski, den Umsetzungsschritt „Integration von Anfang an“ und eröffneten damals den ersten „Welcome Desk“ Österreichs im Integrationszentrum Wien.

Spindelegger betonte, „Zuwanderer sind in Österreich willkommen, aber auch gefordert: Wir erwarten von Menschen, die nach Österreich kommen, daß sie ein Österreich-Bewusstsein entwickeln und sich als aktiver Teil der Gesellschaft verstehen. Es gilt, unsere gemeinsamen Werte, allen voran Freiheit, Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaat zu vermitteln.“

Staatssekretär Kurz: „Integration soll möglichst früh beginnen. Mit der Vorintegration im Herkunftsland und dem neuen ÖIF-Angebot der ‚Welcome Desks‘ stellen wir nun erstmals sicher, daß jeder Zuwanderer von Anfang an Teil eines strukturierten Integrationsprozesses wird. Willkommenskultur



Foto: BMI/ J. Makowecz

Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (l.) und der Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds, Franz Wolf-Maier, und eine Mitarbeiterin des ÖIF

bedeutet für uns, offen auf die Menschen zuzugehen, die für sich und für Österreich etwas erreichen wollen und bereit sind, durch eigene Leistungen ein Teil Österreichs zu werden. Der Erwerb von Deutschkenntnissen, die Anerkennung von Qualifikationen und die Vermittlung unserer Werte stehen dabei an erster Stelle.“

Der neue Integrationsbogen von der Botschaft im Herkunftsland bis zur österreichischen Staatsbürgerschaft gliedert den Integrationsprozeß in vier Stufen:

1. *Vorintegration im Herkunftsland an der Botschaft*
 - Integration beginnt schon vor der Einreise nach Österreich an den Botschaften,
 - Umfassende Information über Österreich, Rechte und Pflichten,
 - Bündelung aller Angebote zur Vorintegration, z. B. <http://www.sprachportal.at> und <http://www.berufsanerkennung.at>
 - Info-Folder „Ihre Zukunft in Österreich“,
 - Voucher für einen Besuch im Integrationszentrum in Österreich.
2. *Erstintegration im Integrationszentrum in Österreich*
 - ÖIF „Welcome Desks“ in den Integrationszentren als Erstanlaufstelle und Info-Drehscheibe für NeuzuwanderInnen,
 - aktive Willkommenskultur bei einem umfassenden Erstgespräch, bei dem auch der individuelle Integrationsweg definiert werden kann,
 - „Welcome Box“: Dokumentenmappe mit auf die Person abgestimmten Informationen:
 - a) Information „Willkommen in Österreich“ mit den wichtigsten Infos rund um einen erfolgreichen Start in Österreich

- b) Wertevermittlung durch die Rot-Weiß-Rot-Fibel – „Zusammenleben in Österreich“, die NeuzuwanderInnen vermittelt, welche Werte Österreich ausmachen, und
- c) Informationen zu regionalen Integrationsangeboten sowie auf die Person abgestimmte Zusatzinformationen (z.B. Angebote für Studierende).

- Erster „Welcome Desk in Wien“, im Sommer Eröffnungen in den Integrationszentren Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck.
3. *Vertiefende Integration*
 - Angebot von begleitenden Follow-up-Gesprächen und
 - Besprechungen über die Erfüllung der gemeinsam gesetzten Integrationsziele.
 4. *Erwerb der Staatsbürgerschaft*

Am Ende des erfolgreichen Integrationsprozesses kann der Erwerb der Staatsbürgerschaft nach 6 Jahren (bei besonderem Engagement) oder nach 10 Jahren stehen. Die Kriterien:

 - Sprachkenntnisse,
 - Unbescholtenheit,
 - Selbsterhaltungsfähigkeit,
 - bei Staatsbürgerschaftserwerb bereits nach 6 Jahren: ehrenamtliches Engagement bzw. ausgezeichnete Deutschkenntnisse,
 - Staatsbürgerschaftstest mit Fokus Werte und Zusammenleben, ein kleiner Teil auch Faktenwissen über Österreich und
 - Verleihung der Staatsbürgerschaft als feierlicher Akt der Anerkennung gegenüber der neuen Staatsbürgerin oder dem neuen Staatsbürger. ■

<http://www.integration.at>
<http://www.integrationsfonds.at>

Integrationspolitik in Niederösterreich

Steuerung und Gestaltung der Migration und Integration

ÖsterreicherInnen, die im Ausland leben, kennen das Gefühl: In der Fremde sind die Menschen, die Umgebung, das Essen und vieles mehr anders als zu Hause. Eine der profiliertesten Figuren des österreichischen Journalismus, Hilde Spiel, hat in ihren beiden Erinnerungsbänden „Die hellen und die finsternen Zeiten“ und „Welche Welt ist meine Welt?“ den „chez nous“-Effekt beschrieben, den Wechsel der Gefühle in der Fremde, die feste Überzeugung, daß „bei uns“ zu Hause alles besser gewesen wäre und schließlich, nach einigen Jahren, das Annehmen und Bejahen der Fremde als zweite Heimat und das Zurechtfinden in der neuen Kultur.

2012 sind laut Statistik Österreich knapp 96.600 Personen aus Österreich weg- und beinahe 140.000 zugezogen. Viele davon werden den Wechsel der Gefühle, den „chez nous“-Effekt und das Zurechtfinden in der neuen Kultur selbst erfahren.

Niederösterreich hat eine lange Zuwanderungsgeschichte

Die Ausgrabungen des antiken römischen Carnuntums, die mittelalterlichen Burgen und Ruinen in der Kulturlandschaft Wachau, zur Kontrolle der Verkehrswege entlang der Donau und des Raumes zwischen Alpen und Karpaten, sind stumme Zeugen, daß es bereits in der Antike und im Mittelalter Wanderungsbewegungen in Niederösterreich gegeben hat. Waren es früher natürliche Verkehrswege, die Wanderungsbewegungen nach Niederösterreich auslösten, so war es im 19. Jahrhundert die sich entwickelnde papier-, textil- und metallverarbeitende Industrie, die Arbeitskräfte aus Böhmen, Mähren und Ungarn anlockte. Seit den 1970er Jahren sind es Pull/Push-Faktoren wie gute Wirtschaft, Arbeitsplätze, Lebensqualität und gesunde Natur, aber auch Krieg und Vertreibung, die Niederösterreich zum Zielland für Einwanderer werden ließen. Der Umgang mit Migration hat sich im Laufe der Geschichte gewandelt. Versuchte das Römische Reich der Antike noch, seine Außengrenzen gegenüber den Germanen mit dem Bau des Limes, eines militärischen Grenzwalls, entlang Donau und Rhein zu schützen, so kommen heute Methoden und Politiken zur Anwen-



Foto: NÖ Landesakademie

Der für die Koordination der Integrationsangelegenheiten zuständige Landesrat Karl Wilfing (l) mit dem Leiter des Integrationservices, Murat Düzel

dung, die Zu- und Abwanderung und Integration in der neuen Heimat vernünftig steuern und gestalten sollen.

Aus der Randlage Europas ins Zentrum

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 und dem Ende der politischen Trennung Europas rückte Niederösterreich aus einer Rand- in eine zentrale Lage und die traditionelle Ost-West-Wanderung setzte erneut ein. Niederösterreich darf für sich in Anspruch nehmen, eines der ersten Länder gewesen zu sein, das rasch auf die neue politische Lage reagiert hat. Bereits 1992 wurden zur Unterstützung der PädagogInnen in den niederösterreichischen Kindergärten interkulturelle MitarbeiterInnen (IKM) eingesetzt. Die IKMs erhalten eine berufsbegleitende Ausbildung, die zwei Jahre dauert, arbeiten in den Kindergärten und helfen den Kindern in der Eingewöhnungsphase, fördern die Mehrsprachigkeit in der Kindergarten- und sehen sich als Brückenbauer zwischen Kindern, Eltern und Pädagogen.

Das Projekt wurde mehrfach ausgezeichnet und wurde 2013 nochmals erweitert.

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1995, den EU-Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007, der EU Personenfreizügigkeitsbestimmung, dem Vertrag von Lissabon, der für die Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung im Artikel 77 EU Vertrag festschrieb, und zuletzt durch die Gründung eines Staatssekretariats für Integration beim Bundesministerium für Inneres wurden neue Rahmenbedingungen für den Bereich Integration geschaffen.

Leitbild zur Integration von MigrantInnen in Niederösterreich

Niederösterreich ist ein Flächenbundesland. Infrastrukturell benachteiligte, ländlich geprägte Regionen sind von Abwanderung betroffen, Zuwanderung findet generell stärker statt in den zentralen Lagen, entlang der Hauptverkehrsachsen und den Bezirken rund um Wien. In Hinblick auf Migration gibt es

Österreich, Europa und die Welt

große regionale Unterschiede: Industriebetriebe vom Industrieviertel bis zum nördlichen Waldviertel haben vor 40 bis 50 Jahren viele Arbeitskräfte aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien geholt, die anschließend ihre Familien nachholten und inzwischen mit ihren Familien in den Gemeinden heimisch geworden sind. In den letzten 20 Jahren fand zusätzlich ein landesweiter Zuzug statt, ausgelöst durch den EU-Beitritt Österreichs, den Zerfall Jugoslawiens und geprägt durch die zunehmende Bedeutung von Grenzgängern, also Personen, die täglich über die Grenze zur Arbeit pendeln. Aus diesem Grund kam es auch in der Wirtschaftsregion Wien–Bratislava zu einem verstärkten Zuzug aus der Slowakei in die grenznahen niederösterreichischen Gemeinden.

Die Niederösterreichische Landesregierung gab 2006 den Startschub für die Erstellung eines Niederösterreichischen Leitbildes für die Integration von MigrantInnen. Der landesweite Leitbildprozess, geleitet durch die Landesakademie Niederösterreich, war auf eine Dauer von 12 Monaten ausgerichtet und fand unter Beteiligung von 600 Menschen aus Politik, Verwaltung, Vereinen, Institutionen etc. statt. Dies führte 2008 zur Etablierung von klaren Strukturen auf Landesebene, einem eigenen Budget und damit zur Umsetzung konkreter Integrationsmaßnahmen. Als neue Aufgabe in Niederösterreich wurde auf Ebene der Landesregierung die Koordination der Integrationsangelegenheiten verankert. Der zuständige Landesrat für die Koordination der Integrationsangelegenheiten ist Karl Wilfing, und die Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen ist die zuständige Verwaltungsstelle im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung. Hier erfolgen Planung, Zielsetzung und Budgetverwaltung. Für die Umsetzung der landesweiten Integrationsmaßnahmen ist ein Pool von Experten zuständig, die im Integrationservice der Niederösterreichischen Landesakademie zusammengefasst sind.

Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung über Migration an der Donauuniversität Krems

Seit 2008 besteht in Niederösterreich an der Donauuniversität Krems ein eigener Lehrstuhl unter dem Titel: „Migration, Integration und Sicherheit“. Das Department Migration und Globalisierung, unter der Leitung von Univ.-Prof. Gudrun Biffl, besteht aus einem Team an ForscherInnen, Lehrenden und Organisationsassistenten und bie-



Böhmische Arbeitslose im Park Herrngarten, Marienthal, wo sie zuvor in der Textilfabrik, der Spinnerei, der Weberei oder in der chemischen Fabrik arbeiteten.

Foto: Reinhard Müller, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Graz

tet ein anspruchsvolles Fort- und Weiterbildungsprogramm im Bereich Migrations- und Integrationsmanagement an. Das Department Migration und Globalisierung ist universitär vernetzt und verfaßt laufend u. a. Berichte für das Bundesministerium für Inneres, das europäische Migrationsnetzwerk und die OECD. Das Department ist ein wichtiger Partner für die Planung und Zielsetzung von Integrationsmaßnahmen in Niederösterreich.

Integrationservice Niederösterreich

Das Integrationservice versteht sich als Drehscheibe für Integrationsarbeit in Niederösterreich. Hauptaufgabe ist die Beratung

und Vernetzung von BürgerInnen, Politik, Verwaltung, Gemeinden sowie Vereinen. Als flächenmäßig größtes Bundesland Österreichs mit 573 Gemeinden und teils großen Entfernungen zur Landeshauptstadt St. Pölten ist es für die Integrationsarbeit wichtig, funktionierende regionale und kommunale Einheiten anzusprechen und bewährte Organisations- und Kommunikationsformen in der interkommunalen Zusammenarbeit zu berücksichtigen. Deshalb sucht das Integrationservice viele aktive Menschen direkt in ihren Regionen und Gemeinden auf und bietet vor Ort Beratung an. Der aufsuchende Arbeitsansatz ist neben landesweiter Vernetzung



Foto: Caritas-Wien / Asyl & Integration – Missing Link / Gemeinwesenprojekte

»Missing Link« heißt das Team der Caritas Wien mit Sitz in Wiener Neustadt und Korneuburg, das sich vorgenommen hat, zwischen den verschiedenen AkteurInnen im Bereich Integration zu wirken. <http://zusammenreden.net/>

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Caritas-Wien / Asyl & Integration – Missing Link / Gemeinwesenprojekte



2012 führte »missing link« eine Workshopreihe in Haupt- und Neuen Mittelschulen in Niederösterreich durch. Unser Bild zeigt eine Schulklasse, die rund 60 anderen SchülerInnen die Ergebnisse eines dreitägigen Workshops präsentiert.

ein Grundprinzip der Integrationsarbeit. Dies ermöglicht den direkten Kontakt und die bessere Unterstützung. Wichtige PartnerInnen und Partner sind dabei auch die Institutionen vor Ort. Gemeinsam mit Trägerorganisationen wie z. B. dem NÖ Hilfswerk, der Caritas, der Diakonie, der Mobilen Jugendarbeit oder der Dorf- und Stadterneuerung und dem Regionalmanagement werden Integrationsprojekte forciert. Durch die Autonomie der Gemeinden und die bewährte, oft über viele Jahre bestehende gute Zusammenarbeit mit einzelnen Trägerorganisationen gibt es viele verschiedene Player im Integrationsbereich, die über das Integrationservice vernetzt werden.

Die Integrationsarbeit in Niederösterreich verläuft sowohl top-down als auch bottom-up. Es geht einerseits darum, die Führungskräfte in Land, Gemeinden und Institutionen für Diversitätsmanagement zu sensibilisieren und andererseits diese bei der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zu unterstützen.

»Integration fördern, gleichzeitig Integration fordern«

Dazu Landesrat Karl Wilfing: „Integration ist ein langfristiger Prozeß und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Integration fördern, gleichzeitig Integration fordern: Unter diesem Leitsatz steht unsere Politik, denn der Spracherwerb muß einerseits gefördert, aber andererseits genauso gefördert werden. Wer in Österreich lebt, muß auch

bereit sein, sich darauf so vorzubereiten, damit das tägliche Leben besser bewältigbar ist. Die Verantwortung des Einzelnen ist deshalb für das Gelingen von Integration ein wichtiges Element.

Integration funktioniert nur dann, wenn Menschen der Aufnahmegesellschaft Offenheit leben, gute Rahmenbedingungen gegeben sind und Menschen mit Migrationshintergrund sich aktiv einbringen, um ein Teil der Gemeinschaft zu werden.“

Integrationsarbeit in Niederösterreich basiert auf drei Ebenen

1. Landesweit durch Kooperation mit den Fachabteilungen der Landesregierung, landesweiten Trägerorganisationen wie z. B. Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz. Seit dem Leitbildprozeß 2007 findet jährlich eine Veranstaltung mit speziellen Schwerpunktthemen zur Förderung der landesweiten Vernetzung statt.

2. Regional und interkommunal (z. B. mit mehreren Gemeinden aus einer Kleinregion) erfolgt dies über Vorträge, Projekte und Kooperationen mit regionalen Institutionen wie z. B. dem Regionalmanagement oder Vereine der Zivilgesellschaft wie z. B. Verein menschen.leben in Baden.

3. Lokal steht die Beratung, Unterstützung und Förderung von Projekten in Gemeinden im Vordergrund. Eine Aufgabe dabei ist die Vernetzung aktiver Menschen über die Herstellung von Kontakten zu Communities, Vereinen, Verwaltung etc.

Integrationsprojekte Niederösterreichs im Nationalen Integrationsbericht 2013

<http://www.integration.at/integrationsbericht/daten.aspx>

Integrationsprojekte Niederösterreichs auf der EU-Website für Integration

<http://ec.europa.eu/ewsi/en/lra.cfm>

Donauuniversität Krems, Department Migration und Globalisierung

<http://www.donau-uni.ac.at/de/department/migrationglobalisierung/index.php>

Integrationservice der Landesakademie Niederösterreich

<http://integrationservice.noelak.at/>

Integrationsleitfaden für die Vielfalt

Das Integrationsleitbild, das unter Beteiligung von 600 Experten aus Politik, Verwaltung, Vereinen, Institutionen etc. bis 2008 erarbeitet wurde, ist 2012 aktualisiert und in Form einer Broschüre neu aufgelegt worden. Dieser Integrationsleitfaden für die Vielfalt informiert über Beispiele modern gestalteter und gelebter Integration vor Ort und soll einen Überblick verschaffen und eine Grundlage für die zukünftigen Integrationsvorhaben in Niederösterreich sein.

2013 Bilanz der Servicestelle

Seit Beginn der Initiative im Jahr 2008 konnten mehr als 200 Gemeinden von diesem Angebot profitieren und so in ihrer Integrationsarbeit unterstützt werden. Es wurden 170 Integrationsprojekte auf lokaler und regionaler Ebene in der Umsetzung beraten, begleitet und gefördert. ■

Autoren: Murat Düzel und Christof Planitzer

Jung, gebildet und innovativ

Wirtschaftsagentur Wien präsentiert erste datenbasierte Analyse zu Wiener UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund

Kleine migrantische Unternehmen mit bis zu 50 MitarbeiterInnen leisten einen maßgeblichen Beitrag für den Wirtschaftsstandort. Das geht aus der neuen Studie zu „Ethnischen Ökonomien“ hervor, die die Wirtschaftsagentur Wien in Auftrag gegeben hat. Im Jahr 2011 beschäftigten sie rund 20.000 MitarbeiterInnen und erwirtschafteten rund 640 Millionen Euro. Inklusiv der Einpersonenernehmer (EPU) sind das in Summe rund 46.000 Arbeitsplätze für Wien. Die Europäische Kommission empfiehlt in ihrem aktuellen Aktionsplan den Mitgliedsländern, das unternehmerische Potential dieser Gruppe umfassend zu berücksichtigen und mehr Zugang zu Informationen und Vernetzung zu ermöglichen. Eine Forderung, die Wien durch die Angebote der Wirtschaftsagentur Wien bereits seit Jahren umsetzt.

Mit der aktuellen Studie des Forschungsinstituts Synthesis legt die Wirtschaftsagentur Wien die erste datenbasierte Studie zur Lage der migrantischen Unternehmen in Wien vor. Erstmals gibt es eine Analyse, die die wirtschaftliche Bedeutung der selbstständig tätigen MigrantInnen verdeutlicht.

„Wien beweist einmal mehr seine Vorreiterrolle: Seit 2008 hat die Wirtschaftsagentur Wien mit Mingo Migrant Enterprises eine eigene Servicestelle mit mehrsprachiger, kostenloser Beratung für migrantische Unternehmen. Mittlerweile gibt es das Beratungsangebot in 14 Sprachen! Es macht einfach Sinn, auf Augenhöhe zu kommunizieren, schließlich sind migrantische Unternehmen ein unverzichtbarer Teil der Wiener Wirtschaft, die noch dazu Arbeitsplätze schaffen und so den Standort stärken. Wien setzt um, während andere nur reden“, so Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner zu der am 19. August präsentierten Studie.

»Ethnische Ökonomien« – die Ergebnisse

In Wien hat sich innerhalb der letzten 30 Jahre die Zahl der selbstständigen UnternehmerInnen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft mehr als verdreifacht: 2011 waren insgesamt 26.200 in Wien lebende Personen mit Migrationshintergrund selbstständig tätig, das sind 37 Prozent der Wiener UnternehmerInnen. In der Studie werden nur jene

berücksichtigt, die „dominant selbstständig“ sind – also von ihrem Unternehmen leben können. Sie stammen aus über 130 verschiedenen Nationen, wobei Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Slowakei, Polen und „Ex-Jugoslawien“ anführen. Auch Deutsche rangieren unter den Top 5, wenn es um migrantische Unternehmen in Wien geht. Gesamt betrachtet stammen rund 60 Prozent aus den Ländern der Europäischen Union. Von UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund geführte Betriebe sind eine tragende Säule der Wiener Wirtschaft und bestens gebildet: 46,6 Prozent der migrantischen Selbstständigen verfügen über Matura oder einen gleichwertigen bzw. höheren Abschluß. Die Studie zeigt aber auch, daß die migrantischen UnternehmerInnen mit einem Jahreseinkommen von 10.000 Euro wenig verdienen. Auch ist eine regionale Konzentration festzustellen: Die meisten Gründungen finden in den Bezirken Favoriten (10.), Ottakring (16.) und Rudolfsheim (15.) statt, aber auch in den Bezirken Neubau (7.) und Leopoldstadt (2.). Die Untersuchung zeigt auch, daß zwar immer noch viele migrantische Unternehmen in den traditionellen Branchen wie Gastronomie und Handel tätig sind, die Baubranche aber aufholt. Zudem setzen diese immer mehr auf innovative Konzepte und sind vergleichsweise jung: die Mehrheit der migrantischen UnternehmerInnen sind zwischen 24 und 44 Jahre alt.

„Die Studie ist Bestätigung für das bisher Geleistete und Auftrag für die Zukunft: Unser niederschwelliges Angebot von ‚Mingo Migrant Enterprises‘ wird vielfach genutzt und wir entwickeln uns dynamisch weiter, um Unternehmen in ihren Wachstumsvorhaben zu unterstützen. Und unser Angebot ist gefragt – wir hatten 2013 um 70 Prozent mehr Beratungen als noch 2011. Wir wollen die Unternehmen noch besser dabei unterstützen, ihr Unternehmen nachhaltig aufzustellen“, hält Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien, fest.

Gründungskurse vor der Haustüre

Die Wirtschaftsagentur Wien bietet erstmalig in Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen von 25. bis 29. November 2013 Gründungsworkshops in Ottakring an. Sie

sind kostenlos und finden in 14 verschiedenen Sprachen statt, der jüngste Zuwachs ist Französisch. Nurten Yilmaz, Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal: „Diese Studie macht die Bedeutung der migrantischen Unternehmen für die Stadt endlich sichtbar. Es gilt, diese Unternehmen weiterhin zu unterstützen und pro-aktiv auf sie zuzugehen. Gut, daß nun die Gründungsworkshops starten, denn hier gibt es noch einiges an wirtschaftlichem Potential auszuschöpfen.“ Mehr als 220 Menschen mit Unternehmergeist aus über 50 Nationen wurden 2012 bei einem MME-Informationsgespräch in der Wirtschaftsagentur Wien beraten. Damit ist die Nachfrage um über 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Wichtigste Ergebnisse der Studie »Ethnische Ökonomien«

- 37 % sind ethnische Ökonomien (jede 3. Selbständige Person)
- 18,5 % Arbeitgeberbetriebe
- 81,5 % EPU (Einzelpersonenernehmer)
- 20.000 Arbeitsplätze für Wien
- 640 Millionen Wertschöpfung
- 130 Nationen
- Top Nationen: Slowakei, Polen, Ex-Jugoslawien (Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien)
- Ca. 60 Prozent der Selbstständigen mit Migrationshintergrund aus dem EU-Raum
- Top Branchen: Gastronomie, Handel und Bau
- Jung: die Mehrheit ist zwischen 25 und 44 Jahre alt
- 46,6 % verfügen über Matura
- 72 % haben ein Einkommen von höchstens 10.000 Euro jährlich

Die Wirtschaftsagentur Wien wurde erst am 2. Mai 2013 mit dem erstmals vergebenen MigAward 2013 für ihr Projekt Mingo Migrant Enterprises (MME) in der Kategorie „Wirtschaft & Arbeit“ ausgezeichnet. Der MigAward wird für besondere Leistungen in den Bereichen Integration und Partizipation von MigrantInnen in Österreich vergeben. ■ <http://wirtschaftsagentur.at>

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit

Treffen von Bundeskanzler Werner Faymann mit slowenischer Ministerpräsidentin und kroatischem Premierminister in Graz – Italiens Ministerpräsident in Wien



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 23. August traf Bundeskanzler Werner Faymann (M.) die slowenische Ministerpräsidentin Alenka Bratušek und den kroatischen Ministerpräsidenten Zoran Milanović zu einem Arbeitsgespräch in Graz.

Ich bin stolz darauf, daß es nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auch innerhalb der Regionen starke kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen gibt. Vor nicht einmal 20 Jahren herrschte noch Krieg im ehemaligen Jugoslawien und Auseinandersetzungen standen auf der Tagesordnung, umso mehr dürfen wir Frieden in Europa nicht als Selbstverständlichkeit sehen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 23. August bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der slowenischen Ministerpräsidentin Alenka Bratušek und dem kroatischen Premierminister Zoran Milanović in der Grazer Burg.

„Unsere Regierungen arbeiten eng zusammen. Diese freundschaftliche Zusammenarbeit und der Zusammenhalt innerhalb der Regionen ist ein Herzstück der Europäischen Union. Gemeinsam müssen wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, in Jugendbeschäftigung investieren und das Wirtschaftswachstum stärken. Oftmals wird die Demokratie in Europa für selbstverständlich gehalten, doch wir müssen auch Tag für Tag für ein demo-

kratisch starkes Europa eintreten“, so der Kanzler.

Ministerpräsidentin Bratušek stimmte dem österreichischen Bundeskanzler zu und betonte die Notwendigkeit, gemeinsam Herausforderungen zu bewältigen. Österreich wäre ein Vorbild in bezug auf das duale Ausbildungssystem und die hohe Jugendbeschäftigung. Sie dankte Bundeskanzler Faymann für Ratschläge und Unterstützung in diesem Bereich, so daß Slowenien bereits erste Maßnahmen umsetzen konnte. Auch Kroatiens Ministerpräsident Milanović sah die Zusammenarbeit als Chance, voneinander zu lernen. Und man könne besonders viel gerade von Österreich lernen.

Faymann verwies auf gemeinsame Positionen nicht nur in Hinblick auf notwendige Investitionen in Bildung und Beschäftigung, sondern auch in bezug auf die Finanzmärkte: „Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer bedeutet mehr Fairness für Europa. Wir müssen Finanzmärkte regulieren und eine Bankenaufsicht einführen. Ich bin überzeugt davon, daß uns dieses politische

Konzept, gemeinsam mit den richtigen Investitionen, aus der Krise führt. Wir wollen wieder selbst aktiv und handlungsfähig sein und nicht von anderen, vor allem nicht von Finanzmärkten, abhängig sein.“ Mehr als eine Million Arbeitsplätze in Österreich seien vom Export abhängig, der Großteil dieser Exporte gehe in Länder der Europäischen Union. „Deshalb ist eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung und die enge Zusammenarbeit für alle Beteiligten von Vorteil“, so der Bundeskanzler abschließend.

Italiens Ministerpräsident in Wien

Wenige Tage zuvor, am 21. August, war der italienische Ministerpräsident Enrico Letta im Bundeskanzleramt zu einem Gespräch mit Faymann zusammengetroffen, bei dem der Kanzler den guten persönlichen Kontakt und die gute politische und nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Italien auch in schwierigen Zeiten unterstrich. Es gebe sowohl historisch als auch gegenwärtig viele Gemeinsamkeiten und gemeinsame Projekte wie den Brennerbasistunnel und die

Österreich, Europa und die Welt

Finanztransaktionssteuer. Enrico Letta hob ebenfalls die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Österreich und Italien hervor. Österreich sei in der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ein Vorbild in Europa, Kanzler Faymann eine „Säule der Stärke in der Europäischen Union“.

Im zweiten Halbjahr 2014 wird Italien die EU-Ratspräsidentschaft innehaben und dabei den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum rücken. Österreich habe hier als best practice-Beispiel große Erfolge erzielt. Letta zähle bei seiner Ratspräsidentschaft auf Kanzler Faymann als wichtige Stimme. „Der österreichische Bundeskanzler ist einer der Regierungschefs mit der größten Autorität in der EU“, so Letta. ■



Foto: BKA / Regina Aigner

Werner Faymann (r.) und der italienische Ministerpräsident Enrico Letta bei einer Pressekonferenz nach einem gemeinsamen Gespräch im Bundeskanzleramt.

Umweltherausforderungen mit EU-Strategie entgegentreten

Die Politikbereiche Landwirtschaft und Umwelt stehen zwar in einem Spannungsfeld. In Österreich ist es uns aber gelungen, das Gemeinsame – nämlich Nachhaltigkeit und Lebensqualität – in den Vordergrund zu stellen. Hier sehe ich auf europäischer Ebene noch sehr viel Potential“, unterstrich Umwelt- und Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich im Schlußpanel zur Zukunft Europas beim „Forum Alpbach“. Mit der vor kurzem verabschiedeten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist allerdings bereits ein weiterer wichtiger Schritt für eine stärkere Umweltorientierung der europäischen Landwirtschaft gelungen. „Die GAP leistet seit über 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag für das Projekt eines vereinten Europas und Österreich konnte sich als Vorreiter für ökologisch nachhaltige Landwirtschaft verstärkt einbringen. Jetzt gilt es auch im Umweltbereich näher zusammenzu-

rücken, denn die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Verknappung der Ressourcen und steigender Energiehunger brauchen unsere gemeinsamen Anstrengungen.“

Energiewende eröffnet Perspektiven für junge Generation

Die für Österreich angestrebte Energiewende trägt auch zur Lösung eines weiteren drängenden Problems der EU bei: der hohen Jugendarbeitslosigkeit. „Die Umstellung unseres Wirtschaftsystems hin zu einer ressourceneffizienten, CO₂-armen Wirtschaft und die Forcierung erneuerbarer Energien bringt einen weitreichenden Wandel am Arbeitsmarkt mit sich und schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten: green jobs, die nach ExpertInnen auf diesen Gebieten verlangen“, ist Berlakovich überzeugt. Daher entwickelte er bereits 2010 den Masterplan green jobs mit dem Ziel, dass 100.000 zusätzliche

Arbeitsplätze in der Umweltbranche entstehen.

„Wir brauchen aber nicht nur green jobs, sondern eine green economy, denn es kann uns nicht egal sein, wie unsere Wirtschaft in Zukunft wächst. Es geht nicht um Verzicht, sondern darum, daß möglichst viele ihre Lebensweise ändern. Weniger Energie zu verbrauchen oder weniger Lebensmittel wegzulassen bedeutet keinesfalls eine Einbuße an Lebensqualität. Das muß auch die Perspektive für Europa sein“, erklärt Berlakovich. In Österreich werden bereits heute 31 Prozent des Energieverbrauchs mit erneuerbaren Energieträgern abgedeckt. Eine besondere Rolle spielen dabei die Klima- und Energiemodellregionen: Sie stellen unter Beweis, daß die Unabhängigkeit von fossiler Energie erfolgreich mit einer Steigerung der regionalen Wertschöpfung einhergeht. ■

<http://www.lebensministerium.at>

EU Produktpirateriestatistik 2012

Der aktuellen EU-Produktpirateriestatistik zufolge, haben die Zollverwaltungen der europäischen Mitgliedsstaaten im Jahr 2012 in mehr als 90.000 Fällen fast 40 Millionen gefälschte Artikel beschlagnahmt. Österreich alleine kann mit 2.344 Fällen und 182.046 beschlagnahmten Artikeln ein eindrucksvolles Ergebnis vorweisen. Unser Land belegt damit im EU-weiten Ranking den neunten Platz. „Diesen beeindruckenden Erfolg verdanken wir dem unermüdlichen Einsatz der österreichischen Zollverwaltung, die tagtäglich an vorderster Front, effektive Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung setzt“, zeigte sich der zuständige Sektions-

chef im Finanzministerium, Hans-Georg Kramer mehr als erfreut.

Laut Angaben der EU-Kommission beträgt der Wert der Fälschungen – gemessen am Originalpreis – nahezu eine Mrd. Euro, allein in Österreich mehr als 4,2 Mio. Euro.

Aufgrund der nach wie vor ansteigenden Nutzung der Einkaufsmöglichkeiten über das Internet verzeichnet die Statistik immer höhere Aufgriffszahlen in diesem Bereich. Allein 70 % der Aufgriffe erfolgen im Postverkehr und bei Kurierdiensten. In Österreich ist dies sogar in 90% der Fälle gegeben.

Ein Schmuggeltrend der – trotz oftmaliger Aufgriffe – bis heute nicht an Beliebtheit

verloren hat, bleibt die Bestellung illegaler Arzneimittel im Internet. Auch im Jahr 2012 betrafen 23 % der Aufgriffe im Postverkehr Medikamente. In Österreich ist diese Zahl mit 28,7 % der Fälle sogar höher als im Schnitt der EU-Länder. „Gerade die gesundheitlichen Bedrohungen, die von Plagiaten in diesen Produktgruppen ausgehen, werden angesichts eines vermeintlich günstigen Schnäppchens oftmals nicht ausreichend ernst genommen. Dabei sind die möglichen Schäden, die durch Produktfälschungen hervorgerufen werden können, keinesfalls einfach abzutun“, warnt der Sektionschef. ■

<https://www.bmf.gv.at/zoll/produktpiraterie/produktpiraterie.html>

»Marke Österreich«

Österreich soll sich in Zukunft noch stärker als weltoffener »Brückenbauer für die Welt« positionieren und Sichtbarkeit auf allen Ebenen verstärken – Konzept im Ministerrat beschlossen



Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (l.) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wien

Die Bundesregierung hat am 13. August im Ministerrat das Konzept für eine „Nation Brand Austria“ und eine wettbewerbsfähige Identität Österreichs beschlossen. „Auf dieser Basis soll sich Österreich in Zukunft noch stärker unter dem Leitmotiv ‚Brückenbauer für die Welt‘ positionieren und damit seine Sichtbarkeit im Ausland auf allen Ebenen verstärken“, erläutern Vizekanzler Außenminister Michael Spindelegger und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner die Strategie für die neue „Marke Österreich“. „Angesichts der Globalisierung und des härter werdenden Standort-Wettbewerbs wollen wir die Sichtbarkeit, Relevanz und Wiedererkennbarkeit Österreichs nachhaltig stärken. Je positiver unser Außenbild ist, desto attraktiver sind wir für Investoren, Touristen, Studenten, Unternehmen und andere Nationen“, betont Mitterlehner. „Von einem weltoffenen und optimistischen Zugang profitiert gerade auch der Wirtschaftsstandort, weil wir zum Beispiel noch attraktiver für qualifizierte Fachkräfte werden und unsere Unternehmen beim Erschließen neuer Märkte unterstützt werden. Auch beim Vermarkten von Produkten, Dienstleistungen und Innovationen ergeben sich Vorteile, wenn unsere Identität gut positioniert ist.“

Österreich hat sich schon in der Vergangenheit erfolgreich als Brückenbauer positioniert und dient nach wie vor als Drehscheibe zwischen West- und Osteuropa. Diese Rolle

soll Österreich zukünftig nicht nur bei den unmittelbaren Nachbarstaaten spielen, sondern soll – beginnend in Südosteuropa, über Zentralasien und Nordafrika – Länder, die derzeit noch nicht so entwickelt sind, nachhaltig auf ihrem Weg unterstützen. Dabei geht es nicht nur um die wirtschaftliche Entwicklung, sondern um einen breiten Ansatz, der sich auch auf zeitgenössische, kulturelle, wissenschaftliche, bildungspolitische, religiöse und gesellschaftliche Bereiche bezieht. In Relation zur Größe des Landes hat Österreich in den vergangenen Jahren beim Anholt-GfK Roper Nation Brands Index mit einem konstanten 13. Platz positiv abgeschnitten, muß sein Profil aber insbesondere außerhalb seiner direkten Nachbarstaaten und bei jüngeren Generationen schärfen.

Pilotprojekte sollen Brückenbauer-Rolle verstärken

Um die Umsetzung des Strategiekonzepts zu unterstützen und voranzutreiben, wird gemäß Ministerratsvortrag eine Nation Brand Agency eingerichtet, die beim Wirtschaftsministerium angedockt wird. Zum Start werden in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Ressorts vier Pilotprojekte zur Umsetzung empfohlen:

AustriaCard

Unter diesem Arbeitstitel soll ein neuartiges Kundenbindungsprogramm geschaffen

werden, gedacht für Geschäftsleute, Investoren, Touristen, Fachleute, Forscher, Wissenschaftler und Studenten aus dem Ausland, die mit Österreich in Kontakt kommen. Der Hauptvorteil einer solchen Karte würde darin bestehen, daß Österreich das erste Land wäre, das vom kostenintensiven konventionellen Massenmarketing zum Beziehungsmarketing übergeht, wobei langfristige, interaktive Beziehungen aufgebaut werden, die auf Vertrauen und Wertschätzung basieren.

Twining Buildings

Gebäudepartnerschaften zwischen historischen Bauten in Österreich und im Ausland, die über ein verbindendes Element (z.B. gleiches Baujahr, gleicher Architekt, gleicher Stil, gleicher Verwendungszweck) verfügen. Das Verpartnern von Gebäuden soll das kulturelle Erbe Österreichs enger mit Entwicklungen im Ausland verbinden und ist ein gutes Beispiel für das Leitmotiv des „Brückenbaus“.

AidSurance

Nach Naturkatastrophen könnte Österreich für Entwicklungsländer die Bezahlung von künftigen Versicherungsprämien übernehmen.

Rule of Law Trust Fund

Ein von Österreich eingerichteter Treuhandfonds soll internationale Akteure bei der Stärkung ihrer Rechtsgrundsätze unterstützen und internationale Rechtsexperten entsenden.

Strukturprojekte: Public Diplomacy auf breiter Basis

Zusätzlich zu den Pilotprojekten sollen mittels einer verstärkten Public Diplomacy jene Gebiete, in denen Österreich Hervorragendes leistet, gezielter dargestellt werden. Ziel ist es, Verständnis für die Vorstellungen und Ideale Österreichs, seine Einrichtungen zu schaffen, weshalb im Außenministerium ein Public Diplomacy Sekretariat eingerichtet wird. Zudem sollen die kulturellen Beziehungen auf allen Ebenen verstärkt werden,

Österreich, Europa und die Welt

gerade um sich das insbesondere bei Jüngeren wichtige Image eines Innovationsführers aufzubauen. Bei der Umsetzung dieser Strukturprojekte kommt dem Netzwerk österreichischer Vertretungsbehörden im Ausland eine besondere Bedeutung zu. Zusätzlich sollen die Entwicklungsbüros, die Auslandsbüros der Österreich Werbung, der ABA-Invest in Austria, das Auslandsnetzwerk der WKÖ, die Offices of Science and Technology Austria sowie die zahlreichen Mobilitätsakteure im In- und Ausland (OeAD, Kulturkontakt) und sprachpolitischen Instrumente (ÖSD, ÖI) eingebunden werden. Ergänzend sollen die kulturellen Beziehungen durch bilaterale und multilaterale Abkommen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie durch die aktive

Beteiligung in internationalen Organisationen und Netzwerken verstärkt werden.

Um die Wahrnehmung Österreichs im Ausland zu verbessern, soll auch ein offizielles gemeinsames Webportal aller Ressorts geschaffen werden. Dieses hat die Kernaufgabe, internationalen Nutzern im In- und Ausland eine einfach zu bedienende, zentrale Anlaufstelle zu bieten, auf der sie relevante Inhalte und weiterführende Informationen zu Österreich zumindest auf Deutsch und Englisch abrufen können. Ziel ist es, die für Österreich besonders wichtigen Zielgruppen im Ausland (Exportkunden, Investoren, Touristen, Schlüsselarbeitskräfte, Forscher, Kunstschaffende, Schüler und Studierende, Multiplikatoren) zu servicieren und damit das Image Österreichs zu stärken.

Projekt Competitive Identity

Ausgangspunkt der Arbeiten war eine umfangreiche Analyse der Außen- und Innenwahrnehmung Österreichs. Danach wurde der Zuschlag für das Projekt „Nation Brand Austria“ im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung an den internationalen Politikberater Simon Anholt erteilt. Der Prozeß sollte Antworten zu den Schlüsselfragen der Identität und der Strategie der Competitive Identity Österreichs sowie ihrer Verankerung im In- und Ausland geben. Dazu gab es über einen Zeitraum von zehn Monaten 40 Treffen von Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur, Bildung, Medien und Zivilgesellschaft. Begleitet wurde der Prozeß von drei Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt. ■

PCC SEE-Vorsitz

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 wurde die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa, kurz PCC SEE, ins Leben gerufen. Die Konvention zählt mittlerweile elf Länder zu ihren Vertragsstaaten und ist die gemeinsame Rechtsgrundlage zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern. Im zweiten Halbjahr 2013 übernimmt Österreich erstmals den Vorsitz im Rahmen der PCC-SEE-Kooperation.

Um die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zur Verhinderung, Ermittlung und Aufdeckung von strafbaren Handlungen zu verstärken, wurde am 5. Mai 2006 von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Rumänien und Serbien die PCC SEE in Wien unterzeichnet. Vor dem Hintergrund der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft spielte Österreich bei der Verhandlung des Vertragstexts eine tragende Rolle. ■

Gedenken an Fall des Eisernen Vorhangs

Am 19. August wurde an jener Stelle, an der am 27. Juni 1989 Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn gemeinsam den Stacheldrahtzaun des „Eisernen Vorhangs“ an der österreichisch-ungarischen Grenze durchschnitten hatten, ein Denkmal enthüllt. Dieses stand bisher an der Stelle des „Pan-europäischen Picknicks“ in der Nähe von Sopron, das heute vor genau 24 Jahren, am 19. August 1989, abgehalten wurde. Der Ort an der Grenze steht für Ungarn und für Europa symbolisch für den Beginn einer neuen Ära der Freiheit und des Aufbruchs in ein neues Europa.

„Die friedliche Wende des Jahres 1989 war der große Triumph der Bürgerinnen und Bürger in den ehemaligen Ostblock-Staaten. Sie haben über Jahrzehnte mit unermeßlicher Willenskraft den Weg dafür bereitet. Trotz aller Gefahren und Nachteile, trotz Bedrohung für Leib und Leben haben sich

diese Menschen mutig für ihre Freiheit eingesetzt und entschlossen gegen totalitäre Regime gestellt“, erklärte dazu Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger. „Das Friedensprojekt Europa“ so Spindelegger weiter, „bildet eine tragende, einigende und identitätsstiftende Grundlage in einem Europa, in dem Wachtürme und Stacheldraht der Vergangenheit angehören. Es ist unabdingbar, daß das Wissen um die tragische Vergangenheit unseres Kontinents der Jugend vermittelt wird. Mit der Vergangenheit im Bewußtsein gilt es, das gestalterische Potential im heutigen Mitteleuropa zu erkennen und mit Engagement zu nutzen.“

Die Erinnerungsfeier wurde vom ungarischen Botschafter in Österreich, Vince Szalay-Bobrovniczky, und dem Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Außenministerium, Botschafter Martin Eichtinger, in Anwesenheit des Bürgermeisters von Sopron, Tamás Fodor, gestaltet. ■

Österreichische EFSF-Haftungen betragen rund 8,8 Mrd. Euro

Der Stand der österreichischen Haftungen für die Zahlungsbilanzunterstützung im Rahmen des Europäischen Rettungsfonds EFSF betrug per Ende des 2. Quartals 2013 inklusive Übergarantien rund 7,992 Mrd. € für Kapital, die Haftungen für Zinsen machten rund 805,7 Mio. € aus. In Summe beliehen sich die österreichischen EFSF-Haftungen damit auf 8,797 Mrd. €.

Dies geht aus dem aktuellen Quartalsbericht von Finanzministerin Maria Fekter über die Maßnahmen nach dem Zahlungsbi-

lanzstabilisierungsgesetz hervor, der nun dem Budgetausschuß des Parlaments vorliegt.

Die regelmäßigen Prüfmissionen in den drei Euroländern, die sich in einem makroökonomischen Anpassungsprozeß befinden, seien im 2. Quartal 2013 positiv beendet worden, heißt es darin. Irland hat in diesem Zeitraum EFSF-Finanzhilfen von insgesamt 2,4 Mrd. € erhalten, an Portugal gingen Finanzhilfen in der Höhe von 2,1 Mrd. €, an Griechenland schließlich wurden im 2. Quartal

2013 17,5 Mrd. € überwiesen. Nach dem Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz kann sich Österreich mit Haftungen bis zu rund 21,639 Mrd. € an Kapital zuzüglich Zinsen und Kosten an EFSF-Finanzierungen beteiligen.

Der Gesamtstand der österreichischen Haftungen betrug per Ende des 2. Quartals 2013 rund 8,797 Mrd. €, sodaß ein verbleibender freier Rahmen für Maßnahmen aus dem Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz in der Höhe von rund 13,647 Mrd. € besteht. ■

Hohe Bundesauszeichnung für einen Erinnerungsarbeiter

BM Klug verlieh Ehrenzeichen an Peter Gstettner – LH Kaiser würdigte bei Feierstunde Verdienste des Geehrten für Be- und Gedenkkultur Kärntens



Foto:

v.l.: LH Peter Kaiser, BM Gerald Klug, Univ.Prof. Peter Gstettner, LH-Stv. Gaby Schaunig und der 2. Landtagspräs. Rudolf Schober

Das „Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ wurde am 5. August von Verteidigungsminister Gerald Klug an Universitätsprofessor Peter Gstettner verliehen. Der frühere Erziehungswissenschaftler an der Uni Klagenfurt gründete 1994 das „Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška“ und den „Verein Memorial Kärnten/Koroška“. Bei der Feierstunde im ehemaligen Offizierskasino neben der Khevenhüllerkaserne in Klagenfurt-Lendorf waren auch Landeshauptmann Peter Kaiser und LHStv.in Gaby Schaunig anwesend. Die Kaserne war in der NS-Zeit Außenstelle des KZ Mauthausen. Diese „vergessene“ Vergangenheit hat Gstettner aufgearbeitet und die Kaserne zu einem Gedenk- und Erinnerungsort gemacht.

Der Landeshauptmann würdigte Gstettner als einen Menschen, der mit viel Energie, Engagement und Bereitschaft für eine Be- und Gedenkkultur des Landes Kärnten wirke. Die Arbeit des Geehrten in der politischen Aufklärung reiche weit zurück, so habe er sich zum Beispiel auch für das zweisprachige Schulwesen in Kärnten stark gemacht. „Konformität ist keine seiner Eigenschaften“, so Kaiser über Gstettner, den er auch als sensiblen Künstler und kritischen Freund kenne: „Er hält mir oft einen Spiegel vor, was ich sehr schätze.“ Die Gedenk- und

Vermittlungsarbeit rund um die Kärntner Außenstelle des KZ Mauthausen bezeichnete Kaiser als enorm wichtig. So seien auch Schicksal und Erbe der Opfer nicht ungehört und ungesehen.

Minister Klug würdigte Gstettners Wirken ebenfalls, u.a. auch sein Engagement für die Errichtung einer 2007 enthüllten Gedenktafel bei der Khevenhüllerkaserne. Durch die Rekonstruktion der NS-Geschichte in Österreich solle das kollektive Schweigen gebrochen und das Lied von der „guten alten Zeit“ neu intoniert werden, meinte der Minister. Es gehe darum, den Blick jenseits der Schweigemauer in die Zukunft zu richten. Gstettner prägte die wichtige Gedenkstätttenkultur in Österreich. Es sei wichtig, oft vergessene NS-Tatorte zu öffentlich relevanten Gedenkort zu machen.

Gstettner zeigte sich von der Auszeichnung „in der Tat überrascht“. Mit ihr werde auch die Arbeit des „Mauthausen Komitees“ gewürdigt, zudem würden die Menschen damit geehrt, „denen unsere Arbeit gewidmet ist“. Die Khevenhüllerkaserne, der Ort der Ehrung, sei in der NS-Zeit gebaut worden und habe damals zur „Heranzüchtung von Elitesoldaten des verbrecherischen Regimes“ gedient. Von 1943 bis 1945 sei hier die Außenstelle des KZ Mauthausen gewesen. Diese sei ab 8. Mai 1945 spurlos verschwun-

den, auch aus der Erinnerung. Durch die Enthüllung der auf seine Initiative angebrachten Gedenktafel sei das KZ in Klagenfurt-Lendorf als Faktum anerkannt worden, meinte Gstettner. Zur Gedenktafelenthüllung 2007 sei auch der letzte Überlebende dieser KZ-Außenstelle, Rajmund Pajer, aus Kanada angereist, erzählte Gstettner. Für diesen sei die Enthüllungsfeier eine Art moralische Wiedergutmachung und späte Entschädigung gewesen. „Er ging damals aufrecht durch das Kasernentor, auf Augenhöhe mit den höchsten Würdenträgern des Landes.“

Die Gäste der Feierstunde wurden von Militärkommandant Brigadier Walter Gitschthaler begrüßt. Auch er dankte Gstettner dafür, sich als erster intensiv mit der NS-Vergangenheit der Khevenhüllerkaserne auseinandergesetzt zu haben. Für die musikalische Umrahmung sorgte ein Quartett der Militärmusik Kärnten. Anwesend waren u.a. auch Prälat Michael Kristof, Superintendent Manfred Sauer, der zweite Landtagspräsident Rudolf Schober, Nationalratsabgeordnete Christine Muttonen, Landtagsabgeordnete Barbara Lesjak, der amtsführende Landes- schulratspräsident Rudolf Altersberger, Stephan Sting von der Uni Klagenfurt sowie Familie und Freunde des Geehrten. ■

<http://www.memorial-kk.at>

48. Gottscheer Kulturwoche

Die Gottscheer Landsmannschaft in Klagenfurt veranstaltet seit dem Jahre 1963 eine Gottscheer Wallfahrt und heuer zum 48. Mal die Gottscheer Kulturwoche, die längst zu einer weltweit anerkannten Heimatbegegnung wurde. Sie fand heuer vom 29. Juli bis 4. August auf Schloß Krastowitz in Klagenfurt statt und es nahmen Landsleute aus den USA, aus Deutschland, Slowenien und allen österreichischen Bundesländern daran teil.

Von Martha Tiefenbacher *)



Foto: Martha Tiefenbacher

Prozession vom Schloß Krastowitz durch den Schloßpark bis zum Gottscheer Marterl – die alten Kirchenfahnen aus der Heimat Gottschee zogen voran, Trachtenträger aus Kärnten – Freunde der Gottscheer – folgten.

Gottschee, 860 km² groß, war eine deutsche Sprachinsel und liegt heute etwa 60 km südöstlich von Laibach in Slowenien. Die Besiedlung erfolgte zu Beginn des 14. Jahrhunderts unter den Grafen von Ortenburg aus dem kärntisch-osttirolerischen Grenzraum. Das Land war bis dahin unbesiedelt und mit Urwald bedeckt. Urkundlich ist 1330 das Gründungsjahr Gottschees.

Die Bewohner Gottschees sprachen ausdrücklich deutsch und behielten auch ihre alte Sprache aus dem Mittelalter, die im täglichen Verkehr untereinander stets gebraucht wurde und auch heute noch geredet wird. Ihre bei festlichen Anlässen verwendete alte Tracht geht auf das Mittelalter zurück.

Im Laufe der Zeit entstanden 176 Orte und Weiler und der Hauptort Gottschee, der bereits 1471 zur Stadt erhoben wurde. Das Gottscheerland wurde 1791 Herzogtum und die Auersperger wurden „Herzöge von Gott-

schee“. Ab 1907 vertrat Fürst Karl Auersperg das Herzogtum Gottschee im Reichsrat. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts betrug die Einwohnerzahl etwa 28.000.

Nach dem 1. Weltkrieg

fiel das Gottscheer Gebiet zum Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS). Es begann eine völkische Unterdrückung (Entlassung der deutschen Gottscheer LehrerInnen und Beamten, entschädigungslose Beschlagnahme von Gottscheer Vereinsvermögen,

*) Martha Tiefenbacher lebt in Klagenfurt und ist Schriftleiterin der „Gottscheer Zeitung“

Österreich, Europa und die Welt

Einführung der slowenischen Amtssprache – auch in Schulen, usw.). Dies veranlaßte viele Gottscheer zur Auswanderung nach Übersee.

Die Gottscheer unternahmen sogar 1918 den Versuch, in einer Eingabe an die Friedenskonferenz in Paris einen Kleinstaat zu gründen. Den Verhandlern wurde ein entsprechendes Merkblatt übermittelt.

Im 2. Weltkrieg (Balkanfeldzug)

wurde das Gottscheer Gebiet von Italien besetzt. Italien und das Deutsche Reich beschloss die Umsiedlung der GottscheerInnen, der die meisten im Hinblick auf die Behandlung durch die Obrigkeit nach dem 1. Weltkrieg gefolgt sind. Ohne sie zu befragen, kamen sie in das Gebiet Rann/Gurkfeld in die damals von Deutschland besetzte Untersteiermark.

Foto: John B. Gladitsch



Bild oben: Von der großartigen Kirche mit den Doppeltürmen in Unterdeutschau verblieben nur mehr Ruinen. Welch trauriger Anblick, welch grausames Erinnern!

Bild links: Das Innere der Kirche zu Mitterdorf mit deutschen Inschriften



Foto: Martha Tiefenbacher

Nach dem Zusammenbruch wurden sie von dort vertrieben; viele kamen in Lagern (Tüchern, Sternthal, Herbertstein) ums Leben. Die Flüchtlinge erlitten furchtbare Strapazen, bis sie das rettende Österreich erreichten oder dorthin abgeschoben wurden.

Von hier wanderten viele Ende der 50er-Jahre und später nach Übersee aus. Heute ist es so, daß ein großer Teil der Landsleute in den USA und Kanada lebt, andere sind in Europa und Österreich verblieben. Viele wagten sogar einen Schritt nach Südamerika und Australien.

Im einstigen Gottscheerland

leben noch einige, die sich freilich aufgrund der gegebenen Verhältnisse nicht immer offen zum Gottscheertum bekennen wollen. Die Gottscheer sind in Vereinigungen organisiert, die in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt sind und jährlich während der Gottscheer Kulturwoche, die mit der Gottscheer Wallfahrt am ersten Sonntag im August ihren Höhepunkt findet, in Klagenfurt tagen.

In Übersee sind die Landsleute in vier großen Vereinen (New York, Cleveland, Toronto und Kitchener) zusammengefaßt, ausserdem gibt es in St. Louis, USA, den Ahnenforschungsverein (GHGA) und in Österreich gibt es Landsmannschaften in Wien, Graz und Klagenfurt sowie Landesgruppen in Deutschland.

Österreich, Europa und die Welt



em. Bürgermeister von Gottschee, Mihael Petrovič, Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser und Viktor Michitsch, Vorsitzender der Gottscheer Landsmannschaft in Klagenfurt



Fotos: Martha Tiefenbacher

Staatssekretär Reinhold Lopatka (l.) interessiert sich für das neu erschienene Buch von OSR Ludwig Kren »Gottschee 1339 – 1941 – eine Erinnerung«, neben ihm seine Gattin und Karl Hönigmann, Vorsitzender der Gottscheer Landsmannschaft in Wien

Zwei Vereinigungen wurden in der alten Heimat gegründet, der Verein Gottscheer Altsiedler in Krapflern und der Verein Peter-Kosler in Gottschee.

Um all diesen Landsleuten, die 1941 durch die Umsiedlung und später durch Flucht und Vertreibung die Heimat schuldlos verloren haben, eine „geistige“ Heimat zu schaffen, wurde in Klagenfurt zuerst die Gottscheer Gedächtnisstätte geschaffen und mit ihr die Gottscheer Wallfahrt.

Die 1. Gottscheer Kulturwoche

Nach den ersten Wallfahrten wollten die Landsleute länger beisammen sein und Heimat erleben. So entstand die 1. Gott-

scheer Kulturwoche, von OSR Hermann Pet-schauer ins Leben gerufen. Obwohl längst nicht mehr so viele – zu Beginn waren an die 2000 und mehr Menschen – zur Wallfahrt kamen, ist sie mit der vorangehenden Kulturwoche ein fixer Bestandteil der Gottscheer Gemeinschaft. Die den „echten“ GottscheerInnen nachfolgenden Generationen wollen das Kulturerbe ihrer Eltern und Großeltern weiterleben und die Traditionen aufrecht erhalten.

»Gottschee einst und heute«

Die Kulturwoche 2013 stand unter dem Motto „Gottschee einst und heute“. Begonnen wurde sie nach dem Anreisetag mit einer

Zweitagesfahrt in die alte Heimat Gottschee und ins Ansiedlungsgebiet der Untersteiermark.

Orte wie Mitterdorf, heute noch gut bewohnt, und Unterdeutschau (Nemška loka) – hier gibt es nur mehr wenige Häuser des einst blühenden Dorfes, Mösel (Mozelji) und die Stadt Gottschee wurden besucht und besichtigt. Während der Fahrt durch das ehemalige Gottscheerland zeugten tragende Obstbäume davon, daß es hier Ortschaften mit blühendem Leben gegeben haben muß. Von der großartigen Kirche mit den Doppeltürmen in Unterdeutschau verblieben nur mehr Ruinen. Welch trauriger Anblick, Welch grausames Erinnerung!

Wie schön ist es doch dann, in Mitterdorf (Stara Cerkev) nahe der Stadt Gottschee (Kočevje) eine Kirche zu sehen, die nicht nur stolz mitten im Ort steht, sondern in der sämtliche deutsche Inschriften erhalten geblieben sind. Genauso verhält es sich mit der Gottscheer Stadtpfarrkirche, die im Jahre 1903 vom Wiener Dombauherrn Friedrich Freiherr von Schmidt erbaut wurde und mit seinen zwei Türmen an der Rinse steht. Auch hier sind deutsche Inschriften zu lesen und zeugen von einer Vergangenheit, auf die die jetzige Bevölkerung von Gottschee (Kočevje) stolz sein kann.

Bemühungen um Anerkennung der deutschen Minderheit

Anders sieht es freilich die slowenische Regierung. Die Bemühungen aller deutschsprachigen Vereine in Slowenien, die sich nach der Demokratisierung im Jahre 1991 gebildet haben, eine Anerkennung der deutschen Minderheit in Slowenien zu erreichen, fruchten einfach nicht. Große Hoffnung wird nun auf ein Treffen der Präsidenten von Österreich, Heinz Fischer, und von Slowenien, Borut Pahor, Anfang September 2013 gesetzt. Der österreichische Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Reinhold Lopatka, der am Eröffnungstag der Gottscheer Kulturwoche in Klagenfurt anwesend war, ließ wissen, daß die österreichische Bundesregierung den Auftrag erhalten habe, sich für die offizielle Anerkennung der deutschen Minderheit (GottscheerInnen und UntersteierInnen als AltösterreicherInnen) im Nachbarstaat Slowenien einzusetzen (*lesen Sie weitere Informationen auf der Seite 27*).

Die Fahrt in die Heimat

Wieder zurück zur Kulturwoche und zur Fahrt in der alten Heimat: Mit einem Ab-

Österreich, Europa und die Welt

stecher an die Kulpa (Kolpa), die heute mit einem sanften Tourismus lockt, erinnerten sich vor allem die älteren GottscheerInnen, daß ihre Vorfahren an die Mühlen der Kulpa gefahren sind, um das Getreide zu mahlen. Es hieß, man fahre in „Krobotische“, weils es schon außerhalb der ehemaligen Gottscheer Grenze lag.

In der Moschnitze, einem Tal an der Ostgrenze des ehemaligen Gottscheerlandes, sind noch einige Altsiedler zu finden, die nicht umgesiedelt haben. Die Gründe sind verschieden. 1991 wurde in Krapflern/Občice ein Verein gegründet, um das Kulturerbe der Gottscheer zu erhalten. Der Gottscheer Altsiedlerverein hat sich mit Hilfe der österreichischen, deutschen und Südtiroler Regierung und des Landes Steiermark sowie grosser Unterstützung des Landes Kärnten ein Kulturhaus geschaffen, in dem ein Museum untergebracht ist, Landsleute empfangen werden und auch ein Garten angelegt wurde, um alte Obstsorten neu zu züchten. Natürlich wurde beim Besuch im Gottscheerland auch diese Einrichtung besucht.

Der zweite Tag wurde für Besichtigungen im ehemaligen Ansiedlungsgebiet der GottscheerInnen, des sogenannten Ranner Dreieckes, genutzt.

Offizielle Eröffnung der Kulturwoche

Am Tag der offiziellen Eröffnung der Kulturwoche, dem 1. August 2013, fanden sich neben Vertretern des öffentlichen Lebens, vor allem viele Landsleute aus nah und fern ein. Absoluter Höhepunkt war der Vortrag von Miha Petrovič, dem Sohn des em. Bürgermeisters von Gottschee, Mihael Petrovič, zum Motto der Woche „Gottschee einst und heute“. Anhand von einigen großen Gottscheer Dörfern beleuchtete er das Leben von früher und heute, zeigte wertvolle, noch nie gesehene Bilder und Filme, die die TeilnehmerInnen der Woche interessiert verfolgten.

Das Gottscheer Lied mit seiner einzigartigen Gottscheer Sprache ist Bestandteil des Kulturerbes, das die GottscheerInnen weitergeben wollen. Die Sing- und Trachtengruppe der Gottscheer Landsmannschaft in Klagenfurt lebt dieses Liedgut.

Neben Liedvorträgen in Gottscheer Mundart wurden auch Sängergruppen aus Kärnten eingeladen und der nun schon seit Jahren beliebte Liederabend wurde ebenfalls mit einer multimedialen Schau von Hermann Leustik bereichert. Letzterer ist auch für die offizielle Homepage der Arbeitsgemeinschaft der Gottscheer Landsmannschaften verantwortlich, die immer weiter ergänzt wird.



Kranzniederlegung in der Gottscheer Gedächtnisstätte und Segnung des Gottscheer Gedenksteins durch Militärsuperior Harald Tripp



Kirchtagstreiben und geselliges Beisammensein, bei dem stets die Heimat im Mittelpunkt stand

Fotos: Martha Tiefenbacher

Österreich, Europa und die Welt

Diese Arbeitsgemeinschaft hält im Rahmen der Kulturwoche ihre jährliche Tagung ab. Bei der diesjährigen wurde Karl Hönigmann, Vorsitzender der Gottscheer Landsmannschaft in Wien, zum Vorsitzenden gewählt, nachdem der bisherige Obmann, Viktor Michitsch, nach jahrzehntelangem Vorsitz sich der Neuwahl nicht mehr stellte.

Bevor zum Abschluß der Woche die Wallfahrt veranstaltet wurde, fand das schon zur Tradition gewordene Kammerkonzert des Drauschnig Ensembles am Samstag, dem 3. August, statt. Prof. Georg Drauschnig, seine Mutter ist Gottscheerin und stammt aus Göttenitz, veranstaltet mit den Söhnen Martin, Konzertmeister bei der Zagreber Philharmonie, und □orž sowie dem Enkel Georg ein klassisches Konzert, wobei besonders die zum Schluß klassisch gesetzten Gottscheer Heimatlieder wie eine Art Vertonung der Gottscheer Geschichte zu sehen bzw. zu hören waren.

Die Gottscheer Wallfahrt

Mit der Prozession vom Schloß Krastowitz, das Austragungsort der Kulturwoche war, durch den Schlosspark bis zum Gottscheer Marterl begann die Gottscheer Wallfahrt, der Höhepunkt der Kulturwoche.

Die alten Kirchenfahnen aus der Heimat Gottschee zogen voran, Trachtenträger aus Kärnten – Freunde der Gottscheer – folgten und die Sing- und Trachtengruppe in ihren alten Gottscheer Trachten säumten die Schutzmantelmadonna, eine Statue, zu der die Gottscheer Jahr für Jahr pilgern. Bei der Mutter Gottes haben die GottscheerInnen schon zu Hause Zuflucht gesucht, haben zu ihr gebetet, haben sie während der Vertreibung und Flucht angerufen – sie hat viele beschützt und viele haben durch sie und mit ihr durchgehalten.

So wurde die Schutzmantelmadonna, die 1985 von Meister Konrad Campidell aus Kärnten geschaffen wurde, zum Inhalt der Gottscheer Kulturwoche und die Gottscheer Gedächtnisstätte, die es seit 1962 in Klagenfurt-Krastowitz gibt, ist ihre Heimat geworden.

Die Festmesse, vor der ein Totengedenken beim Gedenkstein in der Gottscheer Gedächtnisstätte stattfand, wurde von Militärsuperior Harald Tripp zelebriert. Die Begrüßung und Teile der Fürbitten wurden auf Gottscheerisch gesprochen.

Die Kolpingmusik Klagenfurt und die Sing- und Trachtengruppe der Gottscheer Landsmannschaft in Klagenfurt umrahmten musikalisch die Schubert-Messe.



Die GottscheerInnen in ihrer alten Tracht und der Schutzmantelmadonna



Die Gottscheer Sing- und Trachtengruppe unter der Leitung von Erwin Michitsch

Nach Kirchtagsstreiben und geselligem Beisammensein, bei dem stets die Heimat im Mittelpunkt stand, wurde mit der aus der alten Heimat stammenden Kirchenglocke zum Segen nach altem Heimatbrauch gerufen. Die Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt, als die SängerInnen die Lauretanische Litanai anstimmten.

Die alten GottscheerInnen fühlten sich in die Heimat zurückversetzt, Kinder und Enkel lauschten ebenso andächtig.

Heimaterleben, Heimat erfahren

Begriffe, die vorhanden sind, auch wenn die echte Heimat verloren ging, wenn Heimat längst in anderen Ländern auf der ganzen Welt neu gefunden werden mußte. Heimat – ein Gefühl – wurde wieder bei die-

ser 48. Gottscheer Kulturwoche erlebt und Heimat bleibt bestehen. Bräuche, Sprache, Liedgut und auch der Glauben sind Werte, die es gilt, für die Nachwelt zu erhalten.

Die »Gottscheer Zeitung«

Daß dies nicht in Vergessenheit gerät, dafür sorgt auch das Mitteilungsblatt der Gottscheer Landsmannschaften, die „Gottscheer Zeitung“, die monatlich in Klagenfurt erscheint. Sie wurde als „Gottscheer Bote“ 1904 gegründet, war während der Kriegsjahre eingestellt und wurde 1955 in Klagenfurt wieder begründet. Sie wird in 17 Staaten der Welt verschickt und wird ihrem Motto „Mit der Heimat im Herzen über Land und Meer verbunden“ gerecht. ■

<http://www.gottschee.at>

Österreich, Europa und die Welt

LH Kaiser und StS Lopatka sicherten bei offizieller Eröffnung den Volksgruppen ihre Unterstützung zu

Foto: Land Kärnten / fritzpress



Eröffnung der 48. Gottscheer Kulturwoche mit Landeshauptmann Peter Kaiser und Staatssekretär Reinhold Lopatka

Die 48. Gottscheer Kulturwoche wurde am 1. August offiziell auf Schloß Krastowitz in Klagenfurt eröffnet, wo sich auch die Gottscheer Gedächtnisstätte befindet. Die deutschsprachige Volksgruppe präsentierte vom 29. Juli bis 4. August ihre bewegte 600jährige Geschichte, ihr Liedgut, ihre Kultur, Tracht und Sprache. Am Festakt nahmen auch Landeshauptmann Peter Kaiser und Staatssekretär Reinhold Lopatka aus dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten teil. Mit Lopatka kam erstmals ein Mitglied der Bundesregierung zur Kulturwoche. Kaiser und der Staatssekretär sicherten beide den Gottscheern ihre Unterstützung zu, auch im Hinblick auf die offizielle Anerkennung als Minderheit in Slowenien.

„Man muß die Vergangenheit verstehen, dann ist man in der Lage, Zukunft zu bauen“, betonte der Landeshauptmann mit Blick auf die Geschichte und Schicksale der Gottscheer. Die größte Chance für das gemeinsame Europa sieht er in dessen Vielfalt. Bewußt habe ihn seine erste Auslandsreise als Landeshauptmann nach Slowenien geführt, wo er die Staatsspitzen und auch die Gottscheer getroffen habe, erklärte Kaiser. Den Altösterreichern habe er damals versichert, sie zu vertreten. Ihre Interessen sollten wahr- und ernstgenommen werden, auch vom Land, in dem sie leben. Kaiser verwies

auf das Kärntner Dialogforum. Man wolle die Anliegen der Slowenen in Kärnten lösen und so mit gutem Beispiel vorangehen. Dies sollte auch Positives jenseits der Grenze auslösen.

Lopatka meinte ebenfalls, daß der kulturelle Reichtum Europa auszeichne. Für die Volksgruppen sei es wichtig, Vertrauen aufzubauen und den Blick in die Zukunft zu richten. Die Bundesregierung setze sich da-

für ein, auch die breite Bevölkerung über Volksgruppen zu informieren. Sie wolle für die Volksgruppen im eigenen Land etwas tun und zudem jede Gelegenheit nutzen, die Situation der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien klar anzusprechen. Die Bundesregierung habe ja auch vom Nationalrat den Auftrag erhalten, sich für die offizielle Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien einzusetzen. ■



Fotos: Martha Tiefenbacher

v.l.: Buchautor Ludwig Kren, LH Peter Kaiser und ChefRed. Heinz Stritzl

Alpbacher Perspektiven 2013

Kommunikativer Workshop zur Europäischen Union 2.0
und zur Bedeutung der Sozialpartner in Europa



Foto: WKÖ

v.l.: Markus Stock (WKÖ/EU-Büro Brüssel), Patrick Itschert (Europ. Gewerkschaftsbund), Fabiana Pierini (EU-Kommission), Winfried Kluth (Martin-Luther-Uni Halle-Wittenberg), WKÖ-Präsident Christoph Leitl, Brigitte Jank (WK-Wien) und Erich Foglar (ÖGB)

Europa und die Europäische Union stehen vor großen Herausforderungen und Reformen, notwendig geworden durch die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und Umbrüche. Welche Rolle dabei den Sozialpartnern sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zukommt bzw. in Zukunft zukommen soll, war Gegenstand eines hochkarätig besetzten Arbeitskreises im Rahmen der Alpbacher Perspektiven 2013: Fabiana Pierini als Vertreterin der EU-Kommission, Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Patrick Itschert, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, sowie Winfried Kluth, Professor für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitglied des Landesverfassungsgerichtes Sachsen-Anhalt diskutierten mit den Workshop-TeilnehmerInnen die Bedeutung und Rolle der Sozialpartner und deren Ansprüche und Ziele in einer „Europäischen Union 2.0“. Laut einer aktuellen Umfrage von Ecoquest sind rund sieben von zehn ÖsterreicherInnen (69 %) dafür, daß die Sozialpartner auf europäischer Ebene stärker einbezogen werden und mehr Verantwortung übernehmen sollen.

Fabiana Pierini: Sozialpartner stimulieren Wachstum und Wettbewerb

„Sozialpartner stimulieren Wachstum und Wettbewerb“, sagte Fabiana Pierini, Expertin für Arbeitsmarktfragen in der EU-Kommission in Brüssel, und unterstrich damit die Bedeutung der Sozialpartnerschaft in

Europa. Der Sozialpartnerdialog müsse aber weiter an Nachhaltigkeit gewinnen, so Pierini.

Leitl an die EU: Vom Nachdenken, Reden und Analysieren ins Handeln kommen

„Wir Sozialpartner haben eine Verantwortung und einen klaren Auftrag“, sagte WKÖ-Präsident Christoph Leitl in seinem Statement beim Workshop. Die Sozialpartner vermitteln in ihren jeweiligen Bildungseinrichtungen jede Menge Wissen und Fähigkeiten, die Wirtschaftskammer habe zusätzlich ein exzellentes Außenwirtschafts-System mit derzeit 116 Anlaufstationen in aller Welt aufgebaut. Und neben vielen anderen Aufgaben umfasse der Auftrag der Sozialpartner unter anderem auch, der Politik und der EU praktisches Know-How und Expertise zur Verfügung zu stellen.

Jetzt gehe es aber seitens der Verantwortlichen darum, vom Nachdenken, Analysieren und Reden ins Handeln zu kommen, forderte Leitl. Konkret müsse die EU vehement am Ziel arbeiten, die Jugendarbeitslosigkeit bis 2020 um 50 Prozent von derzeit 6 auf dann 3 Millionen zu reduzieren. Leitl schlug vor, von den vorgesehenen Förderungen in Höhe von 6 Milliarden Euro die Hälfte in die Hand zu nehmen, „um jedem europäischen Betrieb 10.000 Euro Garantie für jeden arbeitslosen Jugendlichen zu geben, dem er eine Ausbildung und einen Arbeitsplatz gibt.“ Weiters gelte es, jene Fähigkeiten, die Jugendliche im Arbeitsleben brauchen, vertiefend zu vermitteln sowie den Austausch von Erfahrungen aus der Praxis in Ausbildungs-

betrieben in Europa voranzutreiben mit dem Ziel „learn from the best to become the best“. Auch dabei seien die Sozialpartner unverzichtbar.

Experte Kluth für ein breiteres Verständnis von Sozialpartnerschaft

Universitätsprofessor Winfried Kluth, Experte in Sachen Kammerwesen und Kammerrecht, wies in seinen Ausführungen nicht nur auf die europaweit sehr unterschiedlichen Ausprägungen der Sozialpartnerschaft hin. Wichtig zu sehen sei die Notwendigkeit für ein breiteres Verständnis von Sozialpartnerschaft: Aktuell liege der Sozialpartner-Fokus auf „Economy“. Jedoch steige die Zahl jener Menschen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr im Berufsleben stehen. Auch für deren Anliegen könnten und sollten die Sozialpartner „Lautsprecher“ sein, so Kluth.

Patrick Itschert: Vorsicht bei der Adaptierung einmal bewährter Modelle

Patrick Itschert, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), plädierte dafür, bei Umsetzung von Modellen, die sich in einem Land als erfolgreich erwiesen haben (wie etwa „Flexicurity“ in Dänemark), große Vorsicht walten zu lassen. Nach einer von ihm konstatierten Schwächung der Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene rund um das Jahr 2000 habe man aktuell einen „Moment der Wahrheit“ erreicht. Es brauche vor dem Hintergrund des „lack of leadership“ seitens der Politik mehr denn je starke Repräsentanten der Sozialpartnerschaft, so Itschert. ■

LH Kaiser bei Euregio-Präsident Luca Zaia

Erstes offizielles Arbeitsgespräch in Venedig – Euregio
»Senza Confini – ohne Grenzen« soll rasch operativ werden



Foto: LPD / fritzpress

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser traf mit Euregio-Präsident Luca Zaia in Venedig zu einem Arbeitsgespräch zusammen.

Am 12. August kam es in Venedig zum ersten offiziellen Zusammentreffen und Arbeitsgespräch zwischen Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser und dem Präsidenten des Veneto, Luca Zaia, der derzeit auch amtsführende Präsident der Euregio „Senza Confini – ohne Grenzen“ ist. Besprochen wurden weitere Schritte und Schwerpunkte der Euregio sowie ihre Weiterentwicklung bzw. Erweiterung. Derzeitige Partner sind Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und der Veneto, dazukommen sollten noch Slowenien und Regionen Kroatiens.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Palazzo Balbi hoben der Landeshauptmann und sein italienischer Amtskollege das sachlich konstruktive Gesprächsklima hervor. Gemeinsam setze man auf mehr Kooperation und werde die Beziehungen weiter ausbauen. Ein Thema bildete die Einberufung der ersten Versammlung der Euregio durch Präsident Zaia. Die Geschäftsordnung solle rasch in Kraft gesetzt werden. „Wir wollen rasch operativ werden, wobei die Politik die Strategien vorgibt, so Zaia.

Betont wurde zudem die große Wichtigkeit der Baltisch-Adriatischen-Verkehrs-

achse mit den Herzstücken Koralmbahn und Semmeringtunnel. Sie werde große wirtschaftliche und logistische Chancen eröffnen, damit die Wirtschaft stärken und neue Arbeitsplätze schaffen, betonten Kaiser und Zaia. Der Korridor wird Priorität durch die TEN-Verordnung seitens der EU bzw. des Europäischen Parlamentes erhalten, womit EU-Förderungsmittel verbunden sind. Mit der endgültigen Entscheidung dafür rechnet Kaiser im Herbst. Zaia verwies auf die dadurch entstehende Direktverbindung zwischen den Häfen der Nordsee und der Adria, was einen enormen zeitlichen Vorteil schaffen werde.

Kaiser hob weiters hervor, daß Kooperationen und Investition in Bildung von extremer Bedeutung seien. In diesem Sinne werde man den Bildungsaustausch forcieren, z. B. durch das von Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und Slowenien gegründete trilaterale Bildungsnetzwerk „drei-tre-tri“. Hauptziele seien die nachhaltige Etablierung grenzüberschreitender, mehrsprachiger Bildungskooperationen im Sinne trilateraler Unterrichts- und Schulentwicklung, die Vernetzung länderübergreifender Projekte und der Informationsaustausch. Eng zusammenar-

beiten wolle man auch im Gesundheits- und Sozialbereich, dabei den Know-how-Austausch fördern und EU-Mittel für neue Projekte lukrieren.

Bei der Pressekonferenz von Kaiser und Zaia herrschte großes Journalisteninteresse. Es wurden auch Fragen zu den steuerlichen Rahmenbedingungen in Österreich gestellt. Kaiser konnte in diesem Zusammenhang das Gerücht entkräften, daß italienische Unternehmen scharenweise nach Kärnten abwandern würden. Er klärte außerdem darüber auf, daß die Entwicklungsagentur Kärnten (EAK) in den Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds (KWF) integriert wurde. Dies solle eine Verbesserung der Strukturen in Abstimmung mit der Politik bringen. Zudem solle dadurch die Vernetzung der Informationen und Schritte bei Betriebsansiedlungen verstärkt werden.

An den Gesprächen in Venedig nahmen aus Kärnten auch Landtagspräsident Reinhart Rohr und Nationalratsabgeordnete Christine Muttonen teil. Teilnehmer seitens des Veneto waren Generalsekretär Tiziano Baggio, Kabinettschef Fabio Gazzabin und Stefano Beltrame als diplomatischer Berater. ■

Wiener Sängerknaben und KS Michael Schade in Kanada

Konzerte anlässlich der »Statford Summer Music Festivals 2013«



Fotos: Roland Klaus Pirker

Arno Riedel, Österreichischer Botschafter in Kanada (rechts oben), mit den Wiener Sängerknaben und Dirigent Oliver Stech

Von 26. bis 30. Juli gastierten die Wiener Sängerknaben Tage in Stratford, Ontario, wo sie – wie immer – Jung und Alt mit ihrer Musik begeistern konnten. Die kleine Kulturstadt Stratford, welche ungefähr zwei Stunden mit dem Auto von Toronto entfernt liegt, konnte den berühmten Bubenchor aus Wien in ihrer Stadt begrüßen.

Die ersten drei Konzerte standen unter dem Motto „Welcome to Vienna“, „Entlang der Donau“ und „Spiritual Songs around the World“. An der letzten Vorstellung, welche, wie alle anderen in der St. Andrews Church von Stratford stattfand, nahm auch Kammer­sänger Michael Schade teil.

Michael Schade, der aus Kanada stammt, sang gemeinsam mit den Sängerknaben die schon zur Tradition gewordenen Musikstücke wie „Panis Angelicus“, „Der Neugierige“, „Die Forelle“, „Dein ist mein ganzes Herz“ oder „Wien, du Stadt meiner Träume“. Während der Einleitung dieser Musikstücke erzählte Schade über sein Leben in Österreich. Die AuslandsösterreicherInnen, die diesem Konzert beiwohnten, konnten diese Erzählungen, für das kanadische Publikum gedacht, besonders genießen, denn einen besseren musikalischen Botschafter unserer Heimat konnten wir uns kaum vorstellen.

Anwesend waren auch viele persönliche Freunde sowie die Eltern, Gattin und Kinder des Kammer­sängers, deshalb vielleicht auch diese persönlichen Schilderungen und Eindrücke über seine neue Heimat, Österreich.

Nach der letzten Aufführung präsentierte der Österreichische Botschafter in Kanada, Arno Riedel, gemeinsam mit Präsident Roland Klaus Pirker vom Austrian Canadian Council einen Österreichabend für geladene

Gäste. Österreichische Weine wurden von Kellnern ausgeschenkt, Auslandsösterreicherinnen im Dirndl servierten Mehlspeisen: Sachertorten, Linzer- und Früchteschnitten sowie Milch für die kleinen Sänger aus Wien. Und dieser Abend ging genauso, wie Kammer­sänger Schade es dem Publikum erzählt hatte, mit viel Charme und Gemütlichkeit zu Ende. ■

<http://www.austrian-canadian-council.ca>
<http://www.wienersaengerknaben.at>



v.l.: Roland K. Pirker, KS Michael Schade und Botschafter Arno Riedel

Österreich, Europa und die Welt

LH Platter zu Besuch bei Südtirols LH Durnwalder

Zu einem sommerlichen Gespräch im Palais Widmann in Bozen traf sich Tirols Landeshauptmann Günther Platter am 8. August mit seinem Südtiroler Amtskollegen Luis Durnwalder. Dabei ging es vor allem um die grenzübergreifenden Themen Energie und Verkehr. In bezug auf das Jahrhundertprojekt Brenner Basistunnel zeigen sich beide Landeshauptleute mit dem Baufortschritt zufrieden. „Die Situation entwickelt sich positiv. Sowohl Österreich als auch Italien haben je 1,2 Milliarden Euro für die weiteren Arbeiten zur Verfügung gestellt.“

Der grenzübergreifende Zugverkehr war ein weiteres Thema des Austausches zwischen Platter und Durnwalder. „Hier geht es einerseits um das Anliegen, daß Zugfahrer zwischen Tirol und Südtirol am Brenner nicht mehr den Zug wechseln müssen, andererseits geht es um die Gültigkeit der Zugtickets auf dieser Strecke. Dazu wird es in nächster Zeit auch ein Gespräch mit der ÖBB geben“, erklärt Platter.

Gesprächsthema Nummer drei waren gemeinsame Initiativen im Energiebereich. „Wir haben über die schnellstmögliche Schließung der Stromleitungslücke am Bren-



Foto: Land Südtirol

Die beiden Landeshauptmänner Günther Platter (l.) und Luis Durnwalder in Bozen

ner gesprochen. Die provisorische Leitung zwischen Steinach und Wiesen wird realisiert, an einer endgültigen Stromverbindung noch gearbeitet, so Durnwalder. Dabei werde ein Teil vom italienischen Netzbetreiber Terna, der andere Teil vom Tiroler Netzbetreiber Tiweg übernommen. Auch über das Vorhaben des Landes, seine Aktienmehrheit

am Erdgasunternehmen Selgas von 51 Prozent auf 40 Prozent zu reduzieren und den Gemeinden zum Kauf anzubieten, die damit ihr Aktienpaket an der Selgas auf 20 Prozent heben können, unterrichtete Durnwalder seinem Tiroler Amtskollegen. Die restlichen 40 Prozent der Aktien würden in den Händen der Tiweg-Tochter Tigas verbleiben. ■

Rund 50.000 Kinder lernen Tschechisch, Slowakisch, Ungarisch

Rund 50.000 Kinder nutzten bisher eines der Nachbarsprachangebote im Rahmen der NÖ Sprachenoffensive. Sie bietet Kindern ab zweieinhalb Jahren spielerische Angebote für Tschechisch, Slowakisch und Ungarisch bereits in den Kindergärten. Daran schließt der Unterricht in den Pflicht- und höheren Schulen direkt an. „Die NÖ Sprachenoffensive entwickelt sich damit zum größten europäischen Nachbarsprachprojekt. Niederösterreich zeigt einen Weg auf, wie ein grenzüberschreitendes Miteinander bereits in den Kindergärten anfängt“, so Landesrätin Barbara Schwarz.

Erfolgreich ist die Sprachenoffensive durch die vielen Möglichkeiten, die sich Kindern und Jugendlichen bieten, grenzüberschreitend Erfahrungen zu sammeln. Angefangen mit Schulpartnerschaften über Feriapraktika bis hin zu eLearning-Plattformen bietet die Sprachenoffensive nicht nur sprachliches Wissen, sondern viel über die Kultur und das Leben in Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Mit den Sprachen der Nachbarländer und einem engen Kooperationsnetzwerk zwischen niederösterreichischen, südslowakischen, westslowakischen und west-

Foto: <http://www.bilderbox.biz>



In Niederösterreich beginnt Sprachkompetenz bereits im Kindergarten.

ungarischen Organisationen ist die NÖ Sprachenoffensive ein Vorzeigemodell, das unter Federführung der NÖ Landesakademie organisiert wird. Wichtige Projektpartner sind der NÖ Landesschulrat, die Abteilung Kindergärten beim Amt der NÖ Landesregierung,

der Regionalverband Industrieviertel-Projektmanagement, die Pädagogischen Hochschulen für Niederösterreich sowie tschechische, ungarische und slowakische pädagogische Einrichtungen und Gemeinden. ■

<http://www.sprachkompetenz.noelak.at>

Hohe internationale Auszeichnungen für HNO-Arzt

Internationale Ehrungen und Auszeichnungen in außergewöhnlicher Anzahl wurden in den vergangenen Wochen Univ.Prof. Heinz Stammberger von der Medizinischen Universität Graz zuteil. So wurde ihm im Royal College of Surgeons in London die „ENT UK Gold Medal“ verliehen. Diese höchste Auszeichnung der britischen HNO-Gesellschaft, 1999 ins Leben gerufen, wurde damit erst zum vierten Mal vergeben. In Dubai wurde er für seine jahrelange internationale Lehrtätigkeit mit dem „Award for Excellence in Teaching“ der Middle East Otolaryngological Societies bedacht. Im Rahmen des Weltkongresses der HNO-Gesellschaften in Seoul erhielt er die „IFOS-Gold Medal“ für seine Verdienste um die weltweite Förderung des Fachgebietes. Anlässlich des Deutschen HNO-Kongresses in Nürnberg schließlich war er eingeladen, die renommierte „Wullstein Lecture“ zu halten.

Stammberger, 66, ist einer der wenigen HNO-Ärzte weltweit, der den Titel Honora-



Foto: Medizinische Universität Graz

Univ. Prof. Heinz Stammberger

ry Fellow sowohl der Royal Society of Medicine Edinburgh (HonFRCS Ed) als auch der Royal Society of Medicine London

(HonFRCS Engl) sowie des American College of Surgeons (HonFACS) trägt. Die Mayo Clinic in Rochester, USA, ernannte ihn zum „Honorary Professor in Rhinology“.

Seine internationale Reputation verdankt Stammberger vor allem seinen Entwicklungen im Bereich der endoskopischen Diagnostik und Chirurgie der Nasennebenhöhlen und Schädelbasis, welche – von der Grazer HNO-Universitätsklinik ausgehend – heute weltweit als eine Art „Gold-Standard“ gelten.

Univ.Prof. Heinz Stammberger ist derzeit Präsident der Österreichischen Gesellschaft für HNO-Heilkunde, Kopf- und Halschirurgie und veranstaltet in dieser Funktion vom 11. bis 15. September 2013 in Graz den 57. Jahreskongress unter dem Thema „HNO im Zentrum der Interdisziplinarität“.

Mit den neuen Ehrungen dürfte er einer der am meisten ausgezeichneten HNO-Ärzte der Gegenwart sein. ■

<http://www.medunigraz.at>

Reinhard Pippan erhält ERC Advanced Grant

Der Physiker Reinhard Pippan, tätig am Leobener Erich Schmid Institut für Materialwissenschaft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), wird mit einem Advanced Grant des Europäischen Forschungsrates (ERC) ausgezeichnet. Der mit bis zu 2,5 Mio. Euro dotierte Preis wird für ein Forschungsvorhaben vergeben, das Grundlagen für die Entwicklung von ultrahochfesten metallischen Werkstoffen liefern soll.

Die Festigkeit von Konstruktionswerkstoffen liegt weit unter dem errechenbaren theoretischen Limit. Die Ursachen dafür sind plastische Verformung und Materialfehler wie mikroskopisch kleine Risse, die bei der Herstellung oder bei der Verwendung der Werkstoffe entstehen und kaum vermeidbar sind. Die Werkstoffe sollen dabei aber nicht nur hochfest sein, sondern zugleich auch fehlertolerant: Ihre Festigkeit sollte durch kleine Fehler bei Herstellung oder Verwendung nicht beeinträchtigt werden. Ein Ziel der Materialwissenschaftler ist daher, der theoretischen Festigkeit näher zu rücken und trotzdem fehlertolerant zu bleiben.

Große Bedeutung kommt dabei der plastischen Verformbarkeit zu, die zwar die Festigkeit reduziert, zugleich aber unbedingt erforderlich für die Fehlertoleranz ist: Materialien, die plastisch nicht verformbar sind,



Foto: AÖW

Univ. Prof. Reinhard Pippan

versagen spröde und selbst sehr kleine Fehler führen zu einer sehr starken Verringerung der Festigkeit. Ziel der Forschungsarbeit der Leobener Materialforscher wird es daher sein, den Aufbau der Werkstoffe so zu ändern, daß die plastische Verformung erst einsetzt, kurz bevor die Bindungen zwischen den Atomen versagen.

Die Gruppe um Reinhard Pippan am Erich Schmid Institut hat in den letzten Jahren

neuartige Möglichkeiten entwickelt, um Materialien extrem stark zu verformen um damit in den Materialien ganz neue Strukturen mit sehr hohen Festigkeiten zu realisieren. Gemeinsam mit der Montanuniversität Leoben wurde zudem eine weltweit einzigartige Vielfalt von Techniken aufgebaut, die es erlaubt, die Festigkeit und die zum Versagen führenden Vorgänge auf unterschiedlichsten Ebenen zu studieren. Die neuen Ideen und die Arbeiten, die Pippan zum Verständnis des Versagens von Werkstoffen geleistet hat, sowie die Kombination von Möglichkeiten waren die entscheidenden Gründe für die Zuerkennung des renommierten Forschungspreises.

Der ERC Advanced Grant wird für bahnbrechende Forschungsaktivitäten mit hohem Innovationspotential vom European Research Council vergeben, gefördert werden anspruchsvolle und risikoreiche fünfjährige Projekte in der Grundlagenforschung. Die nun an Pippan vergebene Auszeichnung ist der erst dritte ERC Grant, der seit dessen Einführung 2007 in die Steiermark geht. Für die ÖAW stellt Pippans Preis den insgesamt bereits 20. ERC-Grant dar, diese Zahl könnte sich in den nächsten Monaten noch weiter erhöhen. ■

<http://www.esi.oeaw.ac.at>

Zwei Österreicherinnen in Marseille

CaP.CULT mit Rückenwind durch das Kulturhauptstadtjahr
Marseille-Provence 2013 – eine erste Zwischenbilanz

In nur 200 Tagen seit der Gründung von CaP.CULT haben die beiden Österreicherinnen und Wahl-Marseillaises Carina Kurta und Pia Leydolt über 1100 internationalen BesucherInnen die diesjährige europäische Kulturhauptstadt Marseille-Provence 2013 (MP2013) näher bringen können; dies mittels individueller Stadtrundgänge, mehrtägiger, persönlich betreuter Kulturprogramme, Workshops sowie Treffen mit lokalen Projektmachern und Kulturakteuren. Abseits von touristischen Pfaden versteht sich die junge dynamische Agentur als praktischer Wegweiser für Kulturinteressierte, um sich in der kulturellen Vielfalt von Marseille und der Provence zu orientieren. Dabei agieren die Kunst- und Kulturvermittlerinnen als persönliche Begleitung und Partner vor Ort für Privatpersonen, Gruppen, Schüler- und Studentenkursionen sowie Delegationen aus Wirtschaft, Politik und Kultur – auch über das Kulturhauptstadtjahr 2013 hinaus.

Marseille bietet vieles: 2600 Jahre Geschichte als älteste Stadt Frankreichs, historische sowie innovative zeitgenössische Architektur und ein von Einwanderungswellen geprägtes multikulturelles Miteinander; darüber hinaus eine neue Ausrichtung in Europa hin zum Mittelmeerraum. Erlebbar wird diese dynamische Entwicklung der Stadt – mit all ihren Herausforderungen – anhand der aktuellen Kulturhauptstadt sowie einer Vielzahl weiterer Projekte aus den Bereichen Darstellende und Bildende Kunst, Architektur, Graffiti, Street Art, Film und Musik.

Das Angebot der Stadt ist ebenso reichhaltig wie neuartig. Um eine Auswahl zu treffen und diese sinnvoll mit eigenen Interessen zu kombinieren: dafür stehen die beiden unabhängigen Kulturvermittlerinnen und Kulturhauptstadt-Expertinnen Carina Kurta und Pia Leydolt mit praktischen Erfahrungen, fundiertem Wissen und Hintergrundinformationen den Besuchern mit Rat und Tat zur Seite.

Das Ziel von CaP.CULT ist es, das Konzept „europäische Kulturhauptstadt“ sowie aktuelle Kunst- und Kulturprojekte zu vermitteln. Darüber hinaus setzen Carina Kurta und Pia Leydolt auf die europäische und



Foto: David Leininger

Carina Kurta und Pia Leydolt verstehen sich – abseits von touristischen Pfaden – die junge dynamische Agentur als praktischer Wegweiser für Kulturinteressierte...

internationale Vernetzung der Stadt Marseille und der Provence; dies auch in Kombination mit persönlichen Begegnungen und dem Austausch zwischen Besuchern und lokalen Kulturakteuren aus unterschiedlichen Bereichen.

Für Privatpersonen und private Gruppen bietet CaP.CULT halb-, ganz- und mehrtägige, individuell organisierte und den jeweiligen Interessen entsprechende Kulturhauptstadt-Rundgänge an; dies abseits von touristischen Pfaden und vor dem Hintergrund von Kulturhauptstädten im allgemeinen sowie MP2013 im speziellen. Die gesamte Leistung wird in drei Sprachen angeboten: auf Deutsch, Französisch und Englisch.

„Marseille-Provence ist aufgrund des Kulturhauptstadt-Jahres zu einer hoch attraktiven Kulturdestination geworden. Es ist sicherlich nicht immer ganz einfach, sich auf Antrieb in einer der kosmopolitischsten Städte Europas zu orientieren. Aus eigener Anschauung weiß ich, daß CaP.CULT hervorragend, kompetent und umfassend Besucher mit der Stadt, ihrer Region und deren Vielfältigkeit vertraut macht.“, so Ulrich Fuchs, stellvertretender Intendant und Projektverantwortlicher bei MP2013.

Die gebürtige Fürstenfelderin **Carina Kurta** konnte durch Erfahrungen als Mitarbeiterin bei Linz09 und Istanbul 2010 bereits einen umfassenden Blick auf die Vielfalt der Kulturhauptstädte Europas werfen und gelangte auf diesem Wege auch nach Marseille. Sie absolvierte eine Tourismusausbildung in Österreich und spezialisierte sich bereits während des Studiums der European Studies, Kunstgeschichte und Museologie an der École du Louvre in Paris sowie der Universität Heidelberg auf das Konzept Kulturhauptstadt und Architektur.

Die Wienerin **Pia Leydolt** hat während des Studiums der Betriebswirtschaftslehre an der WU Wien mit Spezialisierung auf Public Management einen Lehrgang für PR in Kunst, Politik und Wirtschaft absolviert. Beruflich war sie in unterschiedlichen Kunst- und Kulturinstitutionen tätig, u. a. als Pressesprecherin und Verantwortliche für den gesamten Pressebereich bei der Linz 2009 Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH. Zusätzlich absolvierte sie das Fach-Zertifikat „Kultur- und Medienmanagement“ an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg. ■

<http://www.capcult.org>

OMV-Großinvestition in der Nordsee

Die OMV, das integrierte, internationale Öl- und Gasunternehmen, kauft massiv in der Nordsee zu. Eine Übereinkunft mit dem norwegischen Unternehmen Statoil zur Übernahme von Assets in Norwegen und Großbritannien (westlich der Shetlandinseln) wurde getroffen.



Foto: OMV Aktiengesellschaft / Lois Lammerhuber

Die beiden Felder Gullfaks und Gudrun, beides sind offshore Öl- und Gasfelder auf der norwegischen Kontinentalplatte, sind Gegenstand der Beteiligung der OMV. Wesentlicher Punkt der Vereinbarung ist eine Forschungszusammenarbeit mit Statoil.

Die Transaktion umfaßt eine Beteiligung von 19 % an dem bereits produzierenden Feld Gullfaks und eine Beteiligung von 24 % an dem Feld Gudrun. Beides sind offshore Öl- und Gasfelder auf der norwegischen Kontinentalplatte. Weiters umfaßt die Transaktion eine zusätzliche Beteiligung von 30 % an Rosebank und einen 5,88 % Anteil an Schiehallion – beide Felder befinden sich in der Region westlich der Shetlandinseln. Die Produktion der Felder besteht zu 70 % Öl und 30 % Gas. Teil des Abkommens mit Statoil ist zudem eine Option für weitere 11 Explorationslizenzen.

Ein wesentlicher Punkt der Vereinbarung ist eine Forschungszusammenarbeit, um neue Technologien für die Förderung von Öl und

Gas aus reifen Feldern zu entwickeln. In diesem Punkt ergänzen sich die umfassende Expertise der OMV zu reifen Lagerstätten auf dem Festland und die Expertise von Statoil zu reifen Offshore-Lagerstätten.

OMV Generaldirektor Gerhard Roiss: „Die Transaktion unterstützt die Strategie der OMV massiv: Das ist ein wesentlicher Beitrag, um die Jahresziele 2016 zu erreichen und unterstreicht den klaren Fokus auf die Upstream-Aktivitäten. Wir erwerben wesentliche Entwicklungsanteile die im Herzen unseres Wachstumsgebiets in der Nordsee liegen. Das Entwicklungskapital wird großteils durch den operativen Cashflow der bereits produzierenden Assets, die Teil des

Portfolios sind, erwirtschaftet. Der Kaufpreis selbst ist eine Reinvestition der im Downstreambereich durch die Reduzierung des Working Capitals und durch Veräußerungen in den letzten 18 Monate erzielten Erlöse.“

„Die Vereinbarung mit Statoil, weitere Explorationsmöglichkeiten in der Nordsee und West of Shetlands zu erhalten, ist eine Stärkung unserer langfristigen Entwicklungspotentiale. Zusätzlich wird die Übereinkunft, miteinander an der noch besseren Ausbeutung von reifen Feldern zu forschen, ein starker Beitrag zu unserem Know-how sein“, so Roiss.

Die OMV steigert damit nachhaltig ihre Reserven und erhöht ihre Präsenz in poli-

Österreich, Europa und die Welt

tisch stabilen Ländern. Durch diese Akquisitionen steigen die 2P Reserven (proven and probable) der OMV um ca. 320 Mio boe von derzeit 1,7 Mrd boe auf ca. 2 Mrd boe. Im Jahr 2014 erhöht sich damit die Produktion um 40.000 boe/Tag, 2016 wird ein Plus von rund 58.000 boe/Tag erwartet. Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr 2013 verzeichnete die OMV eine tägliche Produktion von 299.000 boe/Tag.

Helge Lund, Vorsitzender und CEO von Statoil: „Die norwegische Kontinentalplatte ist ein weltweit bedeutendes Öl- und Gasgebiet mit Statoil als größtem Operator. In den letzten Jahren haben wir starke Explorationsergebnisse erzielt und wir fahren fort, die Ölförderung in reifen Feldern zu steigern. Diese Transaktion schafft die Ressourcen für weitere Investitionen in unseren Kerngebieten. Die OMV ist ein kompetentes und erfahrenes Unternehmen und wir freuen uns über die Ausweitung der Partnerschaft bei Explorationsmöglichkeiten und bei der Ausbeutung von reifen Feldern.“

Jaap Huijskes, OMV Vorstandsmitglied verantwortlich für Exploration und Produktion: „Ich freue mich nicht nur darüber, daß Norwegen und Großbritannien einen großen Beitrag zu unserem E&P Portfolio leisten werden, sondern auch über die strategische Partnerschaft mit Statoil, einem der weltweit besten Offshore-Betriebsführer und der Nummer 1 in Norwegen.“

Der Kaufpreis per wirtschaftlichem Stichtag 1. Jänner 2013 beträgt insgesamt 2,65 Mrd. USD zuzüglich einer anteiligen Zahlung für die Nettokosten des Jahres 2013 in der Höhe von voraussichtlich rund 500 Mio. USD. Zusätzlich wurde für den jüngsten Shetland/Lista-Fund in der Gullfaks-Lizenz eine bedingte Zahlung von 6 USD pro boe für zu entwickelnde Reserven vereinbart (abhängig von der Genehmigung des Entwicklungsplans).

Die Finanzierung der Transaktion erfolgt aus den bereits erfolgten Reduktionen des Working Capitals und Veräußerungen im Downstreambereich, sowie aus dem exzellenten Cashflow des Unternehmens – der freie Cashflow lag im ersten Halbjahr 2013 bei 1,6 Mrd Euro.

Weitere Einzelheiten zur Transaktion (Alle Zahlen netto für OMV)

Das Feld Gullfaks (OMV Anteil: 19 %) liegt im südlichen Teil der Norwegischen Nordsee und gilt als eines der größten Felder des Landes. Bis Ende 2012 wurden dort 2,7 Mrd boe produziert. Gullfaks bietet weiter-



Foto: OMV Aktiengesellschaft

OMV Generaldirektor Gerhard Roiss: »Die Transaktion unterstützt die Strategie der OMV massiv: Das ist ein wesentlicher Beitrag, um die Jahresziele 2016 zu erreichen und unterstreicht den klaren Fokus auf die Upstream-Aktivitäten...«

hin beachtliches Potential. Die erwartete Produktion des Feldes (OMV Anteil) liegt bei rund 26 kboe/Tag im Jahr 2014.

Gudrun (OMV Anteil: 24 %) ist ein neu entwickeltes Feld in Norwegen. Der Produktionsstart wird für Anfang 2014 erwartet und sollte 15 kboe/Tag 2014 und bis zu 19 kboe/Tag 2016 zur Produktion beitragen. Das Feld liegt rund 15 km westlich von Edvard Grieg. Im Oktober 2012 hat die OMV 20 % an Edvard Grieg übernommen.

Rosebank (OMV Anteil bisher 20 %, neu: 50 %) ist derzeit die größte Feldentwicklung in der britischen Nordsee und befindet sich westlich der Shetlandinseln. Die OMV hält bereits 20 % der Anteile an Rosebank. Durch diese Transaktion mit Statoil steigt die Beteiligung auf 50 %. Die finale Investitionsentscheidung (FID) für Rosebank wird 2014 erwartet. Produktionsstart ist aus heutiger Sicht 2018. Betriebsführer des Feldes ist Chevron. Der maximale Produktionsanteil der OMV wird auf 50 kboe/Tag geschätzt.

Das Feld Schiehallion (OMV Anteil bisher 5,88 %, neu: 11,76 %) befindet sich ebenfalls in der Region westlich der Shetlandinseln und ist das zweitgrößte Feld in UK. Derzeit wird Schiehallion erneut entwickelt und ein neues High-Tech Förderschiff in Südkorea gebaut. Mit der Transaktion steigt der Anteil der OMV auf 11,76 %. Die Produktion wird 2016 wieder aufgenommen. Der maximale Produktionsanteil der OMV wird in den folgenden Jahren bei einem Wert von rund 12 kboe/Tag erwartet.

Wichtiger Teil der Vereinbarung ist ein

Memorandum of Understanding über eine künftige Forschungszusammenarbeit insbesondere im Bereich der verbesserten Förderung aus reifen Feldern im onshore und offshore Bereich.

Explorationslizenzen

Konkret ist vorgesehen, daß sich die OMV an bis zu 11 Explorationslizenzen auf den Faröer Inseln, West of Shetlands und in der Norwegischen Nordsee beteiligen kann. Der Großteil dieser Lizenzen liegt in wenig erforschten Gebieten und weist ein erhebliches Ressourcenpotential auf. Die norwegischen Explorationslizenzen liegen nahe des Edvard Grieg-Feldes, womit erhebliche Synergiepotentiale für die OMV gegeben sind.

Der Abschluß dieser Transaktion wird um das Jahresende 2013 erwartet und unterliegt üblichen Genehmigungen. Dies betrifft insbesondere die Zustimmung des norwegischen Öl- und Energieministeriums, des norwegischen Finanzministeriums bezüglich der norwegischen Anteile sowie, für die Beteiligungen in Großbritannien, die Zustimmung des britischen Ministeriums für Energie und Klimawandel und von beteiligten Drittparteien.

Die OMV Aktiengesellschaft

Mit einem Konzernumsatz von 42,65 Mrd. Euro und einem Mitarbeiterstand von rund 29.000 im Jahr 2012 ist die OMV Aktiengesellschaft das größte börsennotierte Industrieunternehmen Österreichs. Im Bereich Exploration und Produktion ist OMV

Österreich, Europa und die Welt

Foto: OMV Aktiengesellschaft / Lois Lammerhuber



Die OMV hält einen Anteil von 97 % an Petrol Ofisi, dem führendem Unternehmen im Tankstellen- und Kundengeschäft in der Türkei.

in den zwei Kernländern Rumänien und Österreich aktiv und hält ein ausgewogenes internationales Portfolio. Die sicheren Erdöl- und Erdgasreserven von OMV betragen per Jahresende 2012 rund 1,12 Mrd. boe, die Tagesproduktion belief sich auf rund 303 kbøe in 2012. Im Bereich Gas und Power hat OMV in 2012 in etwa 437 TWh Gas verkauft. OMV betreibt in Österreich ein 2000 km langes Gaspipelinnetz mit einer ver-

markteten Kapazität von rund 103 Mrd. m³ im Jahr 2012. Der Central European Gas Hub zählt mit ca. 528 TWh jährlichem Handelsvolumen zu den wichtigsten Gashubs Kontinentaleuropas. Im Bereich Raffinerien und Marketing verfügt OMV über eine jährliche Raffineriekapazität von 22 Mio. t und mit Ende 2012 über rund 4400 Tankstellen in 13 Ländern inklusive Türkei. Mit einem Anteil von 97 % an Petrol Ofisi, Türkeys füh-

rendem Unternehmen im Tankstellen- und Kundengeschäft, hat OMV ihre Position weiter gestärkt.

OMV in Norwegen

OMV (Norvege) AS ist eine 100 % Tochtergesellschaft der OMV Exploration & Production GmbH, die 2006 gegründet wurde und ihren Hauptsitz in Stavanger hat. OMV Norvege ist Partner bei den laufenden Feldentwicklungsprojekten Aasta Hansteen, Zidane und Edvard Grieg sowie beim Infrastrukturprojekt Polarled und konzentriert sich auf Explorationstätigkeiten in den Grenzgebieten im nördlichen Teil der Norwegischen See und in der Barentssee. OMV (Norvege) AS ist derzeit an 23 Lizenzen beteiligt: 11 in der Barentssee, 11 in der Norwegischen See und 1 in der Nordsee. 9 Lizenzen werden von der OMV betrieben.

OMV in Großbritannien

OMV (U.K.) Limited, eine 100 % Tochter der OMV Aktiengesellschaft mit Sitz in London, ist seit über 20 Jahren im Vereinigten Königreich tätig. OMV UK hält ein beträchtliches Portfolio an Lizenzen in der britischen Nordsee und im Gebiet westlich der Shetlandinseln. Seit 2004 ist das Unternehmen dort als Betriebsführer tätig. OMV UK wird seine Geschäftstätigkeiten auf das Kerngebiet westlich der Shetlandinseln konzentrieren. ■

<http://www.omv.com>

Österreichischer Charme

Die deutschen ARCOTEL Hotels an der Spitze der Top Plusmacher im 1. Halbjahr

Die deutschen ARCOTEL Hotels starteten mit einem Umsatzplus von 22 Prozent in das Jahr 2013. Mit der höchsten Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum liegen die deutschen Häuser der ARCOTEL Hotels somit auf Platz 1 des AHGZ-Rankings „Top Plusmacher im 1. Halbjahr 2013“. Manfred Mayer, Alleinvorstand der ARCOTEL Hotel AG: „2013 war bis jetzt ein voller Erfolg. Das haben wir dem Einsatz unserer deutschen Häuser zu verdanken. Der 1. Platz im AHGZ-Ranking erfüllt mich mit großem Stolz. Als österreichisches, innovatives und expandierendes Hotelunternehmen punkten wir durch Charme, Professionalität und bestmögliche Dienstleistung. Mit unserer berühmten österreichischen Gastfreundlichkeit sowie unseren traditionellen österreichischen Kulinarikangeboten überzeugen wir unsere Gäste.“ Dieses Konzept hat sich auch in Deutschland bewährt. Mit insgesamt fünf



Das ARCOTEL »Onyx« in Hamburg

Häusern in Berlin, Hamburg und Stuttgart konnten die deutschen ARCOTEL Hotels die Spitze des AHGZ-Rankings erklimmen.

Die ARCOTEL Unternehmensgruppe, eines der größten privaten österreichischen Unternehmen im Tourismusbereich, positioniert sich klar in der Business- und Stadthotellerie. Sie vereint das persönliche und individuelle Umfeld eines familiengeführten Unternehmens mit internationalem Standard, Top-Qualität und solider wirtschaftlicher Basis. Gegründet 1989, umfaßt die Gruppe derzeit zehn 4-Sterne- bzw. 4-Sterne-Superior-Hotels mit insgesamt 1778 Zimmern in Österreich, Deutschland und Kroatien – und das an den Standorten Berlin, Hamburg, Klagenfurt, Linz, Stuttgart, Wien und Zagreb. Aktuell beschäftigt ARCOTEL Hotels 812 MitarbeiterInnen. 2012 wurde mit „Onyx« in Hamburg das neueste ARCOTEL eröffnet. ■

<http://www.arcotelhotels.com>

Internationale Meßfahrt durch 10 Donauländer

Die weltweit größte wissenschaftliche Flußexpedition im Jahr 2013



Foto: Tom Gonzales / Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license

Die Donau. Mit einer Gesamtlänge von 2857 Kilometern ist sie – nach der Wolga – der zweitlängste Fluß in Europa.

Der Joint Danube Survey 3 (JDS3), die dritte internationale Donaumeßfahrt, ist die weltweit größte Flußexpedition im Jahr 2013, dem Internationalen Jahr der Wasserkoooperation der UN. Hauptziel des JDS3 ist, durch Zusammenarbeit aller Donaustaaten einen umfassenden Überblick über den chemischen und ökologischen Zustand der Donau und der Mündungsbereiche bedeutender Nebenflüsse zu erheben. Die Durchführung der Meßfahrt wird vom Sekretariat der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD/ICPDR) mit Sitz in Wien koordiniert. Alle Staaten des Donaueinzugsgebietes von Deutschland bis zur Ukraine wirken an der Umsetzung der Expedition mit. Für Österreich ist an dieser Donau-Meßfahrt das Lebensministerium sowohl wissenschaftlich als auch finanziell und organisatorisch maßgeblich beteiligt.

Die Donaumeßfahrt wird alle sechs Jahre und nun zum dritten Male durchgeführt. Die Meßfahrten 2001 und 2007 haben bereits wichtige Informationen über die wesentlichen chemischen und ökologischen Probleme des Donaueinzugsgebietes sowie deren



Foto: BMLFUW / Bernhard Kern

Vorbereitungen am Befischungsschiff »Meßschiff IV« der ViaDonau in Wien

Ursachen geliefert. Diese Erkenntnisse waren und sind eine maßgebliche Grundlage für Entscheidungsträger entlang der Donau, effiziente und zielführende Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme zu erarbeiten. JDS3 baut auf diesen Arbeiten auf und ist ein wichtiger Schritt, internationalen Verpflichtungen nachzukommen: dem Übereinkommen zum Schutz der Donau (Danube River Protection Convention, DRPC) sowie der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Diese wohl strengste Rechtsvorschrift im Gewässerschutz weltweit schreibt für alle europäischen Oberflächengewässer das Erreichen eines „guten Zustands“ sowohl in chemischer als auch in ökologischer Hinsicht vor. Die Ergebnisse des JDS3 werden unmittelbar in den 2. Bewirtschaftungsplan für das Einzugsgebiet der Donau (Danube River Basin Management Plan) mit dem gemeinsamen Maßnahmenprogramm (Joint Programme of Measures), welche 2015 verabschiedet werden, einfließen.

Die JDS3-Expedition wird mit drei Schiffen durchgeführt. Das serbische Laborschiff „Argus“, das rumänische Versorgungsschiff

Österreich, Europa und die Welt

„Istros“ und das österreichische Schiff „Meßschiff IV“ haben am 13. August von Regensburg aus mit 20 internationalen WissenschaftlerInnen an Bord ihre Donaureise gestartet. Nach 2375 Kilometern durch zehn Länder werden sie nach rund sechs Wochen am 26. September das Donaudelta erreichen. Das internationale Forschungsteam, das die Donau in ihrer gesamten Länge bereist, stammt aus Österreich, Deutschland, Ungarn, Slowakei, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Serbien. Zusätzlich werden nationale Untersuchungsteams in ihren jeweiligen Ländern Unterstützung bei den Probeentnahmen und Analysen an Bord der Schiffe geben. Ein Teil der Proben wird direkt an Bord der Schiffe untersucht, viele der Proben werden zur weiteren Auswertung an renommierte, auf Gewässeranalysen spezialisierte Labors in ganz Europa geschickt werden.

Alle Donauanrainerstaaten leisten für den JDS3 Beiträge in Form von finanzieller Unterstützung, Laboranalytik, Personal oder Sachleistungen. Das österreichische Lebensministerium übernimmt neben maßgeblichen finanziellen Beiträgen auch einen wesentlichen Teil der analytischen Aufgaben.

An insgesamt 68 Meßstellen werden Wasserqualität, Sediment und Schwebstoffe untersucht. Es wird auch das Vorkommen von Tieren und Pflanzen – von großen Fischen bis hin zu mikroskopisch kleinen Bakterien – erhoben und bewertet. Das Donauwasser wird auf gefährliche Stoffe sowie das Vorkommen radioaktiver Schadstoffe geprüft. Auch allgemein physikalisch-chemische Parameter wie Temperatur, Sauerstoff, pH-Wert sowie der Zustand der Ufer- und Flußbettstrukturen, die Sedimentzusammensetzung oder die Fließgeschwindigkeiten werden erfaßt. Zusätzlich zur Donau werden auch die Mündungsbereiche der großen Zubringer untersucht.

JDS3 knüpft an die im Zuge von JDS1 und JDS2 begonnenen Arbeiten an. Die fortlaufende Datenerhebung und -bearbeitung aus einer Hand sowie die konsequente Anwendung von standardisierten Meßmethoden gewährleistet eine hohe und einheitliche Datenqualität und die direkte Vergleichbarkeit innerhalb der Donaustaaten sowie mit den Ergebnissen der früheren Meßfahrten. Durch die wiederholte Untersuchung vieler Parameter an denselben Meßstellen können Entwicklungen und Trends im gewässerökologischen und chemischen Zustand aufgezeigt und bewertet werden. Im Rahmen des JDS1 wurde 2001 festgestellt, daß es in der Donau zwar einen Reichtum an biologischer Vielfalt sowie das Vorkommen vieler seltener



Das »Meßschiff IV« am Ufer der Donau in Wien – im Hintergrund die Uno-City



Viele Untersuchungen werden bereits an Bord der Laborschiffe durchgeführt.

Arten gibt, allerdings in manchen Abschnitten der Donau bedenkliche Belastungen mit organischen und mikrobiologischen Schadstoffen, Schwermetallen, Öl aus dem Schiffsbetrieb, Pestiziden und schädlichen Chemikalien vorkommen. Die Ergebnisse des JDS2 im Jahr 2007 ergaben eindeutig eine generelle Verbesserung der Wasserqualität, was auf die gemeinsamen Anstrengungen der Donaustaaten in Hinsicht auf die Reduktion von Verschmutzungen zurückzuführen ist. So kann man an vielen Stellen der Donau wieder ungefährdet schwimmen. Trotz struktureller Defizite in manchen Abschnitten weisen große Gebiete der Donau einen guten Zustand und natürliche Lebensbedingungen auf. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung

des chemischen und ökologischen Zustands der Donau wurden allerdings als erforderlich erachtet.

Es wird davon ausgegangen, mit den Ergebnissen des JDS3 die positiven Trends durch die gemeinsamen Anstrengungen der Donauländer der letzten Jahre erneut bestätigen zu können. Die Meßfahrt wird auch notwendige Informationen für Entscheidungsträger im Donaueinzugsgebiet liefern, um effiziente und zielführende Maßnahmen zur Lösung noch immer vorliegender Probleme zu erarbeiten und für die Zukunft die Donau zu einem gesunden, möglichst naturnahen und ökologisch wertvollen Gewässer zu machen. ■

<http://www.danubesurvey.org>

Wichtige Informationen zur Nationalratswahl am 29. September 2013

vom Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten und vom Parlament

Am 29. September 2013 wird der Nationalrat neu gewählt. Der Hauptausschuß des Nationalrats genehmigte am 20. Juni einstimmig die diesbezügliche Verordnung der Bundesregierung über die Ausschreibung der Wahl. Als Stichtag wird der 9. Juli bestimmt.

Nach diesem Stichtag orientieren sich bestimmte Fristen, wie die Bestellung der SprenghalleiterInnen, die Konstituierung der Wahlbehörden, die Auflegung des Wählerverzeichnisses zur öffentlichen Einsicht und die Einbringung von Wahlvorschlägen. Die Landeswahlvorschläge sind spätestens am 2. August, die Bundeslisten spätestens am 12. August im Innenministerium einzureichen.

Wer sich zur Wahl stellt passives Wahlrecht

muß am Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und spätestens mit Ablauf des Tages der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Wahlberechtigt aktives Wahlrecht

sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und spätestens mit Ablauf des Tages der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Es gibt keine »parlamentslose« Zeit

Nachdem der Nationalrat diesmal die volle Gesetzgebungsperiode von fünf Jahren ausgeschöpft und sich nicht vorzeitig durch ein einfaches Bundesgesetz aufgelöst hat, läuft die Funktionsperiode automatisch aus. Es bedarf daher auch keines eigenen Auflösungsbeschlusses, sondern lediglich der Festlegung des Wahltermins. Dieser ist durch Verordnung der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrats festzulegen und im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

Der Wahltag ist so festzulegen, daß sich der neue Nationalrat spätestens am Tag nach dem Ablauf der fünf Jahre konstituieren

kann. Zudem hat der Bundespräsident den neuen Nationalrat längstens innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl einzuberufen. Das bedeutet, es gibt keine „parlamentslose“ Zeit, denn die Gesetzgebungsperiode dauert bis zum Tag, an dem die neu gewählten Abgeordneten für eine weitere Periode zusammentreten. Bis dahin können auch Plenarsitzungen und Ausschüsse in der alten Besetzung stattfinden.

Briefwahl

Bei der Nationalratswahl 2013 kommt wieder die „Briefwahl“ ohne Zeugen weltweit zur Anwendung. Die Wahlkarte muß spätestens am Sonntag, dem 29. September 2013, um 17:00 Uhr MEZ im Wahllokal oder in der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich eingelangt sein. Die Kosten für die Rücksendung der Wahlkarten mit öffentlicher Post übernimmt Österreich. Die Wahlkarten können aber auch bei den österreichischen Vertretungsbehörden (innerhalb des EWR und der Schweiz spätestens am sechsten Tag vor dem Tag der NRW, in allen anderen Ländern spätestens am neunten Tag vor dem Tag der NRW) oder direkt bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich abgegeben werden.

Es besteht keine Wahlpflicht!

Um als Auslandsösterreicher/in an der kommenden NRW gültig teilnehmen zu können, ist folgendes zu beachten:

- Vollendung des 16. Lebensjahres am Tag der NRW (29. September 2013);
- (aufrechte) **Eintragung in die Wähler-evidenz** einer österreichischen Gemeinde;
- **Beantragung einer Wahlkarte** (entweder im Voraus als sog. „Wahlkartenabo“ für maximal zehn Jahre oder (nur) für die kommende NRW);
- **Stimmabgabe** ab Erhalt der Wahlkarte;
- vollständig ausgefüllte Wahlkarte;

- Rücksendung der Wahlkarte an die darauf gedruckte Adresse in Österreich; und
- **Einlangen dieser Wahlkarte bis spätestens am Sonntag, 29. September 2013, 17:00 Uhr MEZ bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich.**

Eintragung in die Wählerevidenz

Bitte überprüfen Sie, ob Sie (aktuell) in der Wählerevidenz in der für Sie zuständigen Gemeinde in Österreich eingetragen sind. Im Zweifel wenden Sie sich bitte direkt an diese Gemeinde. Wenn eine Eintragung nicht (mehr) vorliegt, können Sie rasch eine **(Wieder-) Eintragung** beantragen, indem Sie das Formular „**Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz**“ (siehe unten) ausfüllen und direkt an Ihre Wählerevidenzgemeinde senden. Mit diesem Formular können Sie sich gleichzeitig in die Europa-Wählerevidenz eintragen und auch die automatische Zusendung von Wahlkarten (für Wahlen) und Stimmkarten (für Volksbefragungen) für (maximal) zehn Jahre beantragen. Lesen Sie bitte die dem Formular beiliegende „Ausfüllanleitung“ genau und aufmerksam. Die Eintragung ist jederzeit möglich und gilt für maximal zehn Jahre, es sei denn, Sie hätten inzwischen einen österreichischen Hauptwohnsitz angemeldet. Vor Ablauf der zehn Jahre werden Sie automatisch von der zuständigen Gemeinde mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer Verlängerung der Eintragung in Kenntnis gesetzt. Falls die für Sie zuständige Gemeinde nicht über Ihre aktuelle Adresse verfügt, könnte es sein, daß Sie die Information über die (bevorstehende) Streichung aus der Wählerevidenz nicht erreicht. Achtung: Damit Sie an der kommenden Nationalratswahl teilnehmen können, muß Ihr Antrag als AuslandsösterreicherIn **spätestens am 8. August 2013** (im sog. Reklamationsverfahren) von der Gemeinde **bearbeitet worden sein**, in deren Wählerevidenz Sie eingetragen werden sollen.

Speziell für AuslandsösterreicherInnen

Sollten Sie bereits ein „Wahlkarten-Abo“ beantragt haben, bekommen Sie Ihre Wahlkarte automatisch zugestellt.

Zuständige Wählerevidenzgemeinde

Die zuständige Gemeinde für die Eintragung in die Wählerevidenz und /oder Europa-Wählerevidenz ist die Gemeinde Ihres letzten Hauptwohnsitzes in Österreich. Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil seinen/ihren Hauptwohnsitz hat oder hatte. Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit folgende Reihenfolge hat: Geburtsort in Österreich, Ehegattin/Ehegatte hat oder hatte Hauptwohnsitz in Österreich, nächste Verwandte haben oder hatten Hauptwohnsitz in Österreich, Sitz des Dienstgebers in Österreich, Bestandsrechte an Grundstücken oder Wohnungen in Österreich, Vermögenswerte in Österreich, sonstige Lebensbeziehungen zu Österreich.

Beantragung einer Wahlkarte

Überprüfen Sie bitte, ob Sie (im Zuge der Antragstellung auf Eintragung in die Wählerevidenz) bereits eine automatische amtswegige Zusendung von Wahlkarten für maximal 10 Jahre an Ihre mitgeteilte Wohnadresse beantragt haben und ob diese Adresse nach wie vor gültig ist. Falls Sie bei Antragstellung auf Eintragung in die Wählerevidenz keine automatische amtswegige Zusendung von Wahlkarten beantragt haben, stellen Sie Ihren Antrag auf Zusendung Ihrer Wahlkarte für die NRW bitte so rasch wie möglich mündlich oder schriftlich bei der für Sie zuständigen Gemeinde (im Postweg, per Telefax, gegebenenfalls auch per E-Mail oder über die Internetmaske der Gemeinde).

Stimmabgabe und Rücksendung der Wahlkarte

- Beachten Sie bitte genau alle Anweisungen auf der Wahlkarte.
- **Die Abgabe Ihrer Stimme kann sofort nach Erhalt der Wahlkarte durchgeführt werden**, muß jedoch spätestens vor Schließung des letzten Wahllokals in Österreich am Sonntag, dem 29. September 2013, 17:00 Uhr MEZ, erfolgen und zu diesem Zeitpunkt auch bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde eingelangt sein. Insbesondere bei längeren oder unsicheren Postwegen nach Österreich wird empfohlen, Ihre Stimmabgabe sobald wie

möglich durchzuführen. Sie haben auch die Möglichkeit die Wahlkarte am Wahltag bei jedem geöffneten Wahllokal Ihres Stimmbezirks abzugeben.

- Geben Sie bitte die eidesstattliche Erklärung durch die eigenhändige Unterschrift in der dafür vorgesehenen Rubrik ab, da ein Fehlen der Unterschrift die Nichtigkeit Ihrer Stimme bewirkt, und **kleben Sie die Wahlkarte fest zu**.
- **Unmittelbar nach der Stimmabgabe sollte die Wahlkarte direkt an die darauf angegebene Adresse der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich geschickt werden** – bei längeren Postwegen am besten per Schnellpostdienst (z.B. DHL, UPS, EMS, FedEx). Die Kosten der Rücksendung mit öffentlicher Post trägt Österreich; bei Nutzung von Schnellpostdiensten (z.B. DHL, UPS, EMS o.Ä.) der/die Absender/in.
- Die Wahlkarte muß **spätestens am Sonntag, dem 29. September 2013, um 17.00 Uhr MEZ** bei der Bezirkswahlbehörde einlangen. Andernfalls kann Ihre Stimme in die Ergebnismittlung nicht mehr mitbezogen werden!

Umfassende Informationen und Formulare

finden Sie auf der Wahlinformationswebsite des Außenministeriums

<http://www.wahlinfo.aussenministerium.at> und den Websites der österreichischen Botschaften und Berufsgeneralkonsulate. Für weitere Fragen stehen Ihnen selbstverständlich auch die zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland (Botschaften, Berufsgeneralkonsulate) gerne zur Verfügung. Adressen, Öffnungszeiten und Erreichbarkeiten der Vertretungsbehörden finden Sie auf der Website

<http://www.aussenministerium.at> unter Länderinformation. Weitere Informationen finden Sie auch auf der Website des Bundesministeriums für Inneres unter http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx

Arbeit im Parlament

Stimmabgabe bis zum Wahltermin möglich

Auch wenn nach den letzten Plenarsitzungen Anfang Juli keine weiteren Sitzungstermine mehr vorgesehen sind, so kann der Nationalrat jederzeit zu Sondersitzungen bzw. außerordentlichen Tagungen einberufen werden, wenn ein entsprechendes Verlangen ausreichend unterstützt ist. Während der so genannten tagungsfreien Zeit im Som-

mer hat der Bundespräsident den Nationalrat zu einer Sitzung – sie wird in diesem Fall „außerordentliche Tagung“ genannt – einzuberufen, wenn dies die Bundesregierung oder mindestens ein Drittel der Nationalratsabgeordneten oder der Bundesrat verlangt. Das Nationalratsplenum muß dann innerhalb von zwei Wochen zusammentreten.

Darüber hinaus kann auch der Hauptausschuß außerhalb der Tagung einberufen werden, wenn sich dazu die Notwendigkeit ergibt. Dessen Ständiger Unterausschuß kann jederzeit einberufen werden. Das Gleiche gilt für alle Ständigen Unterausschüsse. Bei Beendigung einer Tagung können auch weitere Ausschüsse beauftragt werden, ihre Arbeit fortzusetzen.

Außerdem soll es eine neue Bestimmung der Geschäftsordnung ermöglichen, daß auch während der tagungsfreien Zeit schriftliche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung gerichtet werden können, so daß den Abgeordneten auch in den Sommermonaten dieses Kontrollinstrument zur Verfügung steht.

Im heurigen Jahr ist vorgesehen, daß Bundespräsident Heinz Fischer, wie alljährlich Anfang Herbst, die Tagung des Nationalrats am 9. September wieder eröffnet. Damit steht den Abgeordneten frei, Sondersitzungen zu verlangen, die dann die Nationalratspräsidentin innerhalb von acht Tagen – ohne Samstage, Sonn- und Feiertage – einzuberufen hat. Voraussetzung dafür ist das Vorliegen eines Verlangens von mindestens 20 Abgeordneten unter Angabe eines Themas. Jeder und jede Abgeordnete darf ein solches Verlangen pro Jahr nur einmal unterstützen. Kleinere Klubs mit weniger als 20 Abgeordneten haben ebenfalls das Recht, einmal im Jahr eine Sondersitzung zu beantragen. Innerhalb derselben Frist muß eine Sondersitzung einberufen werden, wenn dies ein Drittel der Abgeordneten oder die Bundesregierung verlangt. ■

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Parlamentskorrespondenz

Informationen der Parteien

Wir haben auch zu dieser Wahl die im Parlament vertretenen und auch die anderen bundesweit antretenden Parteien eingeladen, Ihnen auf je einer Seite ihre Programme zu präsentieren. Dieses Angebot war mit keinerlei Kosten für die Parteien verbunden. Lesen Sie darüber auf den folgenden Seiten. Die Reihenfolge entspricht der vom Bundesministerium für Inneres veröffentlichten Liste.

Nationalratswahl 29. September 2013

Werner Faymann, Spitzenkandidat der SPÖ

Es ist nun knapp fünf Jahre her, daß die SPÖ als stimmenstärkste Partei aus der Nationalratswahl hervorgegangen und in deren Folge eine SPÖ-ÖVP-Koalition mit mir als Bundeskanzler gebildet worden ist. Die gewaltige weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns vor große Herausforderungen gestellt – und das tut sie auch heute noch. Nach der Lehman-Pleite und der darauffolgenden Implosion der Finanzindustrie und ihren verheerenden Auswirkungen auf Beschäftigung, auf Sozial- und Gesundheitssysteme in anderen Ländern, auch in der Europäischen Union, kann ich heute sagen: Wir haben das Land mit sicherer Hand durch stürmische Zeiten geführt.

Amerikanisches Magazin schrieb vom »Austrian Miracle«

Denn Österreich ist in den vergangenen Jahren vergleichsweise gut durch die Krise gekommen – das bestätigen auch internationale Vergleiche. Ein amerikanisches Magazin hat sogar vom „Austrian Miracle“ geschrieben.

Nicht ohne Grund: Unser Land ist im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit seit Jahren europaweit mit an der Spitze, auch bei der Jugendbeschäftigung gehören wir immer zu den Besten. Einem „Wunder“ ist das allerdings nicht zu verdanken: Die Ausbildungs-garantie, die dafür sorgt, daß arbeitslose junge Menschen nach vier Monaten einen Job oder eine Ausbildung erhalten, und unser duales Ausbildungssystem tragen entscheidend zu diesem Erfolg bei und sind Vorbild für Europa.

EU-weiter Einsatz für Jugendbeschäftigung

EU-weit ist aber beinahe jeder vierte Jugendliche ohne Arbeit. Die Europäische Union stellt in den kommenden beiden Jahren sechs Milliarden Euro für Jugendbeschäftigung zur Verfügung – ein wichtiger Schritt, aber nur ein Anfang. Diese Mittel fließen in Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 25 Prozent. Wir werden uns voll dafür einsetzen, daß auf europäischer Ebene konkrete Maßnahmen wie die Ausbildungs-garantie gesetzt werden, um nicht eine ganze Generation junger Menschen zu verlieren. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß in Europa genauso wichtig werden wie der Abbau der Staatsschulden.

Exporte stark, Wirtschaft und Konsum sind stabil

Neben der im EU-Vergleich guten Arbeitsmarktsituation sind auch unsere Exporte stark, Wirtschaft und Konsum sind stabil. Damit das auch in Zukunft so bleibt, ist es für uns von Bedeutung, daß es auch unseren Nachbarn in Europa wirtschaftlich gut geht. In Österreich ist jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängig. Stabilität in der Europäischen Union nutzt Österreich als Exportland.

Intelligenter Mix aus Investieren und vernünftigem Sparen

Während wir Österreich also gut durch die Krise geführt haben, wurde in anderen



Werner Faymann
gf. Bundesparteiobmann

Ländern radikal bei Gesundheits- oder Sozialleistungen gekürzt und der Sparstift ausgerechnet bei den Schwächsten angesetzt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist all das nicht in Frage gekommen. Die SPÖ-geführte Regierung hat auf einen intelligenten Mix aus Investieren und vernünftigem Sparen gesetzt und mit gerechten Einnahmen durch vermögensbezogene Steuern, die wir für Zukunftsinvestitionen brauchen, eine Trendwende eingeleitet.

Verteilungsgerechtigkeit

Der Kampf für mehr Verteilungsgerechtigkeit steht auch im Zentrum unserer Europapolitik. Ich habe mich seit Beginn meiner Kanzlerschaft massiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer eingesetzt und heute sind wir so nah an ihrer Umsetzung wie noch nie. Elf Länder der EU haben sich bereit erklärt, die Finanztransaktions-

steuer als einen fairen Beitrag des Finanzsektors im Rahmen einer so genannten „verstärkten Zusammenarbeit“ einzuführen.

Die SPÖ hat viel erreicht

Die SPÖ hat in Zeiten der Krise vieles für die Bürgerinnen und Bürger erreicht. Im Bildungsbereich haben wir, etwa mit dem Ausbau der Ganztageseschulplätze, vieles verbessert, wir haben mehr Geld in die Pflege investiert, eine umfassende Gesundheitsreform wird die Kompetenzwirren auflösen und ein gemeinsames, am Patienten orientiertes Handeln sicherstellen.

Wir haben Konjunkturpakete geschnürt, um Beschäftigung und Wachstum zu fördern – erst zuletzt haben wir ein solches Paket für den Wohnbau und den Ausbau der Kinderbetreuung vorgestellt. Wir wissen: Investitionen sind das richtige Mittel, wenn es um mehr Beschäftigung und Wachstum geht, denn jeder investierte Euro hat positive Folgen für Beschäftigung, Wirtschaft und Staatshaushalt.

Die wesentlichsten Ziele

Als Bundeskanzler und als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei gehe ich mit viel Zuversicht in diese Wahlauseinandersetzung. Unsere Ziele sind auch weiterhin der Kampf um jeden Arbeitsplatz und für soziale Gerechtigkeit. Wir wollen erreichen, daß die Menschen in Wohnungen mit leistbarer Miete leben können, indem wir den sozialen und gemeinnützigen Wohnbau forcieren, und wir wollen auch, daß die Menschen Arbeit haben, von der sie leben können.

Die Finanzmärkte sollen stärker reguliert werden, etwa durch eine gemeinsame, europäische Bankenaufsicht. Neben dem Finanzsektor ist vor allem von jenen, die es sich leisten können, ein höherer Beitrag gefordert. Ein Schwerpunkt liegt daher bei der Einführung einer Steuer auf private Vermögen ab einer Million Euro. Im Gegenzug wollen wir die Steuern auf Löhne und Einkommen senken, denn der Großteil der Steuerlast wird derzeit von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen.

Mein politischer Anspruch ist immer noch der gleiche wie vor fünf Jahren:

Österreich zu einem noch gerechteren Land zu machen.

<http://www.spoe.at>

Nationalratswahl 29. September 2013

Michael Spindelegger, Spitzenkandidat der ÖVP

Damit ganz Österreich gewinnt

Am 29. September geht es in Österreich um eine Richtungsentscheidung: Höhere Steuern oder mehr zum Leben; neue Schulden oder nachhaltige Reformen; Klassenkampf oder Aufstiegs-gesellschaft. Die ÖVP hat die richtigen Konzepte für eine sichere Zukunft. Wenn die ÖVP erster wird, gewinnt ganz Österreich.

Schuldenbremse: Für Chancen – gegen Schulden

Für die ÖVP gibt es einen Grundsatz: Wir hinterlassen jungen Menschen Chancen und keine Schuldenberge. Darum ist die Schuldenbremse für uns so wichtig. Denn junge Menschen brauchen Perspektiven und nicht einen Rucksack voller alter Schulden, der sie am Vorankommen hindert. Dieser Grundsatz wird auch in der nächsten Legislaturperiode unter unserer Führung exakt eingehalten.

Steuerbremse: Für Arbeitsplätze – gegen Faymann-Steuern

Wir wollen in Österreich nicht zulassen, daß Unternehmer abwandern und Arbeitslosigkeit hinterlassen. Wir brauchen ein Österreich, in dem es neue Unternehmer und neue Arbeitsplätze gibt – daher sind wir gegen neue Steuern. Wer sich etwas aufgebaut hat, hat das Recht, daß es auch respektiert wird und nicht gleich wieder weggesteuert wird. Deshalb treten wir für eine Steuerbremse in Österreich ein.

Gebührenbremse: Für leistbares Leben – gegen Körpergeld

Wir brauchen noch eine dritte Bremse in Österreich. Ein durchschnittlicher Haushalt hat durch die Gebührenerhöhungen in Wien 300 Euro im Jahr an Mehrbelastung. Es kann nicht sein, daß sich die Gemeinde Wien durch überhöhte Gebühren bei Müll, Kanal und Wasser ein Körpergeld verdient. Das ist staatlich verursachte Armutsgefährdung wo wir gegensteuern müssen. Denn das Leben muß für die Menschen, die in Österreich arbeiten und leben, wieder leistbar werden. Darum wollen wir eine Gebührenbremse einlegen.

Zukunftsansage: 420.000 Arbeitsplätze

Für eine Zukunft mit Perspektiven und Chancen brauchen wir auch neue Arbeits-

plätze. Und dafür stehen wir als ÖVP. Wir wollen mehr Arbeitsplätze in Österreich von denen man gut leben kann. Unser Programm für die Zukunft heißt deshalb: 420.000 neue Arbeitsplätze in Österreich! Wir wollen ein Österreich in dem die Menschen eine Perspektive haben. Das ist unsere Ansage für die Nationalratswahl.

Das erreichen wir mit unserer Tripple-E-Strategie: Entfesselung, Entlastung und Export.

- Entfesselung: Wir wollen die Wirtschaft durch den Abbau von Bürokratie und der Schaffung einer Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft entfesseln.
- Entlastung: Wir sind laut OECD das



Foto: ÖVP

Michael Spindelegger
gf. Bundesparteiobermann

Land, das am meisten umverteilt. Eine Entlastung ist ein absolut notwendiger Schritt.

- Export – eine österreichische Erfolgsgeschichte: Bereits heute hängt jeder zweite Arbeitsplatz in Österreich am Export. Da braucht es die Unterstützung der Politik für neue Märkte, für Initiativen der Internationalisierung und für eine Marke Österreich, wie wir sie bereits aufgesetzt haben.

Zukunftsansage: Mitarbeitererfolgsbeteiligung

Wer in Österreich arbeitet, soll in Zukunft mehr davon haben. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll mehr als bisher am Erfolg des Unternehmens beteiligt werden können. Damit bekommt jeder Einzelne eine finanzielle Perspektive, die über die kollektivvertragliche Lohnerhöhung hinausgeht. Das ist das Programm der ÖVP für die Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich in der nächsten Legislaturperiode.

Zukunftsansage: Für unsere Familien

Die ÖVP steht an der Seite der Familien. Wir sagen niemandem, wie er oder sie zu leben hat. Die Familien sollen selbst entscheiden können, wie sie die Frage der Kinderbetreuung lösen, wie sie die Arbeitsplatzsituation lösen, ob jemand in Teilzeit geht oder nicht. Wir wollen unsere Familien unterstützen, damit sie selbst entscheiden können. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit. Kinder kosten auch Geld. Und daran darf eine Familie nicht scheitern. Darum ist unser Programm ein Freibetrag für jedes Kind von 7.000 Euro pro Jahr. Weil wir als Volkspartei Partner der Familien sind und nicht ihr Vormund.

Zukunftsansage: Leistbares Leben

Wer in Österreich lebt und arbeitet, soll sich sein Leben auch leisten können. Dafür haben wir ein sehr ambitioniertes Programm für leistbares Leben aufgestellt. Darin enthalten ist etwa die Forderung nach einer Senkung der Lohnnebenkosten, was für ein durchschnittliches Einkommen 80 Euro Ersparnis im Jahr bedeutet. Auch eine Senkung der Spritkosten durch die Forcierung des Umstiegs auf Erdgas führt zu Ersparnissen. Pendlerinnen und Pendler können sich so über 1000 Euro ersparen. Diese und viele andere Maßnahmen machen den Alltag für alle Menschen spürbar günstiger.

Zukunftsansage: Wenn die ÖVP erster wird, gewinnt ganz Österreich

Wir setzen auf die Zukunft. Darum gestalten wir auch unseren Wahlkampf in einer positiven Art und Weise. Wir sagen „Willkommen, Zukunft!“ Das ist notwendig, denn letztlich weiß jeder: Was auch immer morgen passiert, Sicherheit zu haben, einen Arbeitsplatz, Vorsorge für die eigene Familie zu treffen, ist entscheidend im Leben. Und wer könnte da ein besserer Partner für die Menschen sein als wir; als die österreichische Volkspartei mit all ihrer Erfahrung, mit ihrer Tradition, vor allem aber mit ihrer positiven Zukunftssicht. Wir wollen Österreich gestalten und unseren Kindern und Enkelkindern ein besseres Österreich hinterlassen. ■

<http://www.oevp.at>

Heinz-Christian Strache, Spitzenkandidat der FPÖ

Erneuerung statt Stillstand

Noch nie zuvor in der Geschichte der Zweiten Republik gab es in der Bevölkerung einen derart intensiven Wunsch nach Wandel und Veränderung wie heute. Und noch nie war die Notwendigkeit durch die äußeren Umstände so groß wie jetzt, einen Wechsel herbeizuführen.

Zugleich hatten wir aber noch nie zuvor eine Regierung, die sich diesem Wunsch so vehement widersetzt und so offen ihren Widerwillen und ihre Unfähigkeit gegen jede Art der Veränderung zum Ausdruck brachte. Österreich hat heute im Jahre 2013 eine Regierung, die sich weigert, auch nur den geringsten Schritt zu einer Umgestaltung zu setzen, die sich einbunkert und ihr Heil im Gehorsam gegenüber einer Europäischen Union zu finden glaubt, die bei den Menschen aber in Wahrheit schon jedwede Glaubwürdigkeit verspielt und verloren hat und um die es daher selbst nicht besser bestellt ist als um die Regierung.

Entscheiden wir für unser Österreich

Mit der kommenden Wahl stellt sich allen Staatsbürgern dieses Landes die eine richtungsweisende Frage: Entscheiden wir für unser Österreich, wie wir Freiheitliche das wollen? Oder aber wird gegen unsere Heimat entschieden, wie SPÖ, ÖVP und alle anderen, die sie ins Feld schicken gegen uns und die nur wie diese beiden das Ziel haben, uns zu schaden?

Wollen wir das Land durch die Krise führen, wie wir Freiheitliche das beanspruchen? Oder soll es weiter so sein, daß die Krise durch das Land geführt wird von den Herren Faymann und Spindelegger und all denen, die schon bereit stehen, ihnen willfährig Mehrheiten zu beschaffen?

Wir verdanken dieses Österreich unseren Eltern und Großeltern

Unsere Heimat Österreich ist ein Land, in dem fleißige Menschen in bescheidenem Wohlstand leben können, in dem tüchtige Unternehmer Arbeitsplätze schaffen, in dem lernbereite Kinder und Jugendliche alle Chancen haben und das sich durch den Fleiß der Menschen auch ein Sozialsystem leisten kann, das jenen, die wirklich Hilfe brauchen, tatsächlich wirksame Unterstützung zukommen läßt.

Wir verdanken dieses Österreich unseren Eltern und Großeltern, die durch unsägliche

Entbehrungen, durch harte Arbeit, in vielen Fällen durch erhebliche Leidensfähigkeit, aber auch durch große Begeisterung für unsere Heimat und durch die Entschlossenheit, für kommende Generationen ein besseres Österreich zu bauen, unser Leben in Freiheit, Sicherheit und sozialem Frieden ermöglicht haben.

Mehrfach bedroht

Alle diese Errungenschaften sind substantiell bedroht: durch eine falsche Politik Brüsseler Bürokraten und Lobbyisten, die Konzerninteressen und die Gier von Finanz-



Heinz-Christian Strache
Bundesparteiobmann der FPÖ

instituten vor das Wohl der Menschen stellt und Eigenstaatlichkeit und Budgethoheit aushöhlt; durch eine falsche Zuwanderungspolitik, die nicht jene Zuwanderer besonders fördert, die Fleiß, Wissen und Können einbringen, sondern solche wirbt, die vor allem an Sozialleistungen interessiert sind. Und sie sind bedroht von einem immer teureren Verwaltungsapparat, in dem sich rot-schwarze Machtinteressen wechselseitig blockieren und dazu führen, daß hohe Steuerleistungen in Österreich Menschen ärmer machen.

Günstlinge an den Schalthebeln

Nahezu alle Parteien in Österreich haben sich mit diesem System arrangiert. SPÖ und ÖVP sind eng mit einer jahrzehntelangen Proporzpolitik verbunden, in welcher möglichst viele Günstlinge an den Schalthebeln der Republik untergebracht werden, die Grünen sind von einer einstmaligen positiven Zukunftspartei zu einer bigotten Verbots- partei verkommen, die bereit ist, mit den an-

deren System- und Proporzparteien für Macht und Einfluß eine Koalition einzugehen.

Schutz der Interessen Österreichs

Außer der FPÖ hat zudem keine Partei den Mut, offene Probleme auch offen anzusprechen und zum Schutz der Interessen Österreichs auch gegen den Brüsseler Apparat, gegen mächtige Spekulanten oder große Konzerne anzukämpfen.

Freiheit, Sicherheit, Frieden, soziale Absicherung, Wachstum und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind die Leitlinien und der Maßstab für unser Handeln als soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft.

Österreich und den Menschen in diesem Land verpflichtet

Wir sind eine positive, eine zukunfts- gestaltende Partei, die sich Österreich und den Menschen in diesem Land verpflichtet fühlt. Denn Österreich hat alle Voraussetzungen für eine blühende Zukunft. Wir haben tüchtige Menschen, eine offene und begeisterungsfähige Jugend, fähige Unternehmer und Senioren, die mit ihrer Lebenserfahrung nachkommenden Generationen eine große Stütze und Hilfe sein können. Dieses Erbe wollen wir bewahren und in eine gedeihliche Zukunft führen.

Die Nationalratswahl am 29. September ist die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Heimat Österreich. Und diese Auseinandersetzung wird nicht ausgetragen zwischen irgendwelchen Splittergruppen, sondern diese Auseinandersetzung wird stattfinden zwischen der FPÖ auf der einen Seite und SPÖ und ÖVP auf der anderen Seite. Nur mit einer Stimme für die FPÖ ist sichergestellt, daß der rot-schwarze Stillstand beendet wird. Unser Hauptgegner für die Nationalratswahl ist und bleibt das Duo-Inferior Faymann-Spindelegger. Der permanente Stillstand in Österreich muß ersetzt werden durch ein Klima des Muts und der Freude an der Erneuerung.

Wir Freiheitliche haben die besseren Programme für dieses Land. Wir haben die besseren Persönlichkeiten, die diese Programme umsetzen werden. Und wir haben das Herz, den Mut und den Willen, den Widerstand, der sich uns entgegenstellt, gemeinsam mit den Bürgern aufzubrechen. ■

<http://www.fpoe.at>

Josef Bucher, Spitzenkandidat des BZÖ

BZÖ-Modell der »Fair Tax« samt umfassender Staats- und Verwaltungsreform

13 Steuer- und Abgabenerhöhungen durch SPÖ/ÖVP führten in den letzten zwei Jahren zu massiven Belastungen. Österreich ist heute innerhalb der EU ein „Nationalpark hohe Steuern“. Damit muß endlich Schluß sein! Daher fordert das BZÖ ein neues Steuersystem und eine Steuersenkung: Das BZÖ-Modell der „Fair Tax“ bringt ohne Mehrkosten Entlastungen im Ausmaß von 7 Milliarden Euro – im Durchschnitt bleiben jedem Steuerzahler rund 3 Prozent netto mehr pro Jahr.

Dieses Modell kann zur Gänze durch Einsparungen im Staats- und Verwaltungsbereich und Systemvereinfachungen finanziert werden.

Die Kernpunkte: Statt wie bisher Lohn- oder Einkommenssteuer in unterschiedlichen Steuersätzen und zusätzlich Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen, gilt für alle Steuerzahler nur noch eine „Fair Tax“-Einheitsabgabe, die sowohl Lohnsteuer als Sozialversicherungsbeiträge abdeckt.

Vom Jahreseinkommen wird ein „Fair Tax“-Freibetrag in Höhe von 11.000 Euro abgezogen.

Pro Kind wird zusätzlich ein Kinderabsetzbetrag in Höhe von 9.000 Euro abgezogen, der frei im Familienverband aufteilbar ist, damit Familien besser unterstützt werden und auch Niedrigverdiener über eine Negativsteuer maximal profitieren. Jahreseinkommen minus Freibeträge ergibt die Bemessungsgrundlage für die „Fair Tax“, davon wird die Einheitsabgabe von 44 Prozent abgezogen.

Steuer- und Abgabendeckel in Verfassung

Darüber hinaus fordert das BZÖ einen in der Verfassung verankerten „Steuer- und Abgabendeckel“. Ziel ist es, die Abgabenquote künftig auf 40 Prozent des Bruttoinlandprodukts zu begrenzen. Zum einen ist dies über steuerliche Entlastungen zu erreichen, zum anderen dürfen Gebühren für Leistungen des Staates nur in Höhe des tatsächlichen Aufwandes eingehoben werden.

Eurokrise lösen – Schluß mit der Finanzierung von EU-Pleitestaaaten und Banken

Eine Währung ist ein Maßanzug für ein Land, der Euro kann aber kein Maßanzug

sein, weil in Europa keine „Einheitsgröße“ existiert. Die wirtschaftlich starken Euro-Länder müssen daher eine gemeinsame stabile Währung auf der Basis klarer Bestimmungen bilden.

Auch pocht das BZÖ auf einen Zahlungs- und Haftungsstopp für nicht funktionierende Euro-Rettungsschirme und auf eine deutliche Senkung der österreichischen EU-Beiträge. Wir wollen, daß jede künftige Zahlung oder Haftung einer verpflichtenden Volksabstimmung unterzogen wird. Gleiches gilt für nachhaltige Änderungen der EU-Verträge.



Foto: BZÖ

Josef Bucher
Bundesparteiobermann des BZÖ

Demokratiereform – Verpflichtende Volksbefragung – Ausweitung des Briefwahlrechts

Im Bereich der direkten Demokratie fordert das BZÖ, daß nach einem erfolgreichen Volksbegehren von vier Prozent eine verpflichtende Volksbefragung abzuhalten ist. Dies soll auch via Internet möglich sein – was eine weitere Verbesserung auch für Auslandsösterreicher bringen und die von uns unterstützte Ausweitung des Briefwahlrechtes ergänzt. Als „Zukunftspartei“ wollen wir zudem das Wählen über das Internet weiterentwickeln und ermöglichen.

Unterstützung insbesondere der klein- und mittelständischen Wirtschaft

Kleine und mittlere Unternehmer sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Zwei konkrete Vorschläge aus dem BZÖ-Forderungskatalog:

Die Kreditklemme hemmt kleine und mittelständische Unternehmen. Dem will das BZÖ durch die Vergabe von niedrig ver-

zinsten Betriebskrediten mit einer Höhe von bis zu 100.000 Euro an jene Unternehmer entgegen steuern, die erfolgreich sind und dennoch kein Geld von den Banken für Investitionen bekommen.

Zur Stärkung unserer lokalen Wirtschaft wollen wir einen „Handwerkerbonus“ einführen. Ganz konkret: Handwerksleistungen im Rahmen von Haus- oder Wohnraumarbeiten in der Höhe von 20 Prozent der Arbeitskosten (max. 1.200 Euro pro Jahr) sollen voll von der Steuer abgesetzt werden können.

Stärkung der Familien

Familie muß wieder leistbar und lebbar gemacht werden. Das BZÖ fordert daher eine regelmäßige Wertanpassung der Familienleistungen, die Abschaffung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld sowie den Ausbau der Infrastruktur bei Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Familienpolitik: Etwa 1,1 Millionen Österreicher leben heute in Patchwork-Familien eine gerechte Familienpolitik muß endlich adäquate Antworten auf diese geänderten gesellschaftlichen Bedingungen bieten. Hier fordert das BZÖ eine Modernisierung der Ob- sorgeerregung hin zu einer automatischen gemeinsamen Obsorge. Gleichzeitig muß jedes Kind – auch finanziell – gleich viel wert sein, gleichgültig ob aus vergangener oder aktueller Beziehung. Dazu bedarf es dringend einer Modernisierung des Unterhaltsrechts.

Bildungssystem reformieren

Wir wollen, daß das Schulangebot durch ein verstärktes Angebot an Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht oder Nachmittagsbetreuung auf die geänderten Lebens- und Familiensituationen bedacht nimmt, wobei auf allen Bildungsebenen größtmögliche Vielfalt existieren soll und es so jedem Einzelnen ermöglicht wird, den für ihn besten Bildungsweg zu beschreiten. Auch fordert das BZÖ eine dringend notwendige Reform und Entpolitisierung in der Schulverwaltung, den Ausbau der Schulautonomie und ein modernes, flexibles und durchlässiges Lehrerdienstrecht mit einer leistungsorientierten Bezahlung, damit etwa auch Personen aus der Wirtschaft in der Schule unterrichten können.

<http://www.bzoe.at>

Eva Glawischnig, Spitzenkandidatin der Grünen

Es ist höchste Zeit für einen politischen Neubeginn in Österreich. Korruption und Machtmißbrauch haben das Vertrauen in die Politik schwer geschädigt. SPÖ und ÖVP haben in vielen Bereichen nur wenig weitergebracht, Streit und Stillstand standen die letzten fünf Jahre im Vordergrund. Wichtige Reformen, von Bildung bis Klimaschutz, von lückenlosen Anti-Korruptionsgesetzen bis hin zu Regeln für einen sauberen Finanzplatz sind auf der Strecke geblieben. Milliarden an Steuergeldern sind in dunklen Kanälen oder maroden Banken versickert.

Transparenz und Kontrolle

Wir wollen nicht länger angelogen werden. Rot, Schwarz und Blau haben lange versucht, ihre Korruptionsskandale unter den Teppich zu kehren. Die Grünen haben sie aufgedeckt. 17 Milliarden Euro werden jährlich durch Korruption und Mißwirtschaft verschleudert. Wir wollen eine neue, andere politische Kultur in unserem Land. Darum kämpfen wir für Transparenz. Dafür, daß Kontrolle zur Normalität wird, etwa durch die Möglichkeit, daß Untersuchungsausschüsse ein Minderheitsrecht werden, also auch von der Opposition eingesetzt werden können oder durch ein Spekulationsverbot für Steuergeld.

Energie

Wir wollen, daß verantwortungsvoll mit unserem Steuergeld umgegangen wird. Statt Korruption und Mißwirtschaft brauchen wir Investitionen in Bildung, Forschung, Energiewende und Umwelttechnologien. Österreich kann es schaffen, von milliardenteuren Öl- und Gasimporten aus geopolitischen Krisenregionen wie z.B. Rußland und Kasachstan völlig unabhängig zu werden. Weil wir durch die Grüne Energiewende Schritt für Schritt unsere Energie selbst erzeugen. Sauber und erneuerbar aus Sonne, Wasser und Wind. Öko-Energie ist auch die Antwort auf die in den letzten Wochen wieder aktuell gewordenen Versuche der Atomkonzerne, mittels staatlicher Subventionen in Europa neue Atomkraftwerke zu bauen und zu betreiben. Seit Fukushima ist klar: Atomkraft kann nie sicher sein.

Wir sind überzeugt, daß die Grüne Energiewende möglich ist. Bis zum Jahr 2020 können wir den gesamten Strombereich auf 100 Prozent erneuerbare Energie umstellen. Das hilft gegen den Klimawandel und immer

höhere Rechnungen für Öl und Gas. Und schafft die Arbeitsplätze der Zukunft. Zum Beispiel durch das Grüne 1-Million- Solar-dächer-Programm: Bis 2020 wollen wir, daß in Österreich 1 Million Dächer – dank Solaranlage oder Photovoltaik – umweltfreundlich Energie produzieren. Damit wird jedes Gebäude vom reinen Verbraucher auch zum Energieproduzenten.

Lebensmittel

Der Pferdefleisch-Skandal rund um falsch deklarierte Fertigprodukte ist nur ein Beispiel einer ganzen Serie von Vorfällen,



Foto: Die Grünen

Eva Glawischnig
Bundessprecherin der Grünen

die seit Jahren KonsumentInnen verunsichern. Wir glauben daran, daß mehr BIO möglich ist und wir wollen unsere Lebensmittel am liebsten ohne Skandale. Die KonsumentInnen haben ein Recht zu erfahren was drin ist im Essen. Deswegen wollen wir eine klare Kennzeichnung und strengste Kontrollen. Die Menge giftiger Pestizide auf unseren Feldern soll reduziert werden. Das schützt nicht nur die Bienen, sondern auch unser Grundwasser. Der Anteil der Biobetriebe in Österreich soll bis zum Jahr 2020 verdoppelt werden.

Verkehr

Sauberes Wasser, gute Luft und eine intakte Natur sind kein Luxus, sondern unsere Lebens-Grundlage. Jedes Kind soll gesunde Luft atmen – nicht gefährlichen Feinstaub. Dazu wollen wir auch eine Verkehrswende. Im Zentrum steht dabei der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und Kostengerechtigkeit. Die unzureichende Kostenvahrheit – der LKW-Verkehr in Österreich

zahlt jährlich fast 4 Milliarden Euro seiner Kosten nicht selbst – belastet unser aller Geldbeutel. Wir wollen, daß der LKW-Verkehr seine Kosten selbst trägt statt zulasten der Bahn billig unterwegs zu sein. So werden Mittel für den Ausbau von Bahn und Bus frei.

Gesellschaft

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt: reich an Naturschätzen, reich an Talenten, reich an Chancen. Wir Grüne wollen diese Chancen nutzen. Gemeinsam mit den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land wollen wir Österreich positiv verändern und eine Gesellschaft bauen, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht.

Bildung

Dazu zählt auch ein faires Bildungssystem, das allen Kindern dieselben Chancen auf beste Bildung eröffnet. Wo Schule ein Ort ist, an dem sich alle Kinder wohlfühlen und entwickeln können – unabhängig von Einkommen oder Herkunft der Eltern.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die sich um die Schwächsten kümmert und mit MigrantInnen wertschätzend umgeht. Und wo Frauengleichstellung kein Thema mehr ist, weil Frauen einfach gleichgestellt sind.

Europa

Und nicht zuletzt: Wir sehen uns als Teil eines starken, gemeinsamen und solidarischen Europas, das durch kluge Investitionen in Bildung und Umwelttechnologie und eine gemeinsame Friedenspolitik ein starker Player und Partner auf internationaler Ebene ist.

Um die drängenden Probleme unserer Zeit in den Griff zu bekommen, braucht es gemeinsame europäische Lösungen und Strategien. In Zeiten globaler Krisen kann kein Staat die Probleme im Alleingang lösen. Um die gegenwärtige Finanzkrise und die Krisen im Bereich Wirtschaft, Klima, Energie, Soziales und Demokratie politisch bewältigen zu können, setzen wir auf mehr Europa. Nur ein neu gestaltetes Europa führt aus der Krise: Demokratie, Solidarität, Ökologie sowie Grund- und Menschenrechte sind die Säulen, auf die wir dieses Haus Europa stellen. ■

<http://www.gruene.at>

Mirko Messner, Spitzenkandidat der KPÖ

Rettungsschirme für Menschen statt für Banken und den Euro!

In Österreich leben mehr Arbeiterinnen und Arbeiter als Großgrundbesitzer, mehr alleinerziehende Mütter als Fabrikbesitzer, mehr Arbeitslose als Börsenspekulanten. Die Superreichen sind eine kleine Minderheit, die aber bestimmt, was in unserem Land geschieht.

Die Gehälter, Boni und Abfertigungen der Spitzenmanager sind riesig. Die Profite der Banken und Konzerne steigen weiter, während viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihr tägliches Leben finanzieren sollen. Für Gesundheit, Bildung und Soziales, für Kultur, Pensionen, öffentlichen Verkehr und vieles mehr fehlt angeblich das Geld, während für Banken und den Euro „Rettungsschirme“ aufgespannt werden. Wir sagen Schluß damit, es ist genug für alle da!

Für leistbares Wohnen!

Es gibt zu wenig leistbaren Wohnraum. Die Geschäftemacherei mit dem Menschenrecht auf Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten am privaten Wohnungsmarkt treffen immer mehr Menschen. Die KPÖ fordert: Klar festgelegte Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen; sofortige Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung; Anpassung der Wohnbeihilfe an die Teuerung; Einweisungsrecht in leerstehende Wohnungen für die Gemeinden; Vorrang für leistbare Genossenschafts- und Gemeindewohnungen; Abschaffung der Befristungen für Mietverträge.

Teuerung stoppen!

Die Teuerung bei Gütern des täglichen Bedarfs liegt deutlich über der offiziellen Inflationsrate. Alles wird teurer, nur die Ausreden der Politiker und Unternehmer werden immer billiger. Die KPÖ fordert: amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Bedarfs; Gebühren- und Tarifstopp; Lohn- und Pensionserhöhungen, welche die Teuerung und Produktivitätssteigerung tatsächlich abgelten; laufende Inflationsanpassung von Pflegegeld, Familienbeihilfen und Stipendien.

Ein Einkommen zum Auskommen!

Für angemessene Lohnerhöhungen oder höhere Pensionen ist angeblich kein Geld da, während Spitzenmanager abkassieren und

die Profite der Banken und Konzerne weiter sprudeln. Die Arbeitslosigkeit erreicht Rekordwerte, insbesondere für Jugendliche. Unter dem Deckmantel der Flexibilisierung werden immer mehr Rechte der arbeitenden Menschen abgebaut. Die KPÖ fordert: eine 35-Stunden-Woche mit Lohn- und Personalausgleich; Rückzahlung von Subventionen wenn Unternehmen trotz Gewinn Arbeitsplätze vernichten; Schluß mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit; ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde; Zurückdrängung der Leiharbeit; Verbot von unbezahlten Praktika.



Foto: KPÖ

Mirko Messner
Bundessprecher der KPÖ

Hände weg von unserem Wasser!

Die öffentliche Daseinsvorsorge von der Müll- und Abwasserentsorgung bis hin zum Gesundheitswesen wird einer demokratischen Kontrolle entzogen. Unter dem Diktat der Banken und Konzerne werden diese Bereiche zum Spielball der kapitalistischen Profitlogik. Aber was alle brauchen muß auch allen gehören. Die KPÖ fordert: Wasser und andere öffentliche Dienstleistungen sind keine Handelsware, sondern ein grundlegendes Bedürfnis für alle; Ausnahme der Daseinsvorsorge von allen Liberalisierungsrichtlinien; Rückführung bereits privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum; Verfassungsmäßiger Schutz des öffentlichen Eigentums.

Neutralität statt EU-Armee!

Aufrüstung ist die Kehrseite von Sozialabbau. Der Lissabon-Vertrag verpflichtet die EU-Staaten zur Aufrüstung und zu einer „gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. Wirtschaftsinteressen sollen auch mit Waf-

fengewalt durchgesetzt werden. Eine solche Politik tritt die Neutralität mit Füßen. Die KPÖ fordert: keine Beteiligung an den Battle Groups der EU; Austritt aus der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“; aktive Neutralitätspolitik statt Aufrüstung und EU-Armee.

Wer soll das bezahlen?

Es braucht Rettungsschirme für die Menschen statt für die Banken und den Euro! Aber wer etwas für die große Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, muß sich mit den Eliten anlegen und der winzigen Minderheit der Superreichen etwas wegnehmen. Die KPÖ fordert: Profite und Euro-Millionenvermögen angemessen besteuern; Steuerprivilegien für Privatstiftungen und Gruppenbesteuerung beseitigen; Steuerschulden der Unternehmer eintreiben; Wertschöpfungsabgabe für Sozialabgaben und Kommunalsteuer

Glaubwürdigkeit kann man wählen!

Die KPÖ unterscheidet sich grundlegend von den etablierten Parteien. Wo sie Verantwortung trägt, stimmen Wort und Tat überein.

Die wenigen BerufspolitikerInnen der KPÖ spenden einen Großteil ihres Politeinkommens für Menschen in Notlagen. Die KPÖ bekommt keine Gelder von der Industriellenvereinigung, von Banken oder Konzernen. Sie setzt sich ohne Wenn und Aber für diejenigen ein, die sonst keine Lobby haben.

Was Sie tun können?

Viele Menschen wollen nicht in einem Land leben, das den Konzernen Höchstprofite beschert, während Arbeitslosigkeit und Armut weiter wachsen. Viele Menschen wollen kein Europa, in dem die Versorgung der Menschen mit elementaren Gütern wie Wasser und Energie in den Händen der Konzerne liegt.

Was es braucht ist ein grundsätzlicher Politikwechsel. Für einen solchen Wandel müssen die Banken, Konzerne und Lobbys entmachtet werden. Das geht nicht mit den etablierten Parteien – dieses Ziel verfolgt nur die KPÖ.

Es ist Zeit für eine Umkehr, Zeit für eine linke Alternative. Wer Wandel will, wählt KPÖ.

<http://www.kpoe.at>

Angelika Mlinar (LIF) und Matthias Strolz (NEOS)

Politik ohne Fußfesseln

„NEOS – Das Neue Österreich“ kommt aus verschiedenen Richtungen, aus der Mitte der Gesellschaft. Wir sind keine Entsandten von Kammern, Gewerkschaften oder Interessensverbänden. Unser Weg hat ein klares Ziel: Verantwortung übernehmen mit dem Einzug ins Parlament bei der Nationalratswahl am 29. September 2013. Eine Politik, die dem Neuen Platz gibt, den Stillstand beendet und Ideen umsetzt.

Wir bündeln die Kräfte

„NEOS und das Liberale Forum schaffen, woran die große Koalition seit Jahrzehnten scheitert. Politische Erneuerung ist in der österreichischen Parteienlandschaft nicht vorgesehen! Wir bündeln die Kräfte der Vernünftigen, statt uns zu spalten. Wir bringen politische Erfahrung mit und wollen ab dem ersten Tag im Parlament mit voller Kraft loslegen“, so NEOS-Vorsitzender und Spitzenkandidat Matthias Strolz voll Tatendrang.

NEOS macht Lust auf Politik

Die aktuelle NEOS Mobilisierungskampagne „Jede Sekunde – Schulden essen Zukunft auf“, die zum aktiven Einsatz zur Kehrtwende in der fahrlässigen Verschuldungspolitik aufruft, zeigt, wie wir für die nächsten Generationen in den Ring steigen. Wir rufen junge Menschen aktiv zur politischen Teilnahme auf und vermitteln im Rahmen einer Sommertour die neue Lust an der Politik.

Frischer Wind ins Parlament

„Umfragen und Medienbeobachtungen zeigen, daß NEOS mit den Kernthemen ‚Bildungsstillstand beenden‘ und ‚Zukunftsraub beenden‘ einen Nerv trifft und Themen anspricht, die den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennen“, so LIF Vorsitzende und NEOS-Spitzenkandidatin Mlinar. „Uns traut man bereits zu, als neue Parlamentspartei Schwung in die Politik zu bringen.“

9½ Punkte: Der Plan für ein Neues Österreich

1. Steuern senken:

Ein faires System für mehr Geld zum Leben. Wir zahlen mit einer Quote von 44,2 Prozent zu viel Steuern und Abgaben. Die Spielräume für Lebenshaltung und Wohnen werden immer enger. Wir müssen das

System radikal vereinfachen und Erwerbseinkommen entlasten. Der erste Schritt: Steuern und Abgaben auf unter 40 Prozent senken bis 2020 – für 10 Prozent mehr in der Geldbörse!

2. Bildung stärken

Parteibücher machen nicht gescheiter, Schulautonomie schon. Wir wollen ein vielfältiges Bildungsangebot mit einem einheitlichen Ziel: Mittlere Reife für alle. Wir glauben daran, daß Talente und Potentiale Freiräume brauchen. Beenden wir den Stillstand und verabschieden wir uns von Symptom-Pä-



Angelika Mlinar, Spitzenkandidatin,
Matthias Strolz, Spitzenkandidat

dagogik, die nur Mängel repariert. Unser Ziel: Raus mit der Parteipolitik aus den Schulen.

3. Pensionen für die Jungen sichern

Der Wahrheit ins Auge sehen. Wir fordern: Schluß mit der Pensionslüge! Unsere Pensionen sind nicht gesichert, wenn wir so weiter machen wie bisher. Wie erklären wir unseren Kindern, daß sie dereinst kaum noch etwas herausbekommen? Unser Ziel: Pensionsprivilegien abbauen, das faktische Pensionsalter auf 65 Jahre erhöhen und Anreize für private Vorsorge schaffen.

4. Schulden senken

Für einen effizienten und erfolgreichen Staat. Wir geben jetzt schon das Geld unserer Enkelkinder aus, denn Österreich leistet sich eines der teuersten Verwaltungssysteme der Welt. Überregulierungen und sinnlose Neungleisigkeiten gehören abgestellt. Jährliche Neuverschuldung ist kein Naturgesetz. Unser Ziel: Schulden abbauen. Geht nicht, gibt's nicht!

5. Solidarisch unterstützen

BürgerInnengeld statt Sozialleistungs-dschungel. Wir bekennen uns zur Verantwortung, jenen zu helfen, denen es weniger gut geht. Wegschauen nützt niemandem. Wir haben die Vision, alle Sozialleistungen durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung, ein „BürgerInnengeld“ zu ersetzen. Das geht nicht von heute auf morgen, aber wir wollen jetzt die Weichen stellen.

6. Nachhaltig wirtschaften

Für eine Balance zwischen Umwelt und Wirtschaft. Nachhaltiges Wirtschaften zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts braucht Kostenwahrheit beim Verbrauch von Ressourcen. Auch künftige Generationen haben ein Recht auf eine lebenswerte Welt. Es braucht ein Ende der Zwangsmitgliedschaften, weniger Bürokratie, mehr Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur.

7. Familien stützen

Mehr Zeit und Betreuungsplätze für Kinder. Beruf und Familie müssen für Mütter wie Väter vereinbar sein. Wir setzen uns dafür ein, optimale Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen. Gesellschaftlicher Rückhalt für ein Maximum an Freiheit und moderne Lebensentwürfe. Denn Kinder brauchen unsere Zuwendung.

8. Die Wahl geben

Personen statt anonymer Parteilisten im Mittelpunkt. Wir wollen keine Parteilisten mit anonymen FunktionärInnen mehr wählen, sondern Persönlichkeiten, die unsere Anliegen vertreten. Wir wollen als BürgerInnen unsere Politik mitgestalten – und wissen, wo es lang geht. Die im internationalen Vergleich ausufernde Parteienförderung soll jedoch um 75 Prozent gekürzt werden.

9. Europa umarmen

Ein europäischer Paß, starke BürgerInnenbeteiligung. Am größten Friedensprojekt der Geschichte muß sich viel ändern, wenn wir es nicht zerstören wollen. Wir müssen die EU neu erfinden – mit klaren Strukturen, einem stärkeren Parlament, Direktwahl der Kommission, mehr Budgetdisziplin und einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Wir wollen eine europäische Staatsbürgerschaft!

9½ Nicht am Sessel kleben

Gute Politik braucht die Kraft des Neuen. ■

<http://neos.eu>

Nationalratswahl 29. September 2013

Die Listenersten der Piratenpartei

Keine Zukunft ohne deine Stimme*Demokratie finanzieren statt Parteimillionen*

Demokratie kostet uns Geld. Das ist okay, denn sonst könnten sich nur Reiche Mitbestimmung leisten. Aber statt einem Abo auf Steuermillionen für verkrustete Parteien wollen wir den Demokratieschilling: ein Gutscheinsystem, bei dem alle selbst bestimmen können, wer finanzielle Unterstützung verdient. Denn Politik wird auch von Grätzelninitiativen, NGOs uvm. gemacht.

Auch zwischen Wahlen mitbestimmen

Alle fünf Jahre unsere Stimme im wahrsten Sinne des Wortes „abzugeben“ ist nicht genug. Politik darf nicht etwas sein, das uns angetan wird – sondern etwas, das wir alle gemeinsam tun. Echte Mitbestimmung darf sich weder auf Parteigeplänkel noch auf Populismus reduzieren.

Sofort umsetzbar: Ein Initiativ- und ein Vetorecht für die Bevölkerung, damit wir neue Vorschläge einbringen, aber auch „so nicht!“ sagen können. Ab 100.000 Unterstützungen eine verbindliche Volksabstimmung. Gleichzeitig: Mehr politische Bildung und neutrale Information.

Langfristiges Ziel: „Liquid Democracy“ heißt eine innovative Mischform aus repräsentativer und direkter Demokratie, die die Vorteile von beidem verbindet. So organisieren wir uns bereits intern – bald ist das Konzept auch reif für den Staat.

Gläserner Staat statt gläsernen Bürgern

Der Staat sind wir alle. Was in unserem Namen geschieht, muß öffentlich sein: Transparenz statt Amtsgeheimnis! Informationsfreiheit und Open Data bekämpfen Korruption und ermöglichen informierte Mitbestimmung.

Keine Zukunft ohne Freiheit*Nein zum Überwachungsstaat*

Verdachtslose, pauschale Überwachung bedroht die Unschuldsumutung und die freie Meinungsäußerung – und damit die Grundsteine unserer Demokratie. Unkontrollierbare Geheimdienste opfern unsere Privatsphäre für den bloßen Schein von Sicherheit. Diese Methoden werden stets weiter ausgedehnt und häufig mißbraucht. Was heute noch „nichts zu verbergen“ ist, könnte morgen schon gegen dich verwendet wer-

den. Weg mit der Vorratsdatenspeicherung! Schluss mit PRISM, TEMPORA & Co! Briefgeheimnis auch im Internet! Freiheit schützt man nicht, indem man sie abschafft.

Freies Netz & freies Wissen

Nur so kann das Internet seine Vorteile entfalten: Zugang als Grundrecht! Starker Datenschutz garantiert, daß deine Identität Dir gehört und keine Ware ist. Netzneutralität sichert, daß es keine Zensurmaßnahmen lehnen wir kategorisch ab. Das Urheber- und Patentrecht ist längst nicht mehr zeitgerecht –



Foto: Piratenpartei

*Die Listenersten der Piratenpartei:
Mario Wieser, Juliana Okropiridse
und Philip Pacanda (v.l.)*

wir müssen faire Entlohnung für Kunstschaffende mit freiem Zugang zu Wissen und Kultur verbinden. Open Access heißt: Was mit Steuergeld finanziert wurde, muss für alle verwendbar sein.

Keine Zukunft ohne Chancen für alle*Freie & innovative Bildung*

Lernen muß Spaß machen und von den Lernenden als sinnvoll erkannt werden. Ein flexibles Kurssystem kann Schülerinnen und Schüler individuell in ihren Stärken und Schwächen unterstützen. Mehr interdisziplinäre Teamarbeit!

Auswendiglernen war gestern: Schule ist Vorbereitung für das spätere Leben und nicht für Prüfungen oder die Zentralmatura. Wir können auf Netz- und Medienkompetenz, Ethik sowie politische Bildung als neue Unterrichtsfächer nicht mehr verzichten. Wir brauchen eine Aufwertung des Lehrendenberufs und mehr Mitbestimmung in der Schule. Schulen gehören ausgebaut, Unis ausfinanziert.

Gleiche Rechte

Mitbestimmung und Teilhabe müssen für alle da sein. Niemand soll in unserer Gesellschaft dazu gezwungen sein, den Vorstellungen anderer entsprechen zu müssen, was „normal“ ist. Dazu müssen wir Diskriminierung an allen Fronten bekämpfen: Einengende Geschlechterrollen hinterfragen, Ehe und Adoption für alle öffnen.

Hin zum bedingungslosen Grundeinkommen

Menschenwürdiges Leben für alle: Mindestlohn jetzt! Langfristig braucht die Sozialpolitik der Zukunft ein Umdenken von Almosen zu Ermöglichung: Statt einem bürokratischen Dschungel aus Sozialleistungen sollte der Staat sicherstellen, daß sich alle selbst helfen können.

Die Informationsgesellschaft funktioniert erst dann optimal und fair, wenn alle am Arbeitsmarkt freie Entscheidungen treffen können und sich Zeit für politische Mitbestimmung und Weiterbildung nehmen können.

Ein existenzsicherndes Grundeinkommen ist ein verlässlicher Minimalsockel an materieller Freiheit, auf den die Menschen aufbauen. Es ermöglicht Pflege, Erziehung, Unternehmertum, ... Ist diese Vision finanzierbar? Werden die Menschen dann trotzdem arbeiten?

Mehr dazu auf <http://800euro.at>

Keine Zukunft ohne uns*Normal sind schon die anderen.*

Die Piratenpartei ist Teil einer globalen Bewegung zur Entwicklung einer Demokratie, die der Welt des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Die Piraten treten ein für einen Kurswechsel in Richtung mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung und mehr Freiheit. Wir nutzen Online-Tools, die es jedem Menschen ermöglichen, die Politik der Piratenpartei mitzugestalten. Wir setzen dringende Zukunftsthemen auf die Agenda, die die Politik noch verschläft. Wir trauen uns noch, große Pläne zu schmieden, wie die Welt besser funktionieren könnte.

Wir sind die jüngste Partei – und die einzige, die sich 100 Prozent transparent und demokratisch organisiert: Was wir für die Gesellschaft wollen, leben wir selbst vor. Die anderen haben ausreichend Gelegenheiten gehabt. Gib am 29. September 2013 Neuem eine Chance.

<http://www.piratenpartei.at>

Frank Stronach, Spitzenkandidat des Team Stronach

Schuldenfreie Zukunft

Österreich hat einen offiziellen Staatsschuldenberg von über 230 Mrd. Euro, dazu kommen noch ausgelagerte Schulden und schon beschlossene Belastungen künftiger Haushalte. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 40.000 Euro. Frank fordert: Schluß mit den Schulden, ein ausgeglichenes Budget mit Überschuß, keine Rettung von Großbanken mit Steuergeld und einen eigenen Euro für jedes Land – als realwirtschaftliche Darstellungsmöglichkeit im Währungssystem.

Bildung

Wir wollen ein Bildungssystem, das im internationalen Vergleich wieder zu den besten zählt. Frank fordert: Autonome und schlanke Schulverwaltung, Direktoren als Manager, Auswahl des bestqualifizierten Lehrpersonals, transparentes Bildungssystem mit Zielen, Kontrolle von außen, gesunde Ernährung und Sport in den Schulen und steuerliche Anreize für mehr Forschung und Entwicklung.

Demokratie

Wir wollen in Österreich keine Berufspolitiker mehr, die kein Verständnis für die tatsächliche Real-Wirtschaft haben. Zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden in der Regierung, im Parlament und im Landtag sind genug. Frank fordert: Keine Berufspolitiker mehr – zwei Amtsperioden sind genug, 100 Sitze im Nationalrat für Politiker, 50 Nationalratssitze für unabhängige Bürgervertreter, Mehrheitswahlrecht und Unabhängiger Weisenrat statt Bundesrat.

Gesundheit

Wir wollen anstatt der 22 Träger der Sozialversicherung ein einheitliches staatliches Gesundheitssystem. Die Österreichische Gesundheitsversicherung soll die Grundversorgung sicherstellen. Sämtliche notwendige medizinische und pflegerische Leistungen sollen über diese Verwaltungseinheit abgerechnet werden. Frank fordert: Ein einheitliches staatliches Gesundheitssystem, faires Gesundheitskonto, fairen Wettbewerb, Hausärzte stärken, Qualitätsmanagement und zweite Meinung und Prävention statt Reparaturmedizin.

Pensionen

Das aktuelle System ist unfair und intransparent. Es darf jedoch niemals Klassenunter-

schiede von Bürgern geben. Wir sind der Meinung, für alle Arbeitnehmer können nur die gleichen Regeln gelten. Frank fordert: Gerechtigkeit im Pensionssystem, keine Klassenunterschiede, ein faires Pensionskonto für alle, Anreize für ältere Menschen länger aktiv zu bleiben und Leistung soll sich lohnen.

Sicherheit

Die Sicherheitslage in Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verschlechtert. Einsparungen, der Wegfall von Grenzkontrollen und Organisationsschwierigkeiten haben dazu geführt, daß die Polizei ihren Auf-



Foto: Team Stronach

Frank Stronach
Partei gründer

gaben immer weniger nachkommen kann. Frank fordert: Sicherheit verbessern, Polizei durch Ordnungsdienst entlasten, qualifizierte Zuwanderung, demokratische Gesellschaftsordnung akzeptieren und Asylverfahren beschleunigt und konsequent handhaben.

Wohnen und Soziales

Wir bekennen uns daher zu einer Grundversorgung für alle Bürger, die auch direkte Leistungen wie eine Sozialkarte zum Kauf von Lebensmitteln oder zum Bezahlen der Miete mitumfaßt. Frank fordert: Treffsicherheit im System gewährleisten, Armut verhindern, Grundversorgung sicherstellen, Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und Wohneigentum schaffen

Verwaltungsreform

Gesetze in der Praxis oft kaum mehr anwendbar. Sinnvoller ist, nur da einzugreifen, wo klare und verbindliche Regelungen notwendig sind. Frank fordert: Gesetze reduzieren, Verwaltungsapparat zurückbauen, Ge-

meinden im Verwaltungsverbund organisieren und Verwaltungskosten um 5 % senken.

Wirtschaft

Mit dem Mitarbeiterbeteiligungsmodell wollen wir ermöglichen, daß ein Unternehmen zehn Prozent seines Gewinnes steuerbefreit an seine Mitarbeiter weitergeben kann. Durch die Beteiligung der Mitarbeiter steigen deren Motivation und der Erfolg des Unternehmens. Frank fordert: Betriebe fördern, Mitarbeiter am Unternehmenserfolg beteiligen, Neuorganisation der Ladenöffnungszeiten und Wohlstand schaffen

Familie und Frauen

Wir wollen die Familien stärken, indem wir Rahmenbedingungen schaffen, die es den Bürgern, die gerne Kinder bekommen möchten, ermöglichen, diese Entscheidung zu treffen. Frank fordert: Familien stärken und steuerlich entlasten, alleinerziehende Mütter unterstützen, Stellung der Frau im Berufsleben stärken und gleichen Lohn für gleiche Leistung.

Landwirtschaft

Anstatt eine Umverteilung innerhalb Europas zu betreiben, wo viel Geld in der Verwaltung versickert, wollen wir bäuerliche Familienbetriebe in Österreich wieder direkt unterstützen. Eine ausreichende Versorgung mit guten und gesunden Nahrungsmitteln aus heimischer Produktion ist ein Garant für Sicherheit und Frieden. Frank fordert: traditionelle Landwirtschaft erhalten, keine bürokratische EU-Zentralplanung, keine Umverteilung durch Brüssel, direkte Unterstützung für bäuerliche Betriebe, gentechnikfreie Produkte aus nachhaltiger Landwirtschaft

Umwelt

Die heimische Energiegewinnung ist ein Weg zu mehr Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung und Unabhängigkeit. Der Ausbau der erneuerbaren Energien für ein energieunabhängiges Österreich erfordert zuerst große Investitionen: die Hochleistungsnetze der Zukunft müssen die Stromproduktion aus tausenden kleinen Anlagen in den Regionen aufnehmen und einen regionalen Ausgleich schaffen. Frank fordert: Erneuerbare statt fossile Energien, Energieunabhängigkeit anstreben und Österreich als Vorreiter bei Forschung und Umwelttechnologien.

<http://www.teamstronach.at>

19. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

3. bis 5. September 2013 im NÖ Landhaus St. Pölten
 Generalthema: »Niederösterreich in die Zukunft denken!«

Vor 350 Jahren wurde der »Heilige Leopold« zum Landespatron von Niederösterreich erhoben. In Verbindung mit diesem geschichtlichen Hintergrund soll versucht werden, aus der Geschichte zu lernen, im Heute zu leben und über die Zukunft unseres Heimatlandes nachzudenken.

Dienstag, 3. September

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
 3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
 Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132

16.15 Uhr Rahmenprogramm:
 Spaziergang zum NÖ Landesmuseum, Besichtigung der Ausstellung „Hl. Leopold – Mensch, Politiker, Landespatron“

anschließend gemütliches Beisammensein im PAN PAN –
 Kulinarischer Treffpunkt im NÖ Landesmuseum,
 3100 St. Pölten, Kulturbezirk 5

Moderation: Landesjugendreferent

Wolfgang Juterschnig

12.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen - 1. Teil
 anschl. Mittagsbuffet, NÖ Saal I und II, 2. Stock

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreise/Workshops – 2. Teil

17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen – 2. Teil
 anschließend Vernissage „Brückenschlag St. Pölten – Hangzhou“:
 Dr.in Elisabeth Philips-Slavkoff
 Haus 1A, Ausstellungsbrücke

18.45 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus zum Hotel Metropol

19.00 Uhr Abendessen im Hotel Metropol

Mittwoch, 4. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
 zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Ostarrichisaal, Haus 1A,
 2. Stock
 Begrüßung: Peter de Martin, Leiter der Geschäftsstelle für AuslandsniederösterreicherInnen
 Impulsreferat: NN
 Bericht: Gesandte Dr. Brigitta Blaha, Leiterin der AuslandsösterreicherInnen-Abteilung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA)
 Bericht: Werner Götz, Vizepräsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes
 Moderation: Tom Bläumauer

10.40 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops – 1. Teil

- Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik (Industrieviertsaal)
 Thema: „A New World Disorder“
 Impulsreferat: Mag. Dr. Walter Seböck, MAS, MSc, MBA, Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung, Donau-Universität Krems
 Moderation: Mag. Herbert Halbwidl
- Kunst, Kultur & Wissenschaft (Ostarrichisaal)
 Thema: „Keine Zukunft ohne Herkunft“
 Impulsreferat: Mag. Carl Aigner, Direktor des NÖ Landesmuseums
 Moderation: Dr.in Ilona Slawinski
- Bildung & Jugend (Mostviertsaal)
 Thema: „Sprache und Identität im Donaauraum – Orientierung für die Zukunft unserer Jugend“
 Impulsreferat: Walter Grond, Künstlerischer Leiter der Europäischen Literaturtage Wachau

Donnerstag, 5. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
 zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Fortsetzung und gemeinsamer Abschluß aller Arbeitskreise im Ostarrichisaal,
 Haus 1A, 2. Stock
 Moderation: Tom Bläumauer

10.20 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
 Kaffeepause

10.45 Uhr Abschlußveranstaltung im Ostarrichisaal
 Moderation: Tom Bläumauer
 Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
 Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
 Impulsreferat Univ.Prof. Dr. Stefan Karner, Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Gründer und Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung und Leiter des Medienlehrgangs der Universität Graz (angefragt!)
 Präsentation der Ergebnisse der drei Workshops

- Festansprache von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
- Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen ANÖ-TeilnehmerInnen
- Schlußworte: Peter de Martin

anschließend Mittagsempfang, gegeben von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, Foyer „Schwarzes Bild“

14.00 Uhr Ende des 19. AuslandsNiederösterreicherInnen-Treffens 2013
 Transfer für die TeilnehmerInnen zum Hotel Metropol bzw. Bahnhof St. Pölten. Möglichkeit zur Weiterreise zum Auslandsösterreicher-Weltbundtreffen nach Linz (5. bis 8. September 2013)

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Änderungen vorbehalten!

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2013

5. bis 8. September 2013 in Linz

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem ► gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 5. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 14.00 - 16.00 Uhr ► **Linz.verändert, Stadtrundgänge**
Treffpunkt: Hauptplatz, Altes Rathaus
- 14.00 - 16.00 Uhr ► **Führung durch das Musiktheater am Volksgarten** – Treffpunkt: Musiktheater am Volksgarten, Haupteingang Am Volksgarten 1.
- 14.00 - 16.00 Uhr ► **Führung durch das Ars Electronica Center** Treffpunkt: Ars Electronica, Haupteingang, Ars-Electronica-Straße 1
- 19.00 Uhr ► **Empfang des Bürgermeisters der Stadt Linz, Dr. Franz Dobusch**, im Alten Rathaus Hauptplatz 1

Freitag, 6. September

- 09.00 - 17.00 Uhr **Registrierung:** Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 10.00 - 12.00 h ► **Linz.verändert, Stadtrundgänge**
Treffpunkt: Hauptplatz, Altes Rathaus
- 10.00 - 12.00 h ► **Führung durch das Ars Electronica Center** Treffpunkt: Ars Electronica, Haupteingang, Ars-Electronica-Straße 1
- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Ort: Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 20.00 - 23.00 Uhr ► Empfang durch den **Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Josef Pühringer**, in den Redoutensälen, Promenade 39, 1. Stock

Samstag, 7. September

- 11.00 - 13.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2013“**
im „Festsaal“ des Kaufmännischen Palais
Ort: Palais Kaufmännischer Verein Linz, Bismarckstraße 1, 1. Stock,
- 13.15 Uhr ► Festessen auf Einladung von **Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Dr. Michael Spindelegger**,
Ort: Palais Kaufmännischer Verein Linz, Bismarckstraße 1, 1. Stock,
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Ort: Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 20.30 Uhr ► **Abschlußball des Auslandsösterreichers-Weltbundes** im „Festsaal“ des Kaufmännischen Palais
Ort: Palais Kaufmännischer Verein Linz, Bismarckstraße 1, 1. Stock

Sonntag, 8. September

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** in der Martin Luther Kirche, Martin Luther Platz 1
- 10.00 Uhr **Katholischer Gottesdienst** im Mariendom, Herrenstraße
- 12.00 Uhr ► **Abschlußmittagessen**
Ort: Stieglbräu zum „Klosterhof“, Landstraße 30
Essen € 20,- auf eigene Rechnung;
Getränke auf Rechnung des AÖWB.

Änderungen vorbehalten!

Besitz des Top-1-Prozents

Ökonomen der Universität Linz beziffern das Vermögen der reichsten ÖsterreicherInnen doppelt so groß wie bisher angenommen.

Das vermögensreichste eine Prozent der österreichischen privaten Haushalte besitzt 232 Milliarden Euro mehr als bisher bekannt. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Universität Linz, die von den Arbeiterkammern Wien und Oberösterreich in Auftrag gegeben wurde. Auf Basis der von der Österreichischen Nationalbank veröffentlichten Vermögensverteilung haben Ökonomen der Universität Linz das Privatvermögen an der – bisher lückenhaft erfassten – Spitze der Vermögenshierarchie neu berechnet.

Kaske: Forderung nach Vermögenssteuer auf sehr große Vermögen

„Schon bisher war bekannt, daß es bei der Vermögensverteilung eine enorme Schiefecke gibt. Diese Studie zeigt, daß vor allem das reichste eine Prozent über ein viel größeres Vermögen verfügt, als wir bisher wußten. Diese Tatsache bestätigt uns einmal mehr in unserer Forderung nach einer Vermögenssteuer auf sehr große Vermögen“, so Rudi Kaske, Präsident der Arbeiterkammer Wien. Mit diesen Einnahmen könnte Arbeit steuerlich entlastet und in wichtige Bereiche mehr investiert werden, etwa in soziale Dienstleistungen wie Pflege, in Bildung, sozialen Wohnbau und Infrastruktur.

Das reichste ein Prozent verfügt über 37 Prozent der Gesamtvermögen. Die Studie zeigt, daß das reichste Prozent nach neuen Berechnungen über fast eine halbe Billion Euro (rund 469 Milliarden Euro) verfügt. Das ist beinahe doppelt so viel wie bisher bekannt war. Der Anteil des obersten Prozents der privaten Haushalte am Gesamtvermögen steigt damit von 22,9 Prozent auf 37 Prozent des Gesamtvermögens an. „Mehr als ein Drittel der gesamten Privatvermögen konzentriert sich auf nur ein Prozent der privaten Haushalte. Das ist eine Bestätigung dafür, daß mehr Verteilungsgerechtigkeit unerläßlich ist. Eine Vermögenssteuer für Millionäre ist dafür ein wichtiger und richtiger Schritt“, betont Johann Kalliauer, Präsident der AK Oberösterreich. „Eine solche Millionärssteuer betrifft nur die reichsten fünf Prozent der Haushalte, wie diese Studie erneut bestätigt. Erst unter den sehr reichen, obersten fünf Prozent aller Haushalte beträgt das



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

durchschnittliche Nettovermögen mehr als eine Million Euro. Eine Millionärssteuer ist, soll und kann daher keine Mittelschichtsteuer sein. Sie ist ein gerechter Beitrag der ganz Reichen“, so Kaske.

OeNB-Vermögenserhebung HFCS 2010

Die von der OeNB durchgeführte Vermögenserhebung HFCS 2010 (Household Finance and Consumption Survey) untersucht das private Haushaltsvermögen in Österreich. Damit liegen die bislang besten Informationen über das Vermögen der privaten Haushalte vor. Die Daten des HFCS leiden allerdings unter einer – auch von der OeNB selbst festgestellten – Untererfassung der besonders großen Vermögen: Besonders reiche Haushalte sind in der Stichprobe nicht enthalten, im obersten Bereich sind Falschaussagen und Antwortverweigerung überdurchschnittlich hoch. Das führt zu einer Unterschätzung der Vermögenskonzentration in den HFCS-Daten.

Das Ziel der von den Arbeiterkammern Wien und Oberösterreich in Auftrag gegebenen Studie, die unter der Leitung von Jakob Kapeller und Bernhard Schütz an der Johannes-Kepler-Universität Linz durchgeführt wurde, ist es, diese Top-Vermögen auf Basis des HFCS-Datensatzes und unter An-

wendung international erprobter statistischer Methoden vollständiger zu erfassen. Die Wissenschaftler gehen dabei in ihren Annahmen konservativ und vorsichtig vor. So wurde eine obere Begrenzung der höchsten Vermögen bei einer Milliarde Euro eingeführt, um eine Überschätzung des Gesamtvermögens möglichst auszuschließen. Daher sind auch in der Neuberechnung keine privaten Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro enthalten.

Schieder: Millionärssteuer ist Gebot der Stunde

„Es ist ein Gebot der Stunde, die Ungerechtigkeiten im österreichischen Steuersystem auszumerzen und einen gerechten Beitrag von den Reichsten der Reichen einzufordern. Eine Millionärssteuer auf Vermögen ab einer Million Euro netto ist das Gebot der Stunde“, bekräftigt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

Geht es nach der SPÖ, soll, so Schieder weiter, gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode eine umfassende Steuerstrukturreform in Angriff genommen werden. „Uns geht es darum, den Faktor Arbeit und die kleinen und mittleren Einkommen bis 4000 Euro brutto zu entlasten. Wir wissen, daß dadurch die Kaufkraft steigt, die Wirtschaft angekurbelt wird und schließlich auch Ar-

Innenpolitik

beitsplätze geschaffen werden. Eine umfassende Strukturreform des Steuersystems ist sozialpolitisch und ökonomisch sinnvoll“, so Schieder.

„Statt dauernd den Wirtschaftsstandort schlecht zu reden und Millionärslobbying zu betreiben, sollte die ÖVP endlich Politik machen, die auf Fakten basiert und Österreich weiterhin gut und sicher durch die Krise führt“, betont Schieder abschließend.

Haubner: Ex-SPÖ-Minister Androsch bestätigt erneut: Vermögenssteuer schadet und bringt nichts

„Ex-SPÖ-Minister Androsch erklärt es seinen Genossen nun einmal mehr in Form eines Buches: Vermögenssteuern bringen nichts und richten großen Schaden an. Es bleibt zu hoffen, daß die Kollegen von SPÖ, Arbeiterkammer und Gewerkschaft die Ausführungen ihres Parteikollegen beherzigen“, betont der ÖVP-Abgeordnete und Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Peter Haubner. Bereits im April versuchte Androsch die SPÖ auf den richtigen Weg zu bringen: Vermögenssteuern „wären entweder eine Investitionssteuer, eine Gewinnsteuer oder eine Enteignung. Und alles führt in eine Sackgasse“, so die Worte des Ex-SPÖ-Finanzministers.

„Unzählige Experten haben den SPÖ-Vermögenssteuer-Schwachsinn bereits aufgedeckt. Doch die SPÖ hält immer noch an ihrem Schwindel von ‚gerechten Steuern‘ fest. Wann gibt die SPÖ endlich ihre Beratungsresistenz auf? Büßen müssen das die hart arbeitenden Menschen und Unternehmer, denen die SPÖ am Ende des Tages mit ‚sicherer Hand‘ noch tiefer ins Geldbüßel greift – das ist gelebter Sozialismus“, schließt Haubner, der an dieser Stelle Konrad Adenauer zitiert: „Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, daß sie es von anderen haben wollen.“

Bucher: »Superreiche« sind mit ihrem Vermögen längst über alle Berge

Für BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher hat die Bundesregierung, hier speziell die ÖVP, kläglich versagt: „Da kann die ÖVP jetzt im Wahlkampf versprechen was sie will. Sie trägt seit über einem Vierteljahrhundert ununterbrochen Regierungsverantwortung und hat es bis heute noch nicht geschafft, ihr jedes Mal kurz vor dem Wahltag gebetsmühlenartig wiederholtes Versprechen, endlich für eine Entlastung der Steuerzahler zu sorgen, nach dem Wahltag dann auch zu einzuhalten. Ganz im Gegenteil: Unterm Strich bleibt den Menschen immer weniger Geld in

der Tasche. Und wenn die SPÖ jetzt unter dem Deckmäntelchen der Gerechtigkeit eine sogenannte Vermögenssteuer fordert, dann ist auch klar wer hier zum Handkuß kommt: Denn die sogenannten ‚Superreichen‘ sind mit ihrem Vermögen längst über alle Berge, bevor der Fiskus Zugriff bekommt. Treffen wird es wieder einmal den hart arbeitenden Mittelstand, der jetzt schon über alle Maße belastet und geschöpft wird“, so Bucher.

„Unser erklärtes Ziel ist eine Steuer- und Abgabendeckelung von 40 Prozent. Wir fordern: Runter mit den Steuern, denn nur dann geht es wieder rauf mit Wohlstand und Wachstum. Der österreichische Steuerzahler hat mehr als genug gezahlt“, so Bucher.

Leitl: Besserverdiener stehen zu Verantwortung – Nein zu höheren Steuern

„Wir sollten auf dem Boden der Sachlichkeit bleiben: Die Besserverdiener leisten schon jetzt ihren Beitrag. Die Wirtschaft hat die Vermögenszuwachssteuer, den Solidarzuschlag und die Finanztransaktionssteuer akzeptiert. Wir sagen aber ein klares und deutliches Nein zu immer neuen bzw. noch höheren Steuern. Die Folge wären nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze und weniger Wachstum“, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl.

Zugleich verwies er auf eine Studie von IHS-Chef Christian Keuschnigg, der jahrelang in der Schweiz gelebt hat und höchstes Ansehen genießt. Demnach hätten neue oder höhere vermögensbezogene Steuern gravierende Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und die Standortattraktivität Österreichs. „Die Ergebnisse der IHS-Studie sind glasklar: Gäbe es die geforderten Vermögensteuern schon heute, könnte Österreich in diesem Jahr nicht mit einem zumindest bescheidenen BIP-Plus rechnen, sondern wäre bereits in der Rezession. 16.000 Arbeitsplätze wären betroffen, die allein heuer verloren gehen würden“, warnt Leitl.

Zudem ist Österreich schon jetzt Meister in Sachen Umverteilung: 10 Prozent der Reichsten zahlen 58 Prozent des Einkommensteueraufkommens, 40 Prozent der Ärmsten zahlen keine Steuer. Eine Untersuchung der KMU Forschung Austria zeigt zudem, daß von Vermögensteuern nicht etwa ‚eine Handvoll Reicher‘, sondern mehr als 10.000 KMU betroffen wären.

Leitl abschließend: „Österreichs Besserverdiener stehen zu ihrer Verantwortung. Mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer würde die breite Masse zur Kasse gebeten. Und eine Vermögensteuer hätten letztlich

aber vor allem die Betriebe zu tragen. Wer mehr Arbeit will, darf nicht andauernd Maßnahmen das Wort reden, die genau das Gegenteil bewirken. Jetzt müssen die Weichen in Richtung Entlastung gestellt werden.“

Katzian: Keine nachvollziehbaren Argumente gegen eine Millionärssteuer

„Für uns war schon vor Bekanntwerden dieser Studie klar, daß kein Weg an einer Vermögensbesteuerung vorbeiführt. Auch die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher ist von der Notwendigkeit einer Millionärssteuer überzeugt. Vielleicht führen die neuen, aktuellen Zahlen auch bei den Gegnern endlich zu einem Umlenken und dazu, daß sie nicht mit Halbwahrheiten argumentieren“, kommentiert Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG): „Wenn zehn Prozent der Menschen in unserem Land zwei Drittel des Privatvermögens gehören und das reichste eine Prozent dieser Menschen 469 Milliarden Euro besitzt, während die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher miteinander nur 2,2 Prozent des Vermögens ihr eigen nennen, dann gibt es keine nachvollziehbare, vernünftige Argumentation gegen eine Vermögensbesteuerung.“

Daß diese wissenschaftliche Berechnungen ein anderes Bild als Befragungen der Betroffenen bringen, verwunderte ihn nicht, so Katzian weiter. Die Autoren der Studie geben ja selbst als Grund dafür an, daß viele reiche Menschen entweder nicht mit offenen Karten spielen oder bei der Befragung nicht mitmachen. „Wenn Vermögen unterschätzt werden, gilt dasselbe auch für die möglichen Einnahmen aus einer Vermögenssteuer“, erklärt Katzian.

„Die Finanzministerin stimmt mit uns überein, daß Arbeit entlastet werden muß. Zusätzlich möchte sie Familien entlasten, mittelständische Unternehmen und Firmengründer fördern. Am wichtigsten scheint es ihr jedoch zu sein, Millionäre und Milliardäre vor neuen Steuern zu bewahren. Man braucht nur die Grundrechnungsarten beherrschen, um zu bemerken, daß sich das nicht ausgehen wird“, sagt Katzian. „In ihrem eigenen Interesse kann ich der ÖVP nur raten, endlich ehrlich zu sein. Eine Steuer auf große Vermögen trifft weder den Mittelstand noch die Unternehmen. Sie trifft eine Handvoll Millionäre und Milliardäre. Würden diese nur einen fairen Beitrag leisten, wären auch die Investitions- und Entlastungspläne der Finanzministerin wesentlich glaubwürdiger.“ ■

216 Mio. Euro für Hochwasserschutz in NÖ

Präsentation der Maßnahmen zum Hochwasserschutz in Niederösterreich – gemeinsames Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann, Landeshauptmann Erwin Pröll, Bundesministerin Doris Bures und Landesrat Stephan Pernkopf

Der Hochwasserschutz entlang der Donau in Niederösterreich soll um vier Jahre früher als geplant – das heißt 2019 statt 2023 – fertiggestellt werden. Insgesamt werden 216 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. 50 Prozent der Kosten trägt der Bund, 30 Prozent das Land, 20 Prozent die Gemeinden. Das haben Bundeskanzler Werner Faymann, Landeshauptmann Erwin Pröll, Bundesministerin Doris Bures und Landesrat Stephan Pernkopf am 12. August in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Landhaus in St. Pölten bekannt gegeben.

Das Hochwasser 2013 habe rund 100 Millionen Euro an Schäden verursacht, im Jahr 2002 seien es rund 240 Millionen Euro an Schäden gewesen, berichtete Landeshauptmann Pröll. Seit dem Jahr 2002 habe man eine Reihe von Baumaßnahmen getätigt, die größere Schäden verhindert hätten. So habe man etwa in Ybbs im Jahr 2002 einen Schaden von 39 Millionen Euro hinnehmen müssen, heuer habe es keine Schäden gegeben, so Pröll: „In den Hochwasserschutz in Ybbs haben wir 24 Millionen Euro investiert, und diese Investitionen haben sich gelohnt.“

Faymann: Werden gegebene Versprechen auch halten

„Es ist wichtig, daß sich die Politik nicht nur am Höhepunkt einer Katastrophe um die Menschen kümmert, sondern daß wir jetzt die richtigen Maßnahmen für einen besseren Hochwasserschutz setzen“, so Bundeskanzler Werner Faymann im Pressegespräch. „Wir werden das, was wir zuletzt versprochen haben, auch umsetzen.“

„Der Bund stellt in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich und den Gemeinden im Rahmen des Konjunkturpakets bereits früher als geplant Mittel zum Ausbau des Hochwasserschutzes entlang der Donau zur Verfügung, wodurch die baulichen Maßnahmen nicht erst im Jahr 2023, sondern bereits 2019 abgeschlossen sein werden“, so der Bundeskanzler. Neben dem Schutzeffekt komme es dadurch auch noch zusätzlich zu einer Ankurbelung der Wirtschaft.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Infrastrukturministerin Doris Bures, Bundeskanzler Werner Faymann und Landeshauptmann Erwin Pröll auf dem Weg zur Pressekonferenz in St. Pölten

„Dieses gemeinsame Vorgehen der verschiedenen Gebietskörperschaften ist ein gutes Beispiel für eine sinnvolle Arbeit während der Wahlkampfzeit. Die beschlossenen Maßnahmen rund um den Hochwasserschutz in Niederösterreich stellen einen Beleg für die Verlässlichkeit der Politik dar“, so der Bundeskanzler, der auf die „enge und gute Zusammenarbeit“ zwischen Niederösterreich und dem Bund verwies. „Jeder zweite Österreicher wohnt im Bereich des Donauraumes. Daher ist es besonders wichtig, daß man nach dem Rückgang eines derartigen Hochwassers die richtigen Maßnahmen setzt, um sich so vorzubereiten, daß beim nächsten Mal ein noch besserer Schutz existiert.“ Darum wolle man gerade jetzt die „richtigen Schritte setzen“.

Das Konjunkturpaket des Bundes beinhalte eine Reihe von wichtigen Baumaßnahmen, zu denen auch das Vorziehen von Maßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes liege, so Faymann: „Um diese Maßnahmen vorzuziehen, benötigt es zusätzliche Mittel, und diese haben wir vorgesehen.“

Pröll: Fertigstellung um vier Jahre früher als geplant

Nun habe man zwischen dem Bund und dem Land vereinbart, alle Kräfte für einen schnelleren Ausbau des Hochwasserschutzes zu mobilisieren, meinte Pröll: „Wir werden die Ausbaumaßnahmen nicht wie ursprünglich geplant bis 2023 umsetzen, sondern bis 2019.“ Darüber hinaus sei vereinbart worden, für Sanierungsmaßnahmen bei bestehenden Hochwasserschutzanlagen entlang der Donau 12 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, für die Generalsanierung des Marchfeldschutzdammes werden 80 Millionen Euro bereitgestellt. Mit all diesen Maßnahmen werde nicht nur der Hochwasserschutz rascher vorangetrieben, sondern diese Maßnahmen hätten durch die Aufträge für die Wirtschaft auch konjunkturelle Auswirkungen, so Pröll, der sich auch für die Spendenbereitschaft bedankte. Rund 1,8 Millionen Euro seien (bis zum 12. August) eingegangen: „Mein Dank gilt auch unseren Partnern Raiffeisen Niederösterreich, Bundesland Vorarlberg und Hypobank Niederösterreich.“

Innenpolitik

Foto: <http://www.flickr.com/photos/fuerfingler/> Creative Commons Attribution 2.0 Generic license



Hochwasser Juni 2013: Aschach an der Donau ist zu einem großen Teil überflutet.

Bures: Wettlauf mit der Zeit

Infrastrukturministerin Doris Bures erklärte, „beim Hochwasserschutz befinden wir uns in einem Wettlauf mit der Zeit. Wir müssen jetzt alles tun, um diesen Wettlauf zu gewinnen.“ Letztlich sei es weit sinnvoller, jetzt rasch in den Schutz der Bevölkerung in den gefährdeten Gebieten zu investieren als im Falle eines erneuten Hochwassers ein Vielfaches der Mittel in die Reparatur der Schäden, so Bures. Konkret betrifft die Vorziehung zehn Projekte entlang der Donau. Insgesamt werden in diese Projekte 216 Millionen Euro investiert. 50 Prozent der Kosten trägt das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), den Rest übernehmen das Land NÖ und die Gemeinden. Die geplanten Projekte bestehen – je nach lokaler Gegebenheit – aus mobilen und fixen Wänden, Pumpsystemen und Dämmen. Für die Vorziehung werden 46 Millionen Euro (von insgesamt 216 Millionen) früher als geplant ausgeschüttet – ein Großteil davon im Rahmen des Konjunkturpaketes.

Investitionen rechnen sich

Zehn Hochwasserschutzprojekte sind in Niederösterreich entlang der Donau bereits fertiggestellt und haben ihre Bewährungsprobe beim Jahrhunderthochwasser im Juni bestanden. Diese Investitionen haben sich gelohnt, das hat sich, wie erwähnt, am Beispiel Ybbs gezeigt: Durch die rechtzeitige

Fertigstellung dieses Projekts im Jahr 2011 konnte ein Schaden wie im Jahr 2002 in der Höhe von rund 39 Millionen Euro verhindert werden. Der Hochwasserschutz hat mit rund 24 Millionen Euro nur rund die Hälfte des Schadens eines einzigen großen Hochwassers gekostet.

Überblick über die wichtigsten Projekte entlang der Donau in NÖ

Bereits fertig gestellt

Ybbs, Mautern, Emmersdorf Luberegg (nur Schloss), Spitz, Weissenkirchen, Rossatz (teilweise), Tullnerfeld Nord, Klosterneuburg und Fischamend

In Bau/Planung/Vorbereitung (Beginn)

Marbach, Korneuburg, St. Pantaleon, Emmersdorf, Aggsbach Markt, Aggsbach Dorf, Bad Deutsch Altenburg, Rossatz, Ybbs Sarling, Ybbs Kemmelsbach/Neumarkt, Dürnstein, Persenbeug - Gottsdorf/Hagsdorf, Melk und Krems Stein.

Beschleunigter Ausbau schafft zusätzliche Arbeitsplätze

216 Mio. Euro werden bis 2019 in den Hochwasserschutz in Niederösterreich investiert. Das schützt nicht nur zehntausende Menschen in jenen Gemeinden, die heute noch nicht über einen wirksamen Schutz verfügen, sondern schafft auch rund 700 zusätzliche Arbeitsplätze.

Zusätzlich wird die „Hochwassermilliarde“ der Regierung (1 Milliarde Euro wird über einen Zeitraum von fünf Jahren in den Hochwasserschutz abseits der Donau investiert) mit 3400 Arbeitsplätzen beschäftigungswirksam und wird so zu einer Belebung in der Baubranche beitragen.

Bures: „Wer schnell hilft, hilft doppelt. Das gilt hier wortwörtlich. Denn wir schützen die Bevölkerung durch den beschleunigten Ausbau in sehr vielen Gemeinden vor einem schweren Hochwasser. Und das wird auch zu einer spürbaren Belebung in der Baubranche führen und tausende zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.“

92 Millionen für die Sanierung von Hochwasserschutz

Insgesamt 92 Millionen werden in Niederösterreich in die Sanierung der bestehenden Dämme, die beim letzten Hochwasser stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, investiert. Diese Sanierungsarbeiten sollen bis spätestens 2020 abgeschlossen sein. Wichtigstes Projekt ist dabei die Erneuerung des Marchfeld-Dammes entlang der Donau um insgesamt 80 Millionen Euro.

Zusätzlich wird in Niederösterreich noch heuer mit der Reparatur der akuten Schäden an der bestehenden Hochwasserschutzinfrastruktur begonnen. Das BMVIT stellt dafür dieses Jahr 5 Millionen Euro zur Verfügung. Bereits nächstes Jahr sollen die Reparaturmaßnahmen abgeschlossen sein.

Hochwasserschutz des BMVIT

Das BMVIT ist für den Hochwasserschutz entlang der Donau und der March verantwortlich. In den Jahren 2007 bis 2013 wurden bereits 275 Millionen Euro in den Hochwasserschutz entlang der Donau (BMVIT 50 Prozent) und 125 Millionen entlang der March investiert (BMVIT 100 Prozent).

Die 68 Kilometer lange Hochwasserschutzanlage an der niederösterreichischen March – der March-Damm – wurde bereits im Februar eröffnet und brachte den Gemeinden entlang der March große Erleichterung. Denn im Jahr 2006 führte ein Hochwasser der March zu einem Dambruch und verheerenden Schäden im Ausmaß von 70 Millionen Euro.

Niederösterreich setze auch stark auf den ökologischen Hochwasserschutz, berichtete Landesrat Christoph Pernkopf abschließend über umfangreiche Investitionen etwa in Rückhaltebecken bei den Zubringerflüssen, die Mittel dafür sollen von 34 auf 58 Millionen Euro erhöht werden. ■

250 Mio. Euro für Hochwasserschutz in OÖ

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Land Oberösterreich und die Gemeinden treiben den Hochwasserschutz entlang der Donau weiter voran.

Künftig soll auch das Eferdinger Becken wirksam vor Hochwasser geschützt werden. Infrastrukturministerin Doris Bures, Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer und Landesrat Rudi Anschöber sowie Landesrat Reinhold Entholzer präsentierten am 14. August einen Zwei-Stufenplan für Planungssicherheit und raschen Schutz der Bevölkerung.

Das Eferdinger Becken gilt als der letzte „weiße Fleck“ beim Hochwasserschutz entlang der Donau. Alle anderen Bereiche von Passau bis Wien haben entweder schon Hochwasserschutz oder entsprechende Projekte sind für 2013 bis 2019 geplant und ausfinanziert. In Folge des dramatischen Hochwassers im Juni dieses Jahres haben Bund und Land einen umfassenden Hochwasserschutz auch für die Region des Eferdinger Beckens (nördlich und südlich der Donau) beschlossen. Die Kosten von 250 Millionen Euro werden zu 50 Prozent vom BMVIT getragen. Den Rest übernehmen das Land Oberösterreich und die Gemeinden.

„Kaum zwei Monate sind seit dem verheerenden Hochwasser vergangen und wir alle können uns noch gut an die schrecklichen Bilder erinnern. Vor allem die dramatischen Szenen von Evakuierungen mit Booten und Hubschraubern haben gezeigt, wie lebensbedrohlich die Auswirkungen solcher Umweltereignisse auch in Österreich sein können. Der rasche Schutz der Menschen im Eferdinger Becken ist daher ein Gebot der Stunde, denn beim Hochwasserschutz befinden wir uns in einem Wettlauf mit der Zeit“, so Infrastrukturministerin Doris Bures.

„Die Flutkatastrophe Anfang Juni 2013 hat die Bewohnerinnen und Bewohner des Eferdinger Beckens besonders schwer getroffen. Um in Zukunft den Menschen persönliches und finanzielles Leid zu ersparen, hat das Land OÖ in Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Bundes die Arbeiten aufgenommen. Die zuständigen Abteilungen auf Bundes- und Landesebene sind nun gefordert, entsprechende Schutzmaßnahmen zu erarbeiten. Durch die Zusicherung von finanziellen Mitteln durch die Bundesministerinnen Fekter und Bures können diese



Foto: Land OÖ /Kraml

LH Josef Pühringer (v.) und Bundesministerin Doris Bures bei der Unterzeichnung der § 15a-Vereinbarung mit LH-Stellvertreter Josef Ackerl, LR Rudi Anschöber und LH-Stellvertreter Franz Hiesl (dahinter, v.l.)

baulichen Maßnahmen nun rasch angegangen werden“, so der Landeshauptmann

Hochwasserschutz für den gesamten Siedlungsraum

Konkret geht es um die Gemeinden Walding, Goldwörth, Feldkirchen an der Donau, Ottensheim, Eferding, Alkoven, Puppung, Wilhering, Aschach, Hartkirchen und Fraham. Der Hochwasserschutz soll dort in zwei Schritten umgesetzt werden:

- In einem ersten Schritt werden Absiedlungsbereiche im Eferdinger Becken festgelegt. Um menschliches Leid zu lindern, einen wasserwirtschaftlich und ökologisch überaus bedeutenden Retentionsraum zu sichern und wirtschaftlichen Schaden zu vermeiden, soll den in diesen Zonen lebenden Menschen Angebote zur Absiedelung unterbreitet werden. Die Annahme dieser Angebote ist freiwillig. Die Gebiete werden so definiert, daß innerhalb dieser Bereiche keine aktiven Hochwasserschutzmaßnahmen mehr ergriffen werden müssen. Die ersten Absiedelungen sollen bereits ab 2014 erfolgen. Dadurch ist die Planungssicherheit für die ansässige Bevölkerung garantiert und

Betroffene können entscheiden, ob weitere Investitionen in den Wiederaufbau der privaten Infrastruktur sinnvoll sind.

- In einem zweiten Schritt soll für den gesamten Siedlungsraum im Eferdinger Becken (nördlich und südlich der Donau) ein Hochwasserschutzkonzept entwickelt und umgesetzt werden.

„Dort, wo es möglich ist, geben wir dem Wasser Raum. Dort wo es nötig ist, werden wir Schutzwände bauen. Rund 30.000 Menschen können dadurch zukünftig vor Hochwasser geschützt werden“, so die Infrastrukturministerin.

Landeshauptmann Josef Pühringer wird in seiner Eigenschaft als Finanzreferent des Landes bereits im September dem Oö. Landtag ein Nachtragsbudget zum Thema Hochwasser vorlegen. Dieses soll einerseits die notwendigen Mittel für den Katastrophenfonds und andererseits auch für alle anderen Förder- und Unterstützungsaktivitäten enthalten, die im Rahmen des Hochwassers vom Land Oberösterreich finanziert oder mitfinanziert werden und darüber hinaus auch die notwendigen Mittel, die für den Schutzwasserbau erforderlich sein werden.

Innenpolitik

Der Landeshauptmann hat daher die einzelnen Regierungsmitglieder aufgefordert, im Rahmen ihrer Regierungszuständigkeit bis Ende August die diesbezüglichen Anträge an ihn als Finanzreferent einzubringen.

Dieses Sonderbudget soll jene Mittel enthalten, die bis zum Jahr 2015 im Zusammenhang mit dem Hochwasser erforderlich sind.

Pühringer: „Es soll in einem gemeinsamen Budget jetzt für die Jahre 2013 bis 2015 dargelegt werden, was das Land gesondert für die Beseitigung des Hochwassers und seiner Schäden sowie für den Hochwasserschutz ausgeben wird. Ich lege großen Wert darauf, daß dies budgetär gesondert dargestellt wird und nicht mit den laufenden Budgets, die in einer Mittelfristplanung bis 2016 fixiert sind, vermischt wird.“

Die Vorlage eines Nachtragsbudgets an den Landtag bereits im September 2013 garantiert ein Dreifaches:

- Die Gelder werden nicht nur für die Privaten, sondern auch für die Gemeinden und für sonstige Einrichtungen zur Wiedererrichtung der Infrastruktur nach dem Hochwasser rasch zur Verfügung gestellt. Der Katastrophenfonds hat somit regulär seine Mittel, die derzeit provisorisch zur Verfügung gestellt sind.
- Klare Trennung zwischen der normalen Budgetierung und den hochwasserrelevanten Mitteln. Damit kann auch klar dokumentiert werden, daß die Budgetpläne eingehalten werden.
- Die mittelfristige Finanzplanung, die natürlich die hochwasserrelevanten Ausgaben nicht enthalten konnte, wird entsprechend adaptiert und mit dem Budget 2014 zugleich dem Oö. Landtag vorgelegt.

„Es geht mir vor allem um eine rasche Hilfe für alle Betroffenen und um eine korrekte Trennung zwischen hochwasserrelevanten Mitteln und dem normalen Budgetvolumen“, so Pühringer. „Natürlich wird es auch gerade im Hinblick auf die Absiedlungsprojekte nach 2015 noch Gelder für die Beseitigung der Schäden des Hochwassers geben müssen.“ Diese sollen, so der Landeshauptmann, dann in einem Hochwasserbudget II 2016 bis 2020 dargestellt werden. „Diesbezüglich wäre es heute wesentlich verfrüht, budgetär vorzusorgen. Auch wenn das Hochwasserbudget im September 2013 beschlossen wird, sollen natürlich die Mittel nur sukzessive in den Jahren zwischen 2013 und 2015 tatsächlich abgerufen werden“, so Pühringer abschließend.

LR Rudi Anschober sagte, nach dem Ministerratsbeschluß sei eine wichtige erste

Etappe für das Hochwasserrisikomanagement für das Eferdinger Becken geschafft.

Es braucht mehr als ein klassisches Schutzprojekt

Es muß daher in den nächsten Monaten:

- eine Optimierung der Wehrbetriebsordnung der Donaukraftwerke durch das Lebensministerium durchgesetzt werden;
- die Abstimmung der Kraftwerke aufeinander im Krisenfall verbessert werden (inkl. Prüfung des Stauablassens am Beginn des Hochwassers);
- ein effizientes Geschiebemanagement an den Donaukraftwerken durch das Lebensministerium vorgeschrieben werden;
- eine Optimierung der regionalen und lokalen Alarmpläne erfolgen und
- ein Frühwarnsystem geschaffen werden.

Das klassische Schutzprojekt für das Eferdinger Becken kann nach dem erfolgten Ministerratsbeschluß begonnen werden. Voraussetzung für eine Genehmigung und Förderung des Schutzprojektes ist – wie etwa auch schon beim Hochwasserschutz für das Machland –, daß es zu keiner Verschlechterung für flußab- und flußaufwärts des Eferdinger Beckens lebende AnrainerInnen kommen darf – die Hochwasserspiegellagen dürfen nicht erhöht werden. Dies wird für das Eferdinger Becken schwierig werden, sollte aber möglich sein, wenn wie im Machland gehandelt wird.

Das Schutzprojekt muß daher besonderes Augenmerk auf das Bewahren und Schaffen des Retentionsraumes legen – durch freiwillige Absiedelungen, durch Renaturierungen und indem die Dämme möglichst tief ins Hinterland gerückt werden. All dies ist im Machland gut gelungen, unter anderem durch die freiwillige Absiedelung von 256 Objekten.

Das Schutzprojekt wird daher in einem ersten Schritt durch vorgezogene freiwillige Absiedelungen gestartet, weil viele Betroffene jetzt eine Entscheidung brauchen, ob sie vollständig sanieren oder eine freiwillige Absiedelung für sie denkbar ist. Dafür werden in den kommenden Wochen auf Basis fachlicher Kriterien „Absiedelungszonen“ festgelegt, in denen eine Absiedelung mit Sicherheit Sinn macht. Diese sollen bis Oktober vorliegen, bis dorthin sollen Konditionen und Kriterien zwischen Bund und Land festgelegt werden und anschließend können erste Absiedelungsangebote und Schätzungen verwirklicht werden.

Unter umfassender BürgerInnenbeteiligung wird parallel dazu in den kommenden

beiden Jahren das Schutzprojekt in drei Modulen erarbeitet. Modul 1 stellen die drei Gemeinden dar, die historisch direkt an der Donau gewachsen sind (Ottensheim, Wilhering, Aschach), Modul 2 wird der Schutz für das nördliche Eferdinger Becken, Modul 3 für das südliche Eferdinger Becken sein. Erst dann wird endgültig feststehen, ob das Ziel einer Genehmigungsfähigkeit des Projektes erreicht werden konnte. Dieses Ziel wird bei diesem Projekt nicht einfach zu erreichen sein.

Politisch begleitet wird das Projekt durch einen Beirat, der Anfang September konstituiert werden wird. Dieser soll sich auf VertreterInnen der vier im Landtag vertretenen Regierungsparteien, je einem Bürgermeister oder einer Bürgermeisterin aus den drei oben angeführten Modulen sowie den drei Bezirkshauptleuten und einem Vertreter oder einer Vertreterin des Infrastrukturministeriums zusammensetzen.

LR Anschober abschließend: „Insgesamt werden wir für die Beschleunigung des Hochwasserschutzprogrammes für Oberösterreich bis 2030 rund eine Milliarde Euro benötigen, davon für den Schutz an der Donau rund 285 Millionen Euro. 15a-Vereinbarungen bestehen bereits zum Schutz des Machlandes, für die St. Georgener Bucht (Baubeginn 2015) sowie für den Schutz von Enns-Enghagen (Absiedelungsprogramm ab kommendem Jahr). Auch im Bereich des Lebensministeriums strebt Oberösterreich einen derartigen Staatsvertrag für ein Sicherstellen der Hochwasserschutzbudgets für die kommenden zehn Jahre an. Das Infrastrukturministerium macht vor, daß dies kurzfristig möglich ist. Wir hoffen nun sehr, daß dies auch im Bereich des Lebensministeriums rasch möglich wird.“

Hochwasserschutzprojekte rechnen sich

Seit 2007 wurden in Oberösterreich entlang der Donau bereits zwei große Hochwasserschutzprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 195 Millionen Euro umgesetzt (Linz und Machland Nord). Diese beiden Schutzbauten haben im Juni 2013 ihre Bewährungsprobe mit Bravour bestanden. Daß sich diese Investitionen lohnen, hat sich am Beispiel Machland Nord gezeigt: Durch die rechtzeitige Fertigstellung dieses Projektes an der Donau im Jahr 2012 konnte ein Schaden wie im Jahr 2002 in der Höhe von rund 500 Millionen Euro verhindert werden. Zum Vergleich: Der Hochwasserschutz hat mit rund 182,6 Millionen Euro nur rund ein Drittel des Schadens eines einzigen grossen Hochwassers gekostet. ■

Innenpolitik

Aufarbeitung der Tiroler Volkskultur während der NS-Zeit

Der Historiker Michael Wedekind, der vom Land Tirol beauftragt wurde, ein Gutachten zum Stand der Forschung der Tiroler Volkskultur in der Zeit des Nationalsozialismus zu erstellen, hat nunmehr den ersten Teil seines Gutachtens vorgelegt. Anlaß dafür war eine kontroverse Diskussion rund um eine CD mit Werken des Tiroler Komponisten Josef Eduard Ploner, herausgegeben vom Institut für Tiroler Musikforschung. Dem vom Land geförderten Institut wurde in Fachkreisen vorgeworfen, sich nicht ausreichend mit der Haltung und Rolle Ploners in der NS-Zeit auseinandergesetzt zu haben.

Die für die Kulturförderung des Landes relevante Frage nach den wissenschaftlichen Standards zur Musikforschung in der NS-Zeit wurde im nunmehr vorliegenden Teilgutachten beantwortet. Wesentlich sei es, Künstler und deren Werk im ideen- und kulturgeschichtlichen Kontext zu verorten sowie die

Intentionen und politisch-ideologischen Verpflichtungen des künstlerischen Werks darzustellen. Der in diesem Zusammenhang auf der Homepage des Instituts dargestellte umfangreiche Quellenfundus sei in dieser Hinsicht nicht ausreichend. Zur Aufarbeitung der auf den Ploner-Kreis bezogenen Musikgeschichte wird die Durchführung einer interdisziplinären Tagung, die Abfassung von Monographien und die laufende Dissemination der Forschungsergebnisse empfohlen.

„Die dargestellten wissenschaftlichen Standards sind auch eine Orientierung für die Kunstförderung und werden als Maßstab für die zukünftige Förderung von Vorhaben und Projekten zur Musikforschung in der NS-Zeit heranzuziehen sein“, erklärt Kulturlandesrätin Beate Palfrader. Über die Durchführung konkreter Maßnahmen zur historischen Aufarbeitung der Tiroler Volkskultur in der NS-Zeit wird nach Vorliegen des gesamten Gutachtens zu entscheiden sein. ■

Energie: Einsparpotential beim Anbieterwechsel liegt bei 407 Euro pro Jahr

Das Wirtschaftsministerium veröffentlicht monatlich den Energiepreis-Monitor auf Basis von Berechnungen und Erhebungen der E-Control. „Ein Anbieterwechsel spart bares Geld und bringt gleichzeitig am Energiemarkt mehr Wettbewerb. Damit wird das Leben leistbarer“, sagt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner mit Blick auf die aktuellen Ergebnisse für den August. Mit 7. August trat der elektronische Anbieterwechsel in Kraft, bei dem die Kunden keine Dokumente und Kopien mehr an ihren neuen Versorger schicken müssen, sondern alles elektronisch erledigen können. Zudem kann ab sofort nicht nur zum Monatsende, sondern jederzeit unter Einhaltung einer zweiwöchigen Frist gekündigt werden.

Einsparpotential bei Strom

Österreichs Haushalte geben durchschnittlich zwischen 618 Euro pro Jahr im Netzgebiet Tirol und 758 Euro pro Jahr im Netzgebiet Oberösterreich für Strom aus. Das Einsparpotential bei einem Wechsel vom regionalen Standardanbieter zum günstigsten Anbieter beträgt je nach Region zwischen 37 Euro pro Jahr in Tirol und Vorarlberg sowie 147 Euro pro Jahr in Oberösterreich inklusive Netzgebiet Linz. Die Zahlen wurden be-

rechnet auf Basis eines durchschnittlichen Haushaltes, der jährlich 3500 Kilowattstunden (kWh) Strom beim regionalen Standardanbieter bezieht.

Einsparpotential bei Gas

Für Erdgas geben die Haushalte durchschnittlich zwischen 955 Euro pro Jahr in Vorarlberg und 1192 Euro pro Jahr im Netzgebiet Klagenfurt aus. Das Einsparpotential bei einem Wechsel vom Standardanbieter zum günstigsten Anbieter beträgt je nach Region zwischen 124 Euro in Tirol und 262 Euro pro Jahr in Salzburg. Berechnet wurden diese Zahlen auf Basis eines Haushaltes, der 15.000 kWh beim regionalen Standardanbieter bezieht.

Das Sparpotential beim Wechsel vom regionalen Standardanbieter zum günstigsten Anbieter von Strom und Gas liegt je nach Region zwischen 161 Euro in Tirol sowie 407 Euro pro Jahr in Linz. Für individuelle Berechnungen steht der Tarifkalkulator der E-Control zur Verfügung. Der zeitliche Verlauf der Energiepreise und Detailinformationen dazu sind auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums unter Strompreismonitor bzw. Gaspreismonitor zu finden. ■

<http://www.bmwffj.gv.at>

NÖ: Zwischenbilanz der Regionalförderung

Seit Jahresbeginn 2013 wurden 90 Projekte unter anderem im Technologiebereich und Tourismusbereich im ganzen Bundesland beschlossen. Damit können etwa 200 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden“, freut sich Wirtschafts- und Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav über eine erfolgreiche Zwischenbilanz für die Regionalförderung in Niederösterreich. „Das Investitionsvolumen dieser Projekte beträgt rund 73,2 Millionen Euro“, führt die Landesrätin weiter aus.

Einen Schwerpunkt bildete beispielsweise die Attraktivierung und Optimierung von Radrouten in Niederösterreich, wie die Hauptradrouten im Weinviertel, der südliche Donauradweg, der Traisentalradweg oder die Verbesserung von radtouristischen Angeboten in den Wiener Alpen. Im Bereich der Entwicklung von Betriebsgebieten wurden mittels Regionalförderung die Gemeinden Drasenhofen (Bezirk Mistelbach) und Bad Fischau-Brunn (Bezirk Wiener Neustadt) unterstützt. Dazu kommen noch Projekte wie das Tourismusportal Laubenbachmühle (Bezirk St. Pölten), die Errichtung des Gesundheitszentrums Bad Erlach und die Errichtung von Themenwegen beispielsweise in der Gemeinde Langenlois (Bezirk Krems). Auch die Unterstützung von touristischen Leit-systemen in Lackenhof und Göstling sind für die Qualität des heimischen Tourismus eine wichtige Voraussetzung.

Gleichzeitig wird mit Hilfe der Regionalförderung der Ausbau des Technologielandes Niederösterreich vorangetrieben. Auch der erst vor kurzem eröffnete zweite Bauteil des Technologiezentrums Wieselburg-Land, das als das Herzstück des vierten Technopolstandorts in Niederösterreich bezeichnet werden kann, wurde aus Regionalfördermitteln unterstützt.

„Mit diesem Portfolio ist die Regionalförderung für die Gemeinden, Regionen, Projektträger und die Bürger der starke Partner in Niederösterreich. Aus unserer langjährigen Erfahrung wissen wir, daß ein einziger Fördereuro etwa das Zweieinhalbfache an Investitionen auslöst“, meint die Landesrätin. ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki ergänzt: „Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht dabei immer die Maxime, die Stärken der Regionen bestmöglich zu nutzen, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und aktive Projektträger zu unterstützen.“ ■

<http://ecoplus.at>

Bildungsland Nummer 1 weiter auf Erfolgskurs

Niessl: Wollen die beste Bildung für eine erfolgreiche Zukunft

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres standen aktuelle bildungspolitische Themen für das Schuljahr 2013/2014 im Mittelpunkt einer Pressekonferenz von Landeshauptmann Hans Niessl und Gerhard Resch, Amtsführender Präsident des Landesschulrates für das Burgenland. „Wir sind in vielen Bereichen das Bildungsland Nummer 1. Diese Position wollen wir nicht nur festigen, sondern auch weiter ausbauen. Wir wollen die beste Bildung für eine erfolgreiche Zukunft. Das ist kein Lippenbekenntnis, denn auf Grundlage des Regierungsübereinkommens ist die Bildung zu jenen wenigen Bereichen zu zählen, in denen die Gelder nicht gekürzt werden. Wir sparen nämlich dort, wo es möglich ist und investieren dort, wo wir es für wichtig und notwendig erachten“, betont der Landeshauptmann. Das Burgenland hat mit 46 % die höchste Maturantenquote aller Bundesländer, ist die Nummer Eins bei ganztägigen Schulformen – 49 % der Schülerinnen und Schüler können auf dieses Angebot zurückgreifen – und übernimmt bei der Neuen Mittelschule eine Vorreiterposition. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird auch die letzte verbliebene burgenländische Hauptschule, Jennersdorf, als Neue Mittelschule geführt, damit ist das Angebot flächendeckend. In der Diskussion um ein neues Lehrerdienstrecht stellt Niessl klar: „Das ist absolut notwendig. Moderne Bildung ist nur mit einem modernen Dienstrecht möglich. Ich bin davon überzeugt, daß viele junge Pädagoginnen und Pädagogen sofort in ein neues Dienstrecht wechseln würden. Es muß so schnell wie möglich beschlossen werden.“

Die Zahl der Taferlklassler ist im Burgenland minimal von 2511 auf 2496 SchülerInnen zurückgegangen. „Die durchschnittliche Schülerzahl liegt bei 16,4 %. Das ist gut so, weil sich die Pädagoginnen und Pädagogen jedem Kind mehr widmen können“, betont Niessl. Insgesamt sinkt die Zahl der Volksschüler um 79, von 10.357 auf 10.278.

Auch die Schätzungen für die Neuen Mittelschulen (minus 263) sind auf Grund der demografischen Entwicklung im Burgenland leicht rückläufig. Bei der AHS-Unterstufe zeichnet sich ein Zuwachs von 87 Schü-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Niessl informiert mit Gerhard Resch, Amtsführender Präsident des Landesschulrates für Burgenland, über Neuerungen im kommenden Schuljahr

lerInnen ab, die Zahl aller AHS-Schüler soll um 159 steigen. Für die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen kommt es im kommenden Schuljahr nach derzeitigen Schätzungen zu einem Gesamtrückgang von 40 SchülerInnen im Burgenland (von 7.994 im Schuljahr 2012/2013 auf 7.954 im Schuljahr 2013/2014).

Rechnet man alle Schultypen zusammen, sinkt die Zahl der SchülerInnen im Burgenland im Vergleich zum letzten Schuljahr um 327 (von 32.377 auf 32.050).

Im Spitzenfeld bei der Tagesbetreuung

Bei der Tagesbetreuung liegt das Burgenland im Spitzenfeld. Die Betreuungsquote bei AHS und APS liegt bei 49 %, das ist Platz 3 im Österreichranking, hinter Wien (50,7 %) und Vorarlberg (49,8 %). „Der Österreichschnitt liegt bei 36,52 %. Das Burgenland ist sehr gut aufgestellt. Ich bin aber davon überzeugt, daß wir hier noch besser werden. Das hängt aber auch von der Nachfrage ab“, so Niessl.

Sportoffensive an den Schulen

„Wir wollen zusätzlich zu den Turnstunden noch mehr Sport in die Schulen bringen. Das passiert bereits jetzt mit unserem Bewegungsprogramm „URFIT“,“ sagt Niessl an.

Diese Bemühungen will man nun verstärkt anknüpfen. Ein Konzept sei bereits in Arbeit. Sportvereine und Experten sollen mit ins Boot geholt werden.

Mehr Berufsorientierung und Bildungsberatung an den Schulen

„In der Neuen Mittelschule wurde für Berufsorientierung und Bildungsberatung bereits ein eigenes Unterrichtsfach im Lehrplan beschlossen, in der AHS ist die Berufsorientierung und Bildungsberatung im Rahmen des Unterrichts noch kein eigenes Unterrichtsfach sondern als Unterrichtsprinzip verankert“, erklärt Gerhard Resch, Amtsführender Präsident des Landesschulrates für das Burgenland. Resch rechnet damit, daß auch das neue Unterrichtsfach bald auf für den AHS-Bereich gilt. „Es soll in die neuen Lehrpläne aufgenommen werden. Beschlossen muß es das Parlament in Wien.“

Hohe Zufriedenheit

80 % der SchülerInnen sind mit der Ausbildung an den heimischen Schulen zufrieden. Zu diesem erfreulichen Ergebnis kommt eine vom Landesschulrat und der Industriellenvereinigung in Auftrag gegebene Studie. 70 % Prozent der SchülerInnen würden wieder die gleiche Schulwahl treffen. ■

Pendler-Offensive

700 günstige Garagenstellplätze für burgenländische Wien-PendlerInnen –
Anmeldung für Garagenplatz zum »Burgenland-Tarif« ab sofort möglich

Eine neue Entlastungsmaßnahme für burgenländische PendlerInnen präsentierte Landeshauptmann Hans Niessl am 22. August gemeinsam mit Klubobmann Christian Illedits, WIPARK-Geschäftsführer Werner Böhm und Hannes Klein, Gesamtverkehrskoordination Land Burgenland, in Parndorf. Das Land Burgenland hat für burgenländische PendlerInnen besonders günstige Konditionen für 700 WIPARK-Garagenstellplätze in Wien und Mödling erwirkt. „An 12 Standorten in Wien können BurgenländerInnen WIPARK-Garagenplätze mit direkter Anbindung zu U- oder Schnellbahn zu besonders günstigen Konditionen mieten. Damit stärken wir PendlerInnen, die von der schwierigen Parkplatzsituation in der Bundeshauptstadt betroffen sind, den Rücken“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Pro Stellplatz gilt der „Burgenland-Tarif“ von 55 Euro pro Monat bzw. 550 Euro pro Jahr. Einen besonderen Anreiz gibt es für Besitzer einer Jahreskarte oder eines Semestertickets der Wiener Linien: Sie bezahlen für den Garagenplatz nur 46,80 Euro pro Monat bzw. 468 Euro pro Jahr. Koordination und Anmeldung erfolgen über die Mobilitätszentrale Burgenland. Die Anmeldung für einen Garagenplatz zum „Burgenland-Tarif“ ist seit 23. August unter <http://www.b-mobil.info/pendler> möglich. Voraussetzung ist ein Hauptwohnsitz im Burgenland. Die Parkplätze können ab 1. September 2013 von den PendlerInnen genutzt werden. Die Regelung ist mit Ende 2014 befristet.

Maßnahmenbündel bereits umgesetzt

Die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler hätten überproportional hohe Belastungen zu tragen; für sie hätte man wichtige Akzente setzen können, erklärte der Landeshauptmann: „Pendlereuro“, die Stützung von Zeitfahrkarten, der Ausbau von Park & Ride-Anlagen, die Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses, die Einführung und Ausweitung des Jugendtickets oder auch verbesserte Bahn- und Busverbindungen haben für Burgenlands Pendler deutliche Verbesserungen gebracht“, so Niessl. Das erst vor kurzem mit Verkehrsministerin Doris Bures und Landeshauptmann Erwin Pröll vorgestellte A4-Verkehrssicherheitspaket, das Investitio-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentieren stolz Parkplatz-Angebot für PendlerInnen: WIPARK-GF Werner Böhm, Landeshauptmann Hans Niessl, Klubobmann Christian Illedits und Hannes Klein, Gesamtverkehrskoordination Land Burgenland (v.l.)

nen von 345 Millionen in den nächsten Jahren vorsieht, sei eine weitere wesentliche Maßnahme im Sinne der Sicherheit der PendlerInnen.

Meilenstein

Die nunmehr mit der Stadt Wien nach intensiven Verhandlungen erzielte Vereinbarung stelle einen weiteren Schritt dar. „Unsere Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt. Diese Vereinbarung ist ein großer Erfolg und reiht sich ein in die vielen Verbesserungen, die wir im letzten Jahr für die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler erreichen konnten. Wir werden aber konsequent an Erleichterungen weiterarbeiten“, so Klubobmann Christian Illedits.

„Für die WIPARK ist dies ein interessantes Geschäftsmodell und eine Möglichkeit, neue Kunden zu gewinnen. Ich würde mich freuen, wenn wir möglichst viele Plätze zu diesen attraktiven Konditionen an burgenländische Pendlerinnen und Pendler vergeben könnten“, so WIPARK-Geschäftsführer Werner Böhm.

Umstieg auf öffentlichen Verkehr forcieren

„Wichtig war uns, daß auch Besitzer von Jahreskarten der Öffentlichen in Wien in den Genuß eines Sondertarifs kommen. Uns geht

es um Nachhaltigkeit, wir wollen damit auch den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr forcieren. Das ist ein Beitrag zum Umweltschutz“, so Niessl abschließend.

Abwicklung und Anmeldung

Die Anmeldung und Abwicklung erfolgt über die Mobilitätszentrale Burgenland – dabei gibt es zwei Möglichkeiten:

- Schnell und direkt erfolgt die Bestellung über ein Onlineformular, welches auf <http://www.b-mobil.info/pendler> verlinkt ist (hier ist ein upload des „Meldezettels“ notwendig). Mitarbeiter der WIPARK treten daraufhin mit den Interessierten wegen des Vertragsabschlusses in Kontakt.
- Die Mobilitätszentrale bietet auf <http://www.b-mobil.info/pendler> ein pdf-Formular zum Ausdruck (bzw. wird dieses auf Wunsch per Post/Fax/mail zugesendet). Dieses wird ausgefüllt und inklusive einer Kopie des Zentralmelderegisters (Meldezettel) an die Mobilitätszentrale Burgenland per Post, Fax oder E-Mail retourniert. Die Mobilitätszentrale bestätigt die Angaben und leitet die Bestellung an die WIPARK Garagen GmbH weiter. Mitarbeiter der WIPARK treten daraufhin mit den Interessenten für den Vertragsabschluß in Kontakt. ■

Landtag blickt zurück auf ein arbeitsreiches Halbjahr 2013

Positive Bilanz über ein arbeitsreiches erstes Halbjahr 2013 zog Landtagspräsident Gerhard Steier in einer Pressekonferenz am 16. August. Steier betonte einmal mehr die Wichtigkeit regionaler demokratischer Einrichtungen: „Einrichtungen wie der Burgenländische Landtag sind aus dem demokratischen Verständnis der Bevölkerung nicht wegzudenken.“ Das würde auch die Zahl der BesucherInnen zeigen: „Wir haben im ersten Halbjahr fast 2000 BesucherInnen aus dem In- und Ausland empfangen und über unsere Arbeit informiert. Wir erleben immer wieder, daß das Interesse der Besucher an den Aufgaben des Burgenländischen sehr groß ist.“ Man sei „ein offenes Haus“, so Steier: „Am Samstag, dem 21. September 2013, findet im Eisenstädter Landhaus der Tag der offenen Tür statt. Natürlich wird auch der Burgenländische Landtag an diesem Tag seine Pforten öffnen.“

Sieben Mal trat der Landtag im ersten Halbjahr 2013 zusammen. „In diesen Sitzungen wurden nicht weniger als 55 Tagesordnungspunkte behandelt. Dabei haben die Mitglieder der Landesregierung in fünf Fragestunden 24 mündliche Anfragen beantwortet“, zieht Steier Bilanz. 14 Gesetzesanträge wurden behandelt, fünf wurden einstimmig und acht mehrheitlich angenommen. Ein Antrag wurde von der Mehrheit der Abgeord-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Zog Bilanz: Burgenlands Landtagspräsident Gerhard Steier

neten abgelehnt. Als wichtiges Beispiel hob Steier das Landesverwaltungsgerichtshofgesetz hervor. Außerdem wurden sechs Beschlüsse gefaßt, 18 selbständige Anträge auf Fassung einer Entschließung abschließend behandelt und vier 15a-Vereinbarungen wurden zur Kenntnis genommen bzw. angenommen. Zur Kenntnis genommen wurden auch fünf Berichte des Burgenländischen Landesrechnungshofes, davon drei einstimmig. Darüber hinaus waren bis zum 16. August 53 Pe-

tionen oder Resolutionen eingelangt. Weiter für Gesprächsstoff sorgen werden der Proporz und die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes, so Steier: „Die Diskussionen darüber laufen zwischen den Parteien ja schon länger, es gibt unterschiedliche Standpunkte dazu. Ich will nichts vorwegnehmen. Nur so viel: Beim Proporz wird es keinen Abtausch geben, Basarmethoden lehne ich ab.“

<http://www.bgld-landtag.at>

43. Inform in Oberwart wartet mit rund 300 Ausstellern auf

Die „Inform“ in Oberwart, Burgenlands größte Familienmesse, die 2013 bereits zum 43. Mal stattfindet, wurde am 28. August von Landeshauptmann Hans Niessl, LH-Stv, Franz Steindl und Bürgermeister Georg Rosner feierlich eröffnet. Neben den Klassikern an Konsumgütern bestimmt eine Reihe von Schwerpunkten die Produktpalette der „Inform 2013“. Rund 300 Aussteller der verschiedensten Branchen präsentieren im Messezentrum ihre Waren und Dienstleistungen. Die Besucher erwartet ein sensationelles Genuß-, Einkaufs- und Unterhaltungserlebnis. Erstmals seit zehn Jahren erstreckt sich die Messe wieder über das komplette Messezentrum. „Die Inform ist eine wichtige Veranstaltung für Oberwart und für die Region. An die 300 Aussteller sind ein starkes Zeichen für ein starkes Burgenland. Die Messe ist eine ausgezeichnete Plattform für die heimische Wirtschaft, auch über die Grenzen des Landes hinaus. Da ist eine großartige Leistung der Unternehmerinnen und Unterneh-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Politprominenz beim Stand von »Friend on the Roads«, einer Aktion des Fachverbandes und -gruppen für das Güterbeförderungsgewerbe der Wirtschaftskammer

mer, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region und dem Veranstalter-Team

rund um Markus Tuider“, so Landeshauptmann Hans Niessl bei der Eröffnung.

Häusliche Gewalt ist Sicherheitsrisiko Nummer Eins

Landesrätin Dunst begrüßt verbesserten Gewaltschutz durch Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes

Im Mai 2012 erschießt ein Vater seinen Sohn und dann sich selbst in einer Schule in St. Pölten. Ein Betretungsverbot für die Wohnung war bereits im Vorfeld verhängt worden. Zwei Wochen später rief die Innenministerin eine Task Force Kinderschutz zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewalttaten auszuarbeiten. Der nunmehr daraus resultierende Entwurf einer Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes, der per 1. September 2013 in Kraft treten soll, bringt eine qualitative, differenzierte Verbesserung für den Gewaltschutz von Kindern und eine präzisere Einschätzung des Gefährders durch die Polizei mit sich.

„Die Ausweitung des Betretungsverbots ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie bringt einen besseren Schutz für Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. In Zukunft soll es nämlich auch möglich sein, ein Betretungsverbot auf Schulen, Horte und Kindergärten auszuweiten. Die Polizei wird diese Einrichtungen persönlich vom Betretungsverbot verständigen und sie bei den weiteren Schritten beraten. Außerdem wird nun endlich auch der Verstoß gegen eine Einstweilige Verfügung mit einer Geldstrafe bis zu 500 Euro bzw. bei Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe von bis zu zwei Wochen geahndet. Das ist ausdrücklich zu begrüßen“, so Landesrätin Verena Dunst in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landespolizeidirektor Hans-Peter Doskozil und Geschäftsführerin Annemarie Reiss im Gewaltschutzzentrum Burgenland in Oberwart, das im Jahr 2012 rund 600 Opfer häuslicher Gewalt – mit Sicherheit nur ein Bruchteil der Menschen, die tatsächlich von häuslicher Gewalt betroffen sind – betreut hat.

Nach einer breit angelegten Studie des deutschen Familienministeriums hat nämlich jede vierte in einer Beziehung lebende Frau schon mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Partner erlebt. Gewalt in der Familie wird überwiegend von männlichen Beziehungspartnern oder Ex-Partnern ausgeübt. Die 600 Opfer waren zu 90 Prozent weiblich, die Gefährder zu 92 Prozent männlich. In etwa



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landespolizeidirektor Hans-Peter Doskozil, Landesrätin Verena Dunst und Geschäftsführerin Annemarie Reiss vor dem Gewaltschutzzentrum Burgenland in Oberwart

der Hälfte der Haushalte dieser Opfer lebten minderjährige Kinder – insgesamt 527. Sie alle waren und sind in hohem Maße von dieser Gewalt mitbetroffen, weil sie sich mitten im Gewaltgeschehen befinden.

Dunst dazu: „Kinder sind aber nicht nur Zeugen: Sie werden immer wieder in Gewalthandlungen involviert bzw. haben ein hohes Risiko, daß die Gewalt direkt gegen sie gerichtet wird. Dies war bei 41 Kindern der Fall. In der Praxis wurden Kinder aber meist als Anhängsel der gewaltbetroffenen Mütter behandelt. Diese Novelle soll nun dazu führen, daß der Sicherheit von Kindern mehr Augenmerk geschenkt wird.“ Die Mitarbeiterinnen des Gewaltschutzzentrums Burgenland in Oberwart unterstützen die betroffenen Personen unter anderem durch umfassende rechtliche und psychosoziale Beratung als Entscheidungshilfe für weitere Schritte. Darüber hinaus bieten sie Hilfestellung bei

Gerichts- und Behördenkontakten sowie Prozeßbegleitung für Opfer jeden Alters im Strafverfahren.

Das Gewaltschutzzentrum Burgenland ist eine Opferschutzeinrichtung nach § 25 Abs. 3 SPG mit dem Ziel, Opfer von familiärer Gewalt und Opfer von beharrlicher Verfolgung zu unterstützen und ihre Sicherheit zu erhöhen. Die Stelle wurde 1999 unter dem Namen „Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie“ eröffnet. Seit 2006 hat sich das Aufgabengebiet der Interventionsstellen österreichweit erweitert und sie haben nun den Auftrag erhalten, auch Opfer von Stalking zu betreuen. Seit Mai 2008 nennt man sich Gewaltschutzzentrum. Der neue Name soll dieser Erweiterung gerecht werden und er soll auch selbsterklärend und einprägsam sein: Es geht um Gewalt und es geht vor allem um Schutz vor Gewalt. ■

<http://www.gewaltschutzzentrum.at>

Burgenland trauert um LHStv. a.D. Grohotolsky

Burgenländischer Landtag gedenkt eines großen burgenländischen Politikers

Das Ableben von Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Rudolf Grohotolsky hat im Burgenland große Betroffenheit ausgelöst“, so Landeshauptmann Hans Niessl am 16. August. Der einstige LHStv. und Landtagspräsident habe sich große Verdienste um die erfolgreiche Entwicklung des Landes erworben. Grohotolsky habe den Weg der Modernisierung des Landes in einer entscheidenden Phase mitgeprägt, so Niessl: „Er hat sich durch sein Wirken als Landtagspräsident und als Regierungsmitglied über die Parteigrenzen hinweg Respekt und Anerkennung erworben.“

Als Landespolitiker, der von 1961 bis 1986 Mitglied der Burgenländischen Landesregierung war, habe Grohotolsky stets das Wohl des Landes und seiner Menschen in den Mittelpunkt gestellt. „Meine Anteilnahme gehört der Familie des Verstorbenen, ich wünsche ihr in der Stunde der Trauer viel Kraft“, so Niessl.

Mit einer Trauersitzung gedachte der Burgenländische Landtag am 23. August des eine Woche zuvor – eine Woche nach seinem 91. Geburtstag – verstorbenen langjährigen Politikers und Landeshauptmann-Stellvertreters des Burgenlandes.

Der Trauersitzung wohnten die Tochter des Verstorbenen mit Familie, Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung mit Lan-



Foto: ÖVP Burgenland

Rudolf Grohotolsky

deshauptmann Hans Niessl an der Spitze, Altbischof Paul Iby, zahlreiche Abgeordnete des Burgenländischen Landtages, des Bundes- und Nationalrates sowie ehemalige Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, des Nationalrates, des Bundesrates und des Landtages und Behördenvertreter bei.

Landtagspräsident Gerhard Steier würdigte in seiner Ansprache die großen Ver-

dienste Grohotolskys für die Entwicklung des Burgenlandes. Er habe das öffentliche Leben des Burgenlandes viele Jahre lang mitgestaltet und geprägt und als Mensch wie als Politiker bleibende Spuren hinterlassen. „DDr. Rudolf Grohotolsky gilt als einer der Mitbegründer und Initiatoren der burgenländischen Wirtschaftsentwicklung, als einer der Wegbereiter des neuen, modernen Burgenlandes, auf das wir heute gemeinsam stolz sein können. Er hat seine Menschlichkeit und Herzlichkeit auch in der Politik nie verloren. Er war ein konsensfähiger Politiker, der immer das Miteinander und niemals das Gegeneinander in den Mittelpunkt stellte“, so Steier.

Rudolf Grohotolsky trat 1949 in den Landesdienst ein und wurde 1958 zum Bezirkshauptmann von Jennersdorf bestellt. 1956 folgte die Wahl in den Landtag, 1961 wurde er Dritter Landtagspräsident. Als Landesrat, eine Funktion, die er von 1961 bis 1982 innehatte, zählten Gewerbe und Gemeinwesen, die Landesbuchhaltung und der Außenhandel zu seinen Agenden. Von 1961 bis 1978 führte er den ÖVP-Landtagsklub. 1982 wurde er zum Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt und bekleidete diese Funktion bis 1986, als er sich nach 30 Jahren in der Landespolitik ins Privatleben zurückzog.

Rudolf Grohotolsky verstarb im 91. Lebensjahr. ■



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Mit einer Trauersitzung gedachte der Burgenländische Landtag des am 16. August, eine Woche nach seinem 91. Geburtstag, verstorbenen langjährigen Politikers und Landeshauptmann-Stellvertreters des Burgenlandes, Rudolf Grohotolsky.

Jahr der Volkskultur 2013

»Burgenland singt« auf Erfolgskurs – Halbzeitbilanz: 38.500 Mitwirkende, 28.200 BesucherInnen, über 30 Projektpartner, zahlreiche Publikationen



Foto:

»Burgenland singt« auf Erfolgskurs: Kulturlandesrat Helmut Bieler und Karin Ritter (GF Bgld. Volksliedwerk, 2. v. r.) mit den Bürgermeister von Stadtschlaining, Markus Szelinger (r.), und Tamara Kalcher (ganz links), Viktoria Hotwagner (3. v. l.) und Mirjam Moisl (4. v. l., Teilnehmerinnen am SängerInnenwettbewerb)

Das Jahr der Volkskultur 2013 steht ganz im Zeichen des Singens. Wichtige Projektpartner bei „Burgenland singt“ sind das Burgenländische Volksliedwerk, das die Projektabwicklung übernommen hat, und der Burgenländische Sängerbund. Kulturlandesrat Helmut Bieler zog am 17. August gemeinsam mit Karin Ritter, Geschäftsführerin des Burgenländischen Volksliedwerks, bei einem Pressegespräch auf der Burg Schlaining eine Halbzeitbilanz.

Diese fällt durchwegs positiv aus: Bei bisher 110 Veranstaltungen haben insgesamt 38.500 BurgenländerInnen bei „Burgenland singt“ aktiv mitgewirkt, 28.200 BesucherInnen konnten begrüßt werden. Am Abend des 17. August ging mit dem SängerInnenwettbewerb auf der Burg Schlaining die 111. Veranstaltung über die Bühne. „Eine stolze Zahl: Anfang des Jahres waren 21 Einzelprojekte geplant. Volkskultur ist dem Burgenland wichtig. Volkskultur ist Lebenskultur! Das musikalische Erbe unseres Bundeslandes schöpft aus reicher Quelle. Es sind nicht nur Haydn und Liszt, die uns stolz auf unsere musikalische Tradition sein lassen. Altes deutschsprachiges Liedgut, die Lieder der Roma aber auch die Musik- und Gesangstraditionen der Kroaten und Ungarn haben unser Land kulturell geprägt“, so Bieler.

Seit 2004 stellt das Burgenland jedes Jahr

unter ein kulturelles Motto. Nach dem „Jahr der Volkskultur“ 2004 und dem „Jahr der Volkskultur – Burgenland tanzt“ 2010 ist mit „Burgenland singt“ zum dritten Mal der Volkskulturbereich das kulturelle Jahresthema.

Am 18. Jänner 2013 fand in Oberschützen der offizielle Startschuß für die diesjährige Jahresinitiative des Kulturreferates statt. Bieler: „Der programmatische Bogen im ‚Jahr der Volkskultur 2013 – Burgenland singt‘ ist bunt und reicht von Konzerten, Wettbewerben, Fortbildungsseminaren, der Herausgabe von Publikation, bis hin zum SängerInnenwettbewerb auf der Burg Schlaining.“

Unter den Publikationen sind auch Besonderheiten wie das Liederbuch „Dschila le Romendar andar o Burgenland“ mit Liedern der burgenländischen Roma. „Das ist das erste Gebrauchsliederbuch mit Roma-Liedern österreichweit. Bisher wurden Lieder der Roma vor allem wissenschaftlich behandelt“, so Karin Ritter vom Burgenländischen Volksliedwerk. Geplant ist auch ein Jägerliederbuch.

Erfreuliche Halbzeitbilanz

Neben den Hauptpartnern von „Burgenland singt“, dem für die Projektabwicklung verantwortlichen Burgenländischen Volks-

liedwerk und dem Burgenländischen Sängerbund, haben über 30 Kooperationspartner ein vielfältiges und abwechslungsreiches Programm ermöglicht. Zur Halbzeitbilanz mit 110 Veranstaltungen konnten insgesamt rund 28.200 Besuchern begrüßt werden und 38.500 BurgenländerInnen haben mitgewirkt. So wurden z.B. beim Landes- und Bezirksjugendsingen insgesamt 5550 Jugendliche zum Singen animiert. „So viele wie nie zuvor“, freut sich Bieler. Ein weiteres Beispiel: An der Matthäuspension, veranstaltet von der Kantorei Oberschützen, nahmen 142 Sänger aktiv teil und 800 BesucherInnen konnten begrüßt werden.

Burgenländische Medien als Projektpartner

Projektpartner von „Burgenland singt“ sind auch so gut wie alle burgenländischen Medien. Die breite und positive Berichterstattung in den Medien sei natürlich auch ein Erfolgsfaktor, betont Bieler: „Es gab bereits 27 TV- und 33 Radio-Berichte über ‚Burgenland singt‘ und unzählige Artikel und Vorkündigungen in den Printmedien. Die burgenländischen Medien sind maßgeblich am Erfolg des Jahres der Volkskultur 2013 beteiligt. Danke!“ Ein wichtiger Partner sei auch der Landesschulrat für das Burgenland. ■ <http://www.burgenlandsingt.at>

Segelzentrum Neusiedl wird Bundes-Ausbildungszentrum

BK Faymann, BM Klug und LH Niessl präsentierten Maßnahmenplan für künftige sportliche Erfolge



Foto:

Bundeskanzler Werner Faymann, Sportminister Gerald Klug und Landeshauptmann Hans Niessl mit Segelsportlern und ÖSV-Präsident Herbert Houf nach der Präsentation des Maßnahmenplans zum Segelzentrum am Ufer des Neusiedlersees

Ein Sport-Maßnahmenplan präsentierten Bundeskanzler Werner Faymann, Sportminister Gerald Klug und Landeshauptmann Hans Niessl am 12. August bei einem Pressegespräch im Segelzentrum in Neusiedl. Das Projekt „Rio 2016“ soll österreichischen Athleten optimale Trainingsbedingungen und damit künftige Erfolge bei olympischen Spielen garantieren. Ein wichtiger Bestandteil des Masterplans ist die Errichtung eines Ausbildungszentrums im Bundesleistungszentrum Segeln Neusiedl am See. Dies wurde gemeinsam mit Herbert Houf, dem Präsidenten des Österreichischen Segelverbands, fixiert.

Landeshauptmann und Sportreferent Hans Niessl freute sich über die Aufwertung des Segelzentrums: „Der Segelsport hat für das Burgenland in sportlicher Hinsicht und auch touristisch einen sehr hohen Stellenwert. Der Neusiedler See bietet dafür optimale Bedingungen, und mit dem Bundesleistungszentrum Segeln konnte eine wichtige zentrale Ausbildungs- und Trainingsstätte realisiert werden. Für das Erringen sportlicher Erfolge ist es unabdingbar, daß optimale Trainingsbedingungen geboten werden. Daher stehe



Foto:

Bundeskanzler Werner Faymann, LH Hans Niessl und Sportminister Gerald Klug

ich den Plänen für den Ausbau des Bundesleistungszentrums sehr positiv gegenüber.“

„Der Segelsport ist mit sieben Olympiamedaillen eine der erfolgreichsten Sommersportarten Österreichs. Darauf sind die Österreicherinnen und Österreicher zu Recht stolz“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann.

Sportminister Gerald Klug: „Erfolge im Spitzensport sind nur dann möglich, wenn

wir unseren Sportlerinnen und Sportlern optimale Trainingsbedingungen zur Verfügung stellen. Ich habe mir deshalb als Sportminister im Spitzensport drei Ziele gesetzt: kurzfristig das Projekt Rio, mittel- und langfristig das neue Bundes-Sportförderungsgesetz und einen Sportstätten-Masterplan für ganz Österreich. Das Segelzentrum paßt sowohl in das Projekt Rio als auch in meinen Sportstätten-Masterplan.“ ■

Zooming Culture präsentiert App

Bieler: Information und Service für junge Kreative muß mit der Zeit gehen!

Bereits zum sechsten Mal initiiert das Kulturreferat des Landes Burgenland die Jugendkulturinitiative Zooming Culture. Mit der Devise „Deine Kreativität im Zoom“ werden Jugendliche aufgefordert kreativ zu sein. Zooming-Culture ist die Plattform für zeitgemäße Jugendarbeit. Sie bietet mehrere Förderprogramme für Jugendliche: Im Bereich der Kunst-, Kultur- und Kreativförderung unterstützt Zooming-Culture Jugendkulturprojekte, gewährt Druckkostenzuschüsse, fördert junge Bands bei ersten Auftritten und CD-Produktionen. Die Initiative unterstützt junge BurgenländerInnen in ihrer Ausbildung durch die Gewährung von Ausbildungs- und Kunststipendien sowie durch die Förderung von Diplomarbeiten und Dissertationen. Ein eigenes Programm unterstützt die universitäre Mobilität. Zooming-Culture veranstaltet Kreativworkshops in den Bereichen Musik und Fotografie, die kostenlos zugänglich sind. Die Jugendkulturinitiative blickt heuer auf fünf erfolgreiche Jahre zurück.

Gleichzeitig ist die heurige Retrospektive für Zooming Culture Anlaß, nach vorne zu sehen, etwas Neues zu beginnen. Kulturlandesrat Helmut Bieler: „Eine Jugendkulturinitiative ist nur dann erfolgreich, wenn sie mit den jungen Kreativen kommuniziert und interagiert. Dies kann meiner Meinung nach am besten in den Kommunikations- und Informationskanälen der Jugend selbst funktionieren. Eine App ist somit der ideale Weg, die Jugend mit Information über Zooming Culture, über Festivals und über Förderungen zu versorgen. Der Zugang zu Förderungen und Stipendien wird durch die App vereinfacht und nimmt den jungen Kreativen die Scheu vor der Antragsstellung.“

Die App-Fakten

Zooming Culture App ist sowohl mit iPhones, Ipad und Androids kompatibel und natürlich gratis herunterzuladen. Unter dem Suchbegriff „Zoomculture“ oder den QR-Code (siehe Anhang) ist die App zu finden.

Das Hauptaugenmerk der App liegt auf dem erleichterten Zugang zu Kunst-Kultur-Kreativförderungen im Rahmen von Zooming Culture:

- Zooming Culture Ausbildungsstipendium € 500 für künstlerische Ausbildung, z.B.



Foto:

Kulturlandesrat Helmut Bieler: »Eine Jugendkulturinitiative ist nur dann erfolgreich, wenn sie mit den jungen Kreativen kommuniziert und interagiert...«

- aus den Bereichen Fotografie, Tanz, Schauspiel
- Auslandsstipendium Zooming Culture unterstützt Studienaufenthalt an einer Universität im Ausland mit € 600.
- Italy is waiting ... Artists in Residence Paliano – Junge KünstlerInnen können einen Monat lang in der Nähe von Rom ungestört arbeiten, Aufenthaltskostenzuschuß von € 800 inklusive.
- Young Science – Förderung wissenschaftlicher Arbeiten.
- Für Diplom-/Masterarbeiten und Dissertationen gibt es bei Burgenlandbezug € 300 bzw. € 450.
- Zooming Culture Bandaktion - Zooming Culture unterstützt junge Bands bei CD-Produktionen und Auftritten mit € 500.
- From Words to Books – Förderung Junger Literatur.
- Für die Erstveröffentlichung deines Textes bei einem Verlag erhält man einen Druckkostenzuschuß von € 500.
- Cross over Culture – Zooming Culture fördert junge Kreative beim Entwickeln von Kulturprojekten, Ausstellungen, Workshops, usw.

Sowohl Workshops, Festivals, Ausstellungen werden auf der App beworben und darüber berichtet. Als besonderes Highlight sieht Kulturlandesrat Helmut Bieler die „Extras“.

Bieler: „Die App-Funktion ‚Extras‘ ist ein besonderes Feature. Man kann von dort direkt auf die Facebook-Seiten und -Gruppen der jungen Kreativen gehen oder auf Youtube Musikvideos von burgenländischen Bands genießen. Damit erschließt sich eine neue Präsentationsplattform für die jungen Künstler.“

Ebenso bildet die Facebook-Seite von Zooming-Culture und die Homepage sämtliche Informationen und Serviceleistungen der App an.

<http://www.zooming-culture.at>

Fünf Jahre Amtszeit in zehn Punkten

Landeshauptmann Luis Durnwalder hat seine letzte Sommerpressekonferenz in Pfalzen genutzt, um die wichtigsten Themen Revue passieren zu lassen.

Als einen der wesentlichsten Schritte in der Entwicklung der Autonomie in den letzten fünf Jahren nannte Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder in seiner Pressekonferenz am 16. August den Abschluß des Mailänder Abkommens, mit dem das Prinzip der „Neun Zehntel auf alles“ in die Finanzierung der Autonomie aufgenommen worden war.

Finanzen, Krise, Bildung

Seit dem Mailänder Abkommen gehen demnach neun Zehntel aller in Südtirol eingehobenen Steuern wieder zurück ins Land, dafür verzichtet dieses auf rund 500 Millionen Euro jährlich als Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts. „Wir sind überzeugt, daß wir damals ein gutes Abkommen geschlossen haben, nur hat die Regierung Monti sich in vielen Bereichen nicht daran gehalten“, so das Fazit des Landeshauptmanns. Gelder seien einbehalten, Sparvorgaben gemacht, Eingriffe in die Kompetenzen getätigt, Landesgesetze angefochten worden.

Eine neue Ära der Beziehungen mit Rom soll nun auf der Basis des vor einigen Tagen unterzeichneten Letta-Memorandums eingeleitet werden. „Wir haben die berechtigte Hoffnung, daß wir all das, was uns in den letzten Jahren zu Unrecht genommen worden ist, wiederherstellen können“, so Durnwalder. Den Anfang habe man bereits mit Raumordnung und Handel gemacht, weiter gehe es mit der Toponomastik (Ortsnamenkunde, Ortsnamenforschung, Anm.) mit einer Überprüfung der Zuweisungen für angrenzende Gebiete und – weiterreichend – einer Neuregelung der Finanzen: „Unser Ziel ist es, die Steuern selbst einzuheben und dann das Rom zustehende Zehntel zu überweisen“, so der Landeshauptmann. Zudem solle ein Betrag vereinbart werden, den Südtirol zur Sanierung des Staatshaushalts beitrage: „Wie wir diesen Betrag aufbringen, wo wir einsparen und wie viel, das muß aber unsere Entscheidung sein“, erklärte Durnwalder.

Überschattet worden sei die Amtszeit indes von der Krise, die auch Südtirol erfaßt habe. „Auch wenn die Wirtschaftsdaten im



Foto: LPA / DiKom / as

Landeshauptmann Luis Durnwalder bei seiner letzten Sommerpressekonferenz

Vergleich zu anderen Regionen nach wie vor gut sind, gibt uns doch die Arbeitslosigkeit von 4,1 Prozent zu denken und noch mehr die Jugendarbeitslosigkeit von rund elf Prozent“, so der Landeshauptmann. Den Folgen der Krise habe die Landesregierung von Anfang an gegenzusteuern versucht und auch die Ursachen seien bekämpft worden: mit Impulsen für die Wirtschaft, mit neuen Fördermöglichkeiten, mit der Stärkung von Export, Forschung und Entwicklung, mit der Erleichterung des Steuerdrucks, aber auch mit dem Einleiten von Sonderprogrammen zur Schaffung von Jobs. „Unser Ziel ist es, die Beschäftigungsquote bis 2020 auf 81 Prozent zu steigern, dafür müssen wir 21.000 Jobs schaffen“, so Durnwalder. Der Weg dahin soll über weitere Impulse für die Wirtschaft ebenso führen, wie über Erleichterungen für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen.

Ein Konjunkturprogramm ist für den Landeshauptmann auch das Tauschgeschäft, das man mit verschiedenen staatlichen Stellen eingegangen sei, allen voran mit dem Heer bzw. der Bahnverwaltung. Das Prinzip sei dabei immer dasselbe: Das Land übernehme Arbeiten für den Staat, dieser trete im Gegenzug nicht mehr gebrauchte Flächen ab. „Allein das Tauschgeschäft mit dem Heer

umfaßt Arbeiten und Abgaben im Wert von je 210 Millionen Euro“, so Durnwalder. Damit werde nicht nur der Bauwirtschaft Auftrieb verliehen, es gingen auch für die Dorf- und Stadtentwicklung wichtige Flächen an das Land. „Und zudem entlasten wir den Wohnungsmarkt, weil die Berufssoldaten und deren Familien auf den Kasernengeländen untergebracht werden können“, so der Landeshauptmann.

Als zentral hob Durnwalder zudem den Bereich der Bildung hervor, der in der ablaufenden Amtszeit von Grund auf reformiert worden sei: Oberstufenreform, Vereinheitlichung des Schulkalenders, neuer Schulverteilungsplan und nicht zuletzt auch die Reform der Schulverwaltung durch die Schaffung eines Bildungsressorts, das Schulen, Berufsbildung, Musikschulen und die Pädagogischen Institute umfasse, hätten eine neue, zeitgemäße Bildungslandschaft in Südtirol entstehen lassen.

Bauten, Energie, Euregio

Die Fertigstellung der großen Infrastrukturprojekte und der Ausbau des Breitbandnetzes, die autonome Südtiroler Energiepolitik, der Bürokratieabbau in der öffentlichen Verwaltung und die grenzüberschreitenden Projekte im Rahmen der Europaregion nann-

Aus Südtirol

te Durnwalder im zweiten Teil seines Überblicks zur Arbeit der Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren.

Zwar seien in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Infrastrukturprojekte umgesetzt worden, dennoch müssen noch große Bauvorhaben, vor allem im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen verwirklicht werden, so der Landeshauptmann: „In den vergangenen Jahren haben wir uns auf den Bau der Umfahrungen in Brixen, Meran, Leifers und entlang der Pusterer Straße konzentriert und müssen diese Vorhaben noch zu Ende bringen. Genauso wichtig sind aber unsere Projekte im Bereich der Eisenbahn. Hier müssen wir nicht nur einige große Bahnhöfe wie jene in Meran, Brixen, Bruneck oder Innichen aus- und umbauen, sondern auch versuchen, die Verbindungen zwischen Nord-, Süd- und Osttirol zu verbessern. Sobald die ersten FLIRT-Züge zur Verfügung stehen, werden wir sie auf der Brenner-Achse einsetzen, damit das Umsteigen an der Staatsgrenze endlich der Vergangenheit angehört.“ Durnwalder ging auch auf die neue Verkehrslösung für das Überetsch ein: „Der Metrobus ist ein Vorhaben, das wir in wenigen Jahren verwirklichen können und der die Verkehrsflüsse von Kaltern und Eppan nach Bozen optimieren wird. Der Bau einer Bahnverbindung ist hingegen nicht realistisch.“

Ein Infrastrukturprojekt ist Durnwalder besonders wichtig: Der Ausbau des schnellen Internets. „Dieses wichtige Programmvorhaben biegt nun in die Zielgerade ein. 93 Gemeinden sind bereits an das Glasfasernetz des Landes angeschlossen. Bis Jahresende versetzen wir alle Gemeinden in die Lage, die öffentlichen Strukturen und die Haushalte anzuschließen.“

Ein wesentlicher Bereich der vergangenen fünf Jahre Regierungspolitik ist für Durnwalder die Energie. „Eine autonome Energiepolitik ist unglaublich wichtig. Wir haben es geschafft, die Kompetenzen dafür zu bekommen und Abkommen mit Edison und ENEL zu schließen.“ Durnwalder betonte, daß Südtirol über seine Energiepolitik und die Förderung alternativer, erneuerbarer Energiequellen bis 2015 75 Prozent der Energie aus Wasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie und Erdwärme abdecken will. „Unser Ziel ist es, Südtirol zum Klimaland zu machen. Neben der Verwendung erneuerbarer Energie haben wir auch beim Energieverbrauch von Gebäuden bereits entscheidende Fortschritte gemacht und sind jetzt bei einem Verbrauch von fünf Litern Heizöl pro

Quadratmeter bei Neubauten.“ Durnwalder betonte, daß er im Energiesektor stolz auf das Erreichte sei, nicht jedoch „auf die strafrechtlichen Dinge“. 50 Millionen Euro, so Durnwalder, fließen dank der Kompetenzen im Energiebereich nun alleine an Steuern jährlich in den Haushalt des Landes. Außerdem können die Gemeinden in den kommenden 30 Jahren mit 432 Millionen Euro an Umweltgeldern rechnen. Durnwalder betonte, daß er in Sachen Konzessionsvergabe immer noch auf einen Kompromiß hoffe und so eine Neuausschreibung vermieden werden könne.

Ein wichtiges Anliegen in der Regierungsarbeit von Durnwalder in den vergangenen fünf Jahren war der Bürokratieabbau: Es seien Abteilungen zusammengelegt worden, weniger externe Aufträge vergeben, die zentrale Vergabestelle eingerichtet und die Gewerbegebietsreform umgesetzt worden. Als wesentliches Projekt in Sachen Entbürokratisierung bezeichnete der Landeshauptmann die einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung EEEVE. Die 150.000 Erklärungen, die pro Jahr abgegeben werden, würden die Zuweisung der Sozialleistungen effizienter und gerechter machen und dem Bürger Amtsgänge ersparen.

Die Europaregion Tirol ist vor zwei Jahren als EVTZ institutionalisiert worden, habe darüber hinaus aber viel mehr gebracht, als ihr gemeinhin zugebilligt werde, ist Durnwalder überzeugt: „Die Europaregion existiert nicht nur auf dem Papier. Wir haben eine ganze Reihe von Tagungen veranstaltet, den Erfahrungsaustausch im Bildungsbereich intensiviert, arbeiten an gemeinsamen Verkehrslösungen und einer Zusammenarbeit im Stromsektor.“

Unerledigtes und Vorhaben

Mehr als man eigentlich vorgehabt hätte, habe man in der ablaufenden Amtszeit umgesetzt, trotzdem seien zwei Punkte offen geblieben: die Regelung der Toponomastik und die Verabschiedung des LEROP. Daß die Amtszeit indes noch nicht zu Ende ist, zeigt die Liste der Vorhaben des Landeshauptmanns: sie reicht von der Umsetzung des Letta-Memorandums bis hin zum Bausparen.

Die Sommerpressekonferenz in Pfalzen, auch wenn es die letzte war, wollte Durnwalder nicht mißverstanden wissen: „Diese Pressekonferenz ist kein Abschluß, wir arbeiten bis zum Ende der Amtszeit weiter und haben in dieser Zeit noch einiges umzusetzen“, so der Landeshauptmann, der ein übergeordnetes Ziel der letzten fünf Jahre defi-

niert hat: „Wir wollten weiter am Wohlstand unseres Landes bauen und diesen zugleich immer stärker in Wohlbefinden der Bevölkerung umwandeln.“ Das Koalitionsabkommen sei weitgehend umgesetzt worden, so der Landeshauptmann. Mehr noch: „Wir haben mehr umgesetzt, als wir uns anfangs der Legislatur vorgenommen hatten.“ Allerdings gebe es zwei Punkte, die man noch auf der To-Do-Liste habe bzw. die offen geblieben seien: die Regelung der Toponomastik sowie die Verabschiedung des Landesentwicklungs- und Raumordnungsplans (LEROP). Man sei ihn zwar angegangen, es habe Analysen und Studien gegeben, nur abgeschlossen habe man ihn nicht. „Klar ist allerdings, daß in der Entwicklung des Landes der Schutz von Grund und Boden Vorrang haben muß“, so Durnwalder. Zudem gehe es darum, die Infrastruktur zu erheben und gleichzeitig zu definieren, was noch notwendig sei. „Was die Raumentwicklung betrifft, so geht es immer mehr in Richtung Nutzung des Bestehenden.“ Würde man ungenutzten Wohn- und Gewerbebau nutzen, müßten kaum noch neue Gebiete ausgewiesen werden.

Das zweite offene Vorhaben sei die Regelung der Toponomastik. „Seit zehn Jahren versuchen wir, dieses Problem zu lösen und müssen dabei zwischen den extremen Positionen vermitteln“, so Durnwalder. Es sei ein Kompromiß nötig und erste Schritte in diese Richtung seien auch bereits gemacht worden, etwa mit dem Fitto-Durnwalder-Abkommen zur Wegebeschilderung, in dem erstmals auch von der Regierung in Rom anerkannt worden sei, daß es eine unterschiedliche Regelung für Orts- und Flurnamen brauche.

Weitergearbeitet werde indes bis zum Ende der Amtszeit. Durnwalder nannte auch einige konkrete, noch umzusetzende Vorhaben. So müßten die EU-Programme für die Zeit nach 2014 vorbereitet und Verhandlungen rund um die Finanzaufteilung geführt werden. Offen sei auch noch die schrittweise Umsetzung des Letta-Memorandums, das bereits angegangen worden sei. Noch umgesetzt werden sollen auch das Bauspar-Gesetz, das einen neuen Weg zu den eigenen vier Wänden darstellen soll, sowie die Aufteilung der 250 Millionen Euro, die für innovative Wege der Wirtschaftsförderung über die Südtirol Finance zur Verfügung stehen. Neu geregelt werden sollen zudem die Konzessionsvergaben für die Stromproduktion und auch die Delegation der Zuständigkeiten für öffentliche Veranstaltungen an die Gemeinden soll noch angegangen werden. ■

<http://www.provinz.bz.it>

»Open Access«

Freier Zugang zu Forschungsveröffentlichungen steht vor dem Durchbruch – Entscheidender Faktor zur Optimierung des Austauschs von Kenntnissen und damit der Innovation in Europa

Am 21. August wurde in einer von der Europäischen Kommission finanzierten Studie bestätigt, daß die weltweite Umstellung auf die kostenlose Bereitstellung schriftlicher Forschungsergebnisse – auch als „Open Access“ (freier Zugang) bezeichnet – kurz vor dem Durchbruch steht. Dieser Studie zufolge ist davon auszugehen, daß sich der freie Zugang durchgesetzt hat, daß also etwa 50 Prozent aller im Jahre 2011 veröffentlichten wissenschaftlichen Artikel jetzt kostenlos abrufbar sind. Das ist das Doppelte dessen, was in vorangegangenen Studien vorhergesagt wurde; die neue Zahl erklärt sich durch ein genaueres Verfahren und eine breitere Definition dessen, was unter „freiem Zugang“ zu verstehen ist. Laut Schätzungen, die in der Studie angeführt werden, liegen inzwischen mehr als 40 Prozent aller von Fachkollegen geprüften Artikel, die weltweit zwischen 2004 und 2011 veröffentlicht wurden, online in frei zugänglicher Form vor. Erfasst wurden bei der Studie die EU und einige ihrer Nachbarländer sowie Brasilien, Japan, Kanada und die Vereinigten Staaten.

Durch den leichteren Zugriff auf Forschungsergebnisse kann der freie Zugang zur Verbesserung und Effizienzsteigerung in der Forschung und zur Innovation im öffentlichen und privaten Sektor beitragen. Hierzu erklärte Máire Geoghegan-Quinn, EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft: „Diese Ergebnisse zeigen, daß der freie Zugang Bestand haben wird. Die Bereitstellung von Forschungsergebnissen für alle verbessert die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit und stärkt unsere wissensbasierte Wirtschaft.“

Bei der Studie wurde die Verfügbarkeit wissenschaftlicher Veröffentlichungen in 22 Fachgebieten innerhalb des Europäischen Forschungsraums sowie in Brasilien, Japan, Kanada und den Vereinigten Staaten untersucht. In mehreren Ländern und Fachgebieten sind mittlerweile mehr als 50 Prozent der Arbeiten kostenlos zugänglich. Die Mehrzahl der Artikel können jetzt in den Bereichen allgemeine Wissenschaft und Technik, biomedizinische Forschung, Biologie sowie Mathematik und Statistik kostenlos abgerufen werden. Die größten Beschränkungen für

den freien Zugang bestehen noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie in den angewandten Wissenschaften, den Ingenieurwissenschaften und der Technik.

Kürzlich wurde der offene Zugang als entscheidender Faktor zur Optimierung des Austauschs von Kenntnissen und damit der Innovation in Europa bezeichnet. Deshalb wird der offene Zugang für alle im Rahmen von „Horizont 2020“, dem Forschungs- und Innovationsförderprogramm der EU für den Zeitraum 2014-2020, finanzierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen verbindlich vorgeschrieben. In einer Mitteilung der Kommission wird empfohlen, daß die Mitgliedsstaaten in ihren nationalen Programmen einen ähnlichen Ansatz wie die Kommission verfolgen sollten.

EU-Kommissarin Geoghegan-Quinn wies darauf hin, daß sich die Kommission für den freien Zugang in Europa einsetzt, auch was die Ergebnisse ihrer eigenen Forschungsförderung betrifft: „Der europäische Steuerzahler sollte für öffentlich finanzierte Forschung nicht zweimal bezahlen müssen. Aus diesem Grund haben wir vorgesehen, daß der freie Zugang zu Veröffentlichungen im Rahmen von „Horizont 2020“, dem künftigen Programm zur Förderung von Forschung und Innovation, zur Regel wird.“

Der Hintergrund

Durchgeführt wurde die Studie von Science-Metrix, einem Beratungsunternehmen für Forschungsbewertung. In der Studie erfasst wurden die 28 EU-Mitgliedsstaaten sowie Brasilien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Israel, Japan, Kanada, Liechtenstein, Norwegen, die Schweiz, die Türkei und die Vereinigten Staaten. Zwei weitere Berichte desselben Unternehmens wurden heute ebenfalls veröffentlicht; darin werden die Maßnahmen zur Förderung des freien Zugangs sowie die Frage des freien Zugangs zu Daten untersucht.

Hinsichtlich der Maßnahmen für den freien Zugang wurde in der Studie festgestellt, daß die Mehrzahl der 48 großen Geldgeber für die Forschung die beiden Hauptformen des offenen Zugangs – also den freien Zugang zu Veröffentlichungen in Zeitschrift-

ten (den sogenannten „goldenen“ oder hybriden freien Zugang) oder die Selbstarchivierung (den sogenannten „grünen“ freien Zugang) für annehmbar hielten. Mehr als 75 Prozent dieser Einrichtungen akzeptierten Sperrfristen – also einen Zeitraum zwischen der Veröffentlichung und dem freien Zugang – von sechs bis zwölf Monaten.

Die dritte Studie hat jedoch ergeben, daß die Zahl der Maßnahmen, die den freien Zugang zu wissenschaftlichen Daten fördern, hinter der Zahl der Maßnahmen für den freien Zugang zu Veröffentlichungen zurückbleibt. Der freie Zugang zu Forschungsdaten entwickelt sich rasch in einem Umfeld, in dem Bürger, Einrichtungen, Verwaltungen, gemeinnützige Organisationen und privatwirtschaftliche Unternehmen in lockerer Zusammenarbeit Infrastrukturen, Normen, Prototypen und Geschäftsmodelle entwickeln. Im Zusammenhang mit „Horizont 2020“, dem Forschungs- und Innovationsförderprogramm der EU für den Zeitraum 2014-2020, wird die Kommission auch ein Pilotprojekt starten, das den freien Zugang zu Daten aus öffentlich geförderten Forschungsarbeiten zum Gegenstand hat, wobei jedoch die berechtigten Anliegen der wirtschaftlichen Interessen, des Datenschutzes und der Sicherheit der Empfänger von Fördermitteln berücksichtigt werden.

Die Kommission wird den freien Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu einem allgemeinen Grundsatz für „Horizont 2020“ erklären. Ab 2014 müssen alle mit Fördermitteln aus „Horizont 2020“ erstellten Artikel zugänglich sein.

- Dabei müssen diese Artikel entweder unmittelbar online vom Veröffentlichender zur Verfügung gestellt werden („goldener“ oder „hybrider“ freier Zugang), wobei die Veröffentlichungskosten gegebenenfalls von der Europäischen Kommission erstattet werden können, oder
- die Forscher stellen ihre Artikel spätestens sechs Monate nach der Veröffentlichung (zwölf Monate in den Sozial- und Geisteswissenschaften) über ein freizugängliches Archiv bereit („grüner“ freier Zugang). ■

http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm

Sommerhalbzeit 2013

31,4 Mio. Nächtigungen, Höchstwert bei den Ankünften mit 9,7 Mio. – Mitterlehner: Tolle Aufholjagd im Sommertourismus – Schenner: Juli-Hitze rettet vorerst Bilanz

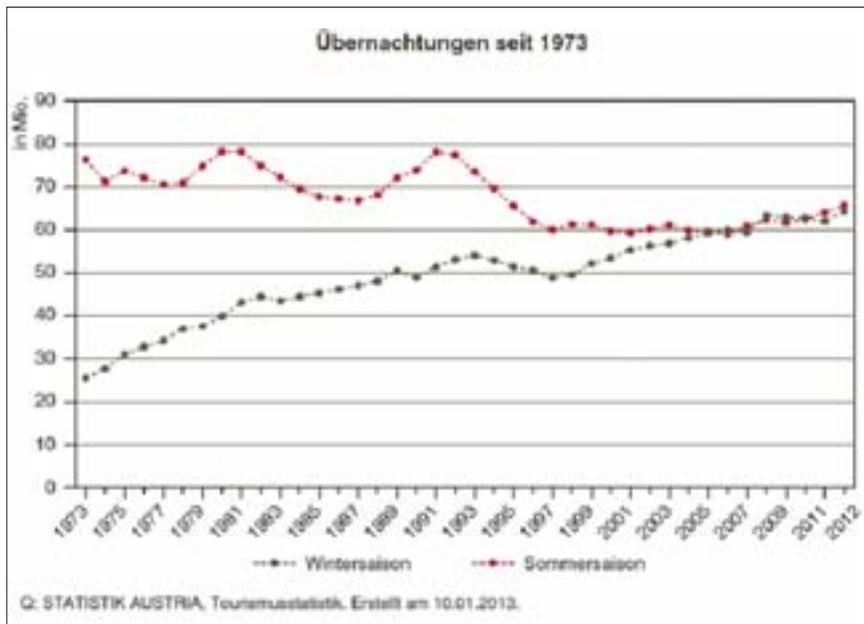
Für die bisherige Sommersaison 2013 (Mai bis Juli) wurden nach vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria 31,36 Mio. Nächtigungen gemeldet, was einem Zuwachs von 0,3 % gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres entspricht. Sowohl die ausländischen (+0,3 % auf 21,27 Mio.) als auch die inländischen Gästenächtigungen (+0,4 % auf 10,09 Mio.) trugen zu diesem Zwischenstand bei. Die Zahl der Übernachtungen des wichtigsten ausländischen Herkunftsmarktes Deutschland blieb weitgehend unverändert (+0,1 % auf 11,01 Mio.), Rückgänge verzeichneten holländische Gästenächtigungen (-2,5 % auf 2,02 Mio.). Die Zahl der Ankünfte erreichte mit 9,67 Mio. (+1,5 %) einen Höchstwert – nie zuvor wurden in der ersten Hälfte einer Sommersaison so viele Gäste registriert wie in der aktuellen Periode.

Die Nächtigungsentwicklung der ersten drei Sommermonate bestätigt auch den Trend zu höherwertigen Quartieren. So stieg die Zahl der Übernachtungen in 5-/4-Stern Betrieben mit 1,2 % überdurchschnittlich stark, während 2-/1-Stern Betriebe Rückgänge von 3,8 % verzeichneten.

Juli 2013: Erneut mehr als 15 Millionen Nächtigungen

Wie zuletzt 2012 und 2008 konnte im Juli 2013 mit 15,38 Mio. und einem Plus von 1,3 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zum dritten Mal seit dem Jahr 2000 die 15-Millionen-Nächtigungsgrenze übertroffen werden. Bedingt durch die ausgezeichneten Wetterverhältnisse trugen vor allem inländische Gäste zu diesem Zuwachs bei (+2,7 % auf 4,37 Mio. Übernachtungen), die den Juli auch vermehrt für kurze Aufenthalte in Österreich nützten. Dies wurde durch die im Vergleich zu den Nächtigungen höhere Zunahme der Ankünfte bestätigt (+3,8 % auf 1,31 Mio.).

Die Zahl der ausländischen Gästenächtigungen erhöhte sich im Juli 2013 um 0,7 % auf 11,01 Mio., wobei sich auch hier der Trend zu kürzeren Aufenthalten nachvollziehen lässt (Nächtigungen: +0,7 %, Ankünfte: +2,3 %). Insgesamt lag die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Juli 2013 bei 3,7 Nächtigungen.



Mit 82,56 Mio. Nächtigungen

Für das bisherige Kalenderjahr 2013 (Jänner bis Juli 2013) lagen rund 82,56 Mio. Übernachtungen vor, um 0,4 % mehr als im selben Vorjahreszeitraum; seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen wurden für diesen Zeitraum noch nie so viele Übernachtungen registriert. Auch bei den Ankünften konnte mit einer Zunahme von 0,8 % auf 21,80 Mio. ein neuer Höchstwert erreicht werden. Die Ergebnisse sind dabei auf Zunahmen bei Ankünften und Nächtigungen ausländischer Gäste (+1,4 % bei den Ankünften und +0,9 % bei den Übernachtungen) zurückzuführen, während inländische Gäste (-0,6 % bei den Ankünften und -0,9 % bei den Übernachtungen) weniger häufig registriert wurden.

Mitterlehner: Tolle Aufholjagd

Die heimische Tourismuswirtschaft hat den aufgrund des Hochwassers und der Rekordniederschläge außergewöhnlich schwierigen Sommerstart gut bewältigt, wie die Zahlen der Statistik Austria zeigen. „Der neue Gästerekord und das leichte Nächtigungsplus zur Sommerhalbzeit sind Beleg für eine tolle Aufholjagd und die anhaltende Beliebtheit Österreichs. Damit bleibt der Tourismus eine wichtige Konjunkturstütze und können wir auch für den weiteren Jahresverlauf opti-

mistisch sein“, sagt Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner. „Im gesamten bisherigen Kalenderjahr gab es sogar mehr Übernachtungen und Ankünfte als je zuvor“, ergänzt Mitterlehner.

„Die Ausgangslage für viele vom Hochwasser betroffene Tourismusregionen war extrem schwierig. Dank des unermüdlischen Einsatzes der Unternehmer, ihrer Mitarbeiter und unzähliger Freiwilliger ist es aber den meisten Betrieben gelungen, rechtzeitig zur Hauptsaison ihre Gäste empfangen zu können“, hebt Mitterlehner hervor. „Gerade in diesen schwierigen Zeiten haben sich die Touristiker nicht unterkriegen lassen, finanziell unterstützen wir sie bei der Beseitigung der Schäden durch spezielle Förderungen. Gleichzeitig hat unsere Sonderkampagne ‚Jetzt Österreich. Lust auf Urlaub in Österreich‘ gemacht und ebenfalls zum guten Ergebnis beigetragen. Das war die richtige Maßnahme zur richtigen Zeit“, betont Mitterlehner. „In Verbindung mit dem sonnigen Wetter und den richtigen Angeboten konnte im Juli zum dritten Mal die 15-Millionen-Nächtigungsgrenze durchbrochen werden.“

Um die gute Entwicklung fortzusetzen, brauchen die Tourismusbetriebe gute Rahmenbedingungen für die notwendigen Investitionen in neue Angebote und ihre Infrastruktur. „Neue Steuern schaden daher der

Wirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit, belasten das Investitionsklima und kosten Arbeitsplätze“, warnt Mitterlehner vor Belastungen. „Viel wichtiger ist es, Betriebe als Partner zu unterstützen, Hürden abzubauen und die unternehmerische Freiheit wieder zu erhöhen“, so Mitterlehner.

Schenner: Juli-Hitze rettet vorerst Tourismus-Sommer-Bilanz

„Diese Rekordzahlen verdanken wir vor allem unseren inländischen Gästen, die die Schönwetterperiode des Juli vermehrt für spontane Kurzurlaube in Österreich nutzen“, erklärt Hans Schenner, Obmann der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO), das Plus von 2,7 % auf 4,37 Millionen Übernachtungen inländischer Gäste. Auch die Nächtigungszahlen der ausländischen Gäste konnten – leicht aber doch – um plus 0,3 % auf 21,27 Mio. zulegen. Erfreulich dabei auch das stabile Ergebnis des wichtigsten Herkunftsmarktes Deutschland mit 11,01 Mio. Nächtigungen (ein Plus von +0,1 %).

„Diese positive Bilanz bestätigt unsere Wachstumsprognose und spiegelt den Trend zum Urlaub in Rot-Weiß-Rot wider“, analysiert Schenner. Nach einem schwachen Start im Juni, mit einem Nächtigungs-Rückgang von 6,2 % im Vergleich zum Vorjahresmonat, habe sich der Tourismus in den Hochsommer-Monaten wieder erholt, zeigt sich Schenner auch für den August sehr optimistisch. Den Grund für den erfolgreichen Sommerverlauf sieht Schenner aber nicht nur im hochsommerlichen Urlaubswetter, sondern auch im breiten Angebot der heimischen Tourismus-Betriebe: „Unsere Betriebe bieten die gesamte Palette, von Kultur, über Kulinarik bis hin zum Bergwandern – mit der bekannten österreichischen Gastfreundschaft – an, und genau damit wird bei den Urlaubern gepunktet“, betont der Spartenobmann. Vor allem die Bäder verzeichneten einen Gästeansturm. Regional wurden Zuwächse von bis zu 25 % im Vergleich zum Vorjahr gemeldet. „Im Juni stand uns das Wasser im wahrsten Sinne des Wortes bis zum Hals, im Juli und August hat das Wetter wieder entschädigt“, so Schenner. So rechnet Spartenobmann Schenner auch für den August mit einem Zuwachs: „Der Aufwärtstrend sollte anhalten!“

Auch die Obmann-Stellvertreterin der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft, die Salzburger Hoteliere Petra Nocker-Schwarzenbacher, erwartet ein ähn-

lich gutes Ergebnis für die kommenden Monate: „Ich kann – ausgehend von meiner Region – bestätigen, daß der laufende August, sowie die die Buchungslage für September und Oktober sehr gut ausschauen. Unter dem Strich erwarte ich daher trotz des verregneten Juni jedenfalls ein Plus für die Sommersaison, aber auch für den Herbst bin ich sehr zuversichtlich. Wir Unternehmer haben

sehr viel Geld für diverse Werbemaßnahmen in die Hand genommen. Aber die immer wieder eingehenden Buchungen für die kommenden Wochen zeigen, daß sich diese Investition gelohnt hat.“ Für die Sommersaison 2013 (Mai bis Oktober) rechnen Schenner und Nocker-Schwarzenbacher mit einem Plus von 2-3 Prozent im Vergleich zu 2012. ■

Inflation sinkt im Juli 2013 auf 2,0%

Die Inflationsrate für Juli 2013 betrug nach Berechnungen von Statistik Austria +2,0 %. Im Juni war sie noch bei +2,2 % gelegen. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang war einerseits ein Nachlassen des Preisaufrichts bei Nahrungsmitteln und die weiterhin moderate Preisentwicklung bei Treibstoffen, andererseits fielen im Jahresvergleich Verbilligungen bei Bekleidungsartikeln etwas stärker aus als zuletzt.

Der Indexstand des Verbraucherpreisindex 2010 (VPI 2010) für den Monat Juli 2013 lag bei 107,6. Gegenüber dem Vormonat (Juni 2013) ging das durchschnittliche Preisniveau um 0,5 % zurück.

Die Ausgabengruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (durchschnittlich +3,8 %; Einfluß: +0,46 Prozentpunkte) war Hauptpreistreiber im Jahresabstand. Nahrungsmittel verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 4,4 %. Im Juni waren es noch 5,1 % gewesen. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang der Teuerung bei Gemüse (Juli +4,4 %; Juni +10,5 %). Gegenüber Juli 2012 verteuerten sich Brot und Getreideerzeugnisse um 3,0 %, Fleisch um 6,3 %, Milch, Käse und Eier insgesamt um 3,1 % und Obst um 5,7 %. Alkoholfreie Getränke verbilligten sich hingegen durchschnittlich um 0,6 % (Bohnenkaffee -3,4 %).

In der Ausgabengruppe „Wohnung, Wasser, Energie“ (durchschnittlich +2,2 %; Einfluß: +0,42 Prozentpunkte) erhöhten sich die Preise für die Instandhaltung von Wohnungen insgesamt um 2,0 %. Die Wohnungsmieten stiegen durchschnittlich um 2,6 %, die Betriebskosten für Miet- und Eigentumswohnungen jeweils um 4,0 %. Haushaltsenergie verteuerte sich insgesamt nur um 2,0 % (Strom +3,6 %). Gegenüber Juli 2012 kostete Fernwärme um 5,2 % und Gas um 0,1 % mehr Heizöl verbilligte sich um 2,2 %.

Die Ausgabengruppe „Restaurants und Hotels“ (durchschnittlich +3,0 %; Einfluß: +0,25 Prozentpunkte) wies bei Bewirtungsdienstleistungen durchschnittliche Preisanstiege von 3,5 % auf. Die Preise für Beherber-

gungsdienstleistungen gingen hingegen insgesamt um 0,4 % zurück.

In der Ausgabengruppe „Verkehr“ (durchschnittlich +0,7 %; Einfluß: +0,09 Prozentpunkte) verteuerten sich Verkehrsdienstleistungen insgesamt um 3,0 %, die Preise für Instandhaltung und Reparaturen stiegen durchschnittlich um 3,1 %. Treibstoffe kosteten im Jahresabstand insgesamt um 0,6 % weniger (Juni: -1,4 %) und dämpften deshalb die Inflation nur noch um 0,02 Prozentpunkte. Gebrauchte Pkw verbilligten sich im Jahresvergleich um 4,1 %.

Hauptpreisdämpfer im Jahresabstand war die Ausgabengruppe „Bekleidung und Schuhe“ (durchschnittlich -1,1 %; Einfluß: -0,07 Prozentpunkte). Dazu trugen vor allem Bekleidungsartikel bei, die sich im Jahresabstand um 2,2 % verbilligten. Im Juni hatten sie nur um 0,7 % weniger gekostet.

Hauptpreisdämpfer im Monatsabstand war die Ausgabengruppe „Bekleidung und Schuhe“, deren Preise aufgrund des Sommerschlußverkaufs durchschnittlich um 12,7 % (Einfluß: -0,73 Prozentpunkte) zurückgingen (Bekleidungsartikel -15,6 %, Schuhe -7,0 %).

Als Hauptpreistreiber im Monatsabstand erwies sich die Ausgabengruppe „Freizeit und Kultur“ (durchschnittlich +1,0; Einfluß: +0,13 Prozentpunkte). Saisonbedingt teurere Pauschalreisen (insgesamt +7,8 %) waren dafür ausschlaggebend.

Der Indexstand des auf europäischer Ebene harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI 2005) lag im Juli 2013 bei 118,03. Die harmonisierte Inflationsrate betrug 2,1 % (Juni 2,2 %). Die Differenz zum VPI von 0,1 Prozentpunkten resultiert aus Gewichtsunterschieden zwischen VPI und HVPI (siehe methodische Informationen). Deutliche Preisanstiege in der Ausgabengruppe „Restaurants und Hotels“ (höhere Gewichtsanteile im HVPI als im VPI) ließen den HVPI merklich gegenüber dem VPI steigen. Auch teurere Flugtickets (höhere Gewichtsanteile im HVPI als im VPI) erhöhten den HVPI gegenüber dem VPI. ■

Konjunktur weiterhin verhalten

WIFO-Schnellschätzung zeigt leichtes Wachstum im II. Quartal

In Österreich verläuft die Konjunktur weiterhin gedämpft. Die exportgetragene Sachgütererzeugung leidet unter der anhaltenden Nachfrageschwäche im Euro-Raum. Handel und Tourismus verzeichneten zuletzt einen Umsatzrückgang. Vorlaufindikatoren deuten auf eine zögerliche Verbesserung in Österreich hin. Auch in der EU gewinnt die Konjunktur nur langsam an Kraft. Der Weltmarkt expandiert anhaltend stabil. Zuletzt verbesserte sich die Exportkonjunktur vor allem in den Industrieländern, während sie in den asiatischen Schwellenländern an Schwung verlor. Sowohl konjunktur- als auch strukturell bedingt schwächte sich das

Wirtschaftswachstum in China im II. Quartal erneut ab.

Robust wuchs das BIP hingegen in den USA (II. Quartal +0,4 % gegenüber dem Vorquartal, nach +0,3 % im I. Quartal). Der Anstieg von Konsum und Investitionen stimulierte die Wirtschaft. In den EU-Ländern blieb die Konjunktur hingegen zuletzt verhalten. Jüngste Daten zeigen nach einer stetigen Ausweitung seit Februar einen neuerlichen Rückgang der Industrieproduktion im EU-Durchschnitt und in Deutschland. Vorlaufindikatoren deuten dennoch auf eine Belebung der Wirtschaft in den nächsten Monaten hin: Der Economic Sentiment Indicator

der Europäischen Kommission zeigt sowohl für die Konsumenten als auch die Unternehmen eine zuversichtlichere Zukunftseinschätzung.

Die Dämpfung der österreichischen Export- und Industriekonjunktur durch die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen dürfte bereits nachlassen. Kumuliert von Jänner bis April 2013 lag der Wert der Exporte bereits wieder über dem Niveau des Vorjahres. Die Ergebnisse des aktuellen WIFO-Konjunkturtests deuten auf eine weitere, jedoch nur langsame Erholung der Sachgütererzeugung hin: Sowohl in der Beurteilung der aktuellen Lage als auch in den un-

WIFO-Schnellschätzung zur vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2012				2013	
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
Saison- und arbeitstagsbereinigt, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real						
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
Konsumausgaben						
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0
Staat	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	- 0,3	- 0,5	- 0,6	- 0,9	- 1,3	- 0,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,8	- 0,9	- 0,5
Exporte	- 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3
Importe	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 4,2	- 3,8	+ 1,1	+ 3,2	- 1,4	- 4,9
Produzierender Bereich ²⁾	+ 1,4	+ 0,5	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,7
Herstellung von Waren	+ 1,1	+ 0,3	- 0,7	- 0,6	+ 0,0	+ 0,4
Bauwesen	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1
Handel Kfz; Verkehr; Beherbergung und						
Gastronomie	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,6	- 0,4	- 0,2
Information und Kommunikation	- 0,5	- 0,6	- 0,7	- 0,4	- 0,7	- 0,7
Kredit- und Versicherungswesen	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ³⁾	+ 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,5	- 0,4
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
Gütersteuern	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Gütersubventionen	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,9	- 0,3	+ 0,5	+ 1,3	- 0,5	+ 0,3

Quelle: WIFO – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 2) Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung. 3) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (NACE 2008, Abschnitte M bis N). 4) Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (NACE 2008, Abschnitte O bis Q).

Wirtschaft

ternehmerischen Erwartungen überwiegt die Skepsis, wenngleich sich die Tendenz zuletzt leicht verbessert hat. Auch in der Bauwirtschaft bleibt die Stimmung gedämpft.

Im Tourismus blieben die Umsätze (nominell und real) von Mai bis Juni 2013 unter dem Vorjahresergebnis. Die schwache Entwicklung ist auch auf eine zunehmende Spargesinnung der Gäste zurückzuführen, welche sich in einem realen Rückgang des Aufwandes je Nächtigung widerspiegelt.

Die Inflationsrate betrug im Juni 2,2 % (nach 2,3 % im Mai). Seit Anfang 2011 wird der Preisauftrieb wesentlich durch die Verteuerung in den Bereichen Nahrungsmittel, Wohnung, Wasser und Energie und Dienstleistungen bestimmt.

Die Konjunkturschwäche belastet weiterhin den Arbeitsmarkt. Die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen war im Juli um 12,6 % höher als im Vorjahr, mit den stärksten Zuwächsen in der Bauwirtschaft und der Sachgütererzeugung. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt im Juli um 2,1 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Juli bei 7,8 % (gemäß österr. Berechnungsmethode).

Leichtes Wachstum im II. Quartal

Gemäß der aktuellen Schnellschätzung des WIFO wuchs die österreichische Wirtschaft im II. Quartal 2013 real gegenüber der Vorperiode um 0,2 %. Im I. Quartal betrug der Anstieg laut den revidierten Daten 0,1 %.

Die Schnellschätzung des WIFO zum österreichischen Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2013 berücksichtigt auch den jüngst von Statistik Austria publizierten Jahreswert für 2012 sowie die Revisionen für 2009, 2010 und 2011. Für das I. Quartal 2013 ergab sich eine leichte Aufwärtsrevision auf real +0,1 % (bisher 0,0 %). Im II. Quartal verstärkte sich das Wachstum zwar leicht auf +0,2 % gegenüber dem Vorquartal, war insgesamt aber weiterhin sehr verhalten. Gegenüber dem II. Quartal 2012 stieg die Wirtschaftsleistung um 0,3 %.

Der Konsum der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) stagnierte wie in den Vorperioden. Das spiegelt sich auch in der Entwicklung der Wertschöpfung im Handel. Von den öffentlichen Haushalten kam hingegen ein leichter Nachfrageimpuls, deren Konsum erhöhte sich im II. Quartal gegenüber der Vorperiode real um 0,3 %.

Auch im II. Quartal 2013 schätzten die Unternehmen die Wirtschaftslage in den hei-

mischen Umfragen ungünstig ein und agierten in ihren Investitionsvorhaben weiterhin zurückhaltend. Die Ausrüstungsinvestitionen schrumpften anhaltend deutlich (real -1,0 % gegenüber der Vorperiode, nach -1,2 % im I. Quartal 2013).

Die Nachfrage nach Investitionen in Nichtwohnbauten nahm zu; da zugleich die Wohnbauleistungen gedrosselt wurden, stagnierten die gesamte Baunachfrage und die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereiches.

Die größten Wachstumsimpulse gingen vom Außenhandel aus. Der gesamtwirtschaftliche Export wuchs mit real +0,3 % stärker als der Import (-0,1 %). Die Warenausfuhr entwickelte sich wieder etwas dynamischer. Vor diesem Hintergrund nahm die Wertschöpfung der Warenproduktion um 0,4 % zu. Aufgrund der schwachen Konsum- und Investitionsnachfrage war der Warenimport sehr verhalten.

Das Bruttoinlandsprodukt lag im 1. Halbjahr 2013 (nicht um Saisoneffekte bereinigt) um 0,1% unter dem Vorjahresniveau.

Methodische Hinweise und Kurzglossar Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf „saison- und arbeitstäglich bereinigte Veränderungen“ Bezug genommen.

Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr ...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstäglich bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate mißt die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone siehe auch <http://www.statistik.at>

Die Kerninflation als Indikator der Geld-

politik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87 % der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit <http://www.konjunkturtest.at>

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens eine Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienner. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenzdienner mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.ac.at>

Heimische Betriebe sind Ausbildungsweltmeister

Im Rahmen der Alpbacher Perspektiven 2013 wurde im Arbeitskreis »Höhere Berufsbildung in Europa: Wie kommen wir voran?« diskutiert, ob bestehende Modelle nach Österreich übertragen werden könnten...

In einer Welt des globalen Wettbewerbs und schnellen technologischen Fortschritts ist es unerlässlich, Arbeitskräfte bestmöglich auszubilden. Einige europäische Länder haben höhere berufsbildende Systeme entwickelt, die Fachkräften eine „hochschulische Ausbildung“, die auf höhere berufliche Positionen vorbereitet, ermöglichen. In Österreich wird das große Potential dieser Systeme, die das traditionelle Hochschulwesen ergänzen, noch nicht ausgenutzt. Im Rahmen der Alpbacher Perspektiven 2013 wurde am 21. August im Arbeitskreis „Höhere Berufsbildung in Europa: Wie kommen wir voran?“ diskutiert, ob bestehende Modelle nach Österreich übertragen werden könnten, um unser Bildungssystem flexibler zu machen.

„Dank der bedarfsnahen und praxisorientierten dualen Ausbildung verfügen Österreichs Unternehmen über hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Die heimischen Betriebe sind Ausbildungsweltmeister und unser Land hat nicht zuletzt aufgrund dieses positiven Standortfaktors die Wirtschaftskrise besser überstanden als andere Länder“, betonte WKÖ-Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser.

Wegen der demografischen Entwicklung und des Trends zu höherer Bildung sei aber zu befürchten, daß sich die Zahl der Lehrlinge in Zukunft signifikant verringert und Österreichs Wirtschaft ein Fachkräftemangel droht. „Die Zahl der Lehrlinge droht in den nächsten Jahren von derzeit fast 40.000 auf 24.000 abzusinken. Der Wirtschaftsstandort ist dadurch ernsthaft in Gefahr. Daher muß die Berufsbildung in Österreich weiterhin attraktiv bleiben und gestärkt werden. Es bedarf auch einer Weiterentwicklung im hochschulischen Bildungssektor, wie es das Konzept ‚Berufsakademie‘ der Wirtschaftskammer vorsieht“, so Hochhauser.

Ziel der Berufsakademie ist, beruflich Qualifizierten und LehrabsolventInnen die Durchlässigkeit zu Weiterbildung auf Hochschulebene zu ermöglichen. Das Studium soll vier Semester dauern und berufsbegleitend angeboten werden. Durch die Kooperation



Foto: WKÖ

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle und WKÖ-Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser nach dem Gespräch im Rahmen der Alpbacher Perspektiven 2013

einer Fachhochschule der Wirtschaft mit den WIFIs soll für Lehrabsolventen flächendeckend die Chance geschaffen werden, direkt vor Ort ohne lange Anfahrtswege studieren zu können. Befragungen und Studien haben ergeben, daß ein Potential von jährlich 5.000 bis 6000 Studierenden besteht. „Das Studium an der Berufsakademie soll privat finanziert werden und den Staat nicht belasten“, skizzierte die Hochhauser die Vorteile: „Bereits 2014 soll der erste Lehrgang der Berufsakademie starten, langfristig verfolgen wir weiterhin die Forderung eines weiterführenden Bachelor- und Masterstudiums.“

„Österreich hat traditionell ein wenig durchlässiges Bildungssystem, in dem die abgehende und nicht die aufnehmende Institution entscheidet, welcher Bildungsweg dem Studierenden offen steht“, betonte Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle. Hier sei eine Bewußtseinsänderung nötig, ein Kulturwandel sei bereits im Gange, aber noch nicht weit gediehen. Weiters sprach sich auch Töchterle dafür aus, das Image der Lehre „wert-

haltiger“ zu machen. „Allerdings schafft ein Fünftel der Lehrlinge den Lehrabschluß nicht, weil die Grundkompetenzen fehlen. Um dieses Fünftel müssen wir uns bemühen, damit sie die nötigen Fähigkeiten im Schreiben, Lesen und Rechnen erreichen“, zeigte sich der Wissenschaftsminister besorgt, aber auch zuversichtlich, „daß die Lehrerbildung Neu hier einiges bewirken wird.“

Gegenüber dem Modell der Berufsakademie, wie von Hochhauser vorgeschlagen, zeigte sich Töchterle aufgeschlossen. Die Arbeitsgruppe im Ministerium, in der sowohl Hochschulvertreter als auch Sozialpartner vertreten sind, sei allerdings noch zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Für ihn sei das Thema jedenfalls noch nicht abgehakt, bekräftigte der Wissenschaftsminister und versprach, sich in weiteren Sitzungen der Arbeitsgruppe persönlich einzubringen.

„Im österreichischen System gibt es tolle Ausbildungsmodule, wir stehen nicht schlecht da, könnten aber die Allerbesten sein. Die Voraussetzungen dafür hätten wir“, betonte

Wirtschaft

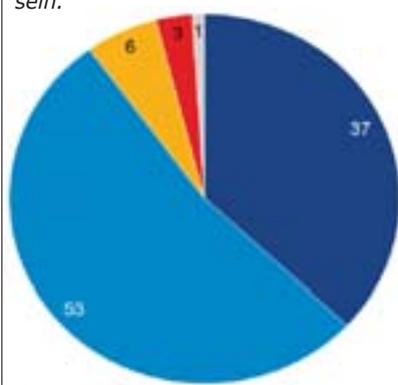
SPAR AG-Vorstand Friedrich Poppmeier: „Auch für die Lehraabsolventen bei SPAR gilt: Professionelle Ausbildung ist ein wirtschaftlicher Schlüsselfaktor. Unsere Lehrlinge müssen sich weiterbilden und ein Kundenverständnis entwickeln, um im Unternehmen aufsteigen zu können.“ Der Bedarf für eine Einrichtung wie die Berufsakademie und ein Masterstudium Handelsmanagement sei, so Poppmeier, jedenfalls da. Im Sinne einer optimalen Work/Life-Balance sei es auch wünschenswert, wenn sich gut ausgebildete MitarbeiterInnen weiterentwickeln und die Fähigkeiten erwerben, um im Laufe ihres Arbeitslebens verschiedene Aufgaben im Unternehmen zu übernehmen.

Landmaschinentechniker Helmut Scheidl, Goldmedaillen-Gewinner bei der Berufseuropameisterschaft 2012 und im Alter von 24 bereits mit dem Meisterbrief ausgestattet, zeigte sich begeistert von der Idee, daß LehrabsolventenInnen, die einen Beruf „von der Pike auf gelernt haben“, jederzeit auch akademische Wege offen stehen, um sich beruflich weiter zu entwickeln.

Befragung potentiell Studierender

Im Juni 2012 befragte GfK Austria 400 ÖsterreicherInnen im Alter von 17 bis 40 Jahren, die entweder in einer Lehrausbildung waren oder diese abgeschlossen beziehungsweise einen Abschluß als Meister oder Werkmeister haben. Zudem wurden AbsolventInnen von Berufsreife- und Unternehmensprüfungen sowie von Berufsbildenden Mittlere und Höhere Schulen befragt.

Das Interesse an Weiterbildung ist groß: 53 Prozent sind interessiert, weitere 37 Prozent haben angegeben, sogar »sehr interessiert« zu sein.



Grafik: WKÖ / Abteilung für Bildungspolitik

- ja, bin sehr interessiert
- ja, bin eher interessiert
- nein, bin eher nicht interessiert
- nein, bin überhaupt nicht interessiert
- weiß nicht

- Das Interesse an Weiterbildung ist groß: 53 Prozent sind interessiert, weitere 37 Prozent haben angegeben, sogar „sehr interessiert“ zu sein.
- Wichtig ist, daß nicht nur das Interesse groß ist, sondern Weiterbildungsangebote auch tatsächlich genutzt werden: 66 Prozent haben Weiterbildungsangebote genutzt, davon 47 Prozent bereits mehrmals.
- Nachdem den Befragten das WKO Projekt „Berufsakademie“ vorgestellt wurde, gaben 71 Prozent von jenen mit abschließender Meinung an, daß sie an diesem Weiterbildungsangebot interessiert sind.
- Für 69 Prozent ist im Zusammenhang mit der Berufsakademie besonders wichtig, daß die Dauer der Ausbildung planbar ist. Für 52 Prozent ist die Anrechenbarkeit ihrer bisherigen beruflichen Ausbildung eine wichtige Voraussetzung für ein Studium an der Berufsakademie.

Unternehmensbefragung

Befragt wurden 200 Unternehmensverantwortliche mit insgesamt rund 106.257 MitarbeiterInnen aus Betrieben ab einer Beschäftigtenzahl von mindestens 50 Personen. Jeweils 50 Unternehmen sind den Branchen Handel bzw. Industrie zugehörig.

- Die Befragten erachten die Berufsakademie als relevant für 12.442 MitarbeiterInnen, also für 12 Prozent ihrer MitarbeiterInnen.
- Diese Aspekte der Berufsakademie erachten die Befragten als „sehr wichtig“: Praxisorientierung (85 Prozent), Weiterqualifizierung der MitarbeiterInnen für den Betrieb (78 Prozent) bzw. für diese selbst (62 Prozent), Berufsbegleitung (62 Prozent) und absehbare Dauer (52 Prozent).
- Eine hohe Wichtigkeit wird auch der Sicherung der Unternehmensnachfolge zugeschrieben: 50 Prozent der Befragten schreiben diesem Aspekt eine beträchtliche Wichtigkeit zu.

Analyse von Bildungsbiografien für die Berufsakademie

Anhand von Daten des WIFI wurden Bildungspfade zu folgenden Ausbildungszielen analysiert: Meisterprüfung, Werkmeisterschule, WIFI-Fachakademie und Berufsreifeprüfung.

Insbesondere wurde analysiert, welche Weiterbildungsprogramme/-kurse von den KursteilnehmerInnen vor, parallel und/oder nach Ablegung der angeführten vier Abschlüsse belegt wurden. Gerade diese Kurse

könnten im Sinn der Anerkennung nachgewiesener Kenntnisse und Fertigkeiten auf das Studium an der Berufsakademie angerechnet werden.

Daraus kann eine Abschätzung getroffen werden, wie groß der Personenkreis ist, der für die Berufsakademie als Zielgruppe in Frage kommen könnte.

- Zwei Drittel aller KursteilnehmerInnen hat mehr als einen zusätzlichen Kurs besucht. Jeder zweite KursteilnehmerIn hat drei oder mehr zusätzliche Kurse besucht, jeder vierte TeilnehmerIn fünf oder mehr Kurse. Etwa ein Drittel der KursteilnehmerInnen besucht lediglich einen zusätzlichen Kurs.
- Jährlich absolvieren österreichweit am WIFI etwa 1000 bis 1300 Personen einen Meister-, Werkmeister- oder Fachakademie-Ausbildungsgang inklusive darüber hinaus auch noch weitere „zusätzliche Kurse“.

Bei dieser Schätzgröße handelt es sich vermutlich um die Untergrenze der potentiell interessierten Personen für eine Berufsakademie bzw. einen Bachelor Professional. Das „wahre“ Potential sollte aus folgenden Gründen vermutlich (deutlich) höher sein:

- Der Beobachtungszeitraum war neun Jahre, also seit Wintersemester 2003. Auch schon vor dem Jahr 2003 haben KursteilnehmerInnen „M-WM-FA“-Ausbildungen durchlaufen und darüber hinaus auch noch weitere „zusätzliche Kurse“ belegt.
- Die 1000 bis 1300 Personen jährlich sind „nur“ jene, welche „M-WM-FA“-Ausbildungen und „zusätzliche Kurse“ belegt haben. Jene Personengruppe, welche beispielsweise ausschließlich „M-WM-FA“-Kurse“ usw. belegt hat, ist rund fünfmal so groß. Man kann davon ausgehen, daß es auch in dieser erweiterten Zielgruppe Interessierte für eine Berufsakademie gibt.
- Es wurden nur WIFI-Daten analysiert. Auch bei anderen Weiterbildungsträgern gibt es eine nicht unbedeutende Anzahl an KursteilnehmerInnen, die ähnliche bzw. teilweise inhaltlich analoge Ausbildungsziele verfolgen wie die WIFI-Kursteilnehmer in den „M-WM-FA“-Ausbildungsgängen.

Fazit

Das Potential der Studierenden an einer Berufsakademie kann auf 5000 bis 6000 Personen jährlich geschätzt werden. ■

Neue Impulse für Kahlenberg durch Seilbahnprojekt

Positive Machbarkeitsstudie präsentiert – Neue Chance für Tourismusstandort Wien – Experte rechnet mit rund 600.000 BesucherInnen pro Jahr



Foto: WKW / Fotograf Florian Wieser

So könnten innerhalb von nur zwei Jahren die Gondeln der Kahlenbergbahn 600.000 BesucherInnen jährlich auf den Kahlenberg bringen – Naherholungsgebiet der für WienerInnen und Anziehungspunkt für Touristen und Gäste aus den Bundesländern.

Die Überlegungen für eine Seilbahn auf den Kahlenberg als neue Tourismusattraktion nehmen weiter Form an. Genau ein Jahr, nachdem Josef Bitzinger, oberster Repräsentant der Wiener Tourismus- und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Wien, seine Idee zum 1. Mal präsentiert hat, liegt nun eine positive Machbarkeitsstudie zum Projekt vor.

Initiator Bitzinger blickt gespannt auf die weitere Entwicklung des Projektes. Vorteile würde es genug bringen: „Die Seilbahn auf den Kahlenberg wäre mit Sicherheit ein Tourismusmagnet, der den heutigen Anforderungen, Stichwort SMART-City-Konzept, entspricht, da es sich um eine umweltfreundliche Erschließung des Kahlenbergs mit Null-Emission, geräuscharm und auch noch barrierefrei handelt.“ Weiters sei der Spaßfaktor bei einer Stadtseilbahn von hohem Stellenwert. So gibt es beispielsweise Gondeln mit Glasböden, die spektakuläre Blicke erlauben.

Doch nicht nur im Touristenprogramm würde eine Seilbahn einen fixen Platz einnehmen, sondern auch für die Wiener Bevöl-

kerung wäre dieses neue Transportmittel von hoher Attraktivität. „Der Kahlenberg ist mit seiner einzigartigen Aussicht ein beliebtes Ausflugsziel für WienerInnen sowie für Touristen und Gäste aus den anderen Bundesländern. Eine Seilbahn wäre eine beliebte Alternative zu den üblichen Transportmitteln und würde einen weiteren Anreiz für einen Besuch schaffen. Zusätzlich können die Gäste die einzigartige Aussicht über die Dächer Wiens bei der Fahrt mit der Seilbahn genießen“, so Brigitte Jank, Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien.

So könnte sie aussehen: Die Hardfacts zur Seilbahn auf den Kahlenberg

Die positive Machbarkeitsstudie, welche vom renommierten Seilbahnunternehmen Doppelmayr erstellt wurde, zeigt deutlich, wie die Seilbahn auf den Kahlenberg aussehen könnte:

- Startpunkt bei der U6-Bahnstation „Neue Donau“ – Endpunkt Parkplatz Kahlenberg
- Streckenführung: Entlang der Autobahn bis zur Ablenkung, die sich am nördli-

chen Ufer der „Neuen Donau“ zwischen Jedleseer Brücke und Landesgrenze befindet. Von dort aus über die „Neue Donau“, die Donauinsel, die Donau, den Kuchelauer Hafen und das Kahlenbergdorf bis zum östlichen Ende des Parkplatzes am Kahlenberg.

- Fahrzeit: ca. 19 Minuten (ca. 11 Min. bis zur Mittelstation Nordufer, ca. 8 Min. vom Nordufer bis zur Bergstation).
- Personenbeförderungsvolumen: 1000 (ausbaubar bis zu 1500) Personen pro Stunde.
- 63 Kabinen à 10 Personen, Aufstockung bis zu 94 Kabinen möglich
- 600.000 erwartete Besucher pro Jahr (gerechnet aufgrund von Erfahrungswerten anderer Seilbahnprojekte).

Stadtseilbahnen funktionieren

„Seilbahnen in Städten funktionieren und finanzieren sich von selbst, wenn sie einmal in Betrieb gegangen sind. Das zeigt uns die Erfahrung mit bestehenden internationalen Projekten“, bestätigt Michael Bitterl, Seilbahnexperte von Doppelmayr Seilbahnen. Erfolgsbeispiele gibt es genug, verfügen doch

Wirtschaft

Tourismusmetropolen wie Barcelona, New York oder Hong Kong über eine eigene Stadtseilbahn.

Das jüngste Beispiel einer erfolgreichen Stadtseilbahn befindet sich im deutschen Koblenz, wo eine Seilbahn zur Bundesgartenschau 2011 vorerst nur bis 2014 errichtet werden durfte, um den prestigeträchti-



Seilbahn-Initiator KommR Josef Bitzinger



Fotos: WKW / Fotograf Florian Wieser

KommR Brigitte Jank (Präsidentin WK Wien) und Michael Bitterl (Doppelmayr Seilbahnen)

gen Welterbe-Status des Oberen Mittelrheintals nicht zu gefährden. Nach einem überwältigenden ökonomischen und ökologischen Erfolg mit mehr als 5,6 Mio. Fahrten während sechs Monaten gab sogar die UNESCO schließlich grünes Licht für den Fortbestand der Seilbahn. „Welterbe-Status und Seilbahn schließen sich also nicht aus. Weiters zählt Koblenz nur ca. 110.000 Einwohner und hat viel weniger Touristen als Wien und die Seilbahn funktioniert dort blendend“, so Bitterl.

Nächster Schritt: Gespräche mit Behörden und Investoren

Die reine Bauzeit für eine Stadtseilbahn beträgt im Normalfall etwa ein Jahr. Mit einem weiteren Jahr ist für sämtliche Bewilligungen zu rechnen. Mit der Zustimmung von Stadtverwaltung, Grundstückeigentümern sowie der Umsetzung durch eine Betreibergesellschaft könnte ein derartiges Projekt innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden. „Die Wiener Hotelbetten müssen gefüllt werden, und Besucherrekorde mit mehr als 12 Mio. Nächtigungen pro Jahr fallen nicht vom Himmel. Da müssen wir längerfristig schon etwas mehr bieten als Sisi und Franzl“, so Bitzinger. ■



Kamerad auf 4 Pfoten

Eine Sonderausstellung in Kötschach-Mauthen widmet sich dem besten Freund des Menschen – der nicht nur für vielseitige Aufgaben ausgebildet, sondern auch für Kriegszwecke mißbraucht wurde. Noch zu sehen bis 15. Oktober 2013.



Fotos: Verein Dolomitenfreunde

Zughunde wurden an allen Fronten zur Entlastung der Tragtiere eingesetzt und bewährten sich sogar im Hochgebirge

Der Hund gilt als bester Freund des Menschen. Im Lauf der Jahrzehnte erkannte der Mensch, daß der Hund aufgrund seiner speziellen Fähigkeiten und seiner Spielfreudigkeit für vielseitige Aufgaben ausgebildet werden kann, die der Menschheit im positiven Sinn zugutekommen.

In dieser Ausstellung im Rathaus der Kärntner Stadt Kötschach-Mauthen zeigen die „Dolomitenfreunde“ aber auch die Kehrseite, wie Menschen die Treue und Gehorsamkeit von Hunden ausnutzten, um diese für Kriegszwecke zu mißbrauchen.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt in der Zeit von 1915-1918.

Bereits 2000 Jahre v. Chr. führten Babylonier, Assyrer und andere Völker kräftige Hunde mit sich, um feindliche Dörfer und Städte zu überfallen. Um die Hunde vor Speer- und Pfeilspitzen zu schützen, trugen diese regelrechte „Kampfanzüge“ aus starkem Leder.



Auch im 21. Jahrhundert erfüllen Hunde konkurrenzlos ihre Aufgaben...

Im 7. bis 5. Jahrhundert v. Chr. soll der Einsatz von Hunden, die am Kampf teilnahmen, in der griechischen Welt üblich gewesen sein. So sollen diese u.a. in der Schlacht bei Marathon erfolgreich gegen die Kampfhunde der persischen Angreifer gekämpft haben.

Vom Mittelalter bis in die Neuzeit wurden Hunde in den Eroberungsfeldzügen und Kriegen bereits als Melde-, Spür- und Rettungshunde eingesetzt.

Der moderne Kriegshund jedoch entstand um etwa 1900. Im Ersten Weltkrieg wurden Hunde je nach Veranlagung u.a. zu Melde-, Sanitäts- oder Zughunden ausgebildet.

Zughunde wurden an allen Fronten zur Entlastung der Tragtiere eingesetzt und bewährten sich sogar im Hochgebirge. Durchschnittlich konnte für ein zweispänniges Hundegespann bei einer Belastung von 200 kg eine Tagesleistung von 15-20 km angenommen werden. Je nach Bespannung erhöhte

Chronik

sich das Zuggewicht bei sehr günstigen Umständen sogar auf 450 kg, ohne daß die Tiere dabei Schaden erlitten.

In der Sonderausstellung wird u.a. auch die Verwendung von Hunden im Rettungsdienst gezeigt. Bereits vor 1900 wurden Hunde dazu ausgebildet, Verwundete aufzuspüren und den Sanitätssoldaten anzuzeigen. Bediente man sich vorerst des „Verbellens“ oder des Apportierens der Kappe, so setzte sich letztendlich die lautlose Methode des „Bringsel-Verweizens“ (der Hund zeigt durch Apportieren des Bringsels, daß er das Gesuchte gefunden hat) immer mehr durch.

Die in der Kriegszeit gewonnenen Erkenntnisse und die damit verbundenen neuen Ausbildungsmethoden werden heute noch bei den Rettungshundebrigaden angewandt.

Im Zweiten Weltkrieg dressierten spezielle sowjetische Verbände sogenannte „Minenhunde“. Während einer 40 Tage dauernden Ausbildung wurden sie dazu abgerichtet, unter Panzern nach Futter zu suchen. Unmittelbar vor dem Einsatz wurde den ausgehungerten Tieren eine Sprengladung umgeschmalt und mittels eines Knickzünders zur Detonation gebracht.

An allen Fronten waren im Zweiten Weltkrieg über 200.000 Hunde im Einsatz, von



Ein original Hundekarren, wie er einst am Karnischen Kamm im Einsatz war.

denen alleine auf deutscher Seite 25.000 im Krieg starben.

Keine moderne technische Errungenschaft konnte bis heute die überragenden Sinne des Hundes vollständig ersetzen. Auch im 21. Jahrhundert erfüllen Hunde konkurrenzlos ihre Aufgaben, sei es beim Militär, im Sicherungsdienst, im Such- und Ret-

tungseinsatz bei Naturkatastrophen, oder im sozialen Bereich.

In der Sonderausstellung wird auf rund 300 m² mit zahlreichen Bildern, Dokumenten, Filmen, Exponaten sowie Dioramen im Maßstab 1:1 die vielseitige Verwendung der Hunde von der Antike bis zur Gegenwart. ■

<http://www.dolomitenfreunde.at>



Fotos: Verein Dolomitenfreunde

Diensthunde werden von ihren Hundeführern von Tierärzten auf Gesundheitszustand und Tauglichkeit untersucht.

Kaiseradler-Jungvögel fliegen aus

LR Pernkopf übernimmt Patenschaft für »Esperanza« – den einzigen besenderten Kaiseradler in Österreich

Zwei Wochen später als in den vergangenen Jahren war es in den ersten Augusttagen soweit: insgesamt 10 Kaiseradler-Jungvögel wagten den Absprung aus den 15 bis 20 Meter hohen Horstplätzen. Dabei stammen fünf Jungvögel aus niederösterreichischen Horsten und fünf der jungen Kaiseradler aus dem Burgenland. Für einen der streng geschützten Greifvögel übernahm der niederösterreichische Landesrat Stephan Pernkopf die Patenschaft: „Esperanza“ wurde schon Mitte Juli von den Experten der Vogelschutzorganisation BirdLife Österreich mit einem Sender versehen. Neue Hoffnung für den Kaiseradler ist auch das Motto der BirdLife-Experten, nachdem in den Jahren 2011-12 alle fünf der besenderten jungen Kaiseradler einen frühen Tod durch Vergiftung oder illegale Bejagung im In- und dem angrenzenden Ausland gefunden haben.

„Die Kaiseradler-Patenschaft ist ein sichtbares Zeichen für die Unterstützung von Artenschutzbemühungen, die die Einbindung verschiedenster Interessen und Akteure erfordern. Als Brutvogel offener Steppengebiete fühlt sich der Kaiseradler offensichtlich gerade im Niederösterreichischen Weinviertel besonders wohl. Das natürliche Überleben der Jungvögel sollte besonders hierzulande gesichert sein“, so der Landesrat.

Mit fast vier Kilo hat „Esperanza“ bereits das Gewicht einer ausgewachsenen Kaiseradler-Dame erreicht. Die männlichen Artgenossen sind mit 2,5 bis 3 Kilo leichter und kleiner. Jetzt müssen nur noch die Federn der Jungvögel aushärten und die Flugkünste geübt werden. Die genauen Orte der Horste mit den jungen Kaiseradlern bleiben aus Sicherheitsgründen aber geheim. „Auch die Senderdaten von Esperanza werden wir erst in einigen Wochen online stellen“, so Gábor Wichmann, Projektleiter und stellvertretender Geschäftsführer bei BirdLife Österreich. Die solarbetriebenen kleinen Instrumente werden dem Jungvogel wie ein Rucksack mit größter Sorgfalt und Genauigkeit angepasst. Ab diesem Zeitpunkt werden mehrmals täglich die genauen Positionen des Vogels gespeichert und alle drei Tage via Satellit übertragen.



Foto: BirdLife

LR Stephan Pernkopf (l.) und Michael Tiefenbach mit einem Kaiseradler-Jungvogel

Im Österreichisch-Slowakischen EU-Projekt Coro-Skat gelang es bisher zumindest die Lebensbedingungen für die mit bis zu zwei Metern Flügelspannweite großen Greifvögel zu verbessern. „Wir bringen Horstplattformen an und sichern kräftige Altbambestände, die auch anderen Vogelarten wie dem Weiß- und Schwarzstorch oder dem Sakerfalken zugutekommen“, erklärt Wichmann.

Besenderung bringt Erkenntnisse zur Flugroute und Schutzmaßnahmen

Mit der Besenderung der Jungvögel haben die Vogelschützer bisher sensationelle Erkenntnisse über die Flugrouten der braunschwarz gefiederten Greifvögel gewonnen. Wichmann: „Beispielsweise erkundete der 2011 geschlüpfte Jungvogel ‚Michi‘ in etwa nur einer Woche Gebiete von Ostungarn nahe der ukrainischen Grenze, flog über den Plattensee und besuchte das Südburgenland, den Wienerwald, das Waldviertel bis zur Grenze nach Tschechien“. Die Besenderung der jungen Kaiseradler hilft aber vor allem bei der Aufklärung getöteter Vögel. „Auch wenn uns die Senderdaten nur zum verende-

ten Vogel führen, bestätigen sie, daß der Mensch die größte Bedrohung des Kaiseradlers ist“, bringt Wichmann diese wenig erfreulichen Erfahrungswerte der Besenderung auf den Punkt.

Erste drei Lebensjahre für Kaiseradler am gefährlichsten

Gerade in den ersten drei bis vier Lebensjahren, in denen die Adler überlebenswichtige Erfahrungen sammeln, sind Kaiseradler stark gefährdet durch illegale Verfolgung oder Stromschlag an Strommasten. In freier Wildbahn können Kaiseradler älter als zehn Jahre werden.

„Seit 1811 galt der Kaiseradler in Österreich als ausgestorben. Vor 14 Jahren dann die erste Kaiseradlerbrut in Niederösterreich – heuer sind es in Niederösterreich sieben und im Burgenland vier Brutpaare“, so Wichmann.

Um Bedrohungen vorzubeugen und den Bestand der Kaiseradler langfristig zu sichern, wird Birdlife mit Partnern aus der Region die Jungtiere weiterhin genau beobachten. ■

<http://www.birdlife.at/coro-skot>

»Rein ins Rathaus!«

Über 4000 Kinder bei der elften Kinderstadt im Rahmen des wienXtra ferienspiels – Bürgermeister Häupl im Gespräch mit Kinder-JournalistInnen und -politikerInnen



Foto: PID / Votava

»Rein ins Rathaus«: Die öffentliche Stadtratssitzung mit 500 TeilnehmerInnen beeindruckte die StadtpolitikerInnen

Eine Woche lang gaben Kinder im Wiener Rathaus den Ton an. Mit viel Einsatz und jeder Menge Spaß gestalteten, verwalteten und regierten die Ferienkids ihre eigene Stadt. Jobs suchen, Holli-Cents verdienen, Steuern zahlen, in der Regierung mitreden oder als kritische JournalistInnen die Geschehnisse kommentieren – die BürgerInnen der Kinderstadt hatten viel zu tun. Absolute Programm-Highlights waren die Treffen mit echten PolitikerInnen, die täglichen Wahlen und das große Kinderstadtfest.

Kinder an die Macht

Auch die Politik lag bei „Rein ins Rathaus!“ ganz in Kinderhänden. Täglich um 14 Uhr traten die BürgerInnen an die Wahlurnen. Wer die beste Kampagne führte hatte gute Chancen, die Kinderstadt als BürgermeisterIn oder StadträtIn mitzuregieren. Unterstützt wurde die Regierung auch von freien Abgeordneten und natürlich durfte auch die Opposition nicht fehlen. Insgesamt

übten in dieser Woche über 40 Kinder Regierungämter aus, beschlossen 16 Gesetze, zehn Verordnungen und ein neues Verfassungsgesetz, das BürgerInnen die Möglichkeit eines Volksbegehrens einräumt.

Von Gesetzesentwürfen bis zu Fleischlaibchen

Am 21. August traf eine Kinderdelegation von JournalistInnen und PolitikerInnen der Kinderstadt im Wiener Rathaus Bürgermeister Michael Häupl. Die 17 VertreterInnen im Alter zwischen 6 und 13 Jahren stellten Häupl Fragen zu seiner politischen Arbeit, persönlichen Erfolgen, Wünschen und Vorlieben und berichteten ihm über aktuelle politische Themen der Kinderstadt. Anschließend führten sie den Bürgermeister durch ihre Kinderstadt.

Daß ein Bürgermeister bis zu 16 Stunden täglich arbeitet, nach fast 20 Jahren Amtszeit vor fast nichts mehr Angst hat und PolitikerInnen neben fachlichem Verständnis vor

allem Menschenliebe haben sollten, erzählte Häupl im offenen Gespräch. Die Kinder erfuhr aber auch, daß ihm zu wenig Zeit für seinen Enkel bleibt, er gerne Fleischlaibchen isst und gebratenen Kohl gar nicht mag. Umgekehrt berichteten die Kinder von neuen politischen Strukturen in der Kinderstadt und wie schwierig und notwendig Änderungen im Lohnschema der Kinderstadt durchzusetzen seien.

Kinder machen Politik im Rathaus

In der Woche von „Rein ins Rathaus“ fanden bereits auch Kinder-Gespräche mit den StadträtInnen Oxonitsch, Brauner, Vasilakou und Ludwig sowie mit BezirksrätInnen verschiedener Bezirke statt, Termine mit den Stadträtinnen Sima, Wehsely und Frauenberger folgten. Resümee aller beteiligten GesprächspartnerInnen: die politische Realität Kinderstadt spiegelt viel von der erwachsenen Stadtpolitik wider und beide Seiten können voneinander lernen.

Chronik

Feiern in der Kinderstadt

Ein echtes Highlight war das große Kinderstadt-Fest am Nachmittag des 23. August. Jugendstadtrat Christian Oxonitsch eröffnete die Feier: „Es ist beeindruckend mit welchem Einsatz Ihr Eure Stadt verwaltet und betreibt. Viele Themen und Herausforderungen mit denen Ihr dabei konfrontiert seid, sind sehr ähnlich wie die der erwachsenen PolitikerInnen im Rathaus. Ich danke allen MitarbeiterInnen von wienXtra und natürlich allen Kindern für diese gelungene elfte Kinderstadt!“

Unter den Festgästen waren 500 BürgerInnen der Kinderstadt und auch erwachsene Stadt-PolitikerInnen, die die Gelegenheit nutzten, sich mit den Kindern über politische Arbeit und wichtige Themen wie Steuern, Verkehr oder soziale Anliegen auszutauschen. Coole Tanzshows, eine extravagante Modeschau und eine öffentliche Stadtratssitzung machten die Feier für alle zum echten Erlebnis.



Foto: wienXtra / Bubu Dujmic

■ *Bürgermeister Michael Häupl stellte sich den Fragen der KinderjournalistInnen.*

Noch nie gab es so viele SteirerInnen

Mit einer Einwohnerzahl von 1.210.971 hat die Steiermark derzeit den höchsten Bevölkerungsstand, der in unserem Bundesland je gemessen wurde“, erklärte Martin Mayer, Leiter der steirischen Landesstatistik, am 27. August. Anhand des zentralen Melderegisters und des darauf aufbauenden Bevölkerungsregisters von Statistik Austria ergibt sich mit 1.1.2013 diese (aufgrund der Registerzählung 2011 revidierte) Einwohnerzahl der Steiermark. Damit hat die Grüne Mark genau um 2.275 oder 0,2 Prozent mehr Bewohner als zum 1.1.2012.

Dieses Plus ist hauptsächlich zurückzuführen auf die nach der Wirtschaftskrise stark gestiegene deutlich positive Wanderungsbilanz von etwa +3.900, während die Geburtenbilanz mit -1.641 weiterhin stark negativ ist. Dieser positive Wanderungssaldo wurde hauptsächlich von ausländischen Migranten (besonders aus den ost- und südosteuropäischen Staaten und Deutschland) in den Großraum Graz verursacht, bei gleichzeitiger Binnenabwanderung aus der Obersteiermark. Ohne diese anhaltende Zuwanderung hätte die Steiermark seit über 30 Jahren deutliche Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen, die Wohnbevölkerung wäre grob geschätzt um über ein Achtel niedriger (weniger als 1.050.000) und die Geburtenzahl wahrscheinlich bei etwa 8.000 statt wie derzeit über 10.000!



Foto: steiermark.at / Leiss

Martin Mayer (l.) und Josef Holzer vom Referat für Statistik

Die Zahl der Ausländer ist im Verlauf des Jahres 2012 um über 5.200 auf 90.761 gestiegen. Dieser Zuwachs ist einerseits eben durch Zuwanderung, andererseits aber auch durch eine deutlich positive Geburtenbilanz der Ausländer entstanden. Der Ausländeranteil ist weiter ansteigend und beträgt nun an der gesamten Wohnbevölkerung 7,5 Prozent. Österreichweit hat die Steiermark damit nach

dem Burgenland und knapp nach Niederösterreich den drittgeringsten Anteil. Eine steirische Besonderheit: 45 Prozent der Ausländer stammen aus der EU (davon allein ein Drittel aus Deutschland), 29 Prozent aus den nunmehrigen Staaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) und nur 7 Prozent aus der Türkei.

<http://www.statistik.steiermark.at>

Wiener Gemischter Satz wird zur DAC

Diese Sonderregelung war für den Wiener Wein notwendig, da Wien gleichzeitig Hauptstadt und Bundesland ist.

Der Wiener Gemischte Satz ist einer der traditionsreichsten Weine Österreichs und ein Stück Identität der Weinstadt Wien. Ab dem Jahrgang 2013 erreicht er jetzt den DAC-Status und damit eine geschützte Herkunftsbezeichnung. Damit ist gesichert, daß der Wiener Gemischte Satz ausschließlich aus Wien stammt und seine hohe Qualität durch strenge Regeln und Kontrollen gewährleistet ist und bleibt.

Mit der Unterzeichnung des vom Nationalen Weinkomitee eingebrachten Antrages zum DAC-Status des Wiener Gemischten Satzes durch Bundesminister Nikolaus Berlakovich hat ein Prozeß seinen Schlußpunkt gefunden, der bereits seit Jahren läuft – die Renaissance des traditionellen Wiener Gemischten Satzes. Durch die neue Verordnung wird exakt definiert, welcher Wein diese Bezeichnung tragen darf. Damit wurde Bestrebungen, insbesondere der Gruppe „Wien Wein“, die maßgeblich für den Erfolg dieser Wiener Wein-Spezialität im vergangenen Jahrzehnt verantwortlich zeichnet, Rechnung getragen, die Herkunft und hohe Qualität dieser Weine durch entsprechende Bestimmungen abzusichern.

Ein Wein mit Geschichte

Bereits im 19. Jahrhundert, als in den meisten anderen österreichischen Weinbaugebieten hauptsächlich Massenträger-Reben ausgepflanzt waren, setzte man in Wien auf Edelrebsorten wie Riesling, Rotgipfler, Weißburgunder und Traminer. Diese wurden zusammen mit anderen weißen Sorten im Weingarten gemischt ausgepflanzt und die geernteten Trauben im Keller gemeinsam verarbeitet. Dadurch entstanden nicht nur sehr vielschichtige Weine, die Eigenschaften wie Frische, Fruchtigkeit oder Körperreichtum vereinigten, sondern der Winzer hatte auch einen sicheren Ertrag: Durch die unterschiedlichen Blütezeitpunkte der Sorten führten auch widrige Witterungsumstände während der Blütezeit nie zu einem Totalausfall der Ernte.

Mit dem Trend zum reinsortigen Ausbau wurde der Gemischte Satz immer mehr zum einfachen Schankwein degradiert. Nur Wein-



Foto: BMLFUW / Bernhard Kern

v.l.: Ök.-Rat Herbert Schilling (Obmann Landesweinbauverband), Elisabeth Hirschbüchler (Österreichische Weinkönigin), Bundesminister Niki Berlakovich, Abg. z. NR Johannes Schmuckenschlager, Abg. z. NR Franz Windsich (Präsident der LK Wien) und Martin Obermann (GF Regionales Weinkomitee Wien)

bau-Legende Franz Mayer füllte ihn konsequent weiter in Bouteillen ab und glaubte an die Zukunft dieses Weines. Erst spät fand er damit Gehör und mit der Initiative der Gruppe „WienWein“, erlebte der Wiener Gemischte Satz eine neue Blüte.

Was ist ein Wiener Gemischter Satz?

Die neue Verordnung zum Wiener Gemischten Satz schreibt vor, daß zumindest drei weiße Qualitätsweinsorten gemeinsam in einem Wiener Weingarten angepflanzt sein müssen, welcher im Kataster des Wiener Rebflächenverzeichnisses als Wiener Gemischter Satz eingetragen ist. Der größte Sortenanteil einer Rebsorte darf nicht höher als 50 Prozent sein, der drittgrößte Anteil muß zumindest 10 Prozent umfassen. Der vorhandene Alkoholgehalt ist mit höchstens 12,5 % vol. am Etikett anzugeben, der Wein darf keinen stark wahrnehmbaren Holzeinsatz vorweisen und muß trocken sein. Zusätzlich kann der Wiener Gemischte Satz DAC auch mit einer Lagenbezeichnung auf den Markt kommen. Der vorhandene Alkoholgehalt ist bei Lagenweinen mit mindestens 12,5 % am Etikett anzugeben, der Wein

muß nicht der Geschmacksangabe „trocken“ entsprechen und darf nicht vor 1. März des auf die Ernte folgenden Jahres verkauft werden.

Qualitätswein-Herkunft Wien bleibt erhalten

Die DAC erstreckt sich ausschließlich auf die Regelung des Wiener Gemischten Satzes. Somit dürfen alle Qualitätsweine Wiens weiter unter der Bezeichnung Wiener Wein auf den Markt kommen. Ein Gemischter Satz, welcher nicht den Regelungen des Wiener Gemischten Satzes entspricht, muß als Landwein mit der Herkunftsbezeichnung Weinland in Verkehr gebracht werden. „Diese Sonderregelung war für den Wiener Wein notwendig, da Wien gleichzeitig Hauptstadt und Bundesland ist und damit bis 2009 Weinbauregion für Landwein und auch Weinbaugebiet für Qualitätswein war“, erklärt Willi Klinger, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing. „Die neu geschaffene DAC für den Wiener Gemischten Satz ist eine viel strengere Qualitäts- und Herkunftsgarantie als die bisherige Regelung.“

<http://www.wienerwein.at>

Ein Leben für Salzburg und seine Festspiele

Landeshauptmann Wilfried Haslauer zeichnete Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler mit dem Wolfgang-Schüssel-Preis aus.



Foto: Franz Neumayr

Nach dem Festakt der Verleihung (v.l.): Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel, Landeshauptmann Wilfried Haslauer, die Preisträgerin Festspielpräsidentin Helga Rabl Stadler und Laudator und ISA-Vizepräsident Dieter Soltmann

Präsidentin Helga Rabl-Stadler verkörpert alle Kriterien des Preises: Durch außerordentliche Verdienste in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, getragen von einem toleranten europäischen Geist. Sie kann auf Erfolge als Journalistin, Unternehmerin, Wirtschaftskammerpräsidentin, Nationalratsabgeordnete und Festspielpräsidentin blicken. Ihre Stärken sind Wissen, Erfahrung und Leidenschaft für Salzburg und die Salzburger Festspiele und ihre menschliche Qualität als Familienmensch. Sie „lebt“ die Salzburger Festspiele.“ Dies erklärte Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 8. August, bei der Verleihung des Dr.-Wolfgang-Schüssel-Preises an Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler im Kavalierhaus Kleßheim.

Helga Rabl-Stadler

Helga Rabl-Stadler, geboren 1948 in Salzburg, studierte von 1966 bis 1970 Rechtswissenschaft sowie Publizistik und Politikwissenschaften. Anschließend übersiedelte sie nach Wien und war bis 1974 als Journalistin in den Ressorts Wirtschaft und Innenpolitik in der „Presse“ und in der „Wochenpresse“

tätig und bis 1978 als erste weibliche Journalistin Innenpolitik-Kolumnistin in der Wiener Tageszeitung „Kurier“.

Von 1983 bis 2008 war Rabl-Stadler Mit-eigentümerin und Gesellschafterin des Familienbetriebs Modehaus Resmann in Salzburg und Linz.

Sie war von 1983 bis 1990 ÖVP-Nationalratsabgeordnete und setzte unter anderem ein Programm für flexible Arbeitszeitlösungen und eine Initiative zur Liberalisierung der Ladenschlußzeiten durch. Auch für eine bessere Verankerung von Sponsortätigkeiten im Steuerrecht trat sie ein.

Von 1985 bis 1988 war Rabl-Stadler die erste weibliche Vizepräsidentin und danach bis 1995 Präsidentin und Finanzreferentin der Wirtschaftskammer Salzburg.

Als sie 1995 zur Präsidentin der Salzburger Festspiele ernannt wurde, legte sie alle politischen und standespolitischen Funktionen in Salzburg und Wien zurück. Der Vertrag wurde dreimal verlängert und läuft bis 2014, 2011 übernahm Rabl-Stadler zusätzlich die kaufmännischen Agenden.

In diesen Funktionen ist sie die Vertretung der Festspiele nach außen, quasi „Aus-

senministerin der Festspiele“. Unter ihre Präsidentschaft fallen der erfolgreiche Aufbau eines Sponsoring-Netzwerkes mit den derzeit vier Hauptsponsoren Nestlé, Audi, Siemens und Rolex sowie zahlreichen Projektsponsoren, vor allen Montblanc, Roche, JTI und Borusan Holding und die Gewinnung von Mäzenen wie Donald Kahn, Gerhard Andlinger, Erich Schumann und Senator h.c. Prof. Herbert Batliner. Der Höhepunkt ihrer Sponsoringfolge war die Finanzierung des Hauses für Mozart. Von den Gesamtkosten von mehr als 36 Millionen Euro haben die Festspiele für einen Kulturbetrieb 40 Prozent selber aufgebracht.

Der Preis

Die Internationale Salzburg Association, eine Plattform für Freunde und Förderer Salzburgs aus aller Welt, vergibt seit 2007 den Dr. Wolfgang-Schüssel-Preis im Zwei-Jahres-Rhythmus an Persönlichkeiten, die sich für das Wohl von Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur einsetzen. Preisträger bisher waren Peter Ruzicka, Senator Herbert Batliner und Erzbischof Alois Kochgasser. ■

<http://www.salzburgerfestspiele.at>

Erste Vizebürgermeisterin Salzburgs



Foto: Stadt Salzburg

Christine Homola ist künftig Vizebürgermeisterin der Landeshauptstadt

Der schon länger angekündigte Rückzug von Salzburgs Bürgermeister-Stellvertreter Martin Panosch in die Privatwirtschaft wird nun vollzogen: Beim Gemeinderat am 18. September wird Bürgermeister Heinz Schaden SPÖ-Klubvorsitzende Christine Homola als dessen Nachfolgerin vorschlagen. Schaden: „Ich schätze Christine Homola sehr. Unser Verhältnis ist von gegenseitig-

gem Vertrauen geprägt. Sie ist eine zuverlässige Leistungsträgerin und sozialpolitisch bestens vernetzt. Für sie steht immer der Mensch an erster Stelle.“

Christine Homola wird die erste Vizebürgermeisterin in der Geschichte der Stadt Salzburg sein. Sie selbst sieht das „auch als ein wichtiges Signal an die Frauen“. Homola ist mit der Stadtpolitik bestens vertraut. Sie war von 1989 bis 1992 erstmals im Gemeinderat und dann wieder ab 1999. Seit 2005 ist sie Klubvorsitzende der SPÖ.

Die künftige Vizebürgermeisterin betont: „Ich weiß genau, wo im Sozialbereich der Schuh drückt und werde mich mit vollem Engagement der neuen Aufgabe widmen.“ Ein Schwerpunkt werde der Umbau der Seniorenwohnhäuser samt Qualitätsverbesserungen sein. Ein weiterer das Thema Wohnen. „Ich freue mich aber auch schon auf die Zusammenarbeit mit allen im Sozialbereich Tätigen. Und bin natürlich stolz darauf, daß ich gefragt wurde, ob ich diese Aufgabe übernehme.“

Schaden und Homola bedanken sich beim scheidenden Bürgermeister-Stellvertreter Martin Panosch für seine erfolgreiche Tätigkeit. Er wird in ein privates Versicherungsunternehmen wechseln. Wer den SPÖ-Klubvorsitz von Homola übernimmt, ist noch nicht entschieden. Nach der Sommerpause wird der oder die Nachfolgerin bestimmt. ■

Schottenberg geht

Mein Entschluß steht seit längerem fest“, so Michael Schottenberg, künstlerischer Direktor des Wiener Volkstheaters. „Zehn Jahre sind eine ausreichend gute Zeit, wesentliche künstlerische Ziele umzusetzen. Ich habe das Volkstheater als *das* Stadttheater von Wien positioniert, das in seiner Themenvielfalt, seiner Kompetenz und seinem sozialen Anspruch einen festen Stellenwert in dieser Stadt beschreibt. Mein Wunsch, so viele Menschen zu erreichen wie Wien Einwohner hat, hat sich schon am 30. Juni 2013 erfüllt: insgesamt waren bisher 1,8 Millionen Besucher bei uns im Volkstheater zu Gast.“

Der Schauspieler und Regisseur Michael Schottenberg hat mit der Saison 2005/06 die künstlerische Direktion übernommen. Am 29. September kommt seine neue Inszenierung „Glorious!“ mit Maria Bill in der Rolle der schlechtesten Sängerin der Welt, Florence Foster Jenkins, zur österr. Erstaufführung.

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny nimmt Schottenbergs Abschied mit Bedauern zur Kenntnis: „Michael Schottenberg hat das Volkstheater in den letzten acht Jahren mit großem Engagement und Erfolg geführt und die Theaterlandschaft Wiens maßgeblich geprägt. Er hat das Theater mit neuen vielfältigen Themen bereichert, insbesondere auch mit interkulturellen Schwerpunkten, und damit auch neue Publikumsschichten gewonnen.“ ■

Israelitische Kultusgemeinde ehrt LTP van Staa

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde überreichte die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg, Esther Fritsch, eine Ehren-Urkunde für besondere Verdienste um die Israelitische Kultusgemeinde in Tirol an Landtagspräsident Herwig van Staa.

„Es ist dies das erste Mal, daß die Israelitische Kultusgemeinde eine solche Ehren-Urkunde verleiht. Uns ist es ein großes Anliegen, uns für das jahrelange Wohlwollen unseren religiösen und kulturellen Bemühungen gegenüber und nicht zuletzt für das offene Ohr, mit dem wir bei Präsident van Staa immer rechnen konnten, von Herzen zu bedanken“, so Präsidentin Fritsch, die insbesondere auch das persönliche Engagement des Landtagspräsidenten für die Erweiterung der Synagoge in der Innsbrucker Sillgasse besonders hervorhob. Daß die Ehren-Urkunde auch vom Oberrabbiner des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden



Foto: Tiroler Landtag

TP van Staa mit Esther Fritsch und VertreterInnen der Israelitischen Kultusgemeinde

Österreichs Paul Chaim Eisenberg mitunterzeichnet wurde, sei schließlich auch ein

Zeichen des Dankes der gesamten jüdischen Gemeinde Österreichs an LTP van Staa. ■

Medizinische Fakultät an der JKU in Linz

Ministerrat beschließt Art. 15a B-VG Vereinbarung



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

v.: LRin Doris Hummer, LH Josef Pühringer, Bürgermeister Franz Dobusch, Vizerektor Univ.Prof. Herbert Kalb, Wolfgang Bayer, h.: Dekan Univ.-Prof. Meinhard Lukas, Elgin Drda, KO LAbg. Günther Steinkellner, LR Reinhold Entholzer, LAbg. Ulrike Schwarz

Nur einen Monat nachdem sich Bund, Land und öö. Gemeinden über die Finanzierung einer Medizinischen Fakultät an der JKU in Linz geeinigt haben, wurde am 13. August im Ministerrat die Art. 15 a B-VG Vereinbarung beschlossen. „Damit heißt es ‚Weg frei‘ für ein eigenes Medizinstudium in Oberösterreich. Mit den konkreten Umsetzungsarbeiten wurde bereits begonnen, damit ein rascher Studienbeginn möglich ist“, so Landeshauptmann Josef Pühringer, der sich in diesem Zusammenhang vor allem bei Wissenschaftsminister Univ. Prof. Karlheinz Töchterle und Finanzministerin Maria Fekter für die konstruktive Zusammenarbeit und die rasche Beschlußfassung in der Bundesregierung bedankte.

Ebenso maßgeblich dazu beigetragen haben Bundeskanzler Werner Faymann, Gesundheitsminister Alois Stöger sowie Staatssekretär Josef Ostermayer mit ihrem frühzeitigen und klaren Bekenntnis zu einer Medizinfakultät in OÖ.

Ein jahrelanges Ziel – begleitet durch intensive Expertenarbeit – und eine gemeinsame politische Vision in Oberösterreich konnten letztendlich in einer sehr kurzen, aber sehr intensiven Verhandlungszeit finalisiert

und ein großes und nachhaltiges Zukunftsprojekt Realität werden lassen.

Landeshauptmann Pühringer unterzeichnete gleich im Anschluß an den Ministerrat die Art. 15 a B-VG Vereinbarung. Endgültige Rechtskraft erhält diese, sobald sie vom Nationalrat und vom Landtag beschlossen wird. Durch die Auflösung des Nationalrates im Zusammenhang mit der Nationalratswahl im Herbst wird dies zwischen Ende 2013 und 1. Halbjahr 2014 erfolgen.

Im Oö. Landtag soll der Beschluß bereits am 12. September 2013 gefällt werden.

Der Weg Oberösterreichs zu einer Medizinfakultät in Linz

Am 5. Oktober 2006 hat der Oberösterreichische Landtag die Bundesregierung aufgefordert, eine Medizinische Universität in Oberösterreich zu gründen und zu errichten. Begründet wurde dies damals u.a. damit, daß aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren deutlich mehr MedizinerInnen benötigt würden. In Oberösterreich wären durch enge Kooperationen mit Medizinischen Universitäten bereits schon jetzt zahlreiche Praktikumsplätze in akademischen Lehrkrankenhäusern geschaffen.

Daher wäre es die logische Folge, die Zahl der Ausbildungsplätze und Ausbildungsstätten zu erweitern und als zusätzlichen Standort für eine eigene Medizinische Universität das Bundesland Oberösterreich bzw. die Landeshauptstadt Linz zu berücksichtigen.

Mit Entschließungsantrag 105/UEA XXIV. GP betreffend die Medizinische Universität Linz wurde folgende Beschlußfassung durch den Nationalrat beantragt: „... Weiters werden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, bei Notwendigkeit eines weiteren Standorts mit dem Land Oberösterreich hinsichtlich einer Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Medizinischen Universität in Linz unter der Hauptverantwortung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung in Verhandlungen zu treten.“

Dieser Entschließungsantrag wurde in der 14. Sitzung des Nationalrates am 26. Februar 2009 beschlossen. Der damalige BM für Wissenschaft und Forschung, Johannes Hahn, bestätigte im Dezember 2009 in einem Schreiben, daß „bei nachweislichem Bedarf einer zusätzlichen medizinischen Universität in Österreich der Standort Linz primär in Betracht gezogen“ wird.

Wissenschaft & Technik

Im Juni 2012 wurde nach einer Phase von intensiven Vorgesprächen mit BM Töchterle die Gründung einer gemischten Kommission aus VertreterInnen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und des Landes Oberösterreich beschlossen und somit ein konkreter Schritt für die tatsächliche Realisierung gesetzt.

Seitens des Landes OÖ waren im Verhandlungsteam vertreten: Rektor Univ.Prof. Hagelauer, Vizerektor Univ.Prof. Kalb, Dekan Univ.Prof. Lukas (JKU), Drda (Büro LH), Präsident Schramm, Univ.Prof. Schmitt, Univ.Prof. Thaler, Univ. Prof. Fellner (medizinische Gesellschaft Oö), Präsident Niedermoser (Oö. Ärztekammer).

Die Themenschwerpunkte dieser Kommissionen waren Rechtsfragen, Standort, Organisationsstruktur, Dienstrecht, Forschungskonzept, Planungsannahmen sowie der Klinische Mehraufwand.

Im Februar 2013 wurde das Bundesministerium für Finanzen in die Expertenarbeiten einbezogen. Nach Zustimmung zum nunmehr vorliegenden Modell einer Medizinischen Fakultät an der Universität Linz durch die Regierungsspitze am 23. April 2013 mit Bundeskanzler Werner Faymann fanden in weiterer Folge bis Anfang Juli 2013 politische Finanzierungsverhandlungsrunden zwischen BM Fekter, BM Töchterle, BM Stöger, StS Ostermayer sowie LH Pühringer und Regierungsmitgliedern von Oberösterreich und dem Linzer Bürgermeister Dobusch statt.

Am 2. Juli 2013 konnte eine Einigung über die Tragung der Finanzierungskosten erreicht werden.

Parallel dazu wurde an einer entsprechend notwendigen Änderung des Universitätsgesetzes 2002-UG gearbeitet, eine diesbezügliche Regierungsvorlage beschlossen und dem Parlament übermittelt. Mit der Änderung des Universitätsgesetzes im Juli 2013 wurde die rechtliche Möglichkeit geschaffen, an einer Universität eine Medizinische Fakultät zu errichten. Damit war die gesetzliche Grundstein für Linz gelegt.

Die mit der Errichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität Linz mitbefaßte Hochschulkonferenz hat am 10. Juli 2013 mit einstimmigem Beschluß ihre Zustimmung zur Errichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität Linz gegeben:

BM Töchterle: „Die Realisierung kann nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen, die wir heute im Sinne einer gesamtheitlichen Stärkung des heimischen Wissenschafts- und Forschungsstandortes definiert haben.“

Rektor Heinrich Schmidinger, Präsident der Universitätskonferenz: „Die oö. Delegation habe eine sehr überzeugende Präsentation abgeliefert und sei auf die Argumente und Probleme aus Sicht der Kritiker eingegangen. Das war so überzeugend, daß ich sagen konnte. Unter diesen Bedingungen stimme ich zu.“

Univ. Prof. Ulrike Plettenbacher, Vertreterin des Wissenschaftsrates: „Die Präsentation hat gezeigt, daß es in Linz enormes Engagement gebe. Dieses will man nun mit einer internationalen Gründungskommission und Begleitung des Wissenschaftsrates in die richtigen Bahnen lenken.“

Am 13. August faßte die österreichische Bundesregierung im Ministerrat den Beschluß einer Art. 15 a B-VG Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Medizinischen Fakultät und die Errichtung des Studiums der Humanmedizin an der Universität Linz.

Inhalte Art. 15 a B-VG Vereinbarung

Die Vereinbarung bildet die rechtliche Grundlage über die organisatorische und die finanzielle Beteiligung des Landes Oberösterreich an der Errichtung und am Betrieb einer Medizinischen Fakultät sowie an der Durchführung des Studiums der Humanmedizin in Form eines Bachelor/Master-Studiums, einschließlich eines darauf aufbauenden PhD-Studiums.

Bund und Land OÖ haben sich dabei auf folgende Kostentragung geeinigt:

Infrastrukturkosten

- 127,5 Mio. Euro Infrastruktur+Liegenschaften+Finanzierung: Land OÖ/Gemeinden
- 18,4 Mio. Euro für Forschungsgrößgeräte: Bund

Jährliche Kosten inkl. klinischer Mehraufwand (KMA)

- Erhaltungskosten: 2018 – 2027
Land OÖ/Gemeinden
ab 2028: Bund
- Reinvestitionskosten: 2018 – 2027
Land OÖ/Gemeinden
ab 2028 Bund
- Reinvestitionskosten Forschungsgrößgeräte: Bund
- Personal-, Sach-, und Betriebskosten: Bund

Voraussetzung für die Errichtung und den Betrieb einer Medizinischen Fakultät sowie für die Einrichtung und Durchführung des Studiums der Humanmedizin an der Univer-

sität Linz ist der Abschluß einer Kooperationsvereinbarung zwischen dieser Universität und der Medizinischen Universität Graz oder einer anderen österreichischen Universität.

Seit Jänner 2013 gibt es bereits sehr positiv verlaufende Kooperationsgespräche zwischen JKU Linz mit der Meduni Graz, die gerade in den letzten Wochen im Hinblick auf den Ministerratsbeschluß verstärkt wurden. Das Ziel, im Herbst 2014 in Graz beginnen zu können, scheint aus heutiger Sicht realisierbar.

Das Studium der Humanmedizin an der Universität Linz soll damit im Wintersemester 2014/15 beginnen und schrittweise aufgebaut werden. Die Zahl der StudienanfängerInnen soll zunächst jeweils 60 pro Studienjahr betragen, mit jedem zweiten der darauf folgenden Studienjahre um weitere jeweils 60 ansteigen und daher mit dem Studienjahr 2022/23 den Endausbau von 300 Studierenden pro Jahr erreichen. Damit studieren 2028 insgesamt 1800 angehende Ärztinnen und Ärzte am Uni-Campus in Linz (= Vollausbau).

Umsetzungsprojekt bereits gestartet

Am 2. Juli 2013 fiel der Startschuß für die Umsetzung des Projekts zur Errichtung einer Medizinischen Fakultät an der JKU Linz sowie zur Errichtung einer Trägerstruktur für die Universitätskrankenanstalt.

Auftraggeber des Projekts sind neben Landeshauptmann Josef Pühringer und dem Linzer Bürgermeister Franz Dobusch, Gemeindebundpräsident LABg. Bgm. Franz Hingsamer sowie Rektor o.Univ.Prof. Richard Hagelauer.

Projektziel

An der Johannes Kepler Universität soll insbesondere zur regionalen Verbesserung der Ärzteausbildung sowie zur Verstärkung der medizinischen Lehr- und Forschungsansätze eine medizinische Fakultät eingerichtet und die dazu erforderliche Universitätskrankenanstalt von den Rechtsträgern der Landes-Frauen- und Kinderklinik Linz (LFKK) und der Oö. Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg (gespag) sowie des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Linz durch Übertragung dieser Krankenanstalten an einen neu zu gründenden eigenständigen Rechtsträger geschaffen werden.

Am Areal des AKh Linz und der LFKK soll ein Campusgebäude als hochmodernes Lehr- und Forschungszentrum errichtet werden. ■

Donau-Universität Krems erhält Promotionsrecht

Bundeskanzler Werner Faymann: „Wir werden weiterhin als eines der wenigen Länder in Europa auch in Zeiten der Krise in Bildung und Hochschulen investieren.“



Foto: BKA / Regina Aigner

Am 23. Juli gaben (v.l.) Landeshauptmann Erwin Pröll, Vizekanzler Michael Spindelegger, Bundeskanzler Werner Faymann und Bundesminister Karlheinz Töchterle ein Pressestatement zum Universitätsstandort Krems ab.

Ich bin, wie auch Landeshauptmann Pröll, ein Freund der klaren Verhältnisse, also haben wir eine gemeinsame Vorgangsweise festgelegt: Die Erfolgsgeschichte der Donau-Uni soll durch das Promotionsrecht fortgesetzt werden“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bereits am 23. Juli bei einer Pressekonzferenz in Wien, gemeinsam mit Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, Wissenschaftsminister Karl-Heinz Töchterle und Landeshauptmann Erwin Pröll. „Wir haben den Ausbau der Donau-Universität auch schon im Regierungsprogramm festgelegt. Da wir uns vorgenommen haben, bis zum letzten Tag der Legislaturperiode aktiv zu sein, ist es auch richtig, jetzt die Weichen zu stellen.“

Die 1994 begründete Bildungseinrichtung dient vorrangig der Weiterbildung und hat ihre Hörerschaft in den knapp 20 Jahren von 93 auf mehr als 7000 Studierende vervielfacht. Die Universität ist international ausgerichtet, rund ein Drittel der Lehrenden wie der Studierenden kommt aus dem Ausland. „Die Donau-Uni erfreut sich dank ihrer Qualität hohen Ansehens und großer Beliebtheit“, so der Kanzler. Das Promotionsrecht sei nun ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Volluniversität. Minister Töchterle

werde für die nächste Ministerratssitzung einen Vortrag erarbeiten, um den Prozeß voranzutreiben.

Der Bundeskanzler dankte Vizekanzler Spindelegger, Minister Töchterle und Landeshauptmann Pröll für die Zusammenarbeit und betonte abschließend: „Wir werden weiterhin als eines der wenigen Länder in Europa auch in Zeiten der Krise in Bildung und Hochschulen investieren.“

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger führte aus, die Donau-Universität (DUK) sei eine weit über Österreich hinaus beliebte und anerkannte Bildungseinrichtung, die sich vor allem in der postgradualen Ausbildung einen beachtlichen Namen gemacht habe. „Die Qualität muß im Mittelpunkt stehen, das Promotionsrecht ist ein wesentlicher Bestandteil einer qualitativ hochstehenden Ausbildung.“

„Die nahezu 20 Jahre des erfolgreichen Wegs der 1994 gegründeten, 1996 mit 93 Studierenden in Betrieb gegangenen und heute 7000 Studierende beheimatenden Donau-Universität berechtigt zu diesem Schritt“, so Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, zumal rund um die DUK ein Campus mit Fokus auf Wissenschaft und Forschung von internationaler Strahlkraft entstanden sei.

Diese gute internationale Vernetzung – mit Kooperationen mit 30 Universitäten bzw. 30 Prozent der Studierenden und einem Drittel der Professoren aus dem Ausland – sei ein wesentlicher Faktor für Niederösterreich. „Ziel ist es, 2014 die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, daß die Studierenden in Zukunft an der Donau-Universität promovieren können, was zur Steigerung der Attraktivität beitragen wird“, so der Landeshauptmann.

Promotionsrecht geht in Begutachtung

„Die Bundesregierung hat im heutigen Ministerrat ein klares Bekenntnis zur weiteren Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes abgegeben“, so Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle am 13. August. Zuletzt sind mehrere gezielte Schritte gesetzt worden, etwa mit der „Hochschul-Milliarde“ und deren Fortschreibung bis 2017, den Universitäts-Bauten, dem zweitgrößten Ausbau der Studienplätze seit Bestehen der Fachhochschulen, der langfristigen Finanzierung des IST Austria und den zahlreichen Maßnahmen zur Förderung von NachwuchswissenschaftlerInnen (bspw. FWF-Doktoratskollegs, ÖAW-Impulsprogramm „New Frontiers Groups“). „Diesen Ausbau

setzen wir fort“, verweist Töchterle auf den Beschluß. Als Teil der Gesamtstrategie hat der Ministerrat eine 15a Vereinbarung zur Gründung einer Medizinischen Fakultät Linz auf Basis der Empfehlungen der Hochschulkonferenz verabschiedet. Weiters wurde der Gesetzesentwurf für ein vollwertiges Promotionsrecht an der DUK in die sechswöchige Begutachtung ausgesandt.

Die DUK wurde 1994 auf Basis einer 15a Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich als Universität für Weiterbildung gegründet und hat sich im Bereich der Weiterbildungsuniversitäten einen exzellenten Ruf erarbeitet. Aktuell nutzen rund 7000 Studierende deren Ausbildungsmöglichkeiten. Bereits kurz nach ihrer Gründung ging die DUK strategische Partnerschaften mit anderen Universitäten ein, sodaß ProfessorInnen an der DUK DissertantInnen wissenschaftlich betreuen konnten. Das Promotionsrecht ist für eine Universität wesentlich, da es die Ausbildung des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses, die Steigerung der Attraktivität als Arbeitsplatz für renommierte ProfessorInnen und die Stimulierung von Forschungs Kooperation ermöglicht. Aus diesem Grund hat der Universitätsrat ein Gutachten beauftragt, welches der Donau-Universität Krems die Qualität attestiert, Promotionen in gewissen Bereichen verleihen zu können.

Seitens des Wissenschaftsministeriums ist eine Weiterentwicklung der DUK im Sinne des Regierungsprogramms sinnvoll, solange dies in Abstimmung mit der Hochschulkonferenz und unter Begleitung des Wissenschaftsrats erfolgt und sich die Weiterentwicklung in die strategische Ausrichtung des Hochschulplans fügt. Weiters muß die Qualität durch eine externe Qualitätssicherung gesichert werden.

Daher:

- Die Umsetzung des Promotionsrechts wird vom BMWF in Abstimmung mit der Hochschulkonferenz und den Betroffenen veranlaßt.
- Die für die Umsetzung erforderlichen gesetzlichen Regelungen werden vom Wissenschaftsministerium zur Begutachtung ausgesandt.
- Die gesetzliche Regelung wird in Abstimmung mit allen Beteiligten umgesetzt.

Erste Gespräche mit Hochschulpartnern wurden bereits geführt, nun folgt eine sechswöchige Begutachtung. Der Vorschlag enthält im Sinne notwendiger Qualitätsstandards:



Foto: <http://www.stickerfotografie.at>

Campus Krems: rechts der Altbau, links der Neubau der Donau-Universität Krems

- Die jeweiligen PhD-Studiengänge bzw. Programme, die eingerichtet werden, bedürfen vor ihrem konkreten Start einer Studiengangsakkreditierung im Sinne des Hochschul-Qualitätssicherungsgesetzes durch eine externe Qualitätssicherungsagentur.
- Das Doktoratsstudium muß mindestens drei Jahre dauern.
- Nach acht Jahren ist eine Evaluierung vorgesehen.
- Weiters sieht die bestehende Rechtslage vor, daß die konkreten Felder, in welchen PhD-Studiengänge bzw. Programme angeboten werden sollen, in der Leistungsvereinbarung festgehalten werden müssen. Dazu bedarf es einer Abänderung der aktuellen Leistungsvereinbarung.

Neuer Rektor: Schritt für Schritt zur Volluniversität

Seit 1. August ist Friedrich Faulhammer, bisher Generalsekretär im Wissenschaftsministerium und dort als Sektionschef für Hochschulen zuständig, der neue Rektor der DUK. Im Vorfeld des Ministerratsbeschlusses sagte er in einem Interview mit der APA, er sehe das Promotionsrecht für die DUK als „wichtigen Schritt auf dem Weg zur Volluniversität für Weiterbildung“. Mittelfristig solle auch ein Bachelor-Studium angeboten werden. Langfristig strebe er an, sämtliche Besonderheiten der DUK gegenüber anderen Unis abzubauen – derzeit habe sie etwa kein Habilitationsrecht, dürfe nur außerordentliche Studien anbieten und sei nicht im Dachverband (Arbeitgebervertretung) der Universitäten vertreten.

Den Weg zur Voll-Universität will Faulhammer „Schritt für Schritt“ gehen. Das Promotionsrecht sei die erste Stufe nach oben, „um uns im Konzert der forschungsorientierten Universitäten zu etablieren“. Das Hauptaugenmerk dabei liege ja nicht darauf, mehr Personen einen Titel verleihen zu wollen – es liege vielmehr auf der Qualifizierung der eigenen MitarbeiterInnen im Forschungsbereich, was vor allem eine interne Personalentwicklungsmaßnahme darstelle. Für die Professoren sei es außerdem ebenfalls wichtig, so Faulhammer gegenüber der APA, für ihre Forschung Doktoranden einsetzen zu können. Und mit dem Doktorat wäre auch der Weg zu ordentlichen Studien einmal geöffnet, auch wenn mit einem Bachelor-Studium erst in weiterer Zukunft zu rechnen sei.

Die Besonderheit einer Volluniversität für Weiterbildung sieht Faulhammer darin, daß sie vor allem Personen im Berufsleben anziehe, die aufbauend auf diesen beruflichen Erfahrungen tertiäre Zusatzqualifikationen erwerben wollten.

Faulhammer erklärte, es sei ihm bewußt, daß die DUK „kein relevanter Player bei großen europäischen Forschungsthemen“ werden könne, man werde aber Nischen besetzen, denen sich große Universitäten nicht so sehr widmen. Strategischer Schwerpunkt in der Forschung werde jedenfalls auch das Thema Europa sein. Und als Weiterbildungsuniversität will sich die Donau-Universität selbst beforschen: „Wie lernen Erwachsene, welche Prozesse laufen dabei ab?“ ■

Lesen Sie einen umfassenden Bericht über die Donau Universität Krems auf den Seiten 94 bis 97.

Unendlich ist ungefähr zwei

An der TU Wien wird untersucht, wie die Relativitätstheorie aussieht, wenn man unendlich viele Raumdimensionen annimmt. Erstaunlicherweise ergeben sich daraus Resultate einer 2D-Stringtheorie. Diese Entdeckung soll nun helfen, Schwarze Löcher besser zu verstehen.

Immanuel Kant hätte sich gewundert. Er betrachtete den dreidimensionalen Raum als etwas a priori Vorgegebenes, als feststehende Voraussetzung für die Erkennbarkeit der Dinge. Doch in der modernen Physik ist längst der Raum selbst zum Forschungsobjekt geworden – und wie viele Dimensionen er hat, ist alles andere als klar.

Um Schwarze Löcher zu untersuchen, rechnet Daniel Grumiller von der TU Wien mit unendlich vielen Raumdimensionen – und stößt dabei auf eine erstaunliche Verbindung zwischen Relativitätstheorie und Stringtheorie. Für seine bisherigen Forschungen erhielt er nun den Förderungspreis für Wissenschaft der Stadt Wien.

Das Wichtigste zuerst – kleine Störungen später

Um in der Physik möglichst exakte Ergebnisse zu bekommen, geht man oft von einem einfachen Fall aus und fügt dann kleinere zusätzliche Störungen mit ins Modell ein: Die Bewegung der Erde um die Sonne läßt sich grob berechnen, indem man zuerst alle anderen Himmelskörper ignoriert, danach fügt man die Störungen durch die großen Planeten hinzu. In der Teilchenphysik berechnet man die Wechselwirkung von wenigen Teilchen und bezieht erst dann weitere Teilchen-Interaktionen als kleine Störung mit ein.

Statt der Anzahl von Himmelskörpern oder Teilchen-Interaktionen kann man auch die Anzahl der Raumdimensionen als Störungs-Größe annehmen. Dort funktioniert das allerdings umgekehrt: Man geht nicht von einer möglichst kleinen Anzahl aus sondern nimmt zunächst unendlich viele Raumdimensionen an, und von diesem Extremfall ausgehend kann man sich dann mathematisch wieder einem realistischeren Fall (etwa mit unseren wohlbekannten drei Raumdimensionen) annähern.

Stringtheorie als Ergebnis der Relativitätstheorie

Gemeinsam mit Kollegen aus Spanien untersuchte Daniel Grumiller die Physik Schwarzer Löcher und verwendete dabei den

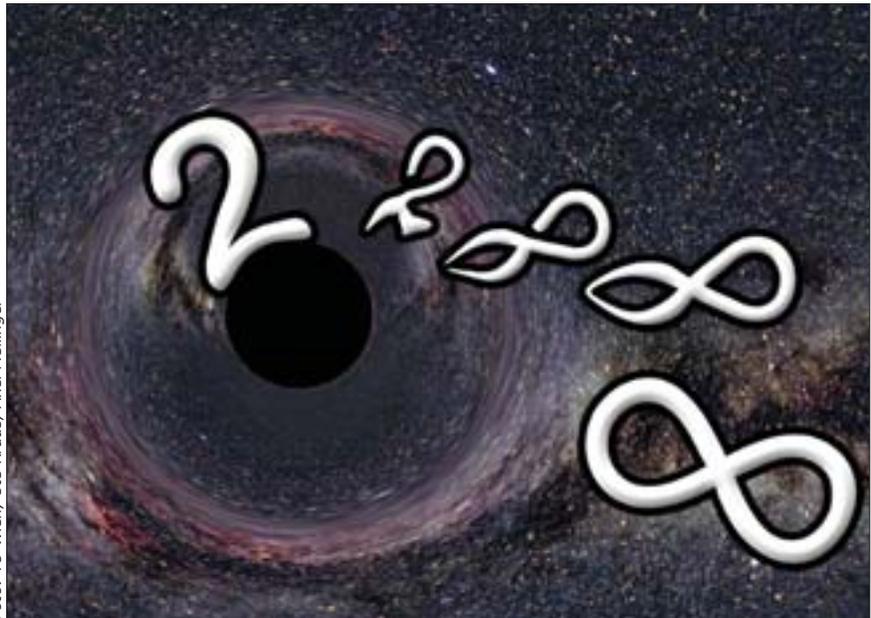


Foto: TU Wien, Ute Kraus, Axel Mellinger

Zwei oder unendlich? In der Nähe eines Schwarzen Lochs ist das nicht so klar.

Trick einer unendlichen Dimensionsanzahl. Allerdings hielt die unendlich-dimensionale Relativitätstheorie eine Überraschung bereit: „Wenn wir damit den Raum in der Nähe eines Schwarzen Lochs beschreiben, dann ergibt sich aus den Gleichungen plötzlich eine zweidimensionale Stringtheorie – obwohl wir nirgendwo Strings in unsere Rechnungen eingefügt haben“, erklärt Grumiller.

Dieser Zusammenhang erinnert die sogenannte „AdS-CFT-Korrespondenz“: Diese 1997 aufgestellte Vermutung besagt, daß sich ganz unterschiedliche Theorien (Quanten-Gravitationstheorien und Quantenfeldtheorien) in bestimmten Grenzfällen aufeinander abbilden lassen – vorausgesetzt man nimmt jeweils die passende Anzahl von Raumdimensionen an. Warum es solche Querverbindungen zwischen scheinbar ganz unterschiedlichen Bereichen der Physik gibt, ist bis heute nicht ganz verstanden.

Ein neuer Rechen-trick für Schwarze Löcher

Daß die unendlichdimensionale Relativitätstheorie gerade auf eine zweidimensionale Stringtheorie führt, ist für Daniel Grumiller ganz besonders erfreulich: Seine For-

schungsgruppe an der TU Wien beschäftigt sich nämlich schon seit vielen Jahren mit zweidimensionalen Quanten-Gravitationstheorien. „Unsere bereits bestehenden Ergebnisse aus der zweidimensionalen Stringtheorie können wir nun aufgrund dieses neuentdeckten Zusammenhangs verwenden, um Aussagen über Schwarze Löcher abzuleiten“, ist Grumiller zuversichtlich.

Solche zweidimensionalen Theorien sind besonders dort interessant, wo der Raum als kugelsymmetrisch angenommen werden kann – etwa rund um ein nichtrotierendes Schwarzes Loch. Um diese physikalische Situation zu beschreiben, benötigt man nur zwei Dimensionen: Den räumlichen Abstand vom Zentrum des Schwarzen Lochs und die Zeit.

Förderungspreis der Stadt Wien

Daniel Grumiller erhielt für seine bisherigen Forschungen im Grenzgebiet zwischen Gravitations- und Quantentheorien den Förderungspreis für Wissenschaft der Stadt Wien. Er wird einmal jährlich an Personen vergeben, die bereits ein hervorragendes Gesamtwerk vorweisen können, das 40. Lebensjahr allerdings noch nicht vollendet haben. ■

Hot Spots in 3D

Physiker der Uni Graz zeigten erstmals, daß sich elektrische Felder im Nanobereich mit Computertomographie räumlich darstellen lassen.

Nanopartikel eröffnen modernen Technologien durch ihre außergewöhnlichen physikalischen Eigenschaften eine Fülle neuer Möglichkeiten. Doch längst sind nicht alle Geheimnisse der winzigen Strukturen gelüftet. Ein entscheidender Schritt zur Beschreibung der Elektronenschwingungen an der Oberfläche von metallischen Nanopartikeln ist nun Physikern der Karl-Franzens-Universität Graz gelungen. Sie konnten erstmals zeigen, daß mit den Methoden der Computertomographie (CT) dreidimensionale Bilder von elektrischen Feldern auf Nanoteilchen erstellt werden können. Damit läßt sich exakt erkennen, wo „Hot Spots“ – besonders starke Felder – zu finden sind. Eine wichtige Information für die Entwicklung zukunftsreicher Anwendungen, von hochsensiblen Sensoren bis hin zur ultraschnellen Datenübertragung. Die Forschungsergebnisse wurden kürzlich im renommierten Fachjournal „Physical Review Letters“ publiziert.

„An der Oberfläche von metallischen Nanopartikeln kommt es zu Schwingungen der Elektronendichte, die als Plasmonen bezeichnet werden. Diese bilden an bestimmten Stellen der Nanoteilchen besonders starke elektrische Felder, so genannte Hot Spots“, informiert Anton Hörl, MSc, aus der Arbeitsgruppe von Ao.Univ.-Prof. Ulrich Hohenester am Institut für Physik der Uni Graz. Hot Spots können dazu genutzt werden, Licht im Nanometer-Bereich zu fokussieren. „Das ist zum Beispiel notwendig, wenn Licht in winzigen Strukturen zur Datenübertragung genutzt werden soll, etwa für den optischen Chip“, ergänzt Hörl.

„Zur Erforschung von Plasmonen wird ein Elektronenstrahl auf einen bestimmten Punkt der Probe fokussiert und gemessen, wie viel Energie die Elektronen durch Wechselwirkung mit den Plasmonen verlieren. Je stärker die elektrischen Felder auf den Nanopartikeln sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, ein Plasmon anzuregen, wodurch dem Elektronenstrahl Energie entzogen wird“, erklärt Ulrich Hohenester das Verfahren.

Wird der Elektronenstrahl über die Probe bewegt, entsteht ein zweidimensionales Bild der elektrischen Felder. Anton Hörl hat im Rahmen seiner Dissertation in Kooperation

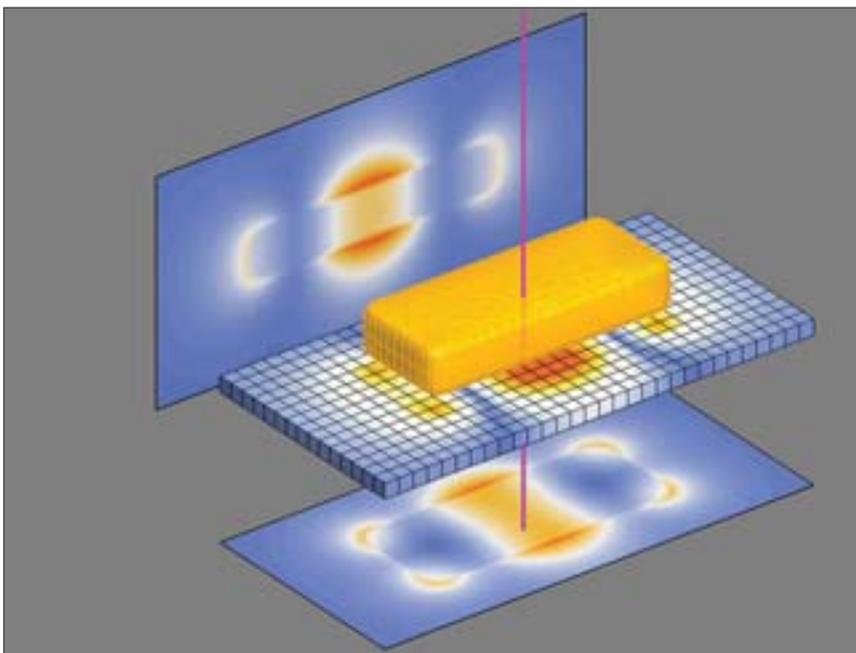


Foto: Uni Graz

Schematische Darstellung der Tomographie von Nanoteilchen. Ein Elektronenstrahl wird über das stabchenförmige Nanoteilchen gerastert und erzeugt zweidimensionale Aufnahmen der Plasmon-Felder aus verschiedenen Richtungen. Diese 2D-Bilder ermöglichen dann mit Hilfe von mathematischen Methoden der Computertomographie eine 3D-Rekonstruktion der elektrischen Felder und Hot Spots.

mit Andreas Trügler anhand von Computersimulationen erstmals gezeigt, daß durch Drehung der Probe eine Reihe von 2D-Bildern gewonnen werden kann, aus denen sich dann mit Hilfe der Computertomographie eine exakte 3D-Rekonstruktion der elektrischen Felder erstellen läßt. Hörls Doktorarbeit ist in den vom Österreichischen Wissenschafts-

fonds FWF finanzierten Spezialforschungsbereich „NextLite“ eingebettet.

Weiterführende Experimente werden die Theoretischen Physiker der Karl-Franzens-Universität Graz mit der Arbeitsgruppe von Ao.Univ.-Prof. Ferdinand Hofer an der TU Graz im Rahmen der strategischen Kooperation NAWI Graz durchführen. ■

Training nach Schlaganfall Uni Graz sucht gesunde Testpersonen

Die Karl-Franzens-Universität Graz hat eine neue Methode zur Rehabilitation nach einem Schlaganfall entwickelt. Um deren Erfolg zu testen, werden nun ProbandInnen zwischen 50 und 75 Jahren gesucht, die an *keinen* neurologischen, psychiatrischen oder sonstigen schweren Erkrankungen leiden. Die Personen nehmen zehn Mal an einem kognitiven Training teil, bei dem am Computer etwa eine Stunde lang verschiedene Aufgaben gelöst werden sollen. Ausserdem werden an vier weiteren Terminen

psychologische Tests sowie völlig schmerzfreie und ungefährliche EEG-Messungen durchgeführt. Für diese Sitzungen sollten jeweils ein bis zwei Stunden einberaumt werden. Als Aufwandsentschädigung erhält jeder Teilnehmer / jede Teilnehmerin insgesamt 100 Euro.

Interessierte mögen sich bitte am Institut für Psychologie der Karl-Franzens-Universität Graz bei Nicole Felbinger melden. Tel.: 0660/6547045.

<mailto:nicole.felbinger@edu.uni-graz.at>

Wichtiger Schutzmechanismus vor Arthrose entdeckt

Es ist schon länger bekannt, daß Arthrose Patienten vermehrt Sphingosin-1-Phosphat (S1P), ein Signalmolekül mit vielfältigen intra- wie extrazellulären Funktionen, in ihrer Gelenksflüssigkeit haben. Was das für den Gelenksknorpel bedeutet, war bisher aber völlig unklar.

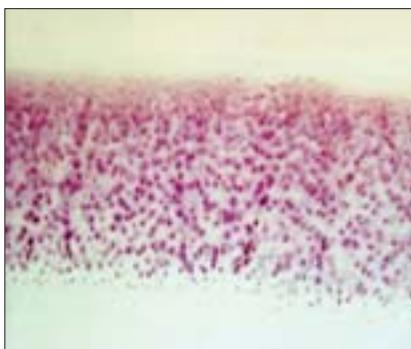
Wissenschaftler der Med Uni Graz konnten nun zeigen, daß Sphingosin-1-Phosphat (S1P) der knorpelschädigenden Wirkung von entzündungsfördernden Botenstoffen entgegenwirkt. Das funktioniert allerdings nur dann, wenn die Knorpelzellen auch den „richtigen“ Rezeptor für S1P haben. Knorpelzellen die diesen Rezeptor nicht besitzen, sind für die knorpelschützende Wirkung von S1P nicht empfänglich.

Zwei Drittel der über 65jährigen leiden an der Gelenkserkrankung

Die Arthrose ist die weltweit häufigste Gelenkserkrankung und führt zu deutlichen Behinderungen, zB. am Knie und am Hüftgelenk, wobei grundsätzlich alle Gelenke von arthrotischen Veränderungen betroffen sein können. Beschwerden auf Grund von Abnutzungerscheinungen von Gelenken sind eine der häufigsten Ursachen für einen Arztbesuch. Die medikamentöse Therapie der Arthrose ist derzeit noch recht unspezifisch und besteht in erster Linie aus der Verabreichung von schmerzlindernden und entzündungshemmenden Arzneimitteln. Voraussetzung für die Entwicklung neuer Medikamente, die ganz gezielt in die an der Arthrose beteiligten Prozesse eingreifen und die Knorpelzerstörung stoppen können, ist eine genaue Kenntnis der Vorgänge, die dem Krankheitsbild zugrunde liegen. Ein zentrales Element sind dabei chronische Reizungen, die im Gelenk zur Freisetzung verschiedenster knorpelschädigender Entzündungsfaktoren führen. Der bekannteste dieser Botenstoffe ist Interleukin-1, IL-1. Dieser und andere entzündungsfördernde Botenstoffe lösen in den Knorpelzellen eine Reihe von Vorgängen aus, die unter anderem die Ausschüttung von Stickstoffmonoxid (NO) zur Folge haben. NO ist ein wichtiger körpereigener Botenstoff, der vor allem für seine gefäßerweiternde Wirkung bekannt ist. Im Gelenk ist ein Übermaß an NO aber von Nachteil, da Sauerstoffradikale zunehmen und langfristig das Knorpelgewebe schädigen.

Vermehrte Bildung von S1P in entzündeten Gelenken

Die internistischen Rheumatologen und Orthopäden der Med Uni Graz gingen nun der Frage nach, wie das Lipidmolekül S1P diese Regelkreisläufe beeinflusst. S1P ist ein Hormon, das an vielen physiologischen Vorgängen beteiligt ist und auch in der Gelenksflüssigkeit von gesunden Gelenken zu finden



Intakter (o,) und kaputter Knorpel (u.)

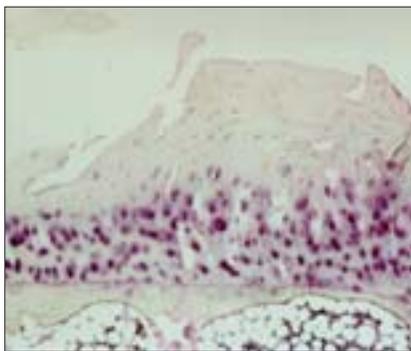


Foto: Medizinische Universität Graz

ist. Interessant ist die Substanz deshalb, weil sie in entzündeten oder chronisch gereizten Gelenken vermehrt gebildet wird und bestimmte Vorgänge innerhalb der Knorpelzellen beeinflussen kann. Als Untersuchungsmaterial diente den Forschern Knorpelgewebe von Patienten, die wegen fortgeschrittener Arthrose des Kniegelenks eine Gelenksporthese erhielten. „Wir hatten dabei die Möglichkeit, Knorpelzellen aus gesunden und erkrankten Arealen des selben Gelenks zu vergleichen“, berichtet Martin

Stradner, Klinische Abteilung für Rheumatologie und Immunologie, derzeit Erwin-Schrödinger-Stipendiat an der University of California, San Diego. „Ein überraschender Nebenaspekt war, daß sich die Knorpelzellen aus erkranktem Knorpel auch in der Zellkultur deutlich von gesundem Knorpel unterscheiden.“

S1P als körpereigener Schutzmechanismus vor Arthrose

In der im renommierten Journal „Arthritis & Rheumatism“ veröffentlichten Studie konnten einige für das Verständnis der Arthroseentstehung grundlegende Fragen geklärt werden. Das wichtigste Ergebnis: S1P ist in der Lage, dem Teufelskreis der knorpelschädigenden Entzündungsfaktoren entgegenzuwirken und die durch Interleukin-1 induzierte Bildung von knorpelabbauenden Stoffen zu hemmen. „Wir konnten zeigen, daß S1P die Aktivierung eines kritischen IL-1 Signalweges verhindert“, erläutert Stradner. Allerdings reagierten die kultivierten Knorpelzellen recht unterschiedlich auf den Zusatz von S1P. Verantwortlich dafür waren verschiedene S1P-Rezeptor-Subtypen.

„Menschliche Knorpelzellen können vier verschiedene Typen von S1P-Rezeptoren besitzen. Am wichtigsten sind Typ 1 und Typ 2“, so der Rheumatologe. „Typ 2-Rezeptoren verhindern das Ausstoßen von knorpelschädigendem NO, Typ 1-Rezeptoren tun das nicht. Wie stark Knorpelzellen auf S1P reagieren, hängt also davon ab, ob sie mehr Typ 1- oder Typ 2-Rezeptoren haben.“

Interessant sind diese Ergebnisse auch deshalb, weil es mit Fingolimod bereits einen S1P-Aktivator gibt, der klinisch zum Einsatz kommt. Das Medikament wirkt immunsuppressiv und ist für die Multiple Sklerose zugelassen. Eine spannende Frage, die es noch in Folgestudien zu klären gilt ist, wie die S1P-Menge im Gelenk reguliert wird. Hier könnte sich innerhalb weniger Jahre ein weiterer Behandlungsansatz der Arthrose ergeben. ■

Hält uns der Mond tatsächlich vom Schlafen ab?

Neue Forschungsergebnisse zur Nachthelligkeit in Wien und Umgebung

Drei Astrophysiker der Universität Wien präsentieren aktuell Ergebnisse einer Studie über die Helligkeit der Nächte in Wien sowie auf dem Mitterschöpf, dem höchsten Berg des Wiener Waldes. Die Studie beruht auf Messungen, die seit mehr als einem Jahr kontinuierlich jede Nacht – alle sieben Sekunden – an der Wiener Universitätssternwarte durchgeführt werden. Die Forschungsergebnisse sind in der internationalen Zeitschrift „Journal for Quantitative Spectroscopy and Radiative Transfer“ erschienen und sind bereits auf dem Preprint-Server „arXiv“ der Cornell University (USA) abrufbar.

Erstmals wird durch die große Fülle der analysierten Meßdaten (mehrere Millionen Meßpunkte) aufgezeigt, wie stark die Nachthimmelshelligkeit auf dem relativ entlegenen Berg Mitterschöpf mit den Mondphasen korreliert und wie schwach dies in Wien der Fall ist. „Was in Wien die nächtliche Himmelshelligkeit dominiert, ist heutzutage nicht mehr primär die Mondphase, sondern vielmehr der Bewölkungsgrad“, erklärt Johannes Puschnig, Erstautor des Artikels „Night sky photometry and spectroscopy performed at the Vienna University Observatory“ und Doktorand am Institut für Astrophysik der Universität Wien.

Städtische Lichtglocke übertrifft Himmelsaufhellung durch Vollmond bei weitem

Puschnig führt dazu weiter aus: „Bei dichter Bewölkung und noch ausgeprägter bei Schneefall wird die städtische Lichtglocke gegenüber klarem Himmel um mindestens das Zehnfache verstärkt.“ Und damit werden die Werte der Himmelsaufhellung, die der Vollmond erzeugen kann, bei weitem überschritten. Thomas Posch, Koautor der Studie, fügt hinzu: „Wir messen an der Wiener Universitätssternwarte Durchschnittswerte und keine Lichtsmog-Maximalwerte, wie sie auftreten, wenn jemandem Lichtwerbung oder eine helle Straßenlaterne direkt ins Schlafzimmer scheint. D.h. mit dem Meßgerät erheben wir die globale Lichtglocke der Stadt, dagegen werden punktuell störende, besonders helle Lichtquellen absichtlich nicht erfaßt.“ Analog wird der Mond genau hin-

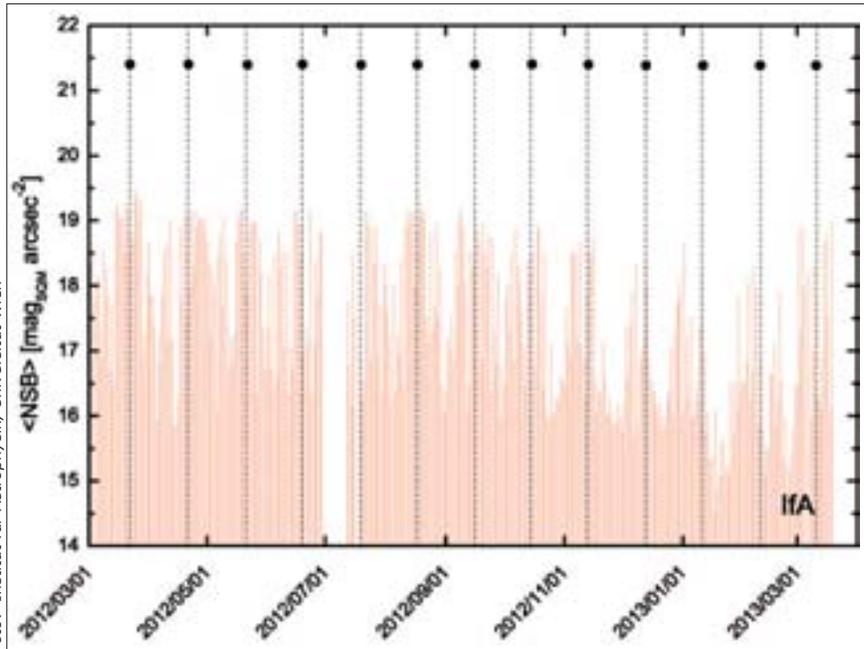


Foto: Institut für Astrophysik, Universität Wien

Klar ausgeprägte Monats-Periodizität in der mittleren Nachthimmelshelligkeit über dem Mitterschöpf, dem höchsten Berg des Wiener Waldes. Die schwarzen Kreise markieren die Neumond-Zeitpunkte. Hohe rote Balken stehen für dunkle Nächte.

sichtlich seiner Wirkung auf den Nachthimmel, nicht hinsichtlich seiner direkten Einstrahlung gemessen.

Tag-Nacht-Rhythmus und »zirkalunarer Rhythmus« geht in Großstädten immer mehr verloren

Die Astrophysiker betonen, daß ihre Meßergebnisse auch für Mensch und Tier, also für chronobiologische Fragen, relevant sind, und zwar in zwei Richtungen. Einerseits bezüglich der „Absolutwerte“ – hier zeigt sich, daß durch den Lichtsmog über Wien Werte erreicht werden, welche die natürliche Nachthimmelshelligkeit um das 1570fache übertreffen. Andererseits bezüglich der chronobiologischen Rhythmen: „Der Tag-Nacht-Rhythmus, der für unser Wohlbefinden so wichtig ist, wird in den Großstädten immer mehr nivelliert. Und der Mond tritt als Zeitgeber von Perioden mit rund 29,5 Tagen auch immer mehr in den Hintergrund“, so Johannes Puschnig.

Studien über den Einfluß des Mondes auf unsere Schlafqualität sollten vor diesem Hintergrund in vertiefter Form durchgeführt

werden – nämlich so, daß man bei den Versuchspersonen überprüft, ob sie normalerweise an Orten schlafen, wo der Mond noch die dominierende nächtliche Lichtquelle ist, oder ob dies nicht der Fall ist, sodaß eigentlich die Intensität des Lichtsmogs der entscheidendere Faktor sein müßte – wie in den Daten der Universitätssternwarte Wien.

Diese Ergebnisse kontrastieren mit aktuell erschienenen Wissenschaftsmeldungen, wonach der Vollmond auf den menschlichen Schlaf Einfluß habe – basierend auf die in „Current Biology“ erschienene Arbeit eines Teams um den Schweizer Chronobiologen Christian Cajochen. Darin wird berichtet, daß ProbandInnen bei Vollmond im Durchschnitt etwa 20 Minuten kürzer schlafen und daß sie ihre Schlafqualität als schlechter einschätzen.

Astronomische und astrophysikalische Forschung und Lehre gehen an der Universität Wien teilweise bis in die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts zurück. Das heutige Institutsgebäude – die moderne Universitätssternwarte – wurde im Jahre 1883 eröffnet. ■ <http://astro.univie.ac.at>

Wir portraitieren in dieser Serie heimische Universitäten und Fachhochschulen. In der Folge 6:

Die Donau-Universität Krems

ist die Universität für Weiterbildung. Sie konzentriert sich mit ihrem Studienangebot speziell auf die Bedürfnisse von Berufstätigen und bietet exklusive Master-Studiengänge und Kurzprogramme in fünf Studienbereichen an. Mit rund 7000 Studierenden und über 15.000 AbsolventInnen aus 89 Ländern ist sie einer der führenden Anbieter von Weiterbildungsstudien in Europa.



Foto: Donau-Universität Krems / Suzy Stöckl

Die modern adaptierte ehemalige Tabakfabrik Stein, ein charakteristischer Industriebau des beginnenden 20. Jahrhunderts, und die neuen Räumlichkeiten auf dem Campus Krems bieten Studierenden und Lehrenden eine offene, innovations- und motivationsfördernde Umgebung mit modernen Lehr- und Forschungsräumen, Bibliothek, Audimax, Apartments...

Die Donau-Universität Krems ist führender Anbieter universitärer Weiterbildung. Aus der Menge von Weiterbildungseinrichtungen ragt sie durch die Erfahrung des Pioniers heraus: Sie ist mit den besonderen Anforderungen postgradualer Studien und berufsbegleitender Lehre seit Jahren vertraut, sie weiß praktische Anwendbarkeit mit wissenschaftlicher Fundierung zu verbinden. Die Universität geht differenziert auf die Voraussetzungen und Ambitionen der Studierenden ein und erarbeitet mit ihnen die Faszination höherer fachlicher und menschlicher Befähigung.

Herkömmliche Studienwege, fachliche Spezialisierung und traditionelle Berufsanforderungen werden neuen, komplexen Situationen immer weniger gerecht. Führungsverantwortung setzt mehr als Fachkompetenz voraus. Die Donau-Universität Krems setzt neben den neuesten Wissensstand gezielt innovative Querverbindungen, interdisziplinäre Zusammenhänge, die Veränderung gewohnter Blickwinkel und gesellschaftliche Relevanz. Sie bildet Führungskräfte in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Verwaltung und Medien aus.

Europa ist der Donau-Universität Krems

ein besonderes Anliegen. Der Erweiterungsraum der Europäischen Union und die angrenzenden Regionen im Osten und Südosten haben anderen Weltgegenden einiges voraus – und viel nachzuholen. Nirgends sind die Potentiale dieses neu erstehenden Wirtschafts- und Kulturraums besser zu erkunden, zu erfahren und zu erlernen als am mitteleuropäischen Standort der Donau-Universität Krems.

Die Donau-Universität Krems ist ein einmaliges Modell: eine öffentliche Universität mit privatwirtschaftlicher Organisation und Finanzierung. Dabei pflegt sie Partnerschaft-

Wissenschaft & Technik

ten mit Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen im In- und Ausland. Sie stellt sich dem internationalen Wettbewerb um Weiterbildung.

Die Alleinstellungsmerkmale

- Europaweit einzigartige Erfahrung auf dem Gebiet der postgradualen Weiterbildung und des Lifelong Learning,
- Fokus auf berufliche und persönliche Bedürfnisse der Studierenden,
- Wissenschaftlichkeit,
- Praxisorientierte Lehre und Forschung,
- Internationalität,
- Interdisziplinarität und
- Höchste Qualitätsstandards.

Die Donau-Universität Krems zählt zu den europäischen Pionieren auf dem Gebiet der universitären Weiterbildung und zu den Spezialisten für lebenslanges Lernen. In Lehre und Forschung widmet sie sich den gesellschaftlichen, organisatorischen und technischen Herausforderungen der Zeit und entwickelt laufend innovative markt- und kundenorientierte Studienangebote. Dabei setzt die Weiterbildungsuniversität gezielt auf neue interdisziplinäre Querverbindungen und zukunftsreiche Spezialgebiete: So kombiniert sie in den Studiengängen Medizin mit Management, Musik mit Recht oder Bildwissenschaften mit Neuen Medien. Höchste Qualitätsstandards, die Verbindung von Wissenschaftlichkeit mit Praxisorientierung und der Einsatz innovativer Lehr- und



Die internationalen Studierenden der Donau-Universität Krems stellen hohe Ansprüche. Sie sind durchschnittlich rund 40 Jahre alt, verfügen über mehrjährige Berufserfahrung und in der Regel über einen höheren Bildungsabschluß.

Lernmethoden zeichnen alle Studienangebote der Donau-Universität Krems aus.

Studierende mit Berufserfahrung

Die Studierenden der Donau-Universität Krems sind Studierende mit hohen Ansprüchen. Sie sind durchschnittlich 39,8 Jahre alt, verfügen über mehrjährige Berufserfahrung und in der Regel über einen höheren Bildungsabschluß (Universität, Fachhochschule oder Akademie). An der Donau-Universität Krems bereiten sie sich auf den

nächsten Karriereschritt vor, bringen ihr Wissen auf den letzten Stand, erwerben neue Kompetenzen und entwickeln ihre persönlichen Fähigkeiten weiter.

Um diesem Typus von Studierenden gerecht zu werden, wendet die Donau-Universität Krems gemäß ihres gesetzlichen Auftrags, nämlich „der im Zusammenhang mit Weiterbildung stehenden wissenschaftlichen Lehre und Forschung zu dienen“ (DUK-Gesetz 2004) in ihrer Lehre folgende sechs didaktische Orientierungen an:



Fotos: Donau-Universität Krems / Suzy Stöckl

Ihren Standort hat die Donau-Universität Krems – 80 km von Wien entfernt – in einer der schönsten Kulturlandschaften Europas, der Wachau, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Wissenschaftsorientierung

Lernprozesse werden an Inhalten und Verfahren der internationalen Erkenntnisse akademischer Forschungen ausgerichtet. Die Lehre der Donau-Universität Krems ist damit Teil des allgemeinen Trends einer Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Lebens und unterstützt die Professionalisierung von Arbeitsweisen, die durch aktuelle Forschungserkenntnisse motiviert sind und auf einer wissenschaftlichen Grundlage stehen.

Praxisorientierung

Die Donau-Universität Krems verknüpft ihre Lehre mit den beruflichen Herausforderungen und Praxiserfahrungen ihrer Studierenden (Praxisreflexion) und unterstützt die Aneignung von aktuellen berufsbezogenen Kompetenzen. Zwischen Wissenschafts- und Praxisorientierung existiert kein Widerspruch, denn „Nichts ist praktischer als eine gute Theorie“ (Kurt Lewin).

Aktivitätsorientierung

Für handlungsrelevantes Wissen sind eigenständige Aktivitäten unabdingbar. Nur durch selbständige Aktivitäten wird „träges Wissen“ in die eigene Erfahrungswelt transferiert und kann sich als Fertigkeit in realen Situationen praktisch umsetzen. – Denken ist auch eine Form des Tuns, d.h. eine (geistige) Aktivität, die wie alle Handlungen erprobt, geübt, und gefördert werden muß. Aber auch der Aufbau und die Pflege sozialer Beziehungen (Studierende und Lehrende lernen miteinander und voneinander) ist Teil der Aktivitätsorientierung.



Foto: Donau-Universität Krems / Reischer

Die Mitglieder des Rektorats: Univ.-Prof. Dr. Viktoria Weber (l.), Vizerektorin für Forschung, Rektor Mag. Friedrich Faulhammer und Univ.-Prof. Dr. Monika Kil, Vizerektorin für Lehre/Wissenschaftliche Weiterbildung

Kompetenzorientierung

Bei der Lehre an der Donau-Universität Krems geht es primär darum, Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Bewältigung komplexer Anforderungen zu entwickeln. Kompetenzen sind ganzheitliche Handlungsdispositionen, d.h. das Vermögen bzw. die Fähigkeit sich in bestimmter Weise zu verhalten. Die Donau-Universität Krems vertritt einen ganzheitlichen Ansatz, der Fach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenzen integriert.

Lernergebnisorientierung

Zentraler Maßstab für die Qualität der Lehre an der Donau-Universität Krems sind

die Lernergebnisse der Studierenden. Die angewandten Unterrichtsmethoden und Lehrstrategien sind daher kein Eigenzweck, sondern haben sich strukturierten und weitestgehend (meßbaren) Lernzielen unterzuordnen.

Individualisierungsorientierung

In der Lehre wird auf die unterschiedliche Ausgangslage der Studierenden Rücksicht genommen und mit einer entsprechenden Organisation des Lehr- und Lernarrangements die Individualisierung des Lernprozesses gefördert. Um den individuellen Zeitanforderungen und Bedürfnissen ihrer berufstätigen Studierenden entgegenzukommen, verwendet die Donau-Universität Krems integrierte Blended-Learning-Arrangements. Die Struktur von Blended Learning (Zeitpunkte und Umfang von Präsenzunterricht, betreutem E-Learning und Selbststudium, d.h. das „Mischungsverhältnis“) werden in Abhängigkeit der intendierten Lernergebnisse für den betreffenden Lehrgang bzw. das betreffende Modul gewählt und festgelegt.

Anwendungsorientierte Forschung

Die Donau-Universität Krems widmet sich in erster Linie der transferfähigen und anwendungsorientierten Forschung in Spezialgebieten wie der Biomedizinischen Technologie, Biopsychosozialen Gesundheit, Regenerativen Medizin oder Bauen und Umwelt. Wissenschaftliche Erkenntnisse bilden die Basis für die praxisbezogene Lehre der Universität für Weiterbildung. Zudem ermöglicht die Forschungsarbeit intensive Ko-



Foto: Donau-Universität Krems / Christof Lackner

Die Donau-Universität Krems widmet sich in erster Linie der transferfähigen und anwendungsorientierten Forschung in Spezialgebieten wie der Biomedizinischen Technologie, Biopsychosozialen Gesundheit, Regenerativen Medizin oder Bauen und Umwelt.

Foto: Donau-Universität Krems / Suzy Stöckl



Lichtlabor: An der Donau-Universität Krems beschäftigt man sich mit Licht in seiner Ganzheit. Ziel ist es, die beste Tageslichtqualität in Gebäuden zu schaffen und Lösungen zur Ergänzung des Tageslichtes durch geeignete Kunstlichtmittel zu finden.

operationen mit Unternehmen und anderen öffentlichen Institutionen. Die drei Fakultäten der Universität arbeiten in der Forschung über ihre Fachgrenzen hinweg zusammen.

Einzigartige Lernumgebung

Ihren Standort hat die Donau-Universität Krems – 80 km von Wien entfernt – in einer der schönsten Kulturlandschaften Europas, der Wachau, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Die modern adaptierte ehemalige Tabakfabrik Stein, ein charakteristischer Industriebau des beginnenden 20. Jahrhunderts, und die neuen Räumlichkeiten auf dem Campus Krems bieten Studierenden und Lehrenden eine offene, innovations- und motivationsfördernde Umgebung mit modernen Lehr- und Forschungsräumen, Bibliothek, Audimax, Programmokino, Apartments und vielfältiger Gastronomie. ■

<http://www.donau-uni.ac.at>

<https://www.facebook.com/donau.uni>

https://twitter.com/duk_news

Zahlen und Fakten

Bildungsangebot

Mehr als 150 Weiterbildungsstudien in den Bereichen

- Medizin, Gesundheit und Soziales
- Wirtschaft und Unternehmensführung
- Recht, Verwaltung und Internationales
- Bildung, Medien und Kommunikation
- Kunst, Kultur und Bau

Studienangebot

- laufende Universitätslehrgänge: 252
- Seminare insgesamt: 55

Zahl der AbsolventenInnen seit Beginn*

- AbsolventenInnen insgesamt: 15.213 (Stand 14.08.2013)

Zahl der Studierenden

Studierende Wintersemester 2012/13**

- Studierende insgesamt: 6.912
- aus 89 Ländern
- Durchschnittsalter: 39,8 Jahre
- Anteil der weiblichen Studierenden: 55 %
- Anteil der ausländisch Studierenden: 33 %

Zahl der Studierenden verteilt auf Fakultäten

- Rund 53 % in der Fakultät für Gesundheit und Medizin
- Rund 32 % in der Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung
- Rund 14 % in der Fakultät für Bildung, Kunst und Architektur

Organisationsaufbau der Weiterbildungsschwerpunkte

Fakultäten, Departments

An drei Fakultäten gliedern sich jeweils fachspezifische Departments wie folgt:

Fakultät Gesundheit und Medizin

- Gesundheitswissenschaften und Biomedizin
- Evidenzbasierte Medizin und Klinische Epidemiologie
- Interdisziplinäre Zahnmedizin
- Klinische Neurowissenschaften und Präventionsmedizin
- Psychotherapie und Biopsychosoziale Gesundheit

Fakultät Wirtschaft und Globalisierung

- Wirtschaft und Managementwissenschaften
- Wirtschaftsrecht und Europäische Integration
- E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung
- Migration und Globalisierung
- Wissens- und Kommunikationsmanagement

Fakultät Bildung, Kunst und Architektur

- Weiterbildungsforschung und Bildungsmanagement
 - Interaktive Medien und Bildungstechnologien
 - Kunst- und Bildwissenschaften
 - Bauen und Umwelt
- Eine detaillierte Übersicht bietet das Organigramm der DUK im Internet.

Forschungstätigkeit

Die Donau-Universität Krems widmet sich in erster Linie der transferfähigen und anwendungsorientierten Forschung. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse bilden die Basis für die hochwertige praxisbezogene Lehre der Universität für Weiterbildung. Zudem ermöglicht die Forschungsarbeit intensive Kooperationen mit Unternehmen und anderen öffentlichen Institutionen. Die Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf vier Kompetenzfelder:

- Kompetenzfeld Gesundheit und Medizin
- Kompetenzfeld Bildungsforschung und Lifelong Learning
- Kompetenzfeld Europäische Integration, Migration und Wirtschaft
- Kompetenzfeld Kunst, Kultur und Architektur

Finanzierung

Aktuelle Zahl

- Gesamtbudget: Euro 40,0 Mio.
- Anteil der Eigenfinanzierung: 79 %
- Unterstützung durch Bund und das Land Niederösterreich: 21 %

Personal

MitarbeiterInnen

- MitarbeiterInnen gesamt: 462 (368,13 vollzeit-äquivalent)
- davon weiblich: 332
- davon männlich: 130

875 Jahre Zisterzienserstift Zwettl

Das niederösterreichische Stift blickt auf eine lange Geschichte zurück und es ist beeindruckend, wie die Gemeinschaft die Katastrophen, Kriege und die NS-Herrschaft überstehen konnte. Nach Abschluß der umfangreichen Renovierungsarbeiten sollten nun wieder ruhige Zeiten anbrechen.

Von Christa Mössmer (Text) und Michael Mössmer (Fotos).



Alle Fotos: © Stift Zwettl / Österreich Journal - Michael Mössmer

Dieser wildromantische Blick über die Kampbrücke, die als das älteste profane romanische Bauwerk des Klosters gilt, könnte sich auch vor ein paar hundert Jahren so geboten haben – kaum etwas läßt dort auf unsere hektische Gegenwart schließen.

Der Zahn der Zeit macht auch dort nicht halt, wenn an so manchem Ort eben diese Zeit stehen geblieben zu sein scheint. So auch in Zwettl, wo die Stiftskirche zuletzt vor bald 75 Jahren einer Innensanierung unterzogen worden war. Nachdem vor sieben Jahren Putzteile aus den Gewölben in den Kirchenraum gestürzt waren und Schutznetze gespannt werden mußten, war eine profunde Gesamtanierung der Kirche unaufschiebbar geworden – mit dem Ziel, bis zum 875-Jahr-Jubiläum 2013 fertig zu werden. Wände und Pfeiler, Fenster und Kirchenboden mußten komplett saniert, die wertvolle Innenausstattung, die Altäre und das Chorgestühl restau-

riert werden. Die Kosten für die Innenrenovierung belaufen sich auf rund 7 Millionen Euro, weitere 5 Millionen waren für die Renovierung der Nebengebäude aufgewendet worden. Die Kosten tragen das Land Niederösterreich, die Diözese St. Pölten – und der „Verein der Freunde des Stiftes“, der unter dem früheren Landtagspräsidenten Franz Romeder ins Leben gerufen wurde und durch Spendenaktionen und die Organisation von Benefizveranstaltungen 1,4 (!) Millionen Euro aufgebracht hat.

Als wir nach Zwettl reisten, um für diesen Bericht zu fotografieren, waren die Arbeiten nahezu fertiggestellt, nur dort und da wurden

noch letzte restauratorische Handgriffe gemacht. Als letztes Zeichen der aufwendigen Arbeiten galten der verhüllte Hauptaltar und einige Figuren waren noch von Folien geschützt. Rechtzeitig zu den großen Jubiläumsfestlichkeiten wird das Stift Zwettl also in neuem Glanz erstrahlen. Für jene, die sich nun wundern, warum wir nicht die paar Wochen zugewartet haben? Nun, seit Jahren wird ein „Österreich Journal“ Kultur-Beitrag aus Niederösterreich den Tagungsmappen für jene AuslandsNiederösterreicherInnen beigelegt, die am jährlichen Treffen in St. Pölten teilnehmen – und das findet zehn Tage vor dem Jubiläum statt. Also haben wir uns damit ab-

gefunden, daß auf einem unserer Kirchenfotos noch ein paar verhüllte Altarfiguren zu sehen sind ...

Eine Reise in die Vergangenheit

Stadt und Stift Zwettl liegen etwa eineinhalb Autostunden von Wien entfernt im nördlichen Waldviertel – und schon während der Fahrt erkennt man an den dunklen, dichten Wäldern die Richtigkeit der Namensgebung dieses Viertels in Niederösterreich. Die Häuser liegen nicht offen und einladend auf den Erhöhungen der Landschaft, sondern sie halten sich eher geduckt, wenn nicht sogar versteckt. Wie schutzsuchend liegen sie meist in Senken, über all die Jahrhunderten wissend, wie man sich vor dem rauen Klima, vor allem im Winter, zu schützen hat. Aber auch vor Feinden, die hier nicht selten Verwüstungen angerichtet hatten. Und über Jahrzehnte hindurch lag das Waldviertel noch am Ende der Welt – als es noch den Eisernen Vorhang gab und die Grenzanlagen mit Stacheldraht und Wachtürmen zu den Sehenswürdigkeiten der Region zählten.

So urtümlich sich das Land auch darbietet, wirken Ruhe und Stille wohltuenderweise ansteckend. Wenn man dann auch noch die reine, klare Luft einatmet, kann man – so man will – „herunterfahren“ und entspannen.



Der romanische Torbogen gibt den ersten Blick auf das Stiftsensemble frei.

Eine andere Welt

Wir sehen den Wegweiser zum „Stift Zwettl“ und verlassen die Bundesstraße und erreichen nach wenigen Minuten die Kampbrücke, die als das älteste profane romanische Bauwerk des Klosters gilt. Wir machen auf der nahegelegenen Wiese halt und lassen

uns von der Umgebung des Klosters und von den Wäldern auf den steilen Hängen in den Bann ziehen. Still ist dieses Land an der Grenze zum Nachbarn Tschechien, die ja seit vielen Jahren unbehindert überschritten werden kann. An diese Stille muß man sich, wenn man aus einer lauten Stadt kommt, erst



Der wunderschöne Abteihof – nach Plänen von Josef Munggenast barockisiert – ist Ort vieler kultureller Veranstaltungen

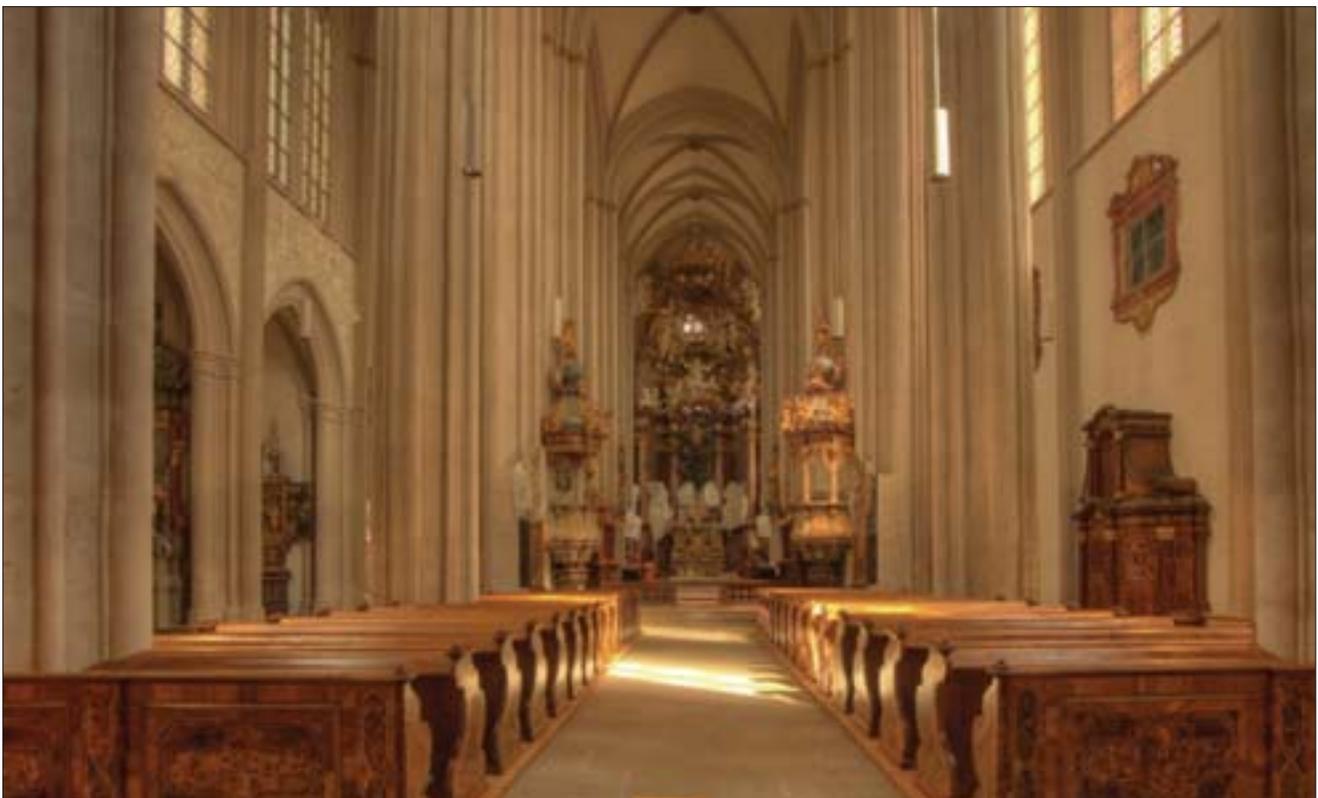
Kultur

einmal gewöhnen. Hin und wieder ein Auto, ein Traktor oder ein Fahrzeug des Bundesheeres, das am nahen Truppenübungsplatz Allentsteig stationiert ist. Selbst die Touristen scheinen sich hier eher lautlos zu bewegen, fahren mit Rädern, und wenn sie sich etwas zurufen, hört man alles mit, bis sie wieder über die ansteigende Straße in Richtung Zwettl verschwinden. Doch es wird auch Tage geben, wo die Reisebusse scharenweise Touristen absetzen.

Wir hören heute, wo es ruhig und beschaulich ist, nur das Rauschen des Kamps. Der kommt übrigens aus Oberösterreich, durchfließt das Waldviertel, um dann nach einer Strecke von 153 Kilometern in die Donau zu münden. Mit einer Einzugsgebietsgröße von 1753 km² ist er das größte Fließgewässer im Waldviertel.

An einer Schleife dieses Flusses ließen sich anno 1138 Zisterzienser nieder und begannen ein Kloster zu bauen, womit das drittälteste aktive Zisterzienserkloster weltweit in Zwettl steht. Das zweitälteste ist das Stift Heiligenkreuz (1133) im Bezirk Baden im Süden von Niederösterreich, das älteste, 1129 gegründet, ist das Stift Rein in der Gemeinde Eisbach in der Steiermark.

Die dreischiffige Stiftskirche »Maria Himmelfahrt« ist von einem Kapellenkranz aus dem 14. Jahrhundert umgeben.



Die Gründung

Der Ort, an dem die Mönche dieses Stift errichten haben, liegt eingebettet in einer Talsohle, als wollte es schon durch ihre Lage beweisen, daß der Fremde eine kontemplative Stätte betritt. Gegründet wurde Zwettl aber nicht von einem Babenberger, so wie Heiligenkreuz und Rein, sondern von einem Kuenringer, und zwar von Hadmar I., der auch die Stammburg Kühnring in der heutigen Marktgemeinde Burgschleinitz-Kühnring im Bezirk Horn und die Burg Dürnstein, heute eine oft touristisch besuchte Ruine, erbaute. Die Kuenringer gründeten auch die gleichnamige Stadt Zwettl, die erstmals 1129 in der Gründungsurkunde des Stifts erwähnt wird. Hinter dem Hauptaltar ist auch ein beeindruckender Stammbaum der Kuenringer zu bewundern, von denen einige auch im Stift ihre letzte Ruhestätte fanden.

Die Legende

Hatte zwar Hadmar von Kuenring das Kloster gestiftet, so weiß die Legende, wußten weder er, noch der erste Abt, Hermann, wo man das Kloster bauen sollte. Und ohne himmlische Erscheinung gab man sich nicht zufrieden. So „erschien ihm in solchem tiefen Nachsinnen am Fest des heiligen Silvester in der Nacht die Mutter Gottes ...“ wie man im „Verteutschtes Cistercium Bis-Tertium ... Prag 1708“ nachlesen kann: „Sie befahl ihm, er solle mit Hermann, dem ersten Abt, sich in den nächsten Wald verfügen und an dem Orte, wo sie einen grünen und zugleich fruchttragenden Baum finden würden, das neue Kloster anlegen. Der fromme Gründer erzählte folgenden Tages diese Vision dem erwähnten Abt Hermann, welcher sich



oben: In einer der Kapellen findet man einen Flügelaltar von Jörg Breu dem Älteren aus dem 15. Jhdt. Auf den Tafelbildern werden Szenen aus dem Leben des heiligen Bernhard dargestellt.

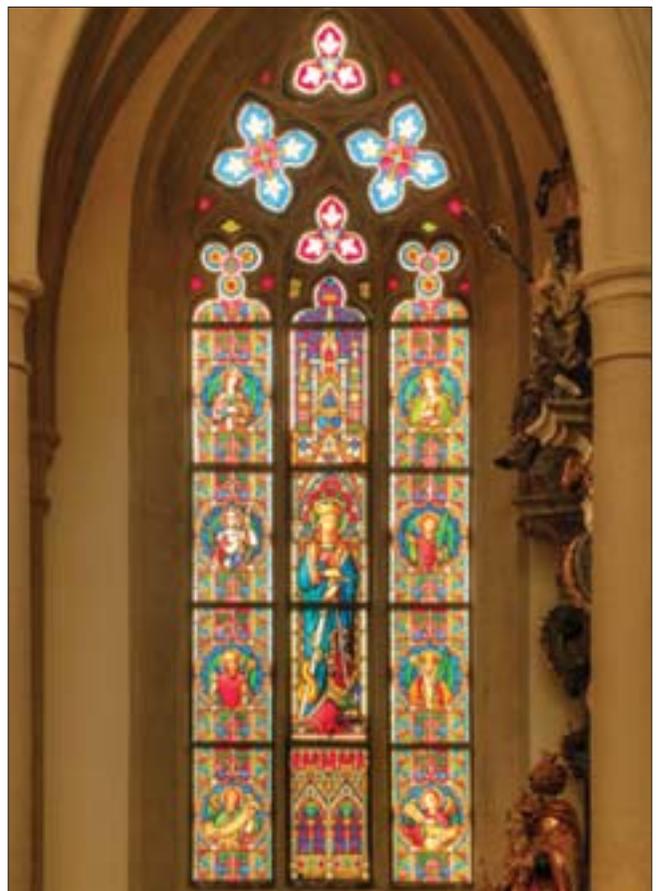
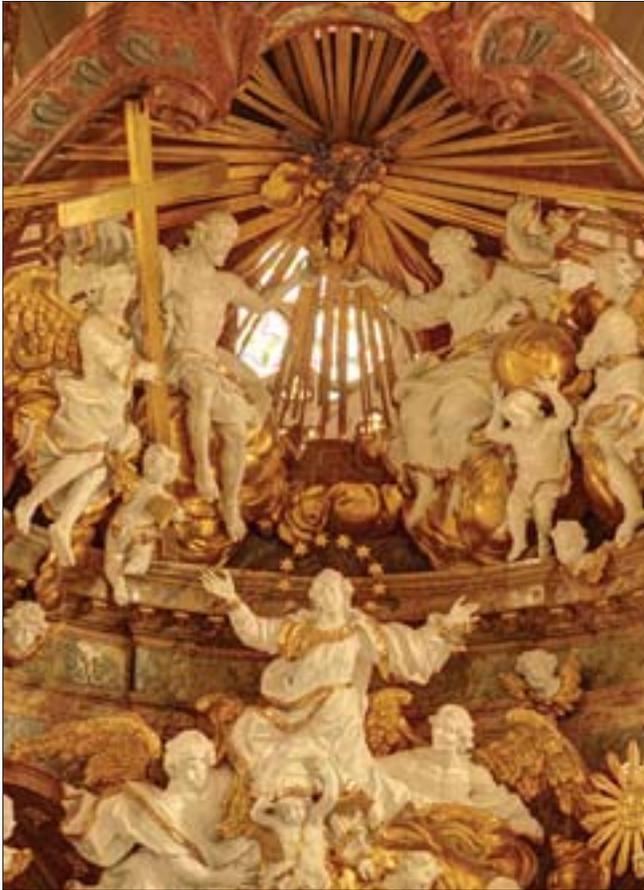
links: Detail aus der reichhaltigen Verzierung des Chorgestühls



hierüber nicht wenig freute und meldete, daß er selbst in seiner nach der Mette gehaltenen Meditation, eben am Neujahrstag Anno 1139, eine gleichartige Erscheinung gehabt hätte.

Sie ritten noch am selben Tag gegen den Kampffluß in den Wald und fanden endlich nach langem Umherreiten unter den mit Schnee durchgehend bedeckten und vom Laub gänzlich entblößten Bäumen einen schönen, grünen und fruchttragenden Eichenbaum, dessen Wipfel einem Kreuz zu glei-

Kultur





Orgel auf der Westempore der Stiftskirche wurde von Johann Ignaz Egedacher 1731 vollendet.



Ein beeindruckender Blick in das hochstrebende Seitenschiff der Stiftskirche auf die Westempore.

chen schien. Woselbst sie mit herzlichem Vergnügen sofort nach der nötigen Rodung das Kloster und die Kirche zu bauen angefangen und den hohen Altar zum ewigen Andenken an diese wunderbare Begebenheit eben an denselben Platz gesetzt haben, wo der grüne Eichenbaum gestanden. Der Stifter soll hernach dem neuen Stift so viel des umliegenden Grundes gewidmet haben, wie er in Begleitung des Abtes Hermann in einem Tag umreiten konnte.“ So will es die Legende, und so wird sie weiter erzählt werden – wohl auch noch weitere 875 Jahre lang.

Eine der wichtigsten Handschriften, in der auch die Legende niedergeschrieben wurde, ist das Zwettler Stiftungsbuch, die sogenannte „Bärenhaut“ – sogenannte, weil der Einband von einem „Saubären“ (Eber) stammt, also nicht von einem Braunbären. Seit 1311 ist das Kloster im Besitz dieser wichtigen und bedeutenden Handschrift. Im Hochaltar findet die Legende ihre Fortsetzung ohne Worte: Der grüne Eichenbaum mit dem gekreuzigten Jesus ist umgeben von einem Strahlenkranz, wo einst, vor vielen Jahrhunderten, der

echte, blühende Eichenbaum im Winter stand.

Dort, im winterlichen Wald, ist ein lichter Tal. So will es der Name „Zwettl“ – slawischen Ursprungs – was eben licht oder hell bedeutet. 21 Jahre später wurde in diesem lichten Tal, am 18. September 1159, die Stiftskirche geweiht.

Am 14. September, 874 Jahre später, wird es hier wohl nicht mehr so still sein, denn ein großes Festkonzert mit dem Sächsischen Vocalensemble findet zur Wiedereröffnung der Stiftskirche statt. Die Kirche war für längere Zeit wegen Renovierungsarbeiten geschlossen. Wir konnten, wie anfangs erwähnt, die Betriebsamkeit noch miterleben. RestaurateurInnen pinselten und schabten wissenschaftlich geschult an alten Bildern und Statuen in halb gebückter oder in langgestreckter Körperhaltung. Bei längerem Zusehen bekamen wir Rückenschmerzen und bewunderten nicht nur ihr fachliches Können, sondern auch die sportliche Kondition, die solche Arbeiten einem abfordern. Beim Hochaltar waren Heilige noch in weißen Leinentüchern verhüllt und machten den Eindruck

von Geisterhaftem. Und ich konnte mir leicht vorstellen, daß einer – wenn er nachts bei Vollmond die Kirche betritt und nichts von den Renovierungsarbeiten weiß – in Angst und Schrecken verfällt.

Von der Romanik zur Gotik

Wie alle Klöster aus dieser Zeit bestand die Klosteranlage aus dem Kapitelsaal, der als Versammlungs-, Besprechungs- und Abstimmungsraum diente, einer Schreibstube (Scriptorium), einer Küche, einem Schlafsaal (Dormitorium) und einer Latrinenanlage (Necessarium). Wie es schon so ist mit einem altherwürdigem Kloster, hat es während der vielen Jahrhunderte Umbauten gegeben, oft bedingt durch Verfall oder Plünderungen, oder einfach aus dem Grund, sich zeitgemäß der Kunst anzupassen. Vom ehemaligen romanischen Stil, der vom Gotischen zu Beginn des 13. Jahrhunderts abgelöst wurde, ist fast nichts erhalten geblieben außer dem berühmten Reliquienkreuz und der Madonna aus Elfenbein, die als Ausstellungsstücke in der Schatzkammer zu bestaunen sind. Zu dieser

Zeit begann man den Kreuzgang zu bauen. Der romanische Stil dort wurde nicht vollends zerstört, sondern mit der Frühgotik auf wunderschöne Art und Weise vereint und man wandelt hier, bestückt mit einem elektronischem Tourguide, auf den Spuren der ehemaligen Mönche.

1343 begann die neuere Baugeschichte der Stiftskirche. Man begann mit der Errichtung eines gotischen Chors. Doch schon fünf Jahre später brach die Pest über Europa herein – und auch Österreich blieb nicht davor verschont, so mußten die Bauarbeiten eingestellt werden. Vorsichtig geschätzt fielen rund 30 Prozent der Bevölkerung europaweit dem Schwarzen Tod zum Opfer.

1360 konnte unter Abt Otto II. Grillo weitergebaut werden und es dauerte fast ein Vierteljahrhundert, bis der neue Hochaltar 1383 eingeweiht werden konnte, was der Abt aber nicht mehr erlebte.

Die Hussitenkriege

Anfang des 15. Jahrhunderts tobten über einige Jahre die Hussitenkriege. Sie waren eine Reihe von kriegerischen Auseinandersetzungen, die 1419 begannen und über 20 Jahre lang andauerten. 1427 wurde die Stadt Zwettl dreimal belagert. Das nahe gelegene Kloster blieb nicht verschont, doch die Mönche konnten vorher noch einiges in Sicherheit bringen, was sie auf der Burg Lichtenfels, etwa 17 Kilometer entfernt, die auf einem bewaldeten Felskopf stand, versteckten (heute ist Lichtenfels eine Ruine und liegt auf einer Halbinsel des Stausees Ottenstein).

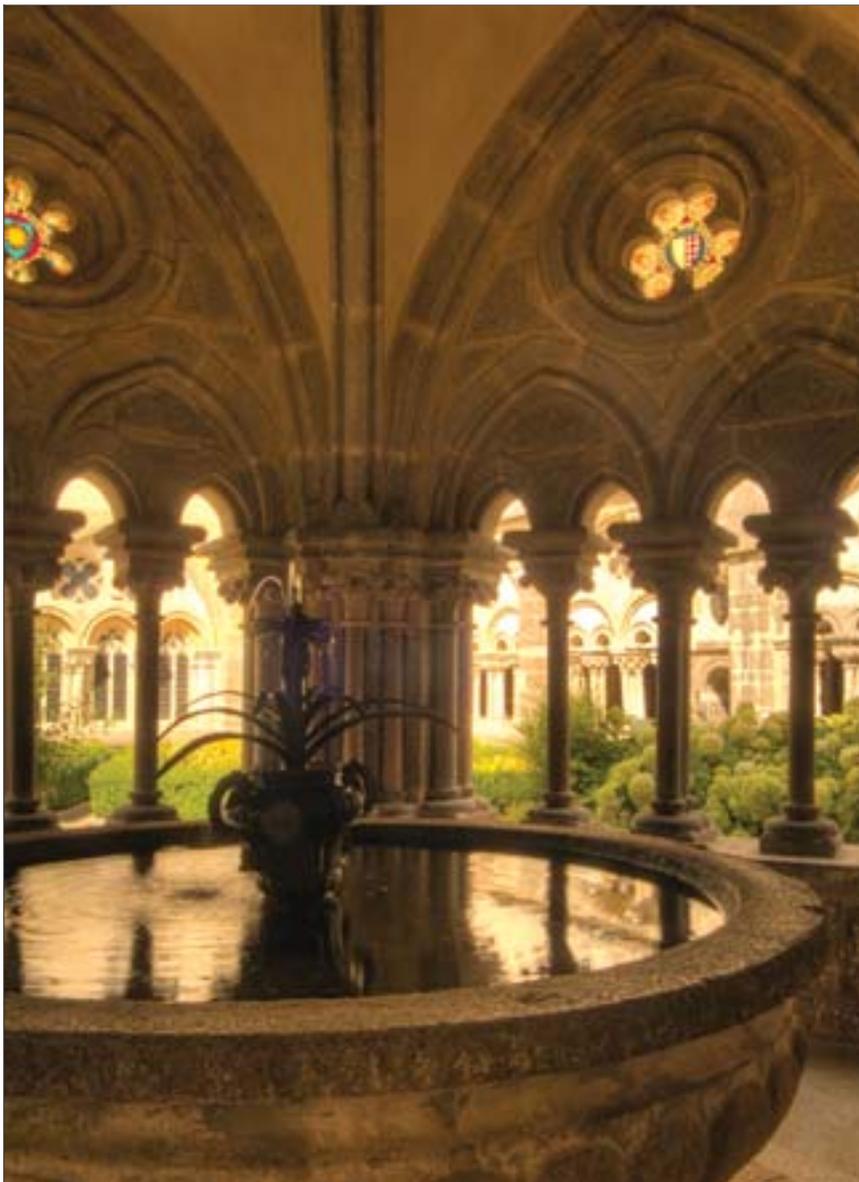
Wer heute durch den Kreuzgang geht, die Abgeschiedenheit, die Schönheit des Gartens, die Seltenheit einer romanischen und frühgotischen Architektur bewundert, vermag sich die Grausamkeit des damaligen Lebens, die Grausamkeit der Kriege gar nicht vorzustellen. Aber es kam Hilfe, denn ein Entsatzheer, zusammengestellt von Herzog Albrecht V., konnte die Hussiten in die Flucht schlagen – woran ein Gedenkstein erinnert, das sogenannte Hussitenkreuz am Südhang des Weinberges, wo angeblich die Schlacht stattgefunden hat.

Die Kirche konnte damals nicht mehr gerettet werden. Ausgebrannt und vollkommen zerstört, mußte sie durch eine neue ersetzt werden und man baute sie in einem spätgotischen Stil.

Doch die Bedrohung von außen hielt an, man war von ständigen kriegerischen Unruhen bedroht, sodaß eine Ringmauer um das Kloster errichtet wurde, von denen heute noch zwei Rundtürme im Prälatengarten und an



Blick in den mittelalterlichen Kreuzgang mit dem frühgotischen Brunnenhaus



Im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts entstanden: das sechseckige Brunnenhaus



Der romanisch-gotische Kreuzgang aus dem frühen 13. Jahrhundert bildet das Zentrum der Klosteranlage.

der alten Sakristei zu sehen sind. Erst Ende des 15. Jahrhunderts konnte mit der Instandsetzung der Gebäude begonnen und ehemals verpfändete Güter konnten wieder eingelöst werden.

Die erste Renovierung der Kirche fiel in die Zeit zwischen 1512 und 1545, in der auch eine Orgel errichtet wird, die bis 1728 in Verwendung blieb, und ein neuer Hochaltar wurde von fünf Schnitzern angefertigt. Der wird später nach Adamov bei Brünn verkauft, wo Teile des Altars noch heute in der Pfarrkirche stehen.

Der Dreißigjährige Krieg

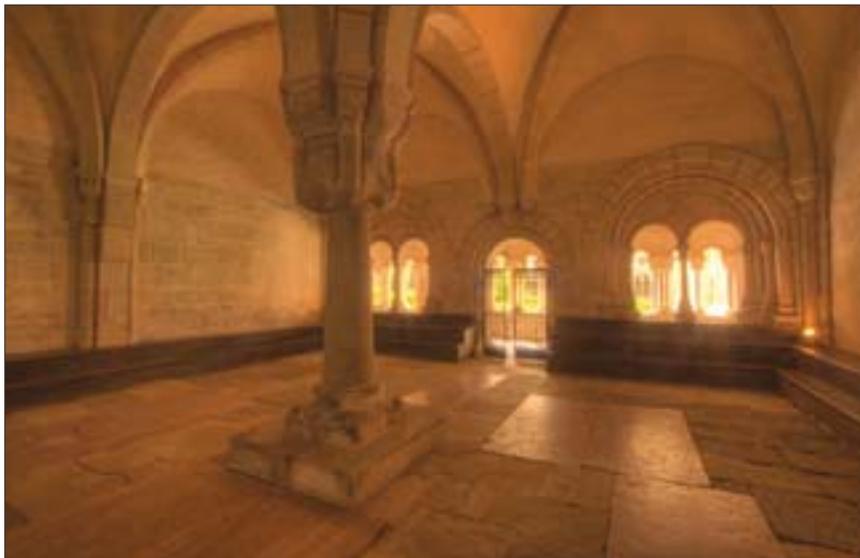
Kaum hatte man die Hussitenkriege und die Instandsetzung des Klosters bewältigt, begannen die Türkenkriege und die schwerwiegenden Zeiten der Reformation und des Dreißigjährigen Krieges. 1561 fanden sich nur mehr drei Brüder und zwei Novizen zur Abtwahl ein...

Wie in vielen anderen Ländern des damaligen Reiches waren auch zur Zeit der Reformation weite Teile Niederösterreichs protestantisch geworden. Während der Reformation hatte sich die Anzahl der Mönche neuerlich stark dezimiert. Bald setzte die Gegenreformation ein. Die römisch-katholische Kirche versuchte die Protestanten zu-

rückzudrängen, wohl zuerst noch im theologischen Sinne, doch später waren die Mittel der Gegenreformation Krieg gegen die protestantischen Staaten und vor allem missionarische Rekatholisierung, hier wieder vorrangig durch die Jesuiten. Die Klöster dienten hier als „Bollwerk“ gegen den etablierten Protestantismus. Diese Maßnahmen mit dem Überbau einer theologischen Auseinandersetzung, ergriffen aber immer mehr

politische Bereiche und führten schließlich zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges – mit dem Aufstand der böhmischen Stände und der Zweite Prager Fenstersturz vom 23. Mai 1618 als Auslöser.

Trotz dieser unsicheren Zeiten schaffte es Abt Erasmus dennoch, das Stift wirtschaftlich zusammenzuhalten und ließ sogar den Rudmannser Teich anlegen, der heute noch der Karpfenzucht dient.



Der älteste erhaltene Kapitelsaal eines Zisterzienserklosters



Die Buchbestände der Stiftsbibliothek reichen bis ins 11. Jahrhundert zurück.

Die Barockzeit

1645 mußten die Mönche vor den heranrückenden Schweden gemeinsam mit ihrem Abt nach Wien flüchten. Das Stift blieb nicht ungeschont und wurde mehrmals ausgeraubt. Doch trotz allem konnte sich das Kloster von den Kriegswirren erholen, wozu vor allem Abt Johann Bernhard Linck (1646-1671) wesentlich dazu beitrug. Zu den großen Werken österreichischer barocker Klostergeschichtsschreibung gehören seine „Annales Austriacorum“ wobei er die vorhin erwähnte „Bärenhaut“ als Quelle verwendete. Weiters förderte der historisch tätige Linck Wissenschaft, Unterricht und Musik (Sängerknabeninstitut). Die bis zum 19. Jahrhundert bestehende Apotheke wurde durch ihn „unter Zuhilfenahme“ eines Apothekers aus Köln errichtet.

Das Stift erhält die heutige Gestalt

Nun bricht die Zeit an, in der das Stift seine heutige Gestalt annimmt. Das Barock hält Einzug und unter Abt Caspar Bernhard – und vor allem unter Melchior von Zaunagg – wurden Hof und Kirche umgebaut. Gleich vorweg die bekannten und namhaften Künstler, die am Zustandekommen des heutigen Klosters weitgehend mitgewirkt haben: Josef Munggenast, Paul Troger, Martino Alto-

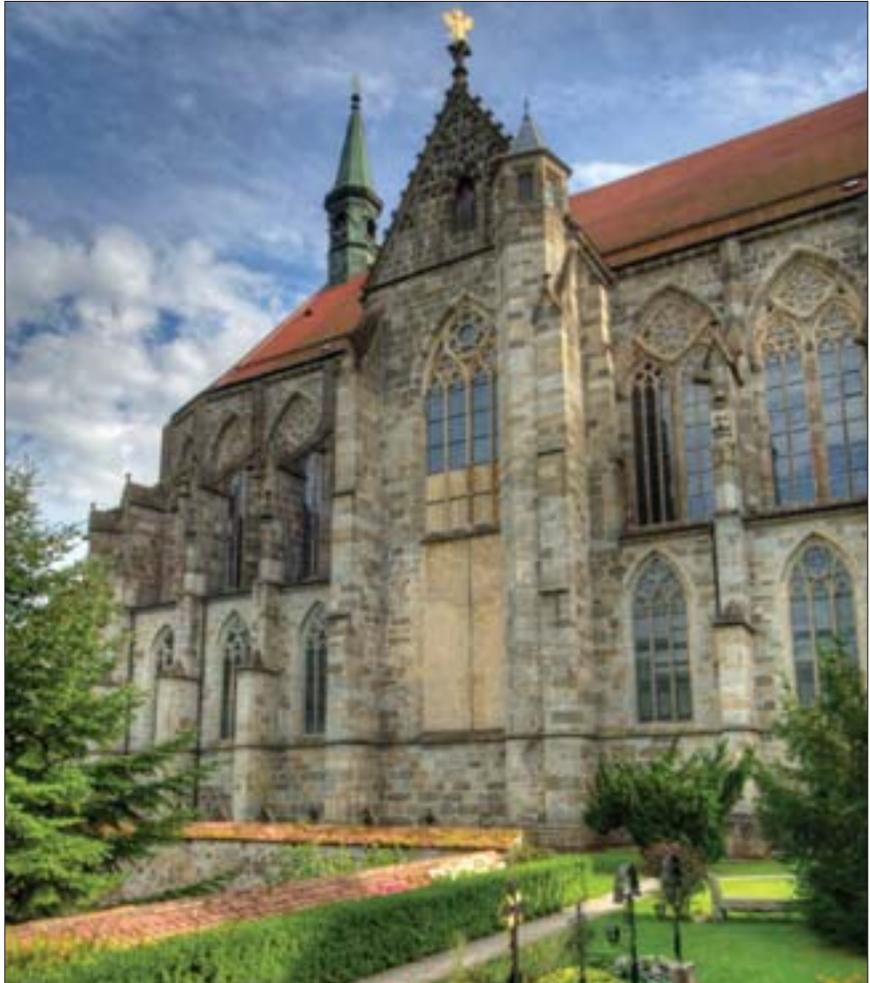


Kultur

monte, Martin Johann Schmidt (Kremser Schmidt), Johann Georg Schmidt (Wiener Schmidt) und Jakob Schletterer. Die Kirche erhielt einen 80 Meter hohen Turm und neu errichtet wurden von Paul Troger die Bibliothek mit den Freskenzyklus aus der Herkulesgeschichte, die Stiftstaverne und Teile des Konventsgebäudes, ein weiterer Konventtrakt, die sogenannte „Böhmeile“ und der Festsaal wurde mit einer reichen Architekturmalerei geschmückt. Es wurde Rücksicht auf die Erhaltung der alten Substanz genommen und man legte sozusagen das Barocke darüber. Nur das romanische Langhaus der Kirche wurde abgetragen. So wie zu Beginn des 13. Jahrhunderts der romanische Stil mit der Frühgotik eine künstlerische und architektonische Symbiose bildete, gelang zum zweiten Mal eine Symbiose: diesmal zwischen Gotik und Barock.

Kanzel, Chorgestühl, Beichtstühle und mit geschnitzten Köpfen geschmückte Bücherschränke wurden von den Laienbrüder Maleg und Mark erschaffen, die in der Holzbearbeitung ausgebildet waren. Die Bücher in den Regalen erhalten einheitliche weiße Ledereinbände. Die Seitenaltäre wurden erneuert und die Kirche erhielt zwei neue Orgeln.

Besondere Freude dürfte der Abt wohl auch an der Gestaltung der Gärten durch den bedeutenden Barockbaumeister Josef Mung-



genast gehabt haben, der auch das „Sommerstöckl“ im Prälategarten zum Empfang vornehmer Gäste errichtete, wo heute in den beheizbaren Orangerien exotische Pflanzen überwintern.

1740 erwarb das Stift Zwettl das Schloß Gobelsburg samt der dazugehörigen Grundherrschaft. Und da die Zisterzienser bereits seit dem Mittelalter in Kammern und Weinziel Weingärten besitzen, entstand auf Gobelsburg eine traditionsreiche Weinproduktion.

Rainer Kollmann, der letzte Barockprälat, war nicht nur Vertrauter Kaiserin Maria Theresias, er war auch Generalvikar und Visitor der Österreichischen Zisterzienserprovinz und bekleidete weitere öffentliche Ämter. Aus Anlaß seines 50jährigen Profießjubiläum komponierte kein Geringerer als Joseph Haydn den „Applausus“, der in der Stiftskirche aufgeführt wurde.

Für die Umgestaltung des Refektoriums verpflichtet Abt Rainer den gefragten Barockmaler Paul Troger für die großformatigen Ölbilder, der damit im Stift Zwettl sein Alterswerk hinterließ: „Das letzte Abendmahl“ und die „Fußwaschung“ füllen die gesamten Schmalseiten des mächtigen Raumes.

Mehrfach durch Aufhebung bedroht

Dann brach für die Klöster die josephinische Zeit heran: Kaiser Joseph II. ließ alle Orden aufheben, die keine Krankenpflege, Schulen oder andere soziale Aktivitäten betrieben hatten. Zudem wurden Feiertage und Kirchenfeste abgeschafft. Stift Zwettl blieb durch verstärkte Zuwendung zu sozialen Arbeiten von der Aufhebung verschont, verlor aber zehn Meierhöfe.

Das Kloster war im 19. Jahrhundert den sozialen, wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften aufgeschlossen. Dies ist vor allem Abt Stephan Rössler (1878-1923) zu verdanken. Es war ein straffer Spagat, den er zwischen zisterziensischem Ideal, übernommenen seelsorglichen Pflichten und weltlichem Fortschritt zu bewältigen hatte. Aber trotz allem entstand ein Epidemiespital, ein Altersheim für Mönche, das nach ihm benannte Stephaneum im Lindenhof, ein Elektrizitätswerk, eine Volksschule, die heutige musisch-kreative Hauptschule, Brücken zur Verbesserung der Infrastruktur und sogar die Kirche wurde elektrisch beleuchtet.

Die Aufhebung durch die NS-Herrschaft konnte zwar verhindert werden, doch große Teile der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen fiel an den Truppenübungsplatz Allent-



steig – samt dem baulich ältesten und urkundlich bereits 1210 genannten Landgut Dürnhof.

Schritte in die Zukunft

Mit der Landesausstellung 1981 unter dem Titel „Die Kuenringer – Das Werden des Landes Niederösterreich“ kommt dem Stift Zwettl auch eine wichtige touristische Rolle zu. Mit der Gründung der „Höheren Lehranstalt für Wirtschaft und Umwelt“, einer Privatschule im Yspertal, wird ein mutiger Schritt Richtung Zukunft gesetzt. Dort sollen jungen Menschen traditionelle klösterliche Werte wie Nachhaltigkeit und ver-

antwortungsvoller Umgang mit der Schöpfung vermittelt werden.

Nach dieser langen und überaus bewegten und beeindruckenden Geschichte scheint es, daß für das Stift Zwettl mit der nun abgeschlossenen Renovierung ein wenig von jenem Frieden einkehren kann, mit dem die es umgebende Landschaft jeden in ihren Bann zieht. Für geeignete Unterkünfte haben die Zisterzienser bereits vorgesorgt. Also nehmen – besser gönnen – Sie sich die Zeit zur stillen Einkehr in diesen ehrwürdigen Mauern im nördlichen Waldviertel...

<http://www.stift-zwettl.at>

Unter Verwendung von Quellen des Stifts Zwettl

Michael Neder – Ohne Kompromisse

»Meisterwerke im Fokus« im Oberen Belvedere
von 18. September 2013 bis 19. Jänner 2014



© Belvedere, Wien

Michael Neder, *Husareneinquartierung in Mödling, 1836*. Öl auf Holz, 40 x 53,5 cm (hier in der Höhe etwas angeschnitten)

Michael Neder war ein nüchterner Schilderer seiner Zeit. Er wollte nicht gefällig sein, sondern seine Umwelt so abbilden, wie er sie vorfand. Seine Werke zeigen Fakten, wollen Gegebenheiten nicht beschönigen oder literarisch ausschmücken und stellen so heute wertvolle Dokumente der Vergangenheit dar. Die Themen seiner Bilder sind Menschen im Wirtshaus, das fröhliche Beisammensein beim Kirtag oder in Heurigen, sowie Alltägliches, etwa die Mühsal der Mägde oder die Arbeit der Weinhauer. Meisterwerke im Fokus: „Michael Neder – Ohne Kompromisse“ ist die erste Ausstellung in einem Museum, die einzig diesem Maler gewidmet ist. Anhand von etwa 60 Ölbildern und Zeichnungen wird die hohe künstlerische Qualität von Neders Werk betont. Im Vergleich von Früh- und Spätwerk und in der Gegenüberstellung von Porträts und Genredarstellungen wird verdeutlicht, wie er seinen persönlichen Stil entwickelte, die für ihn typische, trockene Darstellungs-

form bewußt als Stilmittel einsetzte, Formen straffte, Bewegung reduzierte und auf diese Weise die optimale Ausdrucksform für seine ländlichen Sujets fand.

Neder war ein hervorragender Beobachter, der mit Farben vorzüglich umzugehen wußte und seine Figuren eindringlich charakterisierte. Obwohl sich seine künstlerische Fähigkeit vor allem im Porträt äußerte, widmete er sich vorwiegend der Genremalerei. Neben den Ereignissen in seiner unmittelbaren Heimat in Döbling und Sievering malte er auch das Geschehen in den Weinorten südlich von Wien, in Oberösterreich und im Berchtesgadener Land sowie in Budweis, dem heutigen České Budějovice. Einer Dynastie von Schustermeistern entstammend, unterbrach Neder seine handwerkliche Ausbildung, um an der kaiserlichen Akademie der bildenden Künste das Historienfach zu studieren. Ab den ausgehenden 1820er-Jahren entwickelte er seinen persönlichen Stil, der die Volksdarstellungen der zeitgenössi-

schen Lithografie eigenständig fortführte. Im Laufe seines langen Schaffens zeigt sich die beständige Tendenz, Formen zu komprimieren, Bewegungsabläufe auf das Notwendigste zu reduzieren und sich dadurch immer mehr vom Geschmack seiner Zeit zu distanzieren. So entwickelte er einen unverkennbar persönlichen Stil, der weit über seine Zeit hinausweist und im Realismus der Zwischenkriegszeit eine moderne Entsprechung finden sollte.

Im Sinne der zentralen Aufgaben eines Museums der Bewahrung, Erweiterung und Vermittlung der Sammlung präsentiert das Belvedere seit 2009 die Ausstellungsserie „Meisterwerke im Fokus“. Zweimal jährlich werden spezielle Aspekte der österreichischen Kunstgeschichte hervorgehoben und der Fokus auf thematische Schwerpunkte, einzelne Künstlerpersönlichkeiten oder herausragende Meisterwerke aus der Sammlung gerichtet. ■

<http://www.belvedere.at>

MAK DESIGN SALON #02

Studio Formafantasma. »The Stranger Within« – Zeitgenössische Designintervention in der MAK-Expositur Geymüllerschloß

Gesellschaftlich ambivalente Haltungen gegenüber dem „Fremden“ thematisiert das Studio Formafantasma (Simone Farresin, *1983, und Andrea Trimarchi, *1980) mit der Ausstellung „The Stranger Within“ im Rahmen des MAK DESIGN SALON #02.

Bereits zum zweiten Mal öffnet das MAK mit dieser programmatischen Reihe das Empire- und Biedermeierambiente der MAK-Expositur Geymüllerschloß für zeitgenössische Designpositionen. Im Dialog mit der historischen Substanz des Gebäudes beschäftigt sich „The Stranger Within“ in insgesamt sieben Rauminterventionen mit dem paradoxen Phänomen von Fernweh und biedermeierlicher „Heimeligkeit“, das beim Besuch des Geymüllerschloßes erlebbar wird.

Subtil reagieren die experimentellen Objektserien von Formafantasma auf die Faszination des „Exotischen“, die sich im Baustil des Geymüllerschloßes widerspiegelt. Indische und arabische Stilzitate in Fassadenornamentik und Interieur erzählen von der damaligen Vorliebe für die Kulturen des Orients. „In einer globalisierten Welt, in der der Begriff ‚Exotik‘ seine Bedeutung verliert, laden wir den Betrachter ein, genauer hinzusehen und auf der Suche nach Inspiration für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft den Blick nach innen und in die Vergangenheit zu richten“, so die Designer.

Das zentrale Werk „The Stranger Within, Nodus Rug“, 2013, ein eigens für den Blauen Salon des Geymüllerschloßes entworfener, in Zusammenarbeit mit der italienischen Firma Nodus hergestellter Teppich, erinnert an eine überdimensionale Maske als mystisches Sinnbild des Fremden, die sich aus der Textur und Farbgebung der Räumlichkeiten ableitet. Im Zentrum des Salons aufgerichtet, wirkt der Teppich wie ein Totem, um den sich die übrigen Exponate über die restlichen Räume verteilen. Die textile Arbeit entstand in Referenz an die von den Nationalsozialisten vertriebene jüdische Familie des Textilfabrikanten Isidor Mautner, die von 1888 bis 1938 im Besitz des Schloßes war. Die Kombination des Teppichs mit Objekten aus aufgeblasenen und ausgehärteten Schweinsblasen, wie beispielsweise „Bladder Chandelier“, 2013 weckt Assoziationen zu folkloristischen Karnevalbräuchen.



Foto: MAK / Matthias Herrmann

»Der Blaue Salon« in der MAK-Expositur Geymüllerschloß (unten)



Foto: MAK / Peter Kalinz

Mechanismen kolonialer Machtstrukturen und heutiger Migrationspolitik thematisiert die Objektserie „Moulding Tradition“, 2009. Ausgehend von den arabisch-afrikanischen Einflüssen auf die europäische Kera-

mikproduktion nehmen Formafantasma Bezug auf die aktuellen Migrationsströme aus Afrika und reflektieren Themen wie nationale Identität oder Rassismus. In Anspielung an die sizilianische Traditionskeramik „Teste

Kultur

di moro“ zeigen Gefäße in Bojenform applizierte Flüchtlingsportraits.

Die für die MAK-Ausstellung weiter bearbeiteten Werkzyklen „Botanica“, 2011, und „Craftica“, 2012, widmen sich innovativen Materialentwicklungen oder -nutzungen. Ihr Gegenüber im Geymüllerschloß finden die aus tierischen oder pflanzlichen Abfallstoffen entwickelten Arbeiten in einem um 1840 zur Gänze aus Schmetterlingsflügeln gefertigten Kunstblumenbouquet. „So wie die naturerforschende Ära des Biedermeier von der Industriellen Revolution, wird die derzeitige Digitale Moderne von der Suche nach alternativen Rohstoffen und Fertigungstechniken sowie von einer neuen Sinnlichkeit der Produkte begleitet. Das Studio Formafantasma versteht sich dabei als Materiallabor eines neuen Industriezeitalters“, so Thomas Geisler, Kurator und Kustode MAK-Sammlung Design.

Erstmals zum MAK DESIGN SALON präsentieren Simone Farresin und Andrea Trimarchi den Prototyp des Trinkservices „Alphabet“, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Glasverleger J.&L. Lobmeyr entwickelt wurde. Das Service wird anlässlich des 150jährigen Jubiläums des MAK im kommenden Jahr bei J.&L. Lobmeyr als Sonderedition aufgelegt.

„The Stranger Within“ ist nach der Intervention des Londoner Designers Michael Anastassiades „Time & Again“ (2012) die zweite Position innerhalb des MAK DESIGN SALON. Die Ausstellung von Studio Formafantasma wird großzügig durch das Auktionshaus Dorotheum unterstützt. Leihgaben stellen u. a. das Textiel Museum in Tilburg und die Londoner Galerie Libby Sellers zur Verfügung.

Studio Formafantasma

Bereits während des Bachelor-Studiums im Bereich Grafikdesign und Illustration begann die Zusammenarbeit von Andrea Trimarchi und Simone Farresin. Das Interesse der beiden Designer italienischen Ursprungs an der Gestaltung von Produkten entstand während ihrer Master-Ausbildung an der Design Academy Eindhoven, wo sie im Juli 2009 graduierten. Mit ihrem in Eindhoven situierten Studio Formafantasma beschäftigen sie sich mit der Beziehung zwischen Tradition und lokaler Kultur, der Rolle des Designs im Kunsthandwerk sowie der Bedeutung von Objekten als kulturelle Vermittler. Ihre Arbeiten wurden mehrfach international ausgestellt und ausgezeichnet und befinden sich in bedeutenden Sammlungen,



Studio Formafantasma, »Moulding Tradition«, Courtesy Gallery Libby Sellers



Studio Formafantasma, »Botanica«, 2011, Courtesy Plart Foundation

wie jetzt auch im MAK. 2012 ging das Duo als Gewinner des vom Wien Tourismus initiierten Souvenir-Wettbewerbs „European Homerun“ hervor. Das in Zusammenarbeit mit der Spielkartenfabrik Ferd. Piatnik & Söhne entstandene, siegreiche Kartenspiel ist im MAK Design Shop erhältlich.

MAK-Expositor Geymüllerschloß

Das Geymüllerschloß in Pötzleinsdorf wurde nach 1808 im Auftrag des Handelsmanns und Bankiers Johann Jakob Geymüller (1760-1834) errichtet und 1965 dem MAK als Außenstelle angegliedert. Neben den permanent ausgestellten 160 erlesenen Altwie-

ner Uhren der Sammlung Franz Sobek bilden die Empire- und Biedermeiermöbel aus der Möbelsammlung des MAK die wichtigsten Sehenswürdigkeiten im Geymüllerschloß. Kein anderes öffentlich zugängliches Gebäude in Österreich spiegelt heute die spezifische Lebens- und Geistesart der Epoche des Vormärz in vergleichbarer Authentizität wider. Im Park des Lustgebäudes stellen sowohl das skulpturale Ensemble „Der Vater weist dem Kind den Weg“ von Hubert Schmalix (1996) als auch James Turrells Skyspace „The other Horizon“ (1998/2004) einen Dialog mit der Vergangenheit her. ■ <http://www.MAK.at>

Kurt Kocherscheidt

Große Retrospektive von 4. September bis
17. November 2013 im Essl Museum Klosterneuburg



Foto: Mischka Nawrata, Vienna

Kurt Kocherscheidt, Russische Hütte, 1985, Öl auf Leinwand, 180 x 320 cm; © Sammlung Essl Privatstiftung

Das Essl Museum widmet dem 1992 verstorbenen Künstler Kurt Kocherscheidt die erste große Retrospektive in Österreich seit zehn Jahren. Die Personale zeigt repräsentative Arbeiten aus allen wichtigen Werkgruppen und versucht eine Neubewertung des Malers und seines Werks aus heutiger Sicht. Kurator ist der deutsche Kunsthistoriker Veit Loers.

Im Zentrum steht Kocherscheidt als surrealer, visionärer Künstler, der in seiner bewußt asketischen Malerei Objekte und Signale seiner Umgebung auf ihre hermetischen Möglichkeiten hin befragt und darin eine malerische Antwort findet.

Die Kocherscheidt-Ausstellung im Essl-Museum, die aus allen wichtigen Werkgruppen repräsentative Arbeiten zeigt, versucht eine Neubewertung des Malers und seines Werks aus heutiger Sicht, zu einem Zeitpunkt, wo die Positionierung von gegenständlicher und abstrakter Malerei als nicht mehr relevant erachtet wird. Die Ausstellung

*Kurt Kocherscheidt, Ohne Titel, 1976, Tempera auf Leinwand, 125 x 140 cm
© Sammlung Essl Privatstiftung*



Foto: Mischka Nawrata, Wien

setzt sich vorwiegend aus Beständen der großen Sammlungen Kocherscheidts zusammen, des Morat-Instituts in Freiburg/Breisgau, der Sammlung Essl und von Botho von Portatius, Berlin sowie dem Nachlaß.

Kurt Kocherscheidt – Maler, Naturforscher und Visionär

„Nach Anfängen einer szenarischen phantastischen Malerei der späten 60er-Jahre setzt Kurt Kocherscheidts malerische Entwicklung erst Mitte der 70er-Jahre ein. Eine Südamerikareise (1972/73) hat dem Maler Kocherscheidt die Träume des Naturforschers nähergebracht. Der Kauf eines bäuerlichen Anwesens in Grieselstein (Jennersdorf) im Südburgenland und seine Aufenthalte dort verdichten seine Naturbeobachtungen. Stillebenhafte Szenarien lassen den Mikrokosmos, die Welt der Insekten und diluvialer oder vulkanischer Erdformungen surreal in die Realität einbrechen, zu einem Zeitpunkt, wo Malerei selbst international wenig Relevanz und Beachtung besitzt. Die Ausstellung widmet diesem Frühwerk der späten siebziger Jahre ausgiebig Raum, weil es der Schlüssel zur inhaltlichen und malerischen Verdichtung der späteren Jahre ist. Während der Jahre der Malereibewegung zu Beginn der 80er-Jahre dynamisiert Kurt Kocherscheidt Zug um Zug seine Motive und reduziert sie zu rätselhaften Zeichen zwischen Eros und Thanatos. Als neue durchgehende Thematik tritt nun ein mediterraner Mythos, von Kolchis im Osten bis zu den Säulen des Herkules im Westen, so als kehre die Vergangenheit in codierten Archetypen wie Masken, Codices und goldenen Scheiben zurück. Aus surrealen Stilleben und Genremotiven der Anfangszeit erwachsen dunkle Ornamente, Flächen und Höhlungen. Dem abstrakten Maleriklima der späteren 80er-Jahre antwortet Kurt Kocherscheidt mit reduzierten dunklen Zeichen.“

Kurt Kocherscheidt, der früh verstorbene Maler mit bildhauerischen Neigungen ist 1943 in Kärnten geboren und hat nach dem Kunststudium in Wien die Künstlergruppe „Wirklichkeiten“ (1968) mitbegründet. 1973 heiratete er die Fotografin Elfie Semotan. Obwohl er in zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland zu sehen war (Museum des 20. Jahrhunderts in Wien, Rupertinum Salzburg, Wiener Secession, Stedelijk van Abbemuseum in Eindhoven, MAK in Wien und Museum van Hedendaagse Kunst in Gent), am Ende sogar auf der documenta IX in Kassel, ist er ein Einzelgänger geblieben. Seinem Oeuvre ist noch nicht die gebührende inter-



Foto: Mischa Nawrata, Wien

Kurt Kocherscheidt, *Waldstudie II*, 1985, Öl auf Leinwand, 180 x 120 cm
© Sammlung Essl Privatstiftung

nationale Beachtung zuteil geworden, nicht zuletzt deshalb, weil die internationale Rezeption von Malerei diesem sperrigen Werk eher eine Außenseiter-Rolle zumaß.

Das Essl Museum

Das Essl Museum dient den 7000 Werken der Sammlung Essl als Herberge mit einer Ausstellungsfläche von 3200 m² und ist eines der bedeutendsten Privatmuseen für Gegenwartskunst weltweit.

In den lichtdurchfluteten Räumlichkeiten, die im Gegensatz zur kühlen Außenfassade stehen, erschließt sich dem Besucher

Gegenwartskunst als Zusammenspiel von Werk, Licht, Raum und Bewegung. Durch die weitläufigen Grünflächen im Außenbereich sowie die großflächigen Panoramafenster, die vielfältige Durch- und Ausblicke in die von den Donau-Auen geprägte Umgebung möglich machen, ist das Essl Museum ein Schnittpunkt, an dem sich Natur und Kunst begegnen. Es gilt als eines der Hauptwerke des österreichischen Architekten und Staatspreisträgers Heinz Tesar. Das 1999 errichtete Gebäude ist die Vervollkommnung von Tesars unverwechselbarer Formensprache. ■

<http://www.essl.museum>

Weltweit in Jazzszene etabliert

Haslauer: Bemühungen um Neustart des Jazzfestivals Saalfelden 2006 haben sich gelohnt – Schellhorn: Gute neue Zeit in der Kunst und der Musik

Das Jazzfestival Saalfelden hat sich seit dem Neustart 2006 nachhaltig in der weltweiten Jazzszene etabliert. Die heutige Eröffnung macht deutlich, daß sowohl Jazzfans als auch die Gäste und Einheimischen gemeinsam das Jazzfestival genießen. Die gemeinsamen Bemühungen, das Festival im Jahr 2006 wieder zu beleben, haben sich auf jeden Fall gelohnt.“ Dies betonte Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 22. August bei der Eröffnung des Festivals. Kulturreferent Landesrat Heinrich Schellhorn sagte: „Sie passen wunderbar zusammen – die Berge, die Almen, die kleine Stadt am Steinernen Meer, der ländlich geprägte Pinzgau und das bedeutende internationale Jazzfestival Saalfelden. Sie stehen gemeinsam für die gute neue Zeit in der Kunst, vor allem in der Musik.“

Das Jazzfestival fand heuer von 22. bis 25. August insgesamt bereits zum 34. Mal in Saalfelden am Steinernen Meer statt. Die insgesamt 31 Konzerte auf verschiedenen Bühnen und Aufführungsorten versprachen auch heuer wieder eine abwechslungsreiche Auswahl an experimentierfreudiger Musik auf hohem künstlerischem Niveau. Das Festival versteht sich als Bühne für das Außergewöhnliche und stellt das Experimentelle und das Unerwartete in den Vordergrund. So wie im Vorjahr frequentierten auch heuer rund 15.000 BesucherInnen das Festival.

Die gute neue Zeit zeichne sich, so Schellhorn, durch ein entspanntes Crossover zwischen KünstlerInnen unterschiedlicher Stilrichtungen und einem Publikum aus, das sehr verschiedene Qualitäten in der Musik erkenne und schätze. „Die alten Fronten gibt es nicht mehr. Blasmusiker, die auch Jazzkennner sind, und umgekehrt, die einander als Künstler schätzen, sind ganz normal geworden. Insofern hat sich auch das Staunen über den vermeintlichen Gegensatz zwischen diesem Veranstaltungsort und diesem Festival erübrigt.“

Die Erfolgsgeschichte von Saalfelden zeige, „daß auch in Salzburg eine Idee erfolgreich verfolgt werden kann, wenn der nötige Enthusiasmus, die Kompetenz, die Beharrlichkeit und ein Schuß kreativer Verücktheit vorhanden sind. Weil, wer vor 34 Jahren beim ersten Konzert in der Aula der



Foto: Saalfelden-Leogang

Christian Lillinger wird spätestens seit seinem Projekt »Grund«, das bereits in die zweite Runde – »Second Reason« – geht, als hoffnungsvolles Licht am Jazzhimmel gefeiert – war eines von den vielen Highlights des heurigen Jazzfestivals.



Foto: Franz Neumayr LMZ

Eröffnung Jazzfestival Saalfelden (v.l.): Wolfgang Hartl (Obmann, Zentrum Zeitgenössische Musik), Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, LH Wilfried Haslauer, LR Heinrich Schellhorn und Stefan Pühringer (GF Saalfelden Leogang Tourismus)

hiesigen HTL behauptet hätte, Saalfelden würde sich bis 2013 zu einer selbstbewußten internationalen Instanz, zu einer Metropole in Sachen Jazz gemausert haben, wäre wirklich für verrückt erklärt worden“, erklärte Schellhorn.

Einen kleinen, bescheidenen Beitrag zu dieser Erfolgsgeschichte dürfe auch das Kulturreisort des Landes Salzburg für sich bean-

spruchen, so Schellhorn. Dieses fördert das Festival mit immerhin 55.000 Euro jährlich. Dieses Festival würde mehr verdienen und brauchen. Aber ein Beitrag unter anderen ist auch das. Als besonders erfreulich bezeichnete Schellhorn, daß der ganze Ort Saalfelden heute dieses Festival als „sein Festival“ sehe und gemeinsam darauf stolz sei. ■ <http://www.jazzsaalfelden.com>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **68. Folge** portraitiert er

Arnold Pressburger

Produzent



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Arnold Pressburger

Arnold Pressburger, geboren am 27. August 1885 in Pressburg (Bratislava, ungarisch Poszony), wandte sich nach Versuchen als Schauspieler und Sänger 1909 in Wien dem neuen Medium Film zu. Er gründete 1911 gemeinsam mit Siegmund Philipp die Verleihfirma Philipp & Pressburger, die zudem ab 1913 vereinzelt auch Spielfilme und Dokumentationen herstellte, ab 1916 arbeitete er auch für die Österreichisch-Ungarische Sascha-Messter-Film GmbH. 1918 fusionierte Graf Kolowrat-Krakowskys Sascha-Filmfabrik mit Philipp & Pressburger, woraus die Sascha-Filmindustrie AG entstand. Pressburger gehörte zum Vorstand der neuen Gesellschaft, bei der unter seiner Generaldirektion und künstlerischen Oberleitung an die 100 Filme produziert wurden, darunter in den ersten 20er-Jahren aufwändige, für weltweite Distribution gedrehte Monumental-Epen: „Die Herren der Meere“ (1922, R: Alexander Korda), die zweiteilige biblische Legende „Sodom und Gomorrhä“ (1922) und in Zusammenarbeit mit Stoll-Film London, das mit einem hohen Produktions-Value an Hollywood orientierte prunkvolle Epos „Die Sklavenkönigin“ (1924)¹⁾, beide inszeniert von Michael Kertész (später Curtiz), zuletzt 1925 „Salammbô“ (R: Pierre Marodon) nach dem bekannten Roman von Gustave Flaubert. 1919-20 war Pressburger Präsident des Bundes der Filmindustriellen Österreichs.

Nach der Trennung von Kolowrat leitete er 1925 in Berlin im Trio mit Hermann Fellner und Joseph Somló die F.P.S.-Film und 1930 die eigenständige Allianz-Tonfilm, die prestigeträchtige Zelluloid-Produktionen wie „Danton“ mit Fritz Kortner und Alfred Döblins „Berlin-Alexanderplatz“ auf die Leinwand brachte. Im April 1932 folgte die Assoziierung mit dem international tätigen Produzenten Gregor Rabinowitsch zur Cine-Allianz, die sich im Rahmen des Ufa-Konzerns auf Martha-Eggerth/Jan-Kiepura-Operetten und die Herstellung englischsprachiger Versionen für die Gaumont British in London festlegte. 1934, nachdem er aufgrund der Folgen durch den Machtantritt der Nazis Berlin verlassen hatte, etablierte Pressburger mit der British Cine-Alliance eine erste Dependence, der sukzessive 1935 die Alleanza Cinematografica Italiana und 1938 nach dem Weggang von Wien in Paris die französische Compagnie Internationale de Productions et Réalisation Artistique (CIPRA) folgten, um jeweils einen oder mehrere



Original US-Poster zu »The Shanghai Gesture«, ein Film Noir der Arnold Productions nach einem Broadwaystück von John Colton, im Verleih der United Artists.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Filme zu produzieren. Darüber hinaus beteiligte sich Pressburger finanziell an Alexander Kordas Denham Studios in London. Die Ereignisse in Europa veranlassten ihn 1939 zur Übersiedlung in die USA.

In den 40er-Jahren zählte er zu den wenigen selbständigen Produzenten in Hollywood. Die Neugründung Arnold Productions Inc., die 1941-1946 vier Filme mit europäischen Regisseuren von Rang herstellte, der Vertrag mit United Artists als Verleihfirma sowie bereits der Debütfilm, das von Josef von Sternberg 1941 meisterhaft inszenierte, indes trotz des colorvollen Backgrounds und zweier Oscar-Nominierungen an den Kinokassen nur moderat erfolgreiche Melodram „The Shanghai Gesture“ („Im Banne von Shanghai“, 1941), sicherten seinen Platz in der Filmmetropole. Fritz Langs „politischer“ Film „Hangmen Also Die!“ („Auch Henker sterben“, 1943), nach einer Story von Lang und Bert Brecht, inspiriert vom 1942 verübten Attentat auf den in Prag residierenden Reichsprotektor Reinhold Heydrich, kam als ambitionierter Antikriegsfilm gegen das faschistische Deutschland in die Kinos. Pressburger, der im großen Ausmaß Exilanten beschäftigte und diesen damit Arbeitsmöglichkeiten bot, hatte für die Musik Hanns Eisler und den Wiener Arthur Guttman als Conductor verpflichtet. Dem in 42 Drehtagen entstandenen Werk, das mit den prophetischen Worten „NOT The End“ schließt, bescheinigten die Kritik und die deutschsprachige Exilpresse nur zögerlich, einer der künstlerisch wertvollsten Anti-Nazi-Filme zu sein. Der Produzent blieb allerdings da-



Produzent Arnold Pressburger und seine Darstellerin Phyllis Brooks bei der Premiere des Sternberg-Films »The Shanghai Gesture« am 25. Dezember 1941 in New York.



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Der von Arnold Pressburger produzierte Film »Der Verlorene« war der einzige, in dem Peter Lorre – hier als Dr. Karl Rothe – selbst Regie führte.

von unberührt, ihm war es wichtiger mit einem fertig gestellten Streifen Geld zu verdienen, als damit Kritiker zu beeindrucken. 1943 erwarb Pressburger von Frank Capra nach dessen Einberufung zur Army die Filmrechte für das fantastische, auf einer Story von Hugh Wedlock und Howard Snyder sowie einem inhaltlich ähnlichen Stück von Lord Dunsany basierende Comedy Drama aus dem Zeitungsmilieu „It Happened Tomorrow“ („Was morgen geschah“, 1944). Die Inszenierung besorgte der Franzose René Clair, Robert Stolz schrieb und dirigierte die Einspielung der Partitur, wofür er 1945 eine Oscar-Nominierung für „Best Music, Scoring of a Dramatic or Comedy Picture“ erhielt. Die Gaunerkomödie „A Scandal in Paris“ („Ein eleganter Gauner“, 1946), zurückgehend auf die Memoiren des charismatischen Kriminellen und späteren Chefs der Sûreté Nationale unter Napoleon und den Bourbonen bis 1827, Francois Eugène Vidocq, eine

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Poster zur österreichisch-britischen Produktion »Die Sklavenkönigin«, die im englischsprachigen Bereich und später bei Festivals unter dem Titel »The Moon of Israel« erfolgreich beeindruckte.

der besten Inszenierungen des deutschen Regisseurs Douglas Sirk (Detlef Sierck), wurde erneut musikalisch von Hanns Eisler ausgestattet.

Die Filmkrise in Amerika bewog den Emigranten nach dem Krieg zur Rückorientierung nach Europa. Er war kurz zuvor US-Bürger geworden und ließ sich nun in London nieder, ohne jedoch Möglichkeiten für eine Weiterarbeit zu finden. Die Refundierung durch die Bundesrepublik des 1935 enteigneten Vermögens aus der Cine-Allianz sollte ihm 1950 die Herstellung seines ersten deutschen Nachkriegsfilms »Der Verlorene« (Vorlage, Regie und Titelrolle: Peter Lorre)²⁾ ermöglichen. Arnold Pressburger, der in der Branche zu den bedeutendsten Produzentenpersönlichkeiten österreichischer Herkunft zählt, Mitglied der Society of Independent Motion Picture Producers, 38 Jahre an füh-

render Stelle im Filmgeschäft involviert und mit insgesamt 170 teils internationalen Produktionen einer der großen Pioniere des Metiers, starb am 17. Februar 1951, noch vor Beendigung der Dreharbeiten an Außenschauplätzen in Hamburg, in einer Hamburger Klinik an den Folgen eines Schlaganfalls. Die Einäscherung erfolgte im Ohlsdorfer Krematorium, die Urne wurde nach Amerika überführt und im Urn Garden des Hollywood Memorial Cemetery (heute Hollywood Forever) beigesetzt. ■

1) Der Film »Die Sklavenkönigin«, eine große Liebesgeschichte vor dem alttestamentarischen Hintergrund des Auszugs der Israeliten aus Ägypten, nach dem Roman »The Moon of Israel« von Sir Henry Rider Haggard, reüssierte u.a. in Frankreich unter dem Titel »L'Esclave Reine«, lief ab Februar 1925 unter dem Titel »The Moon of Israel« auch in London und in gekürzter Form 1927 in New York. Eine dem Filmarchiv Austria zu verdankende restaurierte Fassung

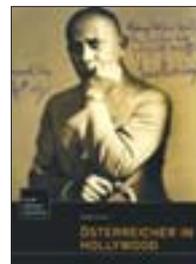
wurde im Februar 2004 im Metro-Kino Wien, in entsprechender Untertitelung im April 2006 im Rahmen des »Austria – Japan Silent Film Duo Projects« im Setagaya Art Museum Tokio, im November 2011 im Kulturforum Washington und in der Villa Aurora in Los Angeles sowie im Mai 2012 im Saban Theatre in Beverly Hills im Kontext des »Los Angeles Jewish Film Festivals« gezeigt. Die Musikbegleitung besorgte jeweils der österreichische Stummfilmpianist Gerhard Gruber.

2) Der Film »Der Verlorene«, ein Drama über den Alltag im Hitler-Faschismus und eine Auseinandersetzung Nachkriegsdeutschlands mit seiner jüngsten Vergangenheit, Peter Lorres einzige, als mißglückt gegoltene Regiearbeit, wurde nach dem unerwarteten Ableben Arnold Pressburgers fertiggestellt und auf der Biennale in Venedig 1951 uraufgeführt, vom Verleih jedoch aufgrund mangelnden Zuschauerinteresses nach wenigen Tagen zurückgezogen. Arnold Pressburgers Sohn Fred (Fritz, 1915-1998) aus der 1912 geschlossenen Ehe mit Steffi Hannak (1885-1943), der an den vier Hollywoodfilmen seines Vaters in verschiedenen Funktionen (Regieassistent, Editor und Mitproduzent) beteiligt war, revitalisierte den Streifen, inklusive eines neuen Soundtracks und brachte ihn untertitelt in amerikanischen Art-Kinos heraus. 1983 kam es anlässlich einer Aufführung des drei Jahrzehnte vergessenen Films mit englischen Untertiteln beim San Francisco Film Festival zu einer Wiederentdeckung und Neubewertung.

Mit dem Buch »Österreicher in Hollywood« legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. »Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: »Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal«, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im »Österreich Journal« einige Persönlichkeiten aus dem Buch »Österreicher in Hollywood« kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
»Österreicher in Hollywood«; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



Weinherbst Niederösterreich

Bei rund 800 Veranstaltungen feiert man den Wein, die Landschaft und den Genuß. Zum 18. Mal zieht der Weinherbst Niederösterreich ins Land.



Foto: Niederösterreich-Werbung/Manfred Horvath

Die Retzer Windmühle, umgeben von Weingärten, stammt aus dem Jahr 1853 und ist die einzige betriebsfähige Österreichs.

Das größte Weinfestival Europas dauert über 100 Tage und wird in rund 100 Weinbaugemeinden gefeiert: Weinherbst Niederösterreich heißt der bunte, aus rund 800 Veranstaltungen bestehende Festreigen, in dem sich bereits zum 18. Mal Wein, Kulinarik und Brauchtum von Ende August bis Ende November zu einem großen, genußvollen Ganzen verbinden.

»TOP-Weinfest des Jahres 2013«

Erstmals wurde heuer die Auszeichnung „TOP-Weinfest des Jahres 2013“ verliehen – gewonnen hat den Titel die „Kamptaler Weinnacht“. Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav gratulierte: „Aus einer kleinen Initiative – beim ersten Weinherbst im Jahr 1996 zählte man 214 Veranstaltungen – ist in der 18. Saison ein facettenreiches Genußprogramm geworden, um den uns andere Tourismusregionen beneiden. Eines der Erfolgsgeheimnisse des Weinherbst Niederösterreich ist das ausgewogene Verhältnis zwischen

Bewahrung von Traditionen und kontinuierlicher Weiterentwicklung des Angebots. Eine solche Qualitätsoffensive ist beispielsweise die Aktion ‚TOP-Weinfest des Jahres‘, bei der 29 Veranstaltungen auf freiwilliger Basis anonym getestet und bewertet wurden. Mit der auf Schloss Grafenegg prachtvoll inszenierten ‚Kamptaler Weinnacht‘ hat die Auszeichnung einen würdigen ersten Preisträger gefunden.“ Gewählt wurde das „TOP-Weinfest des Jahres“ von einer Jury bestehend aus Josef Pleil, Präsident des österreichischen Weinbauverbandes, Willi Klinger, Geschäftsführer Österreich Wein Marketing, Peter Madlberger, Geschäftsführer Agentur Mediacontacta und Prof. Christoph Madl, Geschäftsführer Niederösterreich-Werbung.

Vielfältiger Weingenuß: Herbsturlaub mit Geschmack!

Die Ende November gefeierte „Kamptaler Weinnacht“ ist traditionell eines der letzten Feste im Weinherbst Niederösterreich.

Gestartet wurde der Festreigen schon Mitte August mit der „Carnuntum Experience“, bei der bis 1. September neben Winzern auch Gastronomen, Kulturtreibende und die führenden Ausflugsziele der Region Carnuntum für 70 abwechslungsreiche und genußvolle Events sorgen. Zwischen der „Carnuntum Experience“ und der „Kamptaler Weinnacht“ gibt es aber noch zahlreiche weitere Gelegenheiten, den Wein zu feiern: Keller-gassenfeste locken zu jenen Orten, wo der Wein wohnt, Sturmfeste begrüßen die ersten Vorboten des Weins, Weinkulinarier verbinden höchsten Wein- und Gourmetgenuß, Weintaufen, Hiata- und Erntedankfeste halten alte Bräuche lebendig, Riedenwanderungen und gemeinsame Weinlesen verbinden den Genuß mit Bewegung. „Der Wein in Niederösterreich ist nicht nur ein wichtiger Exportartikel, er ist auch im touristischen Sinn ein wichtiger Imagerträger und Botschafter des Landes. Die Qualität unseres Weines wird im In- und Ausland sehr geschätzt, der

ÖJ-Reisetip

Foto: Niederösterreich-Werbung / Lois Lammerhuber



Ein Heuriger in der Thermenregion: guter Wein, gutes Essen, gute Luft...

Weinherbst macht Gusto auf mehr Wein aus Niederösterreich und er macht damit Gusto auf einen Kurzurlaub jenseits des Urlaubsmainstreams“, sagt Prof. Christoph Madl, Geschäftsführer der Niederösterreich-Werbung.

Urlaub beim Wein

Zahlreiche Weingüter bieten mit ihrem authentischen Hintergrund, den kleinen, sehr persönlich gehaltenen Unterkünften und der Gelegenheit, in engem Kontakt mit den Winzern in die Welt des Weins hineinzuschnuppern, eine angenehme Möglichkeit, sich eine genußvolle Pause vom Alltag zu nehmen. Als besonders erlesene Unterkünfte dienen dabei Genießerräume, die über großzügige Wohnräume, eine hochwertige Ausstattung mit regionstypischen Materialien und einen besonderen Service verfügen. Wie sich das für den Gast bemerkbar macht? Beispielsweise durch ein vielfältiges Frühstücksangebot mit Produkten aus der regionalen Landwirtschaft. Aber auch durch angenehme Aufmerksamkeiten wie einem frischen Obststeller im Zimmer oder, wenn man bei einem Weingut zu Gast ist, einer Flasche Wein als Willkommensgruß. Mehr als 90 Betriebe bieten in Niederösterreich Genießerräume an. Davon ist rund ein Viertel in

sehr vinophilen Betrieben oder gleich in Winzerhöfen untergebracht – was kein Wunder ist, drängt sich doch die enge Verbindung von Weingenuß und genußvoller Beherbergung irgendwie auf: Gäste, die viel Wert auf gute Weine legen, schätzen es auch sehr, wenn sie in einem hochwertigen Ambiente wohnen können.

Foto: Niederösterreich-Werbung / K.M. Westermann



Herz, was willst Du mehr? So ißt man in Niederösterreich, z.B. in Gumpoldskirchen.

Weinland Niederösterreich

Mit den alten Römern, heißt es, sei der Weinbau nach Mitteleuropa gekommen. Als die Römer im Jahr 15 v. Chr. nach Niederösterreich kamen, prostete ihnen jedoch die einheimische Bevölkerung schon mit Wein zu. Seit 4000 Jahren, so lauten Schätzungen anhand eines Fundes von Traubenkernen, ist der Wein in Niederösterreich zuhause – Zeit genug, um ein Weinkulturgut zu entwickeln, das in dieser Form weltweit einzigartig ist. Zum Beispiel die fast nur in Niederösterreich zu findenden Kellergassen, in denen der Wein gepresst und gelagert wird. Oder die Heurigen, in denen er vom Winzer persönlich ausgeschenkt wird.

Niederösterreich ist mit einer Rebfläche von mehr als 27.000 ha und fast der Hälfte aller österreichischen Weinbaugebiete Österreichs größtes Weinland und kann seine Gäste mit unterschiedlichsten Weinlandschaften erfreuen – mit den Terrassengärten in der Wachau und den weltweit einmaligen Kellergassen im Weinviertel, der hügeligen Landschaft des Wagram, mit dem historisch bedeutsamen Römerland Carnuntum und der kulturell so wertvollen Thermenregion, mit idyllischen Tälern wie dem Kremstal, dem Kamptal, oder dem Traisental und mit prachtvollen Weinstädten, wie das zum Weltkulturerbe Wachau zählende Krems an der Donau oder Langenlois, der größten Weinstadt Österreichs.

Acht Weinbaugebiete und nicht weniger als vier der acht österreichischen DAC-Gebiete liegen innerhalb von Niederösterreichs Grenzen.

ÖJ-Reisetip

Foto: Niederösterreich-Werbung / Lois Lammerhuber



Ein faszinierender Blick auf Spitz an der Donau im Herzen der Wachau, die seit Dezember 2000 UNESCO-Weltkulturerbe ist.

**Weinstraße Niederösterreich:
Die Straße zum Wein**

Mit 830 Kilometer Länge ist die Weinstraße Niederösterreich eine der längsten dem Wein folgenden Routen der Welt. Sie führt durch die acht niederösterreichischen Weinbaugebiete (Wachau, Kremstal, Kampal, Traisental, Wagram, Weinviertel, Carnuntum und Thermenregion), in mehr als 150 Weinorte und zu rund 1700 vinophilen Genuß-Plätzen. Zu den regelmäßig geprüften Mitgliedsbetrieben der Weinstraße zählen neben den zahlreichen Weingütern (darunter viele Geheimtipps und Stars der Winterszene) eine Fülle von authentisch betriebenen Heurigen, kompetent geführte Vinotheken, traditionelle Weingasthäuser und eine breite Palette von Quartieren, die vom Weinbauernhof bis zum 4-Stern-Hotel reicht. Das Neben- und Miteinander von gemütlichen Heurigen, mit der österreichischen Weingeschichte eng verbundenen Prachtbauten wie Stift Klosterneuburg, erlebnisorientierter Weinwelten wie dem Loisium und hochmodern gestalteter Weingüter macht das Reisen auf der Weinstraße Niederösterreich immer wieder spannend.

Alle Termine und Informationen zum Weinherbst Niederösterreich finden Sie auf <http://www.weinherbst.at>

Foto: Niederösterreich-Werbung / Kurt Pinter



Mehr als 90 Betriebe bieten in Niederösterreich Genießerzimmer an.